

Das zentralbankpolitische
Instrumentarium der afrikanischen
Entwicklungsländer im Commonwealth

von

Christian Klein

aus

Neustettin/Pommern

1970

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Das zentralbankpolitische Instrumentarium der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Dipl.-Kfm. Christian Klein

aus

Neustettin/Pommern



Referent: Professor Dr. Oswald Hahn

Korreferent: Prof. Ir. O. Issing

Tag der mündlichen Prüfung: 14. Januar 1970

Einleitung und Vorwort

"Das Währungs- und Geldsystem und die Währungspolitik sind für die Entwicklungsfähigkeit einer Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung."¹⁾ Dies gilt auch und gerade für die Volkswirtschaft der unterentwickelten Länder. Deswegen kann die im letzten Jahrzehnt eingesetzte Gründungswelle von Zentralbanken²⁾ in jungen selbständigen Staaten, die aus den ehemaligen Kolonien der europäischen imperialen Mächte entstanden sind, nicht als Modeerscheinung abgetan werden³⁾, sondern es müssen dahinter die ernsthaften ökonomischen Gründe und Notwendigkeiten gesehen werden.⁴⁾

Fehlt auch häufig die Grundlage für das volle Ausspielen zentralbankpolitischer Mittel, weil das Bankwesen und die Wirtschaft noch zu wenig entwickelt sind, so bleibt doch die ursprüngliche und wichtigste Aufgabe einer Zentralbank, Banknoten zu emittieren und in Umlauf zu setzen. Einer Aufgabe, der die Zentralbank oder Zentralnotenbank immerhin ihren Namen verdankt,⁵⁾ da sie diese als einziges zentrales Bankinstitut in einem Währungsgebiet wahrnehmen darf. Hintner schreibt über die Bedeutung der zentralen Notenemission für ein Währungsgebiet: "Die Notenemission hat sich im Verlauf der Entwicklung vom reinen Bankgeschäft zur hoheitlichen Aufgabe gewandelt, der heute

-
- 1) Voigt, F., Artikel "Währungspolitik", in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Band IV, Stuttgart 1962, Sp. 6120
 - 2) Auch alle Zentralbanken der afrikanischen Commonwealth-Länder sind in den vergangenen zehn Jahren entstanden.
 - 3) So z. B. Loynes, J. B., Report on the Future of the Currencies of Sierra Leone and the Gambia, Sierra Leone 1961, S. 4 f. und o. V., East African Currency Board vor der Liquidation, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19. Jg., 1966, S. 154
 - 4) Vgl. Olakanpo, J. O. W., The Loynes Report and Banking in Sierra Leone, in: The Banker's Magazine, Vol CCI., 1966, S. 171 ff., Geis, H. G., Die Geld- und Banksysteme der Staaten Westafrikas, München 1967, S. 335
 - 5) Vgl. Hintner, O., Ausländische Notenbanken, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Band 3, Stuttgart 1960, Sp. 4125

nicht nur in hochzivilisierten Ländern, sondern auch in allen organisierten Staatswesen eine integrierende staatspolitische Bedeutung zukommt."¹⁾

Die Errichtung von Zentralbanken in den Entwicklungsländern soll über das Bemühen, ein funktionsfähiges Geldwesen aufzubauen, dazu beitragen, die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft voranzutreiben. Ein funktionsfähiges Geldwesen wiederum "gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen einer freiheitlichen unternehmerischen Marktwirtschaft, die ihrerseits erst die volle Entfaltung der dem Geldwesen innewohnenden Kräfte ermöglicht."²⁾

Der wirtschaftliche Aufbau einer das Industriesystem anstrebenden Gesellschaft³⁾ richtet sich sowohl in historischer wie in sachlicher Beziehung an dem Vorbild der europäisch-amerikanischen Industriegesellschaft aus, mit dem Unterschied, daß das Nacheinander in der Stufenfolge der Entwicklung bei den Entwicklungsländern durch ein Nebeneinander - wo immer es geht - ersetzt werden soll.⁴⁾ In den westlichen Industrienationen kam es erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, erzwungen durch das Zusammenwachsen der Wirtschaftsräume und die Entwicklung größerer wirtschaftlicher Organisationsformen, zu einer Zentralisierung des Notenbankwesens und der Notenemission. Bei den Entwicklungsländern dagegen soll sich die Er-

1) Hintner, O., Ausländische Notenbanken, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Band 3, Sp. 4126, Stuttgart 1960

2) Schmolders, G., Geldpolitik, Tübingen - Zürich 1962, S. 174

3) Vgl. Commonwealth Secretariat Act, London 1966

4) Vgl. Bergsträsser, A., Neue Völker und neue Staaten, in: Führung in der modernen Welt, Freiburg o. J., abgedruckt in: Für Sie gelesen, Aus deutschen Büchern und Zeitschriften. Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heft Nr. 26, September 1965; siehe auch: Salin, E., Unterentwickelte Länder, Begriff und Wirklichkeit, in: Kyklos, 1959, S. 403 ff., insbes. S. 406, Vol. XII

schließung von Märkten, der Aufbau der Industrie, die Erziehung zu einem marktorientierten Verhalten und der Ausbau des Kreditwesens, gefördert durch eine Zentralbank, gleichzeitig vollziehen.

Die Entwicklungsländer haben die politischen Möglichkeiten einer Zentralbank und ihre Bedeutung für das Wirtschaftswachstum weitgehend erkannt. Sie versuchen nun, über die Errichtung von Zentralbanken und die Ausnützung der hoheitlichen¹⁾ Funktion der Notenemission, die Entwicklung ihrer im Aufbau begriffenen Volkswirtschaften zu beschleunigen. Sind auch Organisation, Aufgaben, Instrumentarium und, bedingt durch strukturelle Unterschiede, die politischen Möglichkeiten in den einzelnen Währungsgebieten verschieden, so soll doch nicht auf eine Kontrolle des Geldes und damit auf eine mehr oder weniger wirksame Handhabung der Wirtschaftslenkung verzichtet werden. Dies gilt zwar vor allem für Diktaturen, aber auch eine Demokratie "kann nicht darauf verzichten, die Wirtschaft wenigstens mit Hilfe der Geldpolitik mit leichter Hand zu lenken."²⁾

In der Wahrnehmung des Notenemissionsprivilegs freilich erschöpfen sich die vielfältigen Möglichkeiten und Aufgaben einer Zentralbank nicht, auch nicht die eines Entwicklungslandes. Die Instrumente, die den Zentralbanken der afrikanischen Entwicklungsländer des Commonwealth zur Bewältigung all ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen und die damit durchgeführte Politik darzustellen und zu untersuchen, ist das Thema dieser Arbeit. Dazu ist es zunächst in einem ersten Teil nötig, zu klären, was der Begriff 'Zentralbankpolitik' einschließt und auf welche Ziele diese Politik grundsätzlich ausgerichtet sein kann. Daneben muß die Stellung der Zentralbankpolitik im Rah-

1) Vgl. dazu Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt 1961, S. 26

2) Schmolders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 122

men der allgemeinen Wirtschaftspolitik aufgezeigt, eine systematische Einteilung des Instrumentariums vorgenommen sowie eine Untersuchung der Bedeutung der Zentralbanken in Entwicklungsländern angestellt werden. Erst dieser theoretische Hintergrund ermöglicht eine einheitliche Darstellung und Analyse der zentralbankpolitischen Instrumente und der mit ihnen betriebenen Politik der afrikanischen Entwicklungsländer des Commonwealth im zweiten Teil dieser Arbeit.

Leider sind die in den Jahresberichten der einzelnen Zentralbanken veröffentlichten Angaben und Zahlen über die Zentralbankpolitik, auf die wir uns vor allem stützen mußten, noch sehr unterschiedlich und lückenhaft. Daher war es uns nicht immer möglich, zu allen Punkten vollständige Angaben zu der Situation in den einzelnen Ländern zu machen. Von zwei Ländern, das sind Mauritius und Rhodesien, liegen keine Jahresberichte der Zentralbanken vor. Deshalb kann auch über die Zentralbankpolitik in diesen beiden Ländern sehr wenig gesagt werden. Von der Zentralbank von Mauritius wurde noch kein Jahresbericht veröffentlicht, da diese erst Ende 1967 ihre Geschäfte aufgenommen hat. In Rhodesien hat die Regierung Smith nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung jede Publizität gegenüber dem Ausland unterbunden. Angaben über die Zentralbankpolitik in diesem Lande sind aus diesem Grunde nur sehr unvollkommen, an Zahlenmaterial war überhaupt nicht heranzukommen.

Der älteste Zentralbankbericht aus den einzelnen Ländern schließt per 30.6.1967 ab. Wir haben in den meisten Tabellen diesen Tag als Stichtag gewählt, um aus allen Ländern Zahlen vom gleichen Datum zu nehmen und so die Vergleichbarkeit der Werte zu garantieren. Dies schien uns wichtiger, als immer die aktuellsten vorliegenden Werte zu bringen.

Im dritten Teil haben wir die Zentralbankpolitik im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang in den einzelnen Län-

dern untersucht. Dabei haben wir auch versucht, den Erfolg der getroffenen Maßnahmen zu analysieren. Diese Betrachtung der Zentralbankpolitik, getrennt nach Ländern, schien uns deshalb geboten, weil erst dann ein vollständiges Bild gewonnen werden kann, wenn die getroffenen Maßnahmen im Rahmen der sonstigen Wirtschaftspolitik und auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Struktur eines jeden Landes gesehen werden. Abschließend versuchten wir in einem kurzen Ausblick auf die Probleme der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth bei der Gestaltung ihrer Zentralbankpolitik zusammenzufassen und mögliche Lösungen anzudeuten.

Inhaltsverzeichnis	Seite
<u>1. Teil: Theoretische und historische Grundlagen</u>	1
1. Abschnitt: Die Zentralbankpolitik	1
A. Zentralbankpolitik und Währungspolitik	1
B. Die Zentralbankpolitik, ein Teil der Wirtschaftspolitik	5
C. Die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik	7
2. Abschnitt: Das zentralbankpolitische Instrumentarium	12
A. Einteilungskriterien und Ansatzpunkte	12
B. Das administrative Instrumentarium der Zentralbank	17
I. Die Gestaltung des Emissionsrechtes und der Umfang der Währungshoheit	18
II. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken	19
a) Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt	20
1. Die Einwirkung auf die Zahlungssitten	20
2. Die Einwirkung auf den Marktanteil	21
aa) Anzahl und Größe der Banken	22
i. Zugangsbeschränkungen im Bankgewerbe	22
ii. Funktionstrennung im Bankgewerbe	22
iii. Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen	22
bb) Die Steuerung des Kundenkreises	23

i. Die Steuerung der öffentlichen Einlagen	23
ii. Die Steuerung der Ausländereinlagen	24
b) Die Geldmarktfinanzierung als Ansatzpunkt	24
c) Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt	25
1. Die Einwirkung durch Auflagen	26
aa) Die Mindestreserveauflagen	26
bb) Die Liquiditätsauflagen	28
2. Die Einwirkung durch Beschränkungen	29
aa) Die quantitativen Beschränkungen	29
i. Die Kreditrichtsätze, als quantitative Beschränkungen mit dynamischer Grundlage	30
ii. Die Kreditrestriktionen als quantitative Beschränkungen mit statischer Grundlage	30
bb) Die Kreditselektionen, als qualitative Beschränkungen	31
cc) Die Beschränkung der Konditionen	32
III. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden	33
C. Das bankmäßige Instrumentarium der Zentralbank	34
I. Die Gestaltung des Aktivgeschäfts	36
a) Die "Bank der Banken"	36
1. Die Refinanzierungspolitik	37
aa) Die quantitativen Maßnahmen	37
bb) Die qualitativen Maßnahmen	38

	Seite
cc) Die preispolitischen Maßnahmen	39
2. Die Handelspolitik d. Zentralbank	40
aa) Preismanipulationen an den Effektenmärkten	41
bb) Preismanipulationen an den Devisenmärkten	42
b) Die "Haus- und Geschäftsbank"	43
1. Die Direktgeschäfte mit dem Staat	43
2. Die Direktgeschäfte mit den "Bankkunden"	44
II. Die Gestaltung des Dienstleistungsgeschäfts	46
a) Dienstleistungen für die Banken	46
b) Dienstleistungen für den Staat	46
D. Die Zentralbank als Währungsautorität	47
3. Abschnitt: Die Entwicklungsländer	49
A. Die Merkmale der Entwicklungsländer	49
B. Die besonderen Aufgaben der Zentralbank in Entwicklungsländern	54
C. Die Entwicklungsländer des Commonwealth of Nations	60
4. Abschnitt: Überblick über die historische Entwicklung des Geldwesens in den afrikanischen Entwicklungsländern des Commonwealth	68
A. Das System der "Currency Boards"	68
B. Die Entwicklungsgeschichte der einzelnen Währungsgebiete	70

	Seite
I. Westafrika	70
a) Das "West-African Currency Board"	70
b) Die Gründung von Zentralbanken	72
1. Ghana	72
2. Nigeria	72
3. Sierra Leone	73
II. Ostafrika	73
a) Das "East African Currency Board"	73
b) Die Gründung von Zentralbanken	76
III. Zentralafrika	77
a) Der "Central Africa Currency Board"	77
b) Die "Bank of Rhodesia and Nyasaland" und die Gründung von nationalen Zentralbanken	78
IV. Südafrika	80
V. Mauritius und die Seychellen	81
C. Die jungen Zentralbanken - Ausdruck monetärer Autonomie	82

<u>2. Teil:</u> Analyse des zentralbankpolitischen Instrumentariums und der Zentralbankpolitik der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth	85
1. Abschnitt: Die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik	85
A. Zentralbanken ohne Zielsetzung	85
B. Zentralbanken mit endogener Zielsetzung	86
I. Das außenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip	86
II. Das binnenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip	86

	Seite
III. Beide endogenen Postulate als Zielsetzung	86
C. Zentralbanken mit kombinierter endogener und exogener Zielsetzung	87
D. Die Rechtsgrundsätze der Zentralbankpolitik	90
 2. Abschnitt: Das administrative Instrumentarium	 91
A. Emissionsrecht und Währungshoheit	91
I. Die Gestaltung des Emissionsrechtes	91
II. Der Umfang der Währungshoheit	91
a) Festsetzung der Paritäten	93
1. Währungsgebiete ohne IWF-Parität	94
2. Währungsgebiete mit theoretischer IWF-Parität	94
3. Währungsgebiete mit praktisch bedeutsamer IWF-Parität	95
4. Paritätenänderungen	95
b) Behinderung des kurzfristigen Zahlungsverkehrs mit dem Ausland	96
1. Zahlungen im Dienstleistungsverkehr	96
2. Importbeschränkungen	97
3. Abgabe der Exporterlöse	97
c) Behinderung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland	97
d) Die Beurteilung des "Umfanges der Währungshoheit"	98
B. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken	98

	Seite
I. Die Einflußfaktoren der Giralgeld- schöpfung als Ansatzpunkt	98
a) Die Einwirkung auf die Zahlungs- sitten	98
b) Die Einwirkung auf den Marktanteil	100
1. Anzahl und Größe der Banken	100
aa) Zugangsbeschränkungen im Bankgewerbe	100
bb) Funktionstrennung im Bank- gewerbe	103
cc) Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen im Passivgeschäft	103
2. Die Steuerung des Kundenkrei- ses	104
aa) Die Steuerung der öffent- lichen Einlagen	104
bb) Die Steuerung der Auslän- dereinlagen	109
II. Die Refinanzierung der Banken über den ausländischen Geldmarkt als Ansatzpunkt	110
III. Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt	111
a) Die Einwirkung durch Auflagen	111
1. Die Mindestreserveauflagen	111
aa) Die Bezugsgrundlage	111
i. Positionen der Pas- sivseite	111
ii. Positionen der Aktiv- seite	112
bb) Die Auflagensätze	114
cc) Die auflagefähigen Aktiva	117
dd) Die Verzinsung der Aufla- gen	117

	Seite
2. Die Liquiditätsauflagen	118
aa) Die Bezugsgrundlage	120
bb) Die Auflagensätze	121
cc) Die auflagenfähigen Aktiva	122
dd) Die Verzinsung der Auflagen	125
b) Die Einwirkung durch Beschränkungen	128
1. Die quantitativen Beschränkungen	128
aa) Die Kreditrichtsätze	128
bb) Die Kreditrestriktionen	128
2. Die Kreditselektionen	130
3. Die Beschränkung der Konditionen	132
C. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden	135
3. Abschnitt: Das bankmäßige Instrumentarium	136
A. Die Gestaltung des Aktivgeschäftes der Zentralbank	136
I. Die "Bank der Banken"	136
a) Die Refinanzierungspolitik	136
1. Quantitative Maßnahmen	136
2. Qualitative Maßnahmen	138
3. Preispolitische Maßnahmen	141
b) Die Handelspolitik	142
1. Preismanipulationen an den Effektenmärkten	143
2. Preismanipulationen an den Devisenmärkten	146

	Seite
II. Die "Haus- und Geschäftsbank"	149
a) Direktgeschäfte mit dem Staat	149
1. Art und Umfang der Kreditgewährung	149
2. Die Begrenzung des Staatskredits	151
aa) Die direkte Begrenzung	151
bb) Die indirekte Begrenzung	153
b) Direktgeschäfte mit den "Bankkunden"	154
III. Die Einordnung der Zentralbanken unter die "Rittershausenschen Idealtypen"	156
B. Die Gestaltung des Dienstleistungsgeschäftes der Zentralbank	158
I. Die Dienstleistungen für die Banken	158
II. Die Dienstleistungen für den Staat	160
4. Abschnitt: Die Zentralbank als Währungsautorität	161
A. Information	161
B. Nachdrückliche Empfehlungen und freiwillige Vereinbarungen	163
5. Abschnitt: Charakterisierung der Zentralbanken	166
A. Die "Währungsbehörde und Zentralbank"	168
B. Die "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungsautorität"	170
C. Die "Zentralbank und Währungsautorität"	171
D. Der Zentralbankcharakter und die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik	173

<u>Teil III:</u> Die Beurteilung der Zentralbank- politik im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	175
1. Abschnitt: Die Zentralbankpolitik in den ein- zelnen Ländern	175
A. Länder mit einer Zentralbank vom Typ "Wäh- rungsbehörde und Zentralbank"	175
I. Ghana	175
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	175
b) Zentralbankpolitik	176
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	180
II. Tansania	185
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	185
b) Zentralbankpolitik	185
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	186
III. Sambia	188
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	188
b) Zentralbankpolitik	190
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	192
IV. Rhodesien	194
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	194
b) Zentralbankpolitik	194
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	195
V. Uganda	195
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	195
b) Zentralbankpolitik	196
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	201
B. Sierra Leone mit einer Zentralbank vom Typ "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungs- autorität"	203
I. Wirtschaftliche Verhältnisse	203
II. Zentralbankpolitik	204
III. Beurteilung der Zentralbankpolitik	206

	Seite
C. Länder mit einer Zentralbank vom Typ "Zentralbank und Währungsautorität"	209
I. Malawi	209
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	209
b) Zentralbankpolitik	210
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	211
II. Nigeria	212
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	212
b) Zentralbankpolitik	212
c) Beurteilung der Zentralbankpolitik	217
2. Abschnitt: Probleme bei der Anwendung des zentralbankpolitischen Instru- mentariums	220
A. Einseitigkeit des organisierten Kredit- sektors	220
I. Bezogenheit des Geschäftsbankenwesens auf London	221
II. Beschränkung bei der Kreditgewährung	222
B. Rückständigkeit der finanziellen Infra- struktur	224
C. "Deficit Spending" des Staates	225
D. Anhaltendes Zahlungsbilanzdefizit	229

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

	Seite
<u>Tabellen:</u>	
Tabelle 1: Zusammenstellung der seit dem 18.11.1967 abgewerteten Währungen in den Commonwealthländern	64
Tabelle 2a: Länderübersicht I	66
Tabelle 2b: Länderübersicht II	67
Tabelle 3: Zusammensetzung des Geldvolumens in den afrikanischen Commonwealthländern	99
Tabelle 4: Das Bankstellennetz der afrikanischen Commonwealthländer	102
Tabelle 5: Die Entwicklung der Einlagenzinsen der Geschäftsbanken in den afrikanischen Commonwealthländern	105
Tabelle 6: Die öffentlichen Einlagen und ihre Verteilung auf Zentralbank und Geschäftsbanken in den afrikanischen Commonwealthländern	108
Tabelle 7: Die Ausländereinlagen und die Refinanzierung im Ausland der Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer	111
Tabelle 8: Einlagevolumen von Zentralbank und Geschäftsbanken in den afrikanischen Commonwealthländern	119
Tabelle 9: Die Aktiva der Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer	126
Tabelle 10: Die Liquidität der Geschäftsbanken in den afrikanischen Commonwealthländern	127
Tabelle 11: Die Refinanzierung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank in den afrikanischen Commonwealthländern	139
Tabelle 12: Refinanzierungssätze und Sollzinsen in den afrikanischen Commonwealthländern	143
Tabelle 13: Die Aktiva der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer	148
Tabelle 14: Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer vom Typ "Währungsbehörde und Zentralbank"	168

Tabelle 15: Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer vom Typ "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungsautorität"	171
Tabelle 16: Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer vom Typ "Zentralbank und Währungsautorität"	172
Tabelle 17: Der Zentralbankcharakter und die zentralbankpolitische Zielsetzung in den afrikanischen Commonwealthländern	174
Tabelle 18: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Ghana	180
Tabelle 19: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Ghana	183
Tabelle 20: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Tansania	188
Tabelle 21: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Sambia	191
Tabelle 22: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Sambia	193
Tabelle 23: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Uganda	198
Tabelle 24: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Kenia	200
Tabelle 25: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Sierra Leone	205
Tabelle 26: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Sierra Leone	207
Tabelle 27: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Malawi	211
Tabelle 28: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Nigeria	216
Tabelle 29: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Nigeria	218
Tabelle 30: Entwicklung der Regierungsverschuldung beim Bankenwesen in den afrikanischen Commonwealthländern	226
Tabelle 31: Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den afrikanischen Commonwealthländern	227
Tabelle 32: Entwicklung der Devisenreserven in den afrikanischen Commonwealthländern	228
Schaubild: Diskontsatzänderungen in den afrikanischen Commonwealthländern	142a

1. TEIL:

Theoretische und historische Grundlagen

1. Abschnitt: Die Zentralbankpolitik

A. Zentralbankpolitik und Währungspolitik

Nach Voigt ist "Währungspolitik der Inbegriff aller vom Staat und von der Notenbank getroffenen Maßnahmen zur Sicherung und Ordnung der Geldverfassung wie des Geldwertes innerhalb dieses Staates und nach außen." Voigt führt dann weiter aus, "der Begriff 'Geldpolitik' ist enger, da er üblicherweise auf Eingriffe der Notenbank in die Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln, auf die Kreditpolitik und auf Interventionen hinsichtlich des inneren Geldwertes bezogen wird."¹⁾

O. Hahn macht keinen Unterschied zwischen den Begriffen "Geldpolitik" und "Währungspolitik" und definiert sie als die "Gesamtheit der Maßnahmen, die auf Beeinflussung der aktuellen und potentiellen monetären Mengen sowie der Verhaltensweisen der Mengenbesitzer gerichtet sind."²⁾ Unter dem Begriff "monetären Mengen" versteht O. Hahn jene "Liquidität", die W. Graebner in Anlehnung an den "Radcliffe Report"³⁾ wie folgt charakterisiert: "Neben einer 'aktuellen' Liquidität in Form des zu Beginn einer Periode sofort verfügbaren Bestandes an Zahlungsmitteln (Buchgeld, Bargeld und Geldsurrogaten) und der während der Periode fälligen Einkommenszahlungen oder erwarteten Umsatzerlöse, existiert nach seiner Ansicht noch eine 'potentielle' Liquidität, worunter diejenige Menge an Zahlungsmitteln zu verstehen ist, die man sich durch Umwandlung geldnaher Anlagen (Spar- und Ter-

1) Voigt, F., Währungspolitik, a. a. O., Sp. 6120

2) Hahn, O., Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968, S. 21

3) Vgl. Report of the Committee on the Working of the Monetary System (Radcliffe Report), London 1959, S. 133

minguthaben, liquide Geld- und Kapitalmarktanlagen) und Kreditaufnahme beschaffen zu können glaubt."¹⁾ Hahn hat für diese Art der Liquidität den Ausdruck "monetäre Mengen" eingeführt, um Verwechslungen mit der Eigenliquidität der Zentralbank zu vermeiden.²⁾

Währungspolitik und Zentralbankpolitik sind nach Hahn in den bisher genannten Definitionen "dann identisch, wenn die Zentralnotenbank einziger Träger der Währungspolitik ist."³⁾

Im folgenden wäre danach zu überprüfen, wer Träger der Währungspolitik ist.

Lipfert teilt die Währungspolitik in 'institutionierende' und 'funktionelle' Währungspolitik ein.⁴⁾ Dabei legt die institutionierende Währungspolitik den Rahmen der Währungsverfassung und die generelle Datenkonstellation fest, während die funktionelle Währungspolitik die laufenden währungspolitischen Aufgaben wahrnimmt. Diese Einteilung der Währungspolitik deckt sich in etwa mit der von Schiller vorgenommenen Einteilung der gesamten Wirtschaftspolitik in Ordnungspolitik und Ablaufpolitik.⁵⁾

"Nach herrschender Lehre und in der Praxis ist die Regelung aller mit der Währungsverfassung zusammenhängenden Fragen den gesetzgebenden Organen vorbehalten: Feststellung der Währungseinheit, Regelung des Bankgewerbes und des gesamten

1) Graebner, W., Direkte Kontrollen als Mittel der Geldpolitik, Köln - Opladen 1966, S. 15

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a. a. O., S. 20

3) Ebenda, S. 24

4) Vgl. Lipfert, H., Einführung in die Währungspolitik, 3. Aufl., München 1967, S. 5

5) Vgl. Schiller, K., Art.: Wirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 12, Stuttgart 1965, S. 213

institutionellen Rahmens, innerhalb dessen die Währungsbank arbeitet.¹⁾ Damit wäre der Staat Träger der "institutionierenden Währungspolitik". Hahn fordert jedoch mit Recht, "daß bei der Gesetzesvorbereitung der Währungsbank zumindest der gleiche Einfluß eingeräumt wird, wie den übrigen Exekutivorganen, z. B. der Regierung"²⁾. Problematisch wird die Rolle der Zentralbank bei dem, was Rittershausen "große Maßnahmen"²⁾ nennt, wie etwa Wechselkursänderungen oder Währungsreformen. Hahn fordert auch hier eine größere Zuständigkeit der Zentralbank gegenüber der Regierung.³⁾ Da diese "großen Maßnahmen" jedoch das ganze Wirtschaftsgefüge und damit die Lebensgrundlage jedes einzelnen Staatsbürgers betreffen, sind wir - im Gegensatz zu O. Hahn - der Meinung, daß ein vom Parlament kontrolliertes Organ in letzter Instanz über sie zu befinden haben sollte. Allerdings sollte vorher die Zentralbank angehört werden und nach Möglichkeit auch ein Einvernehmen mit ihr hergestellt werden. Dennoch bleibt nach unserer Meinung der Staat (gesetzgebende Körperschaft, Regierung) der letztlich verantwortliche Träger der institutionierenden Währungspolitik.

Träger der funktionellen Währungspolitik ist die Zentralbank. Die alleinige Zuständigkeit wird ihr allerdings von der Regierung in einigen Punkten streitig gemacht. Hahn nennt hier

1. als Konkurrenz zur Offenmarktpolitik der Zentralbank die "Kaufkraft-Abschöpfungsanleihen" und die prämienbegünstigte längerfristige Geldanlage;
2. die Bankenaufsicht und
3. die Devisenpolitik⁴⁾.

1) Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a.a.O., S. 25 f.
Vgl. auch Lipfert, H., Einführung..., a.a.O., S. 113 f.

2) Rittershausen unterscheidet zwischen Währungspolitik im engeren Sinne und weiteren Sinne, wobei Währungspolitik im engeren Sinne nur die "großen Maßnahmen" betrifft. "Das auf kurze Dauer berechnete Handeln und Agieren der Zentralnotenbank erfolgt mit Hilfe des kredit- und kapitalmarktpolitischen Instrumentariums, das darüber hinausgehende Agieren im größeren Rahmen dagegen im Wege der Währungspolitik". Rittershausen, H., Die Zentralnotenbank, Frankfurt 1962, S. 469

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a.a.O., S. 25 f.

4) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a.a.O., S. 29

Wir sind mit Hahn der Meinung, daß die Zuständigkeit hier in einer Hand, in diesem Fall bei der Zentralbank, zusammengefaßt werden sollte, da der monetäre Charakter dieser Maßnahmen überwiegt.¹⁾

O. Hahn kommt in Bezug auf den Träger der Währungspolitik zu folgendem Ergebnis: Sehen wir von den durch die Regierung usurpierten Bereichen der funktionellen Währungspolitik und ihrer bevorzugten Stellung bei der Vorbereitung der institutionierenden Währungspolitik einmal ab, so können wir die Währungsbank als einzigen Träger der Währungspolitik charakterisieren. Entsprechend unserer Forderung, der Währungsbank auch die Einflußnahme auf die ihr entzogenen Bereiche zu übertragen, lassen sich die Begriffe "Zentralbankpolitik" und "Währungsbankpolitik" einerseits und der Begriff "Währungspolitik" als inhaltsgleich bezeichnen."²⁾

Diese Gleichsetzung der Zentralbankpolitik mit der Währungspolitik läßt sich nach unserer Meinung aus den obengenannten Gründen nur für den funktionellen und nicht für den institutionierenden Bereich der Währungspolitik uneingeschränkt feststellen. Wir sehen daher die Zentralbankpolitik als den von der Zentralbank wahrgenommenen Teil der Währungspolitik und wollen sie definieren als die Gesamtheit der Maßnahmen der Zentralbank, die auf die Beeinflussung der aktuellen und potentiellen monetären Mengen sowie der Verhaltensweisen der Mengenbesitzer gerichtet sind.

Bei unseren Untersuchungen über das zentralbankpolitische Instrumentarium der Entwicklungsländer des Commonwealth legen wir also den Hauptakzent auf die laufenden zentralbankpolitischen Maßnahmen und die dafür vorhandenen Instrumente. Wir beschäftigen uns vor allem mit den Mitteln der Ablaufpolitik, das heißt mit den Mitteln, die sich auf den wirtschaftlichen Prozeß selbst beziehen und nicht mit den Mit-

1) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 29

2) Hahn O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 37

teln der Ordnungspolitik, die den institutionellen Rahmen und die Organisationsformen der Wirtschaft bestimmen.¹⁾ Diese Beschränkung der Zentralbankpolitik auf die funktionalen währungspolitischen Maßnahmen entspricht dem vorhandenen Instrumentarium in den einzelnen Ländern. Die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Zentralbank an der institutionisierenden Währungspolitik hat sich bisher noch kaum in den Instrumentarien niedergeschlagen.²⁾

B. Zentralbankpolitik, ein Teil der Wirtschaftspolitik

Grundsätzlich ist die Zentralbankpolitik ein Teil der Wirtschaftspolitik. Ihre Maßnahmen wirken sich auf andere Bereiche der Wirtschaftspolitik wie etwa Wachstums-, Außenhandels-, Preis-, Sozial- und Konjunkturpolitik aus.³⁾ Die Zentralbankpolitik muß sich also in irgendeiner Form mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik arrangieren. Nach Veit liegen die Möglichkeiten dafür zwischen den Extremen:

"Währungspolitik unterstützt die Wirtschaftspolitik, soweit ihre endogenen Belange nicht gestört werden, und Währungspolitik ist der Wirtschaftspolitik untergeordnet."

Dazwischen liegt die Möglichkeit:

"Währungspolitik unterstützt die Wirtschaftspolitik, wenn Krisenlagen gegeben sind."⁴⁾

1) Vgl. auch Schiller, K., Wirtschaftspolitik, a. a. O., Sp. 213

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 26

3) Vgl. Lipfert, H., a. a. O., S. 49

4) Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 30 ff.

Hahn hat dieses Schema von Veit weiterentwickelt und zeigt sechs Beziehungsmöglichkeiten zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik.¹⁾ Das freilich ideale Optimum stellt die vierte Möglichkeit dar:

"Währungspolitik und Wirtschaftspolitik unterstützen sich gegenseitig, soweit die jeweiligen endogenen Belange nicht beeinträchtigt werden."²⁾

Dabei können Konfliktsituationen entstehen. Welche Position bezogen wird, hängt außer von der Wirtschaftsordnung und den in den Zentralbankstatuten vorgegebenen Normen auch von der Persönlichkeit des für die Zentralbankpolitik Verantwortlichen ab.³⁾

In einer mehr planwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung wird eher die Währungspolitik der Wirtschaftspolitik untergeordnet sein, während in einem mehr marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsklima die Zentralbank, als die weitgehend für die Währungspolitik zuständige Instanz, bei der Unterstützung der Wirtschaftspolitik nur bis an die Grenzen ihrer endogenen Belange gehen wird. Die Wirtschaftsordnung in den afrikanischen Commonwealthländern besteht wie die aller nicht kommunistischen Länder aus einem Mischsystem von marktwirtschaftlichen und verwaltungswirtschaftlichen Elementen. Die Variationsbreite ist groß, da die Staaten noch sehr jung sind und erst zu ihrer eigenständigen Staats- und Wirtschaftsverfassung finden müssen.

Grundsätzlich ist es aber die Aufgabe einer Zentralbank, "als Stabilisator oder Gegenhalter die fehlende Koordination von Wirtschafts- und Währungspolitik zu ersetzen."⁴⁾ Dieser Auf-

1) Vgl. Hahn, O., Die Währungsbanken der Welt, Band II: Die Abhängigkeiten der Zentralbankleitung, Stuttgart 1968, S. 57 f.

2) Ebenda, S. 58, siehe auch: Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 36

3) Vgl. dazu Hahn, O., Die Währungsbanken, a. a. O.

4) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 36

gabe gerecht zu werden fällt gerade den jungen Zentralbanken sehr schwer, da sich das dazu notwendige Selbstbewußtsein erst entwickeln muß. Ebenso wie die jungen Staaten müssen auch die jungen Zentralbanken erst zu ihrem Selbstverständnis und zu einer eigenen Linie finden, indem sie den ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum abtasten und ihre Macht testen.

C. Die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik

Die Verantwortung, die auf einer Zentralbank lastet, welcher der Staat beinahe sämtliche währungspolitischen Aufgaben, kurz, die Sicherung der Währung übertragen hat, ist groß.¹⁾ Im allgemeinen werden ihr vom Gesetzgeber drei Ziele übertragen, die als "Magisches Dreieck" Eingang in die Literatur gefunden haben: Stabilität des Geldwertes im Innern, Ausgleich der Zahlungsbilanz und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung.²⁾ Schmölders bezeichnet dies als ein Nebeneinander von "autonomen" und "heteronomen Aufgaben der Geldpolitik",³⁾ während Veit von "endogenen" und "exogenen" Zielsetzungen der Zentralbank spricht.⁴⁾ Die Stabilität des Geldwertes im Innern und der Ausgleich der Zahlungsbilanz sind endogene (autonome), d. h. aus monetären Daten abgeleitete Zielsetzungen, die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ist eine exogene (heteronome), d. h. von außermonetären Daten abgeleitete Zielsetzung.⁵⁾ Zwischen diesen Zielen besteht eine kaum

-
- 1) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 70 ff.
 - 2) Hahn bezeichnet diese Zielsetzung auch generell als "Unterstützung der Wirtschaftspolitik", vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 39
 - 3) Vgl. Schmölders, G. Geldpolitik, a. a. O., S. 188 f.
 - 4) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 29. Siehe auch Hahn, O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 39, ders., Die Währungsbanken der Welt, Band II; Die Abhängigkeiten der Zentralbankleitung, Stuttgart 1968, S. 49 ff.
 - 5) Vgl. auch Wendt, S., Art.: Notenbankpolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Band 3, Stuttgart 1960, Sp. 4148 ff.

überbrückbare Antimonie.¹⁾ Es können nicht zu gleicher Zeit alle drei Ziele verwirklicht werden, sondern es müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Entscheidung darüber, welchem Ziel die Priorität eingeräumt werden soll, ist auch eine politische Frage, die kaum jemals nach ausschließlich ökonomischen Erwägungen getroffen werden dürfte. Die politische Lage der Entwicklungsländer ist auf Grund der vielfältigen unbewältigten politischen Probleme besonders instabil. Daher ist dort die besondere Gefahr gegeben, daß den augenblicklich wichtig erscheinenden politischen Zielen der Vorrang vor ökonomischen Erwägungen eingeräumt wird.²⁾

Hahn faßt die oben aufgezeigten Ziele der Zentralbankpolitik als "ökonomische Grundsätze" zusammen und ordnet sie in Anlehnung an Schäfer den verschiedenen Denkkategorien der Einzelwirtschaften unter.³⁾ Die endogenen Zielsetzungen werden als das Problem der Aufrechterhaltung der relativen Liquidität gesehen. Das Liquiditätsproblem stellt sich in zweifacher Form, als "außenwirtschaftliches" und als "binnenwirtschaftliches".⁴⁾ Die Einhaltung des außenwirtschaftlichen Liquiditätsprinzips durch die Zentralbank entspricht "der Fähigkeit, die Zahlungsmittel 'ihrer' Währung jederzeit zum festgesetzten Kurs in Zahlungsmittel anderer Währung zu verwandeln"⁵⁾. (Stabilität des Geldwertes nach außen.) Die Einhaltung des binnenwirtschaftlichen Liquiditätsprinzips ist ein güterwirtschaftliches Problem.⁶⁾ Es stellt die Fähigkeit dar, je-

1) Vgl. Lipfert, H., a. a. O., S. 56

2) Nach W. Eucken kann sich die freiverantwortliche Wirtschaftstätigkeit nur dann voll entfalten, wenn die Wirtschaftsverfassung einschließlich der Geldverfassung von willkürlichen Einflüssen der Politik freigehalten wird. Vgl. Eucken, W., Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg 1959, S. 52

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a. a. O., S. 40 ff.

4) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 42, Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 217, ff.

5) Hahn, O., Das Instrumentarium..., Heft I, a. a. O., S. 42

6) Vgl. ebenda, S. 43 u. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 219

derzeit die Einlösung des Zentralbankgeldes in Güter zu sichern. Das Optimum ist erreicht, wenn ein Warenkorb gleichbleibender Qualität immer zur gleichen nominellen Höhe Zentralbankgeld eingelöst werden kann (Stabilität des Geldwertes im Innern).

Zur Erreichung dieser endogenen Ziele ist die Zentralbank gehalten, nach dem Rationalprinzip vorzugehen. Dabei ist "außer den einzelwirtschaftlichen Rationalitäten... auch die gesamtwirtschaftliche Rationalität zu berücksichtigen."¹⁾ Als einzelwirtschaftliche Rationalitäten kommen dabei nur das kosten- und ertragsbetonte Wirtschaftlichkeitsprinzip in Betracht. Das Rentabilitäts- und Kapitalerhaltungsprinzip als weitere Erscheinungsformen des Rationalprinzips dürfen nach Meinung von Hahn vollkommen zu Recht innerhalb der Zentralbankpolitik nicht angewandt werden.²⁾ "Die gesamtwirtschaftliche Rationalität (läßt) sich mit dem Sammelbegriff "Unterstützung der Wirtschaftspolitik" umschreiben."³⁾ Die Einordnung dieser exogenen Zielsetzung der Zentralbankpolitik unter das Rationalprinzip ist nach unserer Meinung insofern problematisch, als es möglicherweise Prioritäten postuliert, was in diesem Zusammenhang gar nicht gewünscht ist.⁴⁾ Das Rationalprinzip stellt immer die Art und Weise dar, wie ein Ziel angesteuert werden soll, während von der Sicht der Zentralbank die "Unterstützung der Wirtschaftspolitik" als eigenständiges "Ziel" gesehen werden muß, solange nicht a priori dem Liquiditätsprinzip der Vorrang eingeräumt wird.

Den ökonomischen Grundsätzen der Währungspolitik stellt Hahn die Rechtsgrundsätze der Währungspolitik gegenüber.⁵⁾

1) Hahn, O., a. a. O., S. 46

2) Vgl. ebenda, S. 52

3) Ebenda, S. 46

4) Vgl. ebenda, S. 46 f.

5) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 41 u. S. 54 ff.

Die Rechtsgrundsätze enthalten das Prinzip der Systemkonformität und das Prinzip der Rechtsstabilität.

Das Prinzip der Systemkonformität verlangt von der Zentralbank, "ihre Maßnahmen mit dem Marktmechanismus in Einklang zu bringen: Marktwirtschaftlichen Mitteln ist der Vorzug gegenüber administrativen Mitteln zu geben."¹⁾ Dabei wird der Begriff der "Systemkonformität" auf den Aspekt der Marktwirtschaft beschränkt.²⁾

Das Prinzip der Rechtsstabilität wendet sich vor allem gegen eine laufende Änderung der Rechtsnormen, die die Rechtssicherheit gefährdet und nur einzelne und nicht alle gleichmäßig trifft.³⁾ Dieser Grundsatz ist gerade für die Entwicklungsländer wichtig, da bei seiner Nichtbeachtung das Mißtrauen der Einwohner dieser Länder gegen das Geldwesen neue Nahrung erhält und damit eine Ausweitung desselben erschwert.

Zwischen den Rechtsgrundsätzen und den ökonomischen Grundsätzen können Konflikte entstehen. Grundsätzlich sind aber die Liquiditätsgrundsätze und das Prinzip der Unterstützung der Wirtschaftspolitik den Rechtsgrundsätzen übergeordnet, denen wiederum die kosten- und die ertragsbetonten Rationalitätsgrundsätze untergeordnet sind.⁴⁾

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 54

2) Tuchtfeldt unterteilt die Systemkonformität in Ordnungs- und Prozeßkonformität, wobei die Prozeßkonformität wiederum in Markt- und Plankonformität unterteilt wird. Vgl. Tuchtfeldt, E., Zur Frage der Systemkonformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen, in: Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, hrsg. v. H. J. Seraphim, Berlin 1960, S. 208; siehe auch Thalheim, K. C., Zum Problem der Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik, in: Festgabe für Georg Jahn, hrsg. v. Karl Muhs, Berlin 1955, S. 583 ff.

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium..., Teil I, a. a. O., S. 55 f.

4) O. Hahn vertritt die Auffassung, daß das ertragsbetonte Rationalprinzip im Gegensatz zum kostenbetonten Rationalprinzip systemindifferent ist. Wir sind dagegen der Meinung, daß auch hierbei Konflikte mit den Rechtsgrundsätzen auftreten können. Als Beispiel sei die Wahl zwischen restriktiver Diskontsatzpolitik und administrativer Erhöhung der Zinsen der Geschäftsbanken genannt. Die zweite Maßnahme mag zwar eine größere restriktive Wirkung haben, sie wäre jedoch nicht systemkonform im Sinne einer Marktwirtschaft. Vgl. dazu Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a.a.O., S. 46 f.

Abzugrenzen von den Zielsetzungen sind die Aufgaben der Zentralbank. Beide werden in den Zentralbankgesetzen häufig zusammen aufgeführt. Während die Aufgaben im allgemeinen die Notenbankfunktionen umreißen sollen, stellen die Zielsetzungen die Postulate für die Durchführung der Aufgaben dar.¹⁾

1) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 155

2. Abschnitt: Das zentralbankpolitische Instrumentarium

A. Einteilungskriterien und Ansatzpunkte

Spätestens mit Erscheinen des Radcliffe-Reports im Jahr 1959 setzt sich nach Veit¹⁾ in der theoretischen Betrachtung immer mehr die Erkenntnis durch, daß nicht das Geldvolumen, sondern die gesamtwirtschaftliche Liquidität,²⁾ insbesondere aber die Bankenliquidität, Angriffsziel der Zentralbankpolitik sein muß.³⁾ Nur wenn eine Zentralbank die Liquidität bzw. nach Hahn die "monetären Mengen" in den Griff bekommt, wird sie ihrer eigentlichen Aufgabe, die Währung zu sichern, gerecht werden können.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe steht ein reichhaltiges zentralbankpolitisches Instrumentarium bereit. Es gibt eine Vielzahl von Versuchen, für dieses Instrumentarium ein allgemein gültiges logisches System zu entwickeln.⁴⁾ Die große Zahl der Versuche mag ein Symptom für die Problematik solcher Versuche sein. "Jede Systematik trägt die Gefahr von Überschneidungen in sich, was insbesondere für das währungspolitische Instrumentarium gilt."⁵⁾ Trotzdem ist es notwendig, das zentralbankpolitische Instrumentarium nach einem logischen Schema zu ordnen, denn "zur Durchdringung der Materie (ist) eine isolierte Betrachtung notwendig".⁶⁾

-
- 1) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 17
 - 2) Wir übernehmen hier den Liquiditätsbegriff von Graebner, der die Liquidität in Anlehnung an den Radcliffe-Report definiert "als die tatsächliche oder/und angenommene Verfügungsmacht über Zahlungsmittel für Güterkäufe oder Kreditgewährung." Graebner, W., a. a. O., S. 11
 - 3) So z. B. Dürr, E., Wirkungsanalysen der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt 1966, insbes. S. 30 ff. (Liquidität als strategischer Faktor), Schmolders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 89 ff., ders., Von der Quantitätstheorie zur Liquiditätstheorie des Geldes, Mainz 1960, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Hrsg., Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962, S. 13 ff., Worner, F., Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955, S. 81 ff.
 - 4) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 59 f. Hahn gibt hier eine Übersicht über die in der deutschsprachigen Literatur entwickelten Systeme.
 - 5) Hahn, O., ebenda, S. 59
 - 6) Hahn, O., ebenda, S. 67

Ausgehend von der Liquiditätstheorie scheint sich die Art des Einwirkens auf die aktuelle und potentielle Liquidität¹⁾ bzw. auf die Kreditverhältnisse²⁾ als Einteilungskriterium anzubieten. Es gibt auch eine Reihe von Autoren, die das zentralbankpolitische Instrumentarium in direkte und indirekte Mittel oder Kontrollen einteilen.³⁾ Für diese Arbeit ließen sich daraus zwei Vorteile ableiten:

1. Die Ansatzpunkte des Einwirkens und das Ziel des Einwirkens stehen in naher Relation zueinander und eine Systematik, die auf die Art des Eingriffs abgestellt ist, erleichtert daher die Wirkungsanalyse.
2. Die meiste Literatur über afrikanische Entwicklungsländer des Commonwealth stammt aus dem angelsächsischen Raum, wo überwiegend die Art des Eingriffs als Einteilungskriterium verwandt wird.⁴⁾ Es erleichtert die Beurteilung und Darstellung des zentralbankpolitischen Instrumentariums der afrikanischen Commonwealthländer, wenn hier die Begriffsebene gewahrt bleibt.

1) Vgl. oben und Graebner, W., a. a. O., S. 14

2) Dieser Begriff ist hier sehr weit gefaßt und charakterisiert die Form der Umwandlung von potentieller in aktuelle Liquidität und umgekehrt. Vgl. zur Vielzahl der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Kreditbeziehungen: Linhardt, H., Kreditkontrolle, Essen 1954, S. 11 f.

3) Vgl. in der deutschsprachigen Literatur: Graebner, a. a. O., S. 14 ff., Linhardt, H., Die Kreditpolitik der Bank Deutscher Länder, in: Kritik der Währungs- und Bankpolitik, Köln - Opladen 1963, S. 21 f.; ders., Bankbetriebslehre, Band 1, Bankbetrieb und Bankpolitik, Köln - Opladen 1957, S. 165, Nowak, R., Systematik und Abgrenzung der direkten Kreditkontrolle im Rahmen der Währungspolitik, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart 1963, S. 434 ff.; Köhler, C., Orientierungshilfen für die Kreditpolitik, Berlin 1968, S. 23 ff.

4) Vgl. Nowak, R., a. a. O., S. 447

Gegen die Einteilung nach der Art des Eingriffs sprechen allerdings vor allem drei Gründe:

1. Das Instrumentarium ist vielfältiger geworden und die Beurteilung desselben, abgestellt auf die Art des Eingriffs, kann zu falschen Schlußfolgerungen führen. Hahn schreibt dazu: "Die direkten Kontrollen sind aber völlig unterschiedlich zu beurteilen, je nachdem, ob sie von der Währungsbank in ihrer Eigenschaft als Behörde oder im Rahmen ihrer unternehmerischen Politik begriffen werden."¹⁾
2. Die meisten Systeme der direkten und indirekten Kontrollen gehen davon aus, daß die Zentralbanken vor allem restriktiv tätig werden und vernachlässigen dabei die expansiv wirkenden Mittel. Dies kommt auch schon in dem Wort "Kontrolle" zum Ausdruck. So schreibt z. B. Graebner: "Da die Relevanz der potentiellen Liquidität für die Güternachfrage davon abhängt, inwieweit und wie schnell sie in die aktuelle Liquidität umgewandelt werden kann, muß es die vornehmlichste Aufgabe der Geldpolitik sein, diesen Umwandlungsprozeß zu beeinflussen oder, genauer gesagt, zu **er s c h w e r e n**."²⁾
3. Bei der näheren Erläuterung dieser Systematik zeigen sich - wie Hahn nachweist - erhebliche Unterschiede zumindest in der deutschen Literatur.³⁾

Um diese Nachteile weitgehend auszuschließen, wollen wir in Anlehnung an Veit⁴⁾ und Hahn⁵⁾ die Quelle der Machtausübung als Grundlage für unsere Einteilung des zentralbankpolitischen Instrumentariums wählen. Während Veit nur zwischen "bankmä-

1) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 112

2) Graebner, W., Direkte Kontrolle als Mittel der Geldpolitik, a. a. O., S. 12

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 83 ff. und S. 112

4) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 260 ff.

5) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 2 ff.

Bigen" und "administrativen" Mitteln unterscheidet, fügt Hahn noch das Kriterium der Währungsautorität hinzu und spricht vom "administrativen" und "unternehmerischen" Instrumentarium der Zentralbank und dessen Ergänzung durch Information, Empfehlungen und Partnerschaft.

Dieser Dreiteilung des zentralbankpolitischen Instrumentariums wollen wir uns anschließen. Wir sind allerdings - im Gegensatz zu den Ausführungen von O. Hahn - der Meinung, daß der Begriff "Unternehmung" für rentabilitätsorientierte Wirtschaftssubjekte im Sinne von Rieger¹⁾ vorbehalten sein soll. Rieger schließt dabei ausdrücklich die Berücksichtigung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit aus, die, wie wir gesehen haben, im Mittelpunkt der Prinzipien der Zentralbankpolitik steht. Wir wollen daher statt vom "unternehmerischen" in Anlehnung an Veit vom "bankmäßigen" Instrumentarium sprechen.

Wenn auch der weite Rahmen dieser Systematik des zentralbankpolitischen Instrumentariums nach der Quelle der Machtausübung die Gewähr für eine relativ objektive Einteilung bietet, so können doch auch hier Überschneidungen und Schwierigkeiten bei der Einordnung eines Instruments unter das eine oder andere Kriterium auftauchen. Als Beispiel möge das in Indien entwickelte Instrument der Nettoliquiditätsrate mit gleitenden Diskontsätzen dienen²⁾:

Je mehr sich die Nettoliquiditätsrate der Geschäftsbanken (liquide Mittel ./.. Zentralbankverschuldung: Verbindlichkeiten) verschlechtert, um so höher ist der von der Zentralbank von Indien zum Ansatz gebrachte Diskontsatz. Die jewei-

1) Rieger definiert die Unternehmung "als eine geschlossene wirtschaftliche Einheit, die zum Zwecke des Gelderwerbs für ihre Rechnung und Gefahr Güter herstellt oder vertreibt, oder sich in der gleichen Absicht in einem Hilfgewerbe betätigt." Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 1. Auflage Nürnberg 1928, S.

2) Vgl. Narasinhham, M., Instruments of Monetary Control - The Indian Experience, in: The Banker's Magazine, London 1966, II, S. 41 ff., insbesondere S. 44 f.

ligen Stufen werden administrativ festgelegt. Hier fällt es schwer zu sagen, ob der behördliche oder der bankmäßige Charakter des Vorgehens überwiegt. Dies sind freilich Grenzfälle, die bei jeder Systematik auftauchen können.

Die Quelle der Machtausübung als oberstes Einteilungskriterium für das zentralbankpolitische Instrumentarium hat den Vorteil, daß hier nicht von vornherein eine konjunkturpolitische Richtung für die Anwendung des Instrumentariums impliziert ist. Das Einteilungskriterium ist gewissermaßen konjunkturneutral und es können sowohl restriktiv wie expansiv wirkende Mittel ohne Schwierigkeiten in die Systematik einbezogen werden. Gerade bei den Entwicklungsländern sind konjunkturantreibende zentralbankpolitische Instrumente und Maßnahmen von ebenso großer Bedeutung wie konjunkturhemmende.

Die Quelle der Machtausübung als Einteilungskriterium des zentralbankpolitischen Instrumentariums gewährt beiden Richtungen den gleichen Spielraum.

Darüber hinaus wird dieses Einteilungskriterium am ehesten, den Funktionen gerecht, die eine Zentralbank in sich vereinigt: "Nimmt die Währungsbank hoheitliche Funktionen wahr, dann sehen wir in ihr die 'Währungsbehörde'". Greift sie mit ihrem "absatzpolitischen Instrumentarium" in das Geschehen ein, dann stellt sich uns die Währungsbank als "Zentralbank" oder als "Staatsbank" dar. Wendet sich die Währungsbank schließlich mit Situationsberichten und Empfehlungen an die Öffentlichkeit, dann tritt sie als "Währungsautorität" in Erscheinung."¹⁾

1) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 4

B. Das administrative Instrumentarium der Zentralbank

"Die Währungsbank unterscheidet sich von anderen Banken durch das Privileg der Ausgabe valutarischen Geldes und ihre Verantwortung für die Währung."¹⁾ Die privilegierte Stellung und die ihr übertragenen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben bieten die Begründung für die Notwendigkeit eines behördlichen oder administrativen Instrumentariums der Zentralbank.²⁾

Ausgehend von der Forderung, daß der Zentralbank auch der institutionelle Bereich der Währungspolitik zuzugestehen sei, entwickelt Hahn die folgende umfassende Systematik des administrativen Instrumentariums:³⁾

A) Die Gestaltungsmöglichkeiten von Währungshoheit und Zahlungsmittlemission

I. Der Umfang der Währungshoheit

- a) Die grundsätzliche Duldung des Nebeneinanders
- b) Die Duldung des Nebeneinanders unter Ausschluß zweiseitiger Wertsicherung
- c) Das grundsätzliche Verbot des Nebeneinanders

II. Die Gestaltung des Emissionsrechtes von Zahlungsmitteln

- a) Das valutarische Geldmonopol
- b) Das Bargeldmonopol
- c) Das Geldmonopol
- d) Das Barzahlungsmittelmonopol
- e) Das Zahlungsmittelmonopol

B) Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken

I. Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt

- a) Die Einwirkung auf die Zahlungssitten
- b) Die Einwirkung auf den Marktanteil

1) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 115

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 8 ff.

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 114 ff.

1. Die Anzahl der Banken
2. Die Steuerung der Bankengröße
3. Die Steuerung des Kundenkreises

c) Die Einwirkung auf zwischenbankliche Zahlungen

II. Die Geldmarktfiananzierung als Ansatzpunkt

III. Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt

- a) Die Einwirkung durch Auflagen
- b) Die Einwirkung durch Beschränkungen

1. Die quantitativen Beschränkungen
 - i. Die Kreditrichtsätze
 - ii. Die Kreditrestriktionen
2. Die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen
3. Die Beschränkung der Konditionen

C. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden

I. Die Kassenbestände als Ansatzpunkt

- a) Die Einwirkung durch währungspolitische Besteuerung
- b) Die Einwirkung durch Auflagen
- c) Die Einwirkung durch Beschränkungen

II. Die Kreditaufnahme als Ansatzpunkt.

Wir wollen diese Systematik von Hahn auch unserer Einteilung des administrativen Instrumentariums zugrunde legen. Zum besseren Verständnis der Lage in den einzelnen Ländern gehen wir dabei auch auf den institutionierenden Bereich ein, wenn wir auch der Meinung sind, daß dieser streng genommen nicht mehr ausschließlich ein Teil der Zentralbankpolitik ist, sondern zu dem Bereich der Währungspolitik gehört, bei welchem der Zentralbank lediglich ein Mitwirkungsrecht zuzugestehen ist.

I. Die Gestaltung des Emissionsrechts und der Umfang der Währungshoheit

Die "Gestaltungsmöglichkeiten von Währungshoheit und Zahlungsmittlemission... berühren ausnahmslos den Bereich der insti-

tutionierenden Währungspolitik."¹⁾

Die Zahlungsmittellemission ist in den meisten Ländern ohne Zentralverwaltungswirtschaft so geregelt, daß der Zentralbank das "Bargeldmonopol"²⁾ übertragen ist.³⁾

Bei dem Umfang der Währungshoheit treten auch in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern größere Unterschiede auf. Sie bewegen sich nach Hahn zwischen den Polen "grundsätzliche Duldung des Nebeneinanders" und "grundsätzliches Verbot des Nebeneinanders privilegierter Währungen verschiedener Gebiete", wobei die "grundsätzliche Duldung des Nebeneinanders" auch Wertsicherungsklauseln zuläßt.⁴⁾ Da letztere aber kaum gebräuchlich sind,⁵⁾ kann man davon ausgehen, daß die tatsächlichen Formen des Nebeneinanders privilegierter Währungen verschiedener Gebiete zwischen der "Duldung des Nebeneinanders unter Ausschluß zweiseitiger Wertsicherung" (keine Devisenbewirtschaftung) und dem "grundsätzlichen Verbot des Nebeneinanders" (Devisenbewirtschaftung) liegen. Vom grundsätzlichen Prinzip des Bestehens oder Nichtbestehens der Devisenbewirtschaftung sind Ausnahmen möglich, so daß sich zwischen diesen beiden Polen eine Reihe von Stufen verschiedenen Umfanges der Währungshoheit ergeben.

II. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken

Fast ausschließlich institutionierenden Charakter haben die administrativen Maßnahmen mit den Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt.⁶⁾

1) Vgl. oben S.

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 115

3) Dies schließt nicht nur die Ausgabe von valutarischem (uneinlösbarem) Bargeld, sondern die Emission von Bargeld überhaupt als Privileg der Zentralbank ein. Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 122 f.

4) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 124

5) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 115 ff.

6) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 130

Überwiegend funktioneller Art sind dagegen die administrativen Maßnahmen der Zentralbank zur Beeinflussung der Giralgeldschöpfung. Diese haben die Geldmarktfiananzierung und das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt. Bei der Geldmarktfiananzierung bietet nur die Refiananzierung über den ausländischen Geldmarkt einen Ansatzpunkt für administrative Mittel, während der inländische Geldmarkt wegen der Schwierigkeit der Durchführung und Kontrolle administrativer Maßnahmen als Ansatzpunkt ausfällt.¹⁾

a) Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als
Ansatzpunkt

"Der Umfang der Geldschöpfungskapazität einer Bank ist abhängig vom Anteil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs an den Zahlungsumsätzen des betreffenden Wirtschaftsgebietes und vom Anteil der bargeldlosen Verfügungen der Kunden dieser Bank, die durch Umbuchung oder Kompensation bewirkt werden können. Daraus ergeben sich drei Ansatzpunkte für das Eingreifen der Währungsbank: Die Zahlungssitten, der Marktanteil der Banken und die Kompensationsmöglichkeiten."²⁾

Zur Einwirkung auf zwischenbankliche Zahlungen bedienen sich die Zentralbanken in marktwirtschaftlich orientierten Ländern vor allem ihres bankmäßigen Instrumentariums.³⁾ Wir werden bei der Analyse des bankmäßigen Instrumentariums noch darauf zu sprechen kommen.

1. Die Einwirkung auf die Zahlungssitten

Mit zunehmender Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, d. h. mit steigender Giralgeldquote,⁴⁾ die durch das Verhältnis von bargeldlosen Zahlungen zu Barzahlungen bestimmt ist,

1) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 49 f., Hahn, O., a. a. O., S. 148

2) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 130

3) Vgl. auch Hahn, O., ebenda, S. 147

4) Vgl. ebenda, S. 131

nimmt die Giralgeldschöpfungskapazität einer Bank zu. Dieses Phänomen hat für die Zentralbank zwei Aspekte:¹⁾ 1. Mit zunehmender Giralgeldquote fällt die Abhängigkeit der Banken gegenüber der Zentralbank, sofern die Bargeldversorgung ihr einziger Regulator für die Geldschöpfung ist. 2. Entsprechend dem Geldschöpfungsmultiplikator erhöht sich auch der Kontraktionsmultiplikator,²⁾ was bei einem restriktiven Einsatz des zentralbankpolitischen Instrumentariums zu einem verstärkten Restriktionszwang führt. Oder anders ausgedrückt: Je geringer die Giralgeldquote eines Landes und damit die Geldschöpfungskapazität der Banken ist, um so weniger wirksam wird der Einsatz des zentralbankpolitischen Instrumentariums in diesem Lande sein.

Neben behördlichen Maßnahmen zur Beeinflussung der Zahlungssitten wie etwa ein Verbot der bargeldlosen Einkommensvergütung nennt Hahn als preispolitische Maßnahme die Besteuerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.³⁾

2. Die Einwirkung auf den Marktanteil

"Je größer und je besser strukturiert der Marktanteil einer Bank ist, um so größer ist auch der Anteil der bargeldlosen Verfügungen der Kundschaft, den die Bank ohne Beeinträchtigung ihrer Liquidität durchführen kann".⁴⁾ Der Marktanteil einer Bank ist abhängig von der Anzahl und der Größe der Banken sowie von der Zusammensetzung des Kundenkreises und der Richte des Filialnetzes.

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 131 ff.

2) Vgl. Samuelson, P. A., Economics, An Introductory Analysis. Deutsche Übersetzung: Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1965, S. 376 ff.

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 133

4) Vgl. ebenda, S. 135

aa) Anzahl und Größe der Banken

Administrative Maßnahmen der Zentralbank zur Beeinflussung der Anzahl und Größe der Banken sind meist ordnungspolitischer Natur im Rahmen der Bankenaufsicht und daher selten Gegenstand funktioneller Zentralbankpolitik. Für Entwicklungsländer besonders wichtig sind die Fragen^{der} Zugangsbeschränkungen im Kreditgewerbe, der Funktionstrennung im Bankgewerbe und der Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen.

i) Zugangsbeschränkungen im Bankgewerbe

Die Geldschöpfungskapazität der Banken wird durch eine Förderung von Bankgründungen verringert. Irgendwelche Zugangsbeschränkungen im Kreditgewerbe liegen unter dem Blickpunkt der Liquiditätsbeeinflussung daher nicht im Interesse der Zentralbank.¹⁾ Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Gesundheit im Bankengewerbe liegt es jedoch im Interesse der Zentralbank, Einfluß auf die Neugründungen zu nehmen und die ökonomischen Voraussetzungen zu prüfen.

ii) Funktionstrennung im Bankgewerbe

Der Umfang des Leistungsprogramms wirkt sich auf die Größe der Banken aus. Werden hier Differenzierungen vorgenommen, so beeinflußt das negativ die Größe des Marktanteils der einzelnen Bank. Differenzierungen sind^{sowohl} nach der Art und Fristigkeit des Aktivgeschäftes als auch in der Kombination von Aktiv- und Passivgeschäft möglich.

iii) Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen

Die Regelung der Konditionen können die Unterschiede zwischen den einzelnen Banken nivellieren und damit der Konzentrations-tendenz im Bankengewerbe entgegenwirken. Insbesondere die

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 137

Festlegung und Kontrolle der Höchstzinssätze im Einlagengeschäft und der Mindestzinsen im Kreditgeschäft eignen sich zur Behinderung des Wettbewerbs unter den Kreditinstituten.¹⁾

Die Festlegung und Kontrolle der Habenzinsen ist ein Mittel, um die Liquiditätskonzentration bei einer Minderheit der Banken zu verhindern.²⁾

bb) Die Steuerung des Kundenkreises

Die Zentralbank hat vor allem zwei mögliche Ansatzpunkte, um den Kundenkreis der Geschäftsbanken administrativ zu steuern: die öffentlichen Einlagen und die Ausländereinlagen.

i) Die Steuerung der öffentlichen Einlagen

Die Steuerung der öffentlichen Einlagen, die "Einlagenpolitik" der Zentralbank, hat sowohl institutionierenden wie funktionellen Charakter. Die Vorschrift, Kassenguthaben der öffentlichen Hand im Zentralbanksystem einzulegen, hat institutionierenden und die Möglichkeit der Zentralbank, die öffentliche Hand von dieser Vorschrift zu entbinden, hat funktionellen Charakter. Der institutionierende Teil der Einlagenpolitik entzieht durch administrative Verfügung den Geschäftsbanken die öffentlichen Einlagen. Damit wird eine doppelte Wirkung erzielt:²⁾

1. Beeinträchtigung der Geldschöpfungskapazität der Geschäftsbanken
2. Liquiditätsanspannung der Geschäftsbanken bei Verfügungen an die öffentliche Hand. Z. B. werden an großen Steuerterminen die Verfügungen an die Zentralbank zu Gunsten der öffentlichen Hand den in der anderen Richtung fließenden Geldstrom übertreffen.

1) Zur Festlegung der Konditionen im Aktivgeschäft siehe unten S.

2) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 53

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 143

Der funktionelle Bereich der Einlagenpolitik besteht in der Möglichkeit, die öffentliche Hand von ihrer Einlagenpflicht bei der Zentralbank zu entbinden. Dadurch können die Kassenreserven der Öffentlichen Hand den Geschäftsbanken zugeleitet und so ein liquidisierender Effekt erreicht werden. Da hinter dieser Ermächtigung im allgemeinen kein Zwang für die Öffentliche Hand steht, ihre Kassenreserven nicht bei der Zentralbank einzulegen, ist dem funktionellen Bereich der Einlagenpolitik nur bedingt administrativer Charakter beizumessen.¹⁾

Die Wirksamkeit der Einlagenpolitik im Hinblick auf die Giralgeldschöpfungskapazität der Banken richtet sich "nach dem Anteil der öffentlichen Zahlungen an den entsprechenden Gesamtgrößen."²⁾

ii) Die Steuerung der Ausländereinlagen

Die administrativen Maßnahmen zur Steuerung der Ausländereinlagen reichen vom Verzinsungsverbot bis zum generellen Annahmeverbot.³⁾

"Durch den Zustrom von Auslandseinlagen erhöht sich nicht nur bei der einzelnen Bank, sondern im gesamten Bankensystem der Bestand an Zentralbankliquidität."⁴⁾ Die Geldschöpfungskapazität der Banken wird daher durch einen Entzug der Ausländereinlagen erheblich beeinträchtigt.

b) Die Geldmarktfianzierung als Ansatzpunkt

Hier kommt der verwaltungstechnischen Schwierigkeiten wegen nur die Finanzierung über den ausländischen Geldmarkt als

1) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 52

2) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 144

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 143

4) Graebner, W., a. a. O., S. 54

Ansatzpunkt für administrative Maßnahmen der Zentralbank in Frage.¹⁾ Zur administrativen Beeinflussung der Liquiditätsbeschaffung über den ausländischen Geldmarkt bieten sich entsprechende²⁾ Maßnahmen an wie zur Steuerung der Ausländereinlagen.³⁾

1. Die Anrechnung von kurzfristigen Auslandskrediten auf die inländischen Refinanzierungskontingente
2. Das Verbot der Refinanzierung im Ausland.

Zur Durchführung und Überwachung dieser administrativen Eingriffe ist eine ziemlich weitgehende Devisenbewirtschaftung nötig.⁴⁾

c) Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt

Das Geldschöpfungspotential⁵⁾ der Banken kann im administrativen Bereich entweder mit Auflagen oder mit Beschränkungen beeinflusst werden.⁶⁾ Unter "Auflagen" versteht Hahn den Zwang zum Erwerb oder zur Anbietung bestimmter monetärer Mengen, unter "Beschränkungen" das Hindernis, bestimmte monetäre Mengen zu erwerben oder anzubieten.⁷⁾

1) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 148

2) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 148

3) Vgl. Graebner, a. a. O., S. 51 f.

4) Vgl. ebenda

5) Hahn definiert das Geldschöpfungspotential als "die Summe der Produkte aus den verschiedenen "Überschuß-Reserve-Blöcken" und den verschiedenen für die einzelnen Aktivgeschäfte der Bank gültigen "Geldschöpfungsmultiplikatoren". Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 149

6) Graebner spricht in diesem Bereich daher von "Kontrollen der Liquiditätsverwendung", vgl. Graebner W., a. a. O., S. 55

7) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 151

1. Die Einwirkung durch Auflagen

Alle Auflagen, die das Geldschöpfungspotential der Banken als Ansatzpunkt haben, sind Erwerbsauflagen. Durch sie zwingt die Zentralbank die Geschäftsbanken zu einer bestimmten Anlage ihrer Mittel. Meist ist diese Auflage für die Geschäftsbanken nicht günstig. Dadurch haben die quantitativen Auflagen zugleich einen qualitativen Charakter.¹⁾

Es gibt drei mögliche Zielsetzungen beim Erlaß der Auflagen durch die Zentralbank:²⁾

1. Die Abschöpfung liquider Mittel (Abschöpfungseffekt)
2. Die Liquiditätsvorsorge bzw. -reserve (Liquiditätseffekt)
3. Die Finanzierung bestimmter Vorhaben (Finanzierungseffekt).

Die Höhe der Auflage ergibt sich aus dem Produkt der Bezugsgrundlage mit einem Prozentsatz, dem Auflagensatz.

Die Festsetzung der Auflagen kann in vielfacher Weise erfolgen: Es gibt Wahlmöglichkeiten bei der Festsetzung und Variation der Auflagensätze, bei der Festsetzung der Bezugsgrundlage, bei der Festsetzung der auflagefähigen monetären Mengen (Guthaben und/oder Effekten), bei der Verzinsung der Auflagen und bei der Ermittlung des Auflagensolls³⁾. Die wichtigsten Auflagen sind die Mindestreserveauflagen und die Liquiditätsauflagen.⁴⁾

aa) Die Mindestreserveauflagen

Während früher die Bildung einer Liquiditätsreserve das primäre Ziel der Mindestreserveauflagen war,⁵⁾ ist heute, nach

- 1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 80 und Heft II, a. a. O., S. 151
- 2) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 151 ff.
- 3) Vgl. Hahn, O., ebenda, S. 154 ff.
- 4) Wir verstehen hierunter Auflagen, die die Höhe und Zusammensetzung der zu haltenden Liquiditätsquote betreffen und nicht wie O. Hahn Auflagen, die allein die Liquiditätsvorsorge zum Ziel haben. Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 152
- 5) Vgl. Forstmann, A., Geld und Kredit, Bd. 1, Göttingen 1952, S. 120

der Einführung variabler Auflagensätze das Ziel der Abschöpfung liquider Mittel an die erste Stelle gerückt.¹⁾

Als Bezugsgrundlage für die Mindestreserveauflagen werden im allgemeinen bestimmte Bilanzpositionen oder deren Veränderungen gewählt. Strittig ist, ob Positionen der Aktiv- oder Passivseite gewählt werden sollen. Wenn primär ein Liquiditätseffekt erreicht werden soll, so müßte die Passivseite Bezugsgrundlage sein, soll aber ein Abschöpfungseffekt im Vordergrund stehen, so müßte die Aktivseite der Bilanz Bezugsgrundlage sein. Da heute der Abschöpfungseffekt das wichtigste Ziel der Mindestreserveauflagen ist, erscheint die Aktivseite die vernünftigere Bezugsgrundlage zu sein.²⁾ Es ist als Kompromiß auch eine Kombination der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Bezugsgrundlage möglich.

Die Auflagensätze für die Mindestreserven sind im allgemeinen variabel. Erreichen sie 100 %, so ist den Banken die Giralgeldschöpfungsmöglichkeit genommen.³⁾ Problematisch ist daher die Frage der Festsetzung der Höchstgrenzen für die Auflagensätze. Hahn vertritt mit Recht die Auffassung, daß es zweifelhaft ist, ob sich der währungspolitisch notwendige Umfang der Maximalhöhe für alle Zeiten festlegen läßt.⁴⁾ und plädiert daher für keine Festsetzung von Höchstsätzen. Freilich ist auch der Mißbrauch des Instruments der Mindestreserveauflagen durch die Verordnung von zu hohen Sätzen möglich und gefährlich, da es zu einer Knebelung der Kreditwirtschaft führen kann. Werden Mindestsätze festgelegt, so ist das auf das Liquiditätsmotiv zurückzuführen.

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 153

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 155; siehe auch Linhardt, H., Die gesetzlichen Mindestreserven der Sparkassen, in: Sparkasse, 73. Jg., Nr. 8, 1956, S. 117 f.

3) Vgl. hierzu: Chicago-Plan und Friedman-Plan, die eine 100 %-Reserve vorsehen; Vgl. Friedman, M., A Program for Monetary Stability, New York 1960, ders., A Monetary and Fiscal Framework for economic Stability, in: Readings in Monetary Theory, London 1962, S. 373 ff.,; Simons H., Rules Versus Authorities in Monetary Policy, in: Readings in Monetary Theory, London 1962, S. 356 ff.

4) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S.160

Werden Guthaben als "auflagefähige Aktiva"¹⁾ gewählt, so kann die Zentralbank auf Grund der Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken relativ schnell durch Erhöhung der Reservesätze und damit durch Verringerung des Multiplikatoreffektes Erfolge in restriktiver Richtung erzielen.²⁾ Dieser Meinung ist auch Richebächer, wenn er von dieser Art der Mindestreserveauflage schreibt: "Fraglos ist es ein ebenso schnelles wie handfestes Mittel, der Bankenliquidität zu Leibe zu rücken."³⁾

Werden statt Guthaben Effekten als Gegenstand einer Mindestreserveauflage gewählt, so kann das Hauptmotiv dieser Auflage auch die Finanzierung bestimmter Vorhaben sein. Ein Abschöpfungseffekt tritt in diesem Fall nur dann ein, wenn die Emittenten der Effekten die ihnen zufließenden Gelder bei der Zentralbank stilllegen, ihre Zentralbankverschuldung abbauen oder Auslandsschulden tilgen.⁴⁾

Unabhängig von der Wahl der "auflagefähigen Aktiva" ist mit einer Mindestreserveauflage immer eine Rentabilitätseinbuße verbunden: "Es handelt sich bei den auflagefähigen Titeln immer um solche, die entweder keinen oder einen niedrigen Ertrag erwirtschaften."⁵⁾

bb) Die Liquiditätsauflagen

Vorschriften, die das Halten von Liquiditätsquoten, sogenannten "liquidity ratios", betreffen, können als ergänzende Maßnahmen zur Mindestreservepolitik angesehen werden.⁶⁾ Neben dem

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 165

2) Vgl. dazu die positive Meinung von Keynes, J. M., A Treatise on Money, deutsch: Vom Gelde, München und Leipzig 1932, S. 139 ff. und die Kritik dazu von Rittershausen, H., Die Zentralnotenbank, a. a. O., S. 123

3) Richebächer, K., Mindestreservenpolitik im Ausland, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 12, 1960, S. 537

4) Vgl. Lipfert, H., Einführung, a. a. O., S. 162 f.

5) Hahn, O., a. a. O., S. 165, Vgl. dort auch zur Problematik der Verzinsung der Mindestreserven.

6) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 60 f. Siehe auch Newlyn, W. T., Monetary Developments in East Africa, III, in: The Bankers Magazine, London, Mai 1967, S. 311

Abschöpfungs- und vor allem dem Liquiditätsmotiv spielt hier allerdings auch das Finanzierungsmotiv eine wichtige Rolle, da grundsätzlich neben Guthaben auch Effekten Bestandteil der "auflagefähigen Aktiva" sind. Die im Rahmen der Liquiditätsquoten gemachten Auflagen können so weit gehen, daß sie einer begünstigenden Kreditselektion gleichkommen.¹⁾ Bezugsgrundlage für die Festsetzung und Variation von Liquiditätsquoten sind ausschließlich Positionen der Passivseite der Bilanz. Die Mindestliquiditätsquote wird meistens in einem Prozentsatz zu den Sichteinlagen und Termineinlagen vorgeschrieben.

Dies deutet neben der Zusammensetzung der auflagefähigen monetären Mengen darauf hin, daß das Abschöpfungsmotiv nachrangigen Charakter hat.²⁾

2) Die Einwirkung durch Beschränkungen

Die Beschränkungen können in quantitative und in qualitative Beschränkungen sowie in Beschränkungen der Konditionen unterteilt werden.³⁾

aa) Die quantitativen Beschränkungen

"Während durch die Auflagen die 'Überschußreserven' der Banken als Basis des Geldschöpfungspotentials und dieses damit indirekt begrenzt werden soll, setzen die quantitativen Beschränkungen dem Geldschöpfungspotential direkt Grenzen. Diese Einwirkung wird dann unumgänglich sein, wenn sich die übrigen Mittel der Währungsbank als wirkungslos erweisen."⁴⁾

Als Bezugsgrundlage der quantitativen Beschränkungen können entweder "bestimmte Bilanzpositionen der Geschäftsbanken"

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 154

2) Vgl. oben S. 27

3) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 168
siehe auch Nowak, R., a. a. O., S. 436

4) Hahn, O., ebenda, S. 169

oder "historische Zahlen aus dem Kreditgeschäft" genommen werden.¹⁾ Die erste Möglichkeit wird von Hahn als "dynamische" und die zweite als "statische Bezugsgrundlage" bezeichnet.²⁾

i) Die Kreditrichtsätze, als quantitative Beschränkungen mit dynamischer Grundlage

Bei solchen Beschränkungen handelt es sich meist um Leitlinien für die Kreditausreichung im Rahmen der Ordnungspolitik. Dabei werden bestimmte Relationen zwischen Positionen der Aktiv- und der Passivseite der Bilanz festgelegt. Diese dürfen von den Geschäftsbanken nicht durchbrochen werden. Die "Kreditrichtsätze"³⁾ sollen vor allem eine ungesunde Kreditpolitik der Geschäftsbanken verhindern und werden daher überwiegend als ein Instrument institutionisierender und nicht so sehr funktioneller Währungspolitik eingesetzt.

ii) Die Kreditrestriktionen, als quantitative Beschränkungen mit statischer Grundlage

Die "Kreditrestriktionen" (im engeren Sinne⁴⁾) wirken direkt auf das Kreditvolumen der Geschäftsbanken ein. Auf Grund dieser unmittelbaren Einwirkung stellen sie sehr harte administrative zentralbankpolitische Maßnahmen dar,⁵⁾ deren Grenzen auf der einen Seite in den politischen Zielsetzungen des Staates (z. B. kriegsbedingte inflationäre Geld- und Finanzpolitik) und auf der anderen Seite in der Freiheit und den Grundrechten des einzelnen zu suchen sein dürften.⁶⁾

1) Vgl. Nowak, R., a. a. O., S. 435

2) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 170

3) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 170 ff.

4) Vgl. Beck, H., Kommentar zum Bundesbankgesetz vom 20. Juli 1957, Mainz 1959, S. 262

5) Vgl. Küng, E., Zahlungsbilanzpolitik, Tübingen 1959, S. 91

6) Vgl. hierzu Linhardt, H., Bankbetriebslehre, Bd. I, a. a. O., S. 165 und S. 206; Lutz, F. A., Geld und Währung, Tübingen 1962, S. 90; Somary, F., Bankpolitik, 3. Aufl., Tübingen 1934, S. 189 f.; Wallich, H. C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955, S. 75 ff.

Nowak führt drei Möglichkeiten der Kreditrestriktion auf, die sich nach dem Umfang der Kreditbeschränkungen unterscheiden:¹⁾ Die Begrenzung des Zuwaches (Krediteinschränkung), der Kreditstop (keine Ausweitung des Kreditvolumens) und der Kreditstop mit Rückführungsaufgabe. Diese drei möglichen Restriktionsformen werden von Hahn noch um zwei weitere ergänzt:²⁾ Die grundsätzliche Kreditsperre (Abhängigkeit neuer Kreditverträge von einer Genehmigung durch die Zentralbank) und die totale Kreditsperre (keine neuen Kreditverträge).

Das am weitesten in die Sphäre des einzelnen Kreditnehmers hineinreichende Mittel ist der Kreditstop mit Rückführungsaufgabe, da es die Banken zwingt, einzelnen Kreditnehmern den Kredit zu kündigen, sofern die normalen Tilgungseingänge nicht für eine Rückführung des Kreditvolumens ausreichen.

bb) Die Kreditselektionen, als qualitative Beschränkungen

Während die quantitativen Beschränkungen alle Kreditverhältnisse gleichmäßig treffen, wird bei den qualitativen Beschränkungen zwischen den einzelnen Kreditarten differenziert.³⁾ Man könnte diese Beschränkungen auch als qualitativ-quantitative⁴⁾ Beschränkungen bezeichnen, weil dabei einzelne Kreditarten immer durch mengenmäßige Vorschriften beeinflusst werden.⁵⁾ Als Kriterien für die Unterscheidung der einzelnen Kreditarten nennt Hahn "die Wirtschaftszweige (Unternehmungen, öffentliche und private Haushalte), innerhalb der Unternehmungsfinanzierung zwischen den Stufen (Industrie, Handel, Verkehr

1) Vgl. Nowak, R., a. a. O., S. 436

2) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 178

3) Vgl. Nowak, R., a. a. O., S. 447. So z. B. O. Hahn, vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, S. 181 f.

4) Außer den mengenmäßigen Selektionen können noch Selektionen durch "Variation der Konditionen" durchgeführt werden. Dies fällt aber unter die im folgenden Kapitel aufgeführten "Beschränkung der Konditionen".

5) Hahn, O., a. a. O., S. 181

usw.) und Branchen (Konsum-, Investitionsgüter- und Bauwirtschaft) sowie - bei allen Zweigen - die Kreditverwendung (Umsatz-, Investitions-, Spekulations- und Konsumfinanzierung)".¹⁾

Wenn bestimmte Kreditarten von Kreditrestriktionen ausgenommen werden, so handelt es sich dabei um selektive Ausnahmen von quantitativen Beschränkungen.²⁾

cc) Die Beschränkung der Konditionen

"Durch entsprechende Einwirkung auf die Geschäftsbedingungen der Banken versucht die Währungsbank, indirekt das Kreditvolumen zu beschränken."³⁾

Graebner führt für die "Kontrolle der Kreditbedingungen drei Möglichkeiten auf: Die Kontrolle der Kreditzinssätze, der Kreditlaufzeit und der Beleihungsgrenzen."⁴⁾

Die Kreditzinssätze, d. h., die Mindestsollzinssätze, können dabei entweder an den Diskontsatz gebunden sein oder selbständig von der Zentralbank festgelegt werden.

Während die Zinssätze im allgemeinen für alle Kreditarten gleichermaßen gelten, werden die Kreditlaufzeit und Beleihungsgrenzen meist differenziert nach Kreditarten, d. h. selektiv festgesetzt.⁵⁾ Der Grund dafür liegt in den nur schwer lösbaren administrativen Problemen bei der Durchsetzung dieser Vorschriften.

1) Hahn, O., a. a. O., S. 181

2) Vgl. ebenda, S. 182

3) Hahn, O., ebenda, S. 183

4) Graebner, W., a. a. O., S. 66 ff.

5) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 67; Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 184 ff.; Nowak, R., a. a. O., S. 443 f.

III. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden

Unter diesem Oberbegriff führt O. Hahn als mögliche Ansatzpunkte der Zentralbank die Kassenbestände und die Kreditaufnahme der Bankkunden auf.¹⁾

Administrative Maßnahmen, welche die Kassenbestände als Ansatzpunkt zur Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden haben, sind überwiegend Bestandteil der institutionierenden Währungspolitik und bewegen sich nach Graebner "außerhalb der Gesetze einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung."²⁾

Als mögliche Formen der Einwirkung nennt O. Hahn die währungspolitische Besteuerung, die Auflagen und die Beschränkungen.³⁾

Behördliche Maßnahmen mit der Kreditaufnahme der Bankkunden als Ansatzpunkt haben überwiegend funktionellen Charakter und sind trotz ihres unverkennbar dirigistischen Einschlages auch in marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnungen häufig ein Bestandteil der Zentralbankpolitik.⁴⁾ Die "Prüfung einzelner Kreditgesuche"⁵⁾ durch die Zentralbank verlagert die Entscheidung über die Verteilung des Kreditpotentials von der Geschäftsbank auf die Behörde. Der Unterschied zu den Kreditselektionen liegt darin, daß diese zwar den Banken Beschränkungen auferlegen, generell die Kreditaufnahmefähigkeit der Bankkunden aber nicht beschneiden, während die Prüfung einzelner Kreditgesuche durch die Zentralbank die Finanzierungsmöglichkeiten der Bankkunden direkt begrenzt

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a.a.O., S. 187 ff.

2) Graebner, W., a. a. O., S. 23

3) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 188 ff.

4) S. z. B. in Italien und Frankreich, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Hrsg., Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962, S. 134 ff.; Lutz, V. C., The Central Bank and the System of Credit Control in Italy, in: Banking in Western Europe, hrsg. v. R. S. Sayers, Oxford 1962, S. 157; Schuster, L., Zentralbankpolitik und Geschäftsbankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln - Opladen 1967, S. 211 ff.

5) Nowak, R., a. a. O., S. 444

6) Vgl. Hahn, a. a. O., S. 197

C. Das bankmäßige Instrumentarium der Zentralbank

"Als bankmäßig wird man die Instrumente charakterisieren, die jede Bank im Verkehr mit ihren Kunden oder im offenen Markt anwenden kann."¹⁾ Grundlage dafür sind die Geschäfte, die eine Bank betreibt. "Die klassische Einteilung der Bankgeschäfte orientiert sich an der Bankbilanz. Die Geschäfte schlagen sich entweder auf der Passivseite (Passivgeschäfte) oder auf der Aktivseite der Bankbilanz (Aktivgeschäfte) nieder oder sie berühren die Bankbilanz überhaupt nicht."²⁾ Die Geschäfte, die die Bankbilanz nicht berühren, wollen wir als "Dienstleistungsgeschäfte" bezeichnen und dazu auch den Zahlungsverkehr rechnen, obwohl auch dieser die Bankbilanz berührt, sich aber dort unwesentlich niederschlägt.³⁾

Während die hoheitliche Funktion der Zentralbank durch das "Passivgeschäft" in Form der Ausgabe valutarischen Geldes begründet wurde,⁴⁾ bildet das Aktiv- und Dienstleistungsgeschäft der Zentralbank die Grundlage für ihre bankmäßige Betätigung.

Hahn führt als die Aktivgeschäfte der klassischen Notenbank "die Finanzierung des inländischen Umsatzes, des Exports und der Steuereinnahmen"⁵⁾ auf. Die Übernahme hoheitlicher Funktionen aber "erlaubte es (der Währungsbank) nicht mehr, mit den nichtprivilegierten Kreditinstituten im Aktivgeschäft zu konkurrieren und forderte daher den Verzicht der Währungsbank auf das Direktgeschäft".⁶⁾ Die Zentralbank hat sich seither auf solche Geschäfte zu beschränken, die von den anderen

1) Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 260

2) Hahn, O., Bankbetriebslehre, Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Bd. 85, Stuttgart 1967, S. 20 f.

3) Vgl. zur Einordnung des Zahlungsverkehrs, Hahn, O., ebenda, S. 21

4) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 4 ff. und oben S.

5) Hahn, O., ebenda, S. 12 f.

6) Ebenda, S. 12

Banken nicht gepflegt werden. Das ist vor allem die Refinanzierung der Geschäftsbanken. Ein Direktgeschäft ist nach Hahn allerdings überall dort noch gerechtfertigt, wo eine entsprechende Versorgung von Staat und Wirtschaft mit Bankleistungen durch nichtprivilegierte Banken fehlt: "Das trifft zu für alle Entwicklungsländer, deren nicht privilegiertes Bankensystem sich erst im Anfangstadium befindet."¹⁾ Da das Direktgeschäft mit dem Staat auf Grund der schlechten Konditionen für die Geschäftsbanken nicht interessant ist, ist die Währungsbank gezwungen, diese Angebotslücke zu schließen: "Die Aufrechterhaltung des Direktgeschäftes mit dem Staat rechnet aber auch zum währungspolitischen Instrumentarium: Würde die Währungsbank die Staatsfinanzierung nur im Wege der Refinanzierung besorgen, so gäbe es keine Rechtfertigung für das Verlangen nach Unterhaltung der öffentlichen Kassenreserven bei der Währungsbank."²⁾

Auch mit Hilfe des bankmäßigen Instrumentariums versucht die Zentralbank die aktuellen und potentiellen monetären Mengen der Geschäftsbanken und der Nichtbanken zu beeinflussen, im Gegensatz zum administrativen Instrumentarium ist sie aber darauf angewiesen, daß diese mit ihr kontrahieren, wenn sie Wirkung erzielen will.³⁾ Je liquider eine Wirtschaft ist, um so weniger Bedeutung wird das Aktivgeschäft einer Zentralbank und damit ihr bankmäßiges Instrumentarium haben. Der Einsatz des administrativen kann daher die Bedeutung des bankmäßigen Instrumentariums heben.⁴⁾

Die Systematik der bankmäßigen Maßnahmen der Zentralbank verlangt das Auffinden hierfür typischer, d. h. den bankgeschäftlichen Gepflogenheiten entsprechende Gesichtspunkte. Als Aus-

1) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 13

2) Hahn, O., ebenda, S. 15

3) Vgl. Hahn, O., Die Möglichkeiten einer Förderung des Scheckverkehrs, Frankfurt/M., 1962, S. 69 f.

4) Vgl. Schmölders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 203

gangspunkt der Einteilung des bankmäßigen Instrumentariums wollen wir daher gemäß unserer oben gemachten Ausführungen die Aktiv- und Dienstleistungsgeschäfte der Zentralbank wählen.

I. Die Gestaltung des Aktivgeschäfts

Das Aktivgeschäft der Zentralbank zerfällt in das Geschäft mit den Banken und das Direktgeschäft mit den "Nichtbanken", das sind öffentliche und private Haushalte und Unternehmungen. Zur Gestaltung ihres Aktivgeschäftes kann die Zentralbank quantitative, qualitative und preispolitische Maßnahmen treffen.¹⁾

a) Die "Bank der Banken"

Das Aktivgeschäft der Zentralbank mit den Geschäftsbanken läßt sich unterteilen in das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft. Beim ersteren refinanziert die Zentralbank das Aktivgeschäft der Geschäftsbanken und beim letzteren tritt sie als Handelspartner der Geschäftsbanken an den Effekten- und Devisenmärkten auf, wobei wir davon ausgehen, daß nur die Banken Zugang zu diesen Märkten haben.

Zentralbankpolitische Maßnahmen im Rahmen der Kreditgeschäfte mit den Banken kann man daher als "Refinanzierungspolitik der Zentralbank" und solche im Rahmen der Handelsgeschäfte als "Handelspolitik der Zentralbank" bezeichnen.

1) Die Refinanzierungspolitik

Unter dem Begriff "Refinanzierungspolitik der Zentralbank" versteht man die Gesamtheit der Bedingungen, unter welchen die Zentralbank bereit ist, Kredite an die Geschäftsbanken

1) Vgl. zu den Begriffen Quantität, Qualität und Preispolitik, Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 72 ff.

zu gewähren.¹⁾ Grundlage der Refinanzierung sind im allgemeinen die Diskontierung von Wechseln und die Lombardierung von Wertpapieren.

aa) Quantitative Maßnahmen

Quantitative Maßnahmen der Zentralbank im Rahmen ihrer Refinanzierungspolitik sind die Festsetzung und Änderung von Refinanzierungskontingenten, der Refinanzierungsstop²⁾ und die Festsetzung und Änderung von Beleihungsgrenzen. Die Zuordnung dieser quantitativen Maßnahmen zum bankmäßigen Instrumentarium der Zentralbank entspricht nicht der übereinstimmenden Meinung im Schrifttum.

So vergleicht Veit zwar noch das Setzen von Rediskontkontingenten mit der bei den Geschäftsbanken üblichen "Begrenzung der Kreditlinien auf bestimmte Höchstbeträge"³⁾ und rechnet es daher zum bankmäßigen Instrumentarium der Zentralbank. Den Refinanzierungsstop durch die Zentralbank dagegen, welcher "wie eine plötzliche Beschränkung der Rediskontingente wirkt", rechnet Veit zu den administrativen Mitteln.⁴⁾ Wir sind hier mit Nowak der Meinung, daß die Zuordnung der quantitativen Refinanzierungspolitik der Zentralbank einmal zu den bankmäßigen und das andere Mal zu den administrativen Mitteln nicht konsequent ist. Nach unserer Meinung entspricht es durchaus der banküblichen Praxis, weitere Kredite zu verweigern bzw. schon ausgereichte Kredite fällig zu stellen. Die Tatsache, daß insbesondere der Refinanzierungsstop zu

1) Vgl. dazu Gleske, I., Art.: Notenbankpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 1. Aufl., Bd. 2, Frankfurt/M. 1958, S. 1215 ff.; Lipfert, H., Einführung..., a. a. O., S. 140; Klein, K., Die Kreditplafondierung, eine geld- und kreditpolitische Notwendigkeit, Berlin 1967, S. 22

2) Vgl. hierzu Graebner, W., a. a. O., S. 44 ff.

3) Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 260

4) Vgl. Veit O., ebenda, S. 305

5) Nowak R., a. a. O., S. 449

Ungerechtigkeiten in der Kreditverteilung führen kann, mag Veit dazu verleitet haben, diese härteste quantitative Maßnahme im Rahmen der Refinanzierungspolitik dem administrativen Instrumentarium der Zentralbank zuzuordnen.

Die quantitativen Begrenzungen der Zentralbank wirken sich einmal auf die Refinanzierungsmöglichkeit, das heißt die Umwandlung von potentiellen in aktuelle monetäre Mengen, und zum anderen auf das Aktivgeschäft der Geschäftsbanken mit ihren Kunden und somit auf die "Realisierung ihrer Geldschöpfungskapazität" aus.¹⁾ Die Beschränkung qualitativer Art in den Aktivgeschäften der Geschäftsbanken (Bevorzugung zentralbankfähiger Aktiva) wird nach Hahn "um so größer (sein), je niedriger der Verwertungsgrad (Beleihungsgrenze, Rediskontkontingente) dieser Aktiva ist."²⁾

bb) Qualitative Maßnahmen

Die Festlegung und Variierung der Anforderungen an das refinanzierungsfähige Material sind Gegenstand der qualitativen Maßnahmen der Zentralbank im Rahmen ihrer Refinanzierungspolitik. Die Notenbank kann dadurch einzelne Kreditarten oder -formen benachteiligen oder begünstigen, sie betreibt eine Kreditauslese oder Kreditselektion. Dies entspricht auch den banküblichen Verhaltensnormen. Der Unterschied zwischen der Kreditauslese der Zentralbank und jener der Geschäftsbank liegt in der Zielsetzung: die Geschäftsbank beurteilt die Kreditgesuche nur nach einzelwirtschaftlichen Grundsätzen, während die Zentralbank dazu noch gesamtwirtschaftliche Ziele beachtet.³⁾

Veit kann sich daher auch nicht entschließen, die "Differenzierungen" oder "Selektionen" bei der Refinanzierung von Kre-

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 150; Graebner, W., a. a. O., S. 45 f.

2) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 150

3) Vgl. oben S. 7 ff.

diten an einzelne Wirtschaftszweige"¹⁾ den bankmäßigen Mit-
teln der Zentralbank unterzuordnen, denn "unter Kreditselek-
tion ist nichts Privatwirtschaftliches zu verstehen".²⁾ Er
rechnet sie vielmehr zu den "speziellen Lenkungsmaßnahmen",
über die er wie folgt urteilt: "Am meisten entfernt man sich
vom bankmäßigen, wenn die Währungspolitik in den Dienst spe-
zieller Lenkungsmaßnahmen gestellt wird."³⁾

Bei der Einteilung des zentralbankpolitischen Instrumentari-
ums haben wir jedoch nicht die ökonomische Zielsetzung, son-
dern allein die Quelle der Machtausübung als Einteilungskri-
terium genommen. Deswegen sind wir der Meinung, daß unter
diesem Gesichtspunkt die qualitative Kreditpolitik der Zen-
tralbanken mit jener der Geschäftsbanken verglichen werden
kann und somit "bankmäßig" ist.⁴⁾

cc) Preispolitische Maßnahmen

Hierunter zählt die Festsetzung und Variierung des oder der
Refinanzierungssätze, zu dem die Zentralbank Refinanzierungs-
kredite an die Geschäftsbanken gewährt.⁵⁾

Den preispolitischen Maßnahmen wird eine zweifache Wirkung
zuschrieben:⁶⁾

1. Beeinflussung der monetären Mengen (Liquidität) durch
den Zins als Kostenfaktor, und
2. eine psychologische Reaktion, die auf dem Banksatz als
Konjunkturbarometer beruht.⁷⁾

1) Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 306

2) Ebenda, S. 306

3) Ebenda, S. 305

4) Vgl. auch Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O.,
S. 150. Hahn führt dort nach unserer Meinung zu Unrecht Veit
ohne Einschränkung als Gewährsmann für die Zurechnung der
"qualitativen und quantitativen Maßnahmen der Währungsbank
in ihren Kredit- und Handelsgeschäften zu den bankmäßigen
(Veit) bzw. unternehmerischen Maßnahmen" auf.

5) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O.,
S. 308 ff.

6) Vgl. Schmolders, Geldpolitik, a. a. O., S. 197 ff., siehe
auch Graebner, W., a. a. O., S. 26 ff.

7) Vgl. hierzu v. Spindler, J., Becker, H., Starke, O. E.,
Kommentar zum Gesetz über die Deutsche Bundesbank, 2. Aufl.,
Stuttgart 1960, S. 55 (Alarmsignal, Repräsentativfunken)

Die zentralbankpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Refinanzierungspolitik der Zentralbank sind jedoch nur unvollkommen geeignet, das Kreditvolumen zu steuern, da die Banken erst bei angespannter Liquiditätslage gezwungen sind, sich bei der Zentralbank zu refinanzieren.¹⁾ Daher ist ihr Einsatz nur im Zusammenwirken mit den übrigen Mitteln der Zentralbankpolitik erfolgversprechend.²⁾ Dieses Zusammenwirken zentralbankpolitischer Instrumente hat unter dem Begriff "Zangenwirkung" Eingang in die Literatur gefunden.³⁾ Schmölders beschreibt eine solche "Zangenwirkung" treffend: "Der doppelte Druck der Liquiditätseinengung durch Offenmarktverkäufe und Erhöhung der Pflichtreserven treibt den Markt in die Bank und verhilft dem erhöhten Diskontsatz zu seiner Wirkung."⁴⁾

2. Die "Handelspolitik der Zentralbank"

Die Handelsgeschäfte der Zentralbank betreffen den An- und Verkauf von primären Aktiva, d. h. von Gold, Valuten und festverzinslichen Wertpapieren am offenen Markt. Mit Hilfe der Handelsgeschäfte beabsichtigt die Zentralbank die Bestände am Zentralbankgeld im Bankensektor zu variieren⁵⁾ und/oder den Zinsfuß zu beeinflussen. Es handelt sich hierbei um quantitative Maßnahmen der Zentralbank, doch weist Hahn zu Recht darauf hin, daß sie streng genommen der Preispolitik unterzuordnen sind. "In ähnlicher Weise wie jeder Unternehmung stehen auch der Zentralnotenbank zwei Wege zur Verfolgung ihrer 'Absatzpolitik' zur Verfügung - die Variesung der 'monetären Mengen' und die Variesung der 'monetären Preise'".⁶⁾ Je nachdem, was variiert wird, der Preis

1) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 32

2) Vgl. Hahn, O., Die Auswirkungen der Diskonterhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, Heft 1, Januar 1967, S. 1

3) Vgl. Lutz, F. A., Geld und Währung, Tübingen 1962, S. 48 (Beschreibung der englischen Zangenpolitik)

4) Schmölders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 206

5) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik..., a. a. O., S. 262 ff.

6) Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 75

(z. B. der Abgabesatz) oder die Menge, ist das eine gemäß der Preistheorie der "Aktionsparameter" und das andere der "Erwartungsparameter."¹⁾

Die "Quantitäten" sind beispielsweise dabei "entweder als 'Aktionsparameter' Mittel der Preispolitik oder aber als 'Erwartungsparameter' Ausfluß der Preispolitik."²⁾ Entsprechend den verschiedenen Märkten, an welchen die Zentralbank tätig wird, kann die Handelspolitik unterteilt werden in "Preismanipulationen" an den Effekten- und an den Devisenmärkten. Der Goldmarkt wird dabei als ein Teilmarkt der Devisenmärkte betrachtet.

aa) Preismanipulationen an den Effektenmärkten

Dieses als "Offenmarktpolitik" bezeichnete Instrument der Zentralbank setzt einen funktionsfähigen Geldmarkt voraus, um wirksam eingesetzt werden zu können. Gegenstand der "Offenmarktpolitik" der Zentralbank sind Wertpapiere, und zwar meist kurzfristige Staatstitel.³⁾ Gemäß dem oben genannten Parameter-Prinzip kann die Zentralbank entweder die Menge der von ihr angebotenen oder nachgefragten Titel festsetzen oder sie bestimmt den Zinssatz und kauft oder verkauft die angebotenen oder nachgefragten Mengen an Offenmarktstiteln.⁴⁾

Die Grenzen der Durchführung von Preismanipulationen an den Effektenmärkten liegen zumeist in den "Quantitäten" begründet, vor allem in der Aufnahmefähigkeit der Geschäftsbanken und in der Höhe des "Lagerbestandes" der Zentralbank an Offenmarktstiteln. Eine Möglichkeit zur Beseitigung des "Lieferengpasses" bietet die Emission von eigenen Offenmarktstiteln durch die Zentralbank.

1) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 75 f.

2) Hahn, O., ebenda, S. 77

3) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik..., a. a. O., S. 248

4) Vgl. Lipfert, H., Einführung..., a. a. O., S. 168

Der Hauptnachteil der Offenmarktpolitik besteht danach darin, daß die Zentralbank zwar jederzeit Wertpapiere kaufen kann, es aber in keiner Weise gewährleistet ist, daß sie die erworbenen Bestände zu dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt wieder abzustoßen vermag, um so der Wirtschaft Primärliquidität zu entziehen.

Die Offenmarktpolitik setzt einen funktionsfähigen Geldmarkt voraus¹⁾ und stellt nach Meinung von Schmölders ein die Diskontpolitik ergänzendes Instrument dar: "Die faktische Entwicklung der Offenmarktpolitik zu einem die Diskontpolitik ergänzenden Instrument der Notenbankpolitik vollzog sich in den USA nach dem ersten, in den meisten europäischen Ländern jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg."²⁾ Nach Meinung von Brehmer³⁾ und Graebner⁴⁾ ist die zentralbankpolitische Wirkung der Offenmarktpolitik lediglich auf eine Umstrukturierung der Liquiditätsreserven begrenzt.

bb) Preismanipulationen an den Devisenmärkten

Wie bei der Offenmarktpolitik gibt es auch hier die beiden Wege der Preis- und Mengenvariierung. Neben Kurssicherungsgeschäften⁵⁾ und der Variierung der Devisenan- und verkaufssätze innerhalb von Bandbreiten von höchstens 1 % ist als preispolitische Maßnahme nur die Auf- oder Abwertung der eigenen Währung möglich. Da dies ein kompliziertes Verfahren mit nicht exakt zu berechnenden Auswirkungen ist, beschränken sich die Preismanipulationen an den Devisenmärkten überwiegend auf die Variierung der Devisenmengen als Aktions-

1) Da in den Entwicklungsländern ein Geldmarkt meist nicht oder nur rudimentär vorhanden ist, ist die Offenmarktpolitik dort nur bedingt anwendbar.

2) Schmölders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 206

3) Vgl. Brehmer, E., Struktur und Wirkungsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik nach 1948, erschienen in der Reihe: Beiträge zur reinen und angewandten Wirtschaftstheorie aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Seminar der Universität Kiel, hrsg., von E. Schneider, Nr. 1, Tübingen 1956, S. 116

4) Vgl. Graebner, W., a. a. O., S. 33 ff.

5) Vgl. dazu Lipfert, H., Kurssicherung - ein Währungsinstrument, in: Handelsblatt vom 20.5.1959; ders., Einführung, a. a. O., S. 175 ff.

parameter mit dem Valutakurs als Erwartungsparameter, innerhalb der einmal festgesetzten Paritäten.

Die Auswirkungen der Preismanipulationen an den Devisenmärkten werden zum Teil durch den Grad der Konvertibilität der eigenen Währung bestimmt. Erst das "Nichtvorhandensein von Devisenbewirtschaftung"¹⁾ macht mit Ausnahme der Paritätenänderung Preismanipulationen an den Effektenmärkten sinnvoll, denn erst dann kann durch sie ein Zu- oder Abfluß von Devisen und damit ceteris paribus tatsächliche Veränderungen der monetären Mengen erreicht werden.

b) Die Haus- und Geschäftsbank

Die Zentralbank ist im allgemeinen neben der Bank der Banken zugleich auch Hausbank des Staates. Manche Zentralbanken sind darüber hinaus auch Geschäftsbank für die "Bankkunden". Da in beiden Fällen keine nichtprivilegierte Bank dazwischengeschaltet ist, können wir die Aktivgeschäfte der Zentralbank in ihrer Funktion als Haus- oder Geschäftsbank auch als "Direktgeschäfte" bezeichnen.

1. Direktgeschäfte mit dem Staat

Wichtigstes Geschäft ist hier die Staatsfinanzierung. Alle anderen Geschäfte können im Rahmen dieser Arbeit vernachlässigt werden. Neben den Geschäftsbanken ist der Staat ein sehr bedeutsamer Kunde für die Zentralbank.²⁾ Aus der Funktion der Hausbank für den Staat ergibt sich für die Zentralbank nach Rittershausen "ein ungemein bedeutendes Instrument: die richtige Diagnose der staatlichen Kreditwünsche und deren Befriedigung in bestimmten Grenzen..."³⁾.

1) Vgl. Rittershausen, H., Die Zentralnotenbank, a. a. O., S. 131

2) Vgl. dazu Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a. O., S. 238 ff.

3) Rittershausen, H., Die Zentralnotenbank, a. a. O., S. 129 f.

Wie bei jeder Bank ergeben sich für die Zentralbank aus dem direkten Kreditengagement mit dem Staat vielfältige Probleme wie die Form der Kreditgewährung, der Finanzierungszweck, der Verwendungszweck sowie die Begrenzung und die Kontrolle des Staatskredites.¹⁾ Es würde hier zu weit führen, darauf bis ins einzelne einzugehen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß vor allem der Verwendungszweck²⁾ - Bevorschussung der Haushaltseinnahmen, Ausgleich des Haushaltsdefizits - und die Möglichkeiten zur Begrenzung des Staatskredits für die Zentralbank von größter Bedeutung sind. So weist O. Hahn unter Bezug auf Rittershausen darauf hin, daß die Kredite zum Ausgleich des Haushaltsdefizits "die vornehmliche Ursache aller Inflationen (sind)"³⁾. Der Grund liegt in der damit verbundenen Geldschöpfung durch den Staat. Unter diesem Blickpunkt liegt auch die zentralbankpolitische Bedeutung der Limitierung des Staatskredites auf der Hand.⁴⁾

Als Formen der Kreditgewährung kommen die Buchkreditgewährung (Darlehen und Kontokorrentkredit) und der Titelkauf (Schatzwechsel und Obligationen) in Betracht. Letzteres umschließt sowohl den Kauf von Staatstiteln von der öffentlichen Hand als auch auf dem Markt.⁵⁾ Hahn nennt außerdem noch die Übernahme von Scheidemünzen vom Staat, wenn dieser als Münzherr auftritt.⁶⁾

1) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken II, a. a. O., S. 61 ff. Unter dem Gesichtspunkt der Abhängigkeit der Zentralbank vom Staat ist O. Hahn ausführlich auf die einzelnen Punkte eingegangen.

2) Vgl. ebenda, S. 63 f.

3) Vgl. ebenda, S. 60 ff., siehe auch Rittershausen, H., a. a. O., S. 292

4) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 60

5) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 61 f.

6) Vgl. ebenda

Die Begrenzung des Staatskredits ist direkt oder indirekt möglich. Eine direkte Begrenzung liegt dann vor, "wenn der Zentralbank ausdrücklich ein absolutes oder relatives Limit für den Bestand an allen oder bestimmten Staatstiteln gesetzt ist."¹⁾ Von einer indirekten Begrenzung kann dann gesprochen werden, wenn die Staatsfinanzierung durch die Geldschöpfungskapazität der Zentralbank eingeengt wird. Eine solche Begrenzung ist dann gegeben, wenn die Notenausgabe oder die Notenausgabe und die Höhe der übrigen Sichtverbindlichkeiten der Zentralbank limitiert sind. "Eine Ausweitung der Staatsfinanzierung ist (dann) nur möglich zu Lasten anderer Kreditgeschäfte bis zum Erschöpfen der Gesamtkapazität."²⁾

2. Die Direktgeschäfte mit den "Bankkunden"

Die Zentralbank übernimmt hier die Funktion einer normalen Geschäftsbank. Unter "Bankkunden" wollen wir private Haushalte und Unternehmungen, die nicht Banken sind, verstehen. Ein Direktgeschäft zwischen ihnen und der Zentralbank soll, wie wir oben dargelegt haben,³⁾ Ausnahmecharakter tragen und normalerweise den nichtprivilegierten⁴⁾ Banken überlassen bleiben.

Die Geschäftspolitik der Zentralbank bei ihrer Tätigkeit als Geschäftsbank gewinnt naturgegebenermaßen im Rahmen der Zentralbankpolitik mit dem wachsenden Anteil der Direktgeschäfte mit den Bankkunden an ihrem gesamten Aktivgeschäft an Bedeutung.

1) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 64

2) ebenda

3) Vgl. oben S. 34 f.

4) Vgl. oben S. 34

II) Die Gestaltung des Dienstleistungsgeschäfts

a) Dienstleistungen für die Banken

Im allgemeinen gehört es zu den normierten Aufgaben einer Zentralbank, den Geldumlauf des Landes zu regeln.¹⁾ Die Zentralisierung des Zahlungsverkehrs bei der Zentralbank könnte ihr nicht nur diese Aufgabe, sondern auch die Sicherung der Währung erleichtern.²⁾ Neben administrativen Mitteln³⁾ bietet ihr die Bereitstellung von vorteilhaften Dienstleistungen die Möglichkeit, in Konkurrenz zur gegenseitigen Verrechnung der Geschäftsbanken bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs zu treten. Zu den Dienstleistungsgeschäften gehören u. a. Durchführung von Abrechnungen und die Abwicklung des Überweisungs- und Scheckverkehrs. Hahn weist darauf hin, daß das Notenbankgironetz besondere Vorteile beim Scheckinkasso bieten kann, "da eingereichte Schecks die Liquiditätslage einer Bank verbessern, ihr erteilte Überweisungsaufträge demgegenüber ihre Liquiditätssituation verschlechtern."⁴⁾

Neben der Förderung und Zentralisierung des Zahlungsverkehrs kann die Zentralbank darüber hinaus mit dem Anbieten situationsgerechter und qualifizierter Dienstleistungen die Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken fördern und dadurch ihre Stellung als Währungsautorität verbessern. Als Beispiel dafür sei die Abhaltung von Ausbildungskursen für das Personal der Geschäftsbanken genannt. Dies kann insbesondere die Arbeit der Zentralbanken in den Entwicklungsländern erleichtern.

b) Dienstleistungen für den Staat

Als Hausbank der Regierung führt die Zentralbank für diese sowohl alle banküblichen Dienstleistungen im Zahlungs- und

1) Vgl. Veit, O., Grundriß der Währungspolitik..., a. a. O., S. 295

2) Vgl. ebenda, S. 296

3) Vgl. dazu Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 145 ff.

4) Hahn, O., ebenda, S. 147

Inkassoverkehr und bei der Vermögensverwaltung als auch zusätzlich beim Schuldendienst durch. Diese Leistungen sind im allgemeinen gratis und mindern daher den Bankertrag und entlasten gleichzeitig den Staatshaushalt. O. Hahn weist jedoch darauf hin, daß diese Leistungen eng verbunden sind mit den Aktiv- und Passivgeschäften der Zentralbank mit dem Staat, die wiederum Gegenstand der Zentralbankpolitik sind.¹⁾ So können z. B. Leistungen der Zentralbank auf dem Gebiet des Staatsschuldenwesens wie etwa die Emission von Regierungsanleihen mit der Offenmarktpolitik koordiniert werden.

Ein wichtiges Instrument kann die Funktion der Zentralbank als Berater der Regierung sein, denn dadurch kann die Zentralbank u. U. die Wirtschaftspolitik der Regierung so beeinflussen, daß Zentralbankpolitik und Wirtschaftspolitik die gleichen Ziele verfolgen.²⁾

D) Die Zentralbank als Währungsautorität

Die Wirkung der Zentralbank als Währungsautorität ist von ihrem Auftreten und von ihren Befugnissen als Bank und Behörde abhängig. Je besser sie diese beiden Funktionen ausfüllt, um so eher wird es ihr gelingen, kraft ihrer Autorität "direkten Einfluß auf das währungspolitisch relevante Verhalten von Personen und Institutionen zu nehmen."³⁾ Die Zentralbank hat dabei vor allem drei verschiedene Einwirkungsmöglichkeiten: die Information über das Währungsgeschehen, die nachdrücklichen Empfehlungen und die freiwilligen Vereinbarungen.⁴⁾ Die ersten beiden Ausdrucksformen zentralbankpolitischer Autorität werden auch

1) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 59 f.

2) Vgl. auch Brown, C. K., Banking in Sierra Leone: A Comparative Survey, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI (1966), S. 198

3) Schmölders, G., Geldpolitik, a. a. O., S. 212; vgl. dazu auch Siegert, W., Währungspolitik durch Seelenmassage?, Frankfurt/M. 1963, S. 24 f.

4) Vgl. Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft I, a. a. O., S. 16 f.

häufig mit dem aus dem Angelsächsischen übernommenen Begriff "Moral Suasion" bezeichnet und richten sich an alle Wirtschaftssubjekte.¹⁾ Die freiwilligen Vereinbarungen oder auch "Gentleman's Agreements" werden dagegen nur mit Wirtschaftsgruppen wie Banken oder Gewerkschaften geschlossen.²⁾

Die reine Information appelliert mit Hilfe von öffentlichen Stellungnahmen und periodischen Veröffentlichungen unter der Einschaltung von Massenmedien lediglich an die Vernunft. Nachdrückliche Empfehlungen und freiwillige Vereinbarungen dagegen legen ein bestimmtes Verhalten nahe und sind mit gezieltem Druck, wie dem Androhen von administrativen Maßnahmen, verbunden.³⁾ Sie eignen sich gemäß Tuchtfeldt besonders gut für selektive Beschränkungen, da entsprechende administrative Maßnahmen wegen der schwierigen Kontrollmöglichkeiten leicht umgangen werden können.⁴⁾ Zudem besteht hier der Vorteil, daß den Banken noch ein gewisser Ermessensspielraum gelassen wird.⁵⁾ Dies führt auch zu den Grenzen solcher Einflußnahme, sie liegt in dem einzelwirtschaftlichen Denken der Banken begründet.

1) Vgl. Schmolders, G., a. a. O., S. 212, siehe auch Rittershausen, H., Die Zentralnotenbank, a. a. O., S. 148 ff.

2) Vgl. Stucken, R., Deutsche Geld- und Kreditpolitik, 1914 - 1963, 3. Aufl., Tübingen 1964, S. 290

3) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 17

4) Dies ging aus einem Vortrag von E. Tuchtfeldt hervor über "Gentlemen's Agreements als Instrument der Schweizerischen Geldpolitik", gehalten am 11.6.1968 an der Universität Erlangen-Nürnberg.

5) Vgl. Veit, O., Grundriß..., a. a. O., S. 305 f.; Nowak, R., a. a. O., S. 444

3. Abschnitt: Die Entwicklungsländer

A. Die Merkmale der Entwicklungsländer

"Unser Planet ist zur Zeit in drei große Welten gespalten, die freie Welt, die kommunistische Welt und jene der Entwicklungsländer."¹⁾ Die Entwicklungsländer stehen zwischen den beiden anderen "Welten" und werden von beiden umworben. Geographisch gesehen meint man dabei vor allem die Länder Afrikas, Asiens und die meisten Latein-Amerikas.²⁾ Aber weder geographisch noch analytisch-theoretisch können die Entwicklungsländer klar abgegrenzt werden von den entwickelten Ländern in Nordamerika und Europa, denn auch hier gibt es Landstriche, nahezu ganze Länder, die entwicklungsbedürftig sind. "Der Begriff Entwicklungsländer ist kein analytischer, denn schließlich ist der Unterschied zwischen ihnen und dem Rest der Welt nur graduell."³⁾ Man könnte generell sagen, Entwicklungsländer sind solche Länder, deren Entwicklungsstand weit hinter dem der östlichen und westlichen Industrieländer zurückgeblieben ist. Das Problem der Entwicklungsbedürftigkeit wird dabei meist aus ökonomisch-technischer Sicht gesehen. Auch wir müssen zwangsläufig vor allem aus dieser Optik die Entwicklungsländer betrachten, doch darf dabei nicht vergessen werden, daß hinter allen ökonomisch-technologischen Problemen geistig-moralische und soziologische Fragen auftauchen. Röpke schreibt dazu: "Der Begriff Entwicklungsländer bezeichnet eine allgemeine und die gesellschaftlich-geistigen Grundlagen einschließende Umwälzung des Wirtschaftssystems."⁴⁾

- 1) Hunold, A., Geleitwort zu: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Erlenbach - Zürich 1961, S. 7
- 2) Vgl. Röpke, W., Die unterentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem, in: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Erlenbach - Zürich 1961, S. 13
- 3) Bauer, P. T., Entwicklungsländer, Ökonomische Problematik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1960, S. 242
- 4) Röpke, W., Die unterentwickelten Länder, a. a. O., S. 13

Wenn es auch keine eindeutigen, für alle Entwicklungsländer gleichermaßen zutreffenden Merkmale gibt¹⁾, so kann man doch eine Reihe von Kriterien finden, die entweder alle oder zum großen Teil in stärkerer oder schwächerer Form in jedem Entwicklungsland zu finden sind:²⁾

I. Wirtschaftliche Merkmale³⁾

a) Einkommensmerkmale (meßbar)

1. Geringes jährliches Pro-Kopf-Einkommen⁴⁾, nahe Existenz-Minimum, meist zwischen 20 und 150 ₧ (BRD 408 ₧); daraus resultiert eine
2. geringe Ersparnis- und Investitionsquote,⁵⁾ sowie
3. eine geringe Kapitalausstattung je Beschäftigten, was zusammen mit einem niedrigen Stand des technischen Wissens und des Bildungsniveaus zu einer geringen
4. Produktivität der Produktionsfaktoren führt.
5. Dazu kommen oft ausgelaugte Böden und fehlende oder mangelhaft genutzte Ressourcen. Allerdings ist die jeweilige Einkommenshöhe schlecht meßbar⁶⁾ und deswegen auch schlecht vergleichbar, wegen der

1) Vgl. Ringer, K. E., Zur Begriffsbestimmung der Entwicklungsländer, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. H. Besters, E. Bösch, Stuttgart 1966, S. 3; Röpke, a. a. O., S. 12; Bauer, P. T., a. a. O., S. 242; Duncan, G. A., Grundsätzliches zum Problem der Unterentwicklung, in: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Erlenbach - Zürich 1961, S. 205 ff.

2) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 242 ff.; Köllner, L., Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern, als Problem der Nahrungs- und Finanzpolitik, Baden-Baden 1963, S. 18 ff.; Ringer, K. E., a. a. O., S. 6 ff.

3) In Anlehnung an Ringer, K. E., a. a. O., S. 7 ff. gliedern wir in wirtschaftliche, demographische und politisch-gesellschaftliche Merkmale.

4) Vgl. Tab. 2 a)

5) Vgl. Kohlhoff, H., Entwicklungshilfe- ein Faß ohne Boden?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 4, 1966, S. 146

6) Vgl. Helander, S., Das Kreditproblem in unterentwickelten Ländern, in: "Wirtschaftsdienst", Nr. 11, 1961, S. 514

6. geringen Marktverflechtung und der großen, oft
7. überwiegenden Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft).

Dazu kommt, daß die Bedingungen in den einzelnen Ländern weit voneinander abweichen, das Einkommen ist ungleich verteilt, die Kommunikation ist schwierig. Ein annähernd genauer Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen zwischen den einzelnen Ländern ist wegen der vielfältigen vorhandenen Beschränkungen nahezu unmöglich. "Wenn dennoch das Pro-Kopf-Einkommen in erster Annäherung ein ganz brauchbares Merkmal zur Bestimmung von Entwicklungsländern ist, so deshalb, weil selbst bei berechtigten Korrekturen die Einkommensunterschiede und der Abstand zu den an der Spitze der Einkommensskala stehenden Ländern beträchtlich bleibt."¹⁾

b) Strukturmerkmale (allgemeine Beobachtung)

1. In den Entwicklungsländern ist eine einseitige Struktur der Entstehung des Volkseinkommens zu beobachten. Zum einen ist der Hauptanteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig und zum anderen ist die Produktion einseitig auf wenige Güter, die exportiert werden können, ausgerichtet.
2. Neben großen bäuerlichen Gebieten mit Subsistenzwirtschaft existieren einige wenige moderne Industriesektoren (Dualsystem oder auch "disproportionierte Volkswirtschaft"²⁾ genannt).
3. Die institutionelle "Unterentwicklung ist groß, darunter fällt vor allem eine unzureichende Markt-³⁾ und Kreditorganisation.⁴⁾

1) Ringer, K. E., a. a. O., S. 11

2) Vgl. Köllner, L., a. a. O., S. 21

3) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 246 f.

4) Vgl. Kraus, W., Entwicklung der Wirtschaft, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters, H., Bösch, E., Stuttgart 1966, S. 506 f., Vgl. Tab. 2

4. In allen Entwicklungsländern besteht eine Disproportionalität in der relativen Knappheit der Produktionsfaktoren.¹⁾ Während die Arbeit, insbesondere die ungelernte Arbeit, leicht zu haben und relativ billig ist, ist das Kapital auf Grund seiner Knappheit teuer. Der strukturbedingt hohe Zinssatz wird durch die großen Kreditrisiken und teilweise durch die Monopolstellung mancher Kreditgeber noch gesteigert.

II. Demographische Merkmale

- a) Vor allem in den asiatischen Ländern herrscht starker Bevölkerungsdruck mit hoher Geburten- und Sterberate. Letztere geht allerdings durch das Vordringen der modernen Medizin, gefördert durch die Entwicklungshilfe, stetig zurück. Hervorstechend sind noch die
- b) unhygienischen Wohnverhältnisse und die
- c) mangelnde Gesundheitspflege.

III. Gesellschaftliche und politische Merkmale

Es gibt eine Vielzahl an sozialen, soziologischen, kulturellen, religiösen und politischen Hemmungen, die einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehen. Hier einige wichtige Merkmale:

- a) Durch unzulängliches Erziehungswesen finden wir in allen Ländern einen hohen Anteil an Analphabeten (Asien 60 %, Afrika 85 %, Lateinamerika 40 %).²⁾
- b) Sippe und Stamm haben noch eine große Bedeutung und wirken sich negativ in einem umfangreichen Beziehungssystem aus, daneben kann die Verpflichtung, für eine Großfamilie aufkommen zu müssen, den Anreiz zur Verbesserung der eigenen Position geben.³⁾

1) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 247

2) Vgl. Ringer, K. E., a. a. O., S. 13

3) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 249 f.

c) Der Verwaltungsapparat ist oftmals aufgebläht und wenig gefestigt.

d) In den meisten Entwicklungsländern besteht die Tendenz zu politischer Unstabilität und Nationalismus, die die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung oder die Regulierung der Geldversorgung nicht immer gewährleistet.¹⁾

Treten auch nicht alle 17 Merkmale in jedem Entwicklungsland auf, so ist es doch sehr schwierig, die Unterentwicklung auf beinahe allen Gebieten zu bekämpfen.

Die Entwicklungsländer selber streben zugleich in großer Eile nach drei Dingen:

1. Einführung des Industriesystems,
2. Errichtung einer Industriegesellschaft oder wenigstens einer aufgeklärten Wirtschaftsgesellschaft und
3. der kapitalistischen Wirtschaftsweise.²⁾

Dem Geld fällt dabei eine wichtige Rolle zu, denn nach Rieger³⁾ ist ohne Geld eine moderne arbeitsteilige Marktwirtschaft nicht möglich. Die Entwicklungsländer befinden sich "im Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft und nur in der voll entwickelten Geldwirtschaft sind genaue Kalkulation über mutmaßliche Einkommen und Produktionskosten möglich."⁴⁾ Deswegen wollen wir im folgenden kurz die Möglichkeiten einer Zentralbank in Entwicklungsländern zur Verbesserung des Geldwesens und zur sonstigen Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung untersuchen. Nur nach einer solchen theoretischen Vorüberlegung wird es möglich sein, das zentralbankpolitische Instrumentarium der Entwicklungsländer auf seine Wirksamkeit hin zu analysieren.

1) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 251 f.

2) Vgl. Köllner, L., a. a. O., S. 27

3) Vgl. Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl., Erlangen 1959, S. 6 ff.

4) Helander, S., Theorie der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Hochschulwoche 27. - 30. November 1962, Hrsg.: E. Sieber, Berlin 1963, S. 33

B) Die besonderen Aufgaben der Zentralbank in Entwicklungsländern

Die Chancen zum Ausbruch aus dem Teufelskreis der Armut¹⁾ - dem *circulus vitiosus* - der aus den oben aufgezeigten Kriterien sich zu bilden droht, sind beschränkt, doch aber vorhanden. Der Beweis dafür ist, wie P. T. Bauer²⁾ schreibt, die Existenz der heute entwickelten Länder, die alle einmal mit den Merkmalen der Unterentwicklung behaftet waren. Gehen wir davon aus, daß das niedrige Einkommensniveau keine Ersparnis zuläßt, und damit die zur Einkommenssteigerung nötige Kapitalbildung verhindert wird, ferner Unterernährung und damit eine geringe Arbeitsproduktivität den Kreis geschlossen halten, und eine eventuell mögliche Steigerung des Bruttosozialprodukts durch das Bevölkerungswachstum kompensiert oder überkompensiert wird³⁾, und sich somit nicht in einer Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Einkommens niederschlägt, so scheint ein Ausbruch tatsächlich unmöglich zu sein. Hier müssen nun die entwickelten Länder eingreifen und die Initialzündung zum Ausbruch aus dem *circulus vitiosus* in Form von Kapitalhilfe geben, die unerläßlich ist, um den Kapitalstock innerhalb der unterentwickelten Volkswirtschaften anzuheben.⁴⁾

Ist die Zündung einmal erfolgt, dann liegt es an den Ländern selbst, daß es nicht zu einer "Magie der Unterentwicklung und der 'Amerikanisierung'⁵⁾, zur Kapitalvergeudung, statt zur Kapitalbildung⁶⁾ kommt.

1) Vgl. Salin, E., a. a. O., S. 410

2) Vgl. Bauer, P. T., a. a. O., S. 244

3) Vgl. hierzu Besters, H., Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: H. Besters - Bösch, Stuttgart 1966, S. 297. (Durchschnittliche Steigerung des Bruttosozialprodukts in den letzten 10 Jahren 4 %, Bevölkerungswachstum zwischen 2,5 und 3 %.)

4) Vgl. Röpke, a. a. O., S. 49 f.; Helander, S., a. a. O., S. 519

5) Vgl. zum "International Demonstration Effect", wie die "Magie der Amerikanisierung" auch genannt wird, Nurske, R., Some aspects of capital accumulation in underdeveloped countries, Cairo 1952, S. 37 f. und Kritik daran von Bauer, P. T., a. a. O., S. 245

6) Salin, E., a. a. O., S. 410

Was kann von der Geldseite her geschehen, daß die Hilfe von außen auf einen fruchtbaren Boden im Innern fällt? Für die unterentwickelten Länder ist es vor allem wichtig, in ihrem weiteren wirtschaftlichen Aufbau eigene Geldkapitalien zu mobilisieren. Dafür stehen im wesentlichen zwei Wege zur Verfügung. Der eine läuft über das Geld- und Bankenwesen und der andere über die Fiskalpolitik. "Broadley speaking, internal supplies of capital funds can be mobilised through two main channels - those of fiscal and monetary measures."¹⁾ Im folgenden wollen wir versuchen, die Aufgaben des Bankenwesens und insbesondere der Zentralbank in diesem Zusammenhang kurz zu skizzieren.

In Ländern, in welchen lange Zeit Tauschbeziehungen herrschten und zum Teil auch heute noch nicht ganz überwunden sind oder in welchen Primitivgeld verwandt wird, gilt es zunächst, geldwirtschaftliches, rechenhaftes Denken zu entwickeln.²⁾

Aufgabe der Sparpolitik ist es, die Sparwilligkeit der Bevölkerung anzuregen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Oft fehlt es gar nicht an der Sparfähigkeit, die vorhandenen Mittel werden nur nicht volkswirtschaftlich genutzt, sondern entweder gehortet oder für Schmuck und religiöse oder familiäre Feste ausgegeben.³⁾ Ein Konsumverzicht ist demnach in Entwicklungsländern durchaus möglich, es müßten aber die Anlagegewohnheiten geändert werden, um die Ersparnisse in Form von Geldkapitalien sammeln zu können. Bei Bestrebungen zur Auflösung von Bargeldhorten ist zu berücksichtigen, daß diese von den Zentralbanken als Daten angesehen werden und bei der Geldschöpfung der Zentralbank mit eingeplant werden. Der Bestand an Bargeldhorten wird auf 10 % des Volkseinkommens geschätzt, so daß plötzliche Enthortungen eine Inflation auslösen könnten.⁴⁾ Damit die freiwerdenden Gelder auch dem Kapitalmarkt

1) Nevin, E., Capital Funds in Underdeveloped Countries, The Role of Financial Institutions, London 1961, S. XIV

2) Vgl. Köllner, L., Art. Geldwirtschaft, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters, H., Bösch, E., Stuttgart 1966, Sp. 1174

3) Vgl. Ringer, K. E., a. a. O., S. 13, Kraus, W., a. a. O., -S. 505 ff.

4) Vgl. Hahn, O., Art. Sparpolitik, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters, H., Bösch, E., Stuttgart 1966, Sp. 1553

zugeführt werden können, müßte das Bankwesen und insbesondere das Bankstellennetz ausgebaut werden. Hier Impulse zu geben ist die Aufgabe der Zentralbanken.

"Bargeld- und Edelmetallhorte sind u. a. der Ausfluß einer gewissen Furcht vor staatlichen Willkürakten."¹⁾ Rechtsunsicherheit und Inflationsfurcht sind entscheidende Hindernisse für eine umfassende private Sparkapitalbildung in Entwicklungsländern. Eine wirkungsvolle und verantwortungsbewußte Zentralbankpolitik mit dem obersten Ziel der Geldwertstabilität ist daher die Voraussetzung für ein Sparen in Einlagen und Obligationen.

Ferner gilt es den Geld- und Kapitalmarkt zu entwickeln, sowie die Kreditbeziehungen zu verfeinern. Wie Landwirtschafts-, Handels- und Verkehrswesen, zeichnet sich auch das Geld- und Bankenwesen in Entwicklungsländern durch niedrige Produktivität, falsche Methoden, falsche Einrichtungen und Lückenhaftigkeit aus.²⁾ Neben diesen strukturellen Schwierigkeiten des Bankwesens selbst treten besondere Probleme bei der Erfüllung der Bankaufgaben in den Entwicklungsländern, die von den Zentralbanken berücksichtigt und nach Möglichkeit beseitigt werden müßten. Die größten Schwierigkeiten liegen in den großen Kreditrisiken, in den hohen Rezekosten des Bankensystems, die etwa durch den hohen Bargeldumlauf und das Vorherrschen von kleinen Einlagen und Krediten entstehen, in den starken saisonalen Schwankungen, die in der meist einseitigen Wirtschaftsstruktur und Exportorientierung begründet sind und in der Zinsgestaltung, da zwischen dem freien Marktzins und dem vom Staat zu m Zwecke eines raschen Wirtschaftswachstums gewünschten Zinses große Differenzen bestehen können.³⁾

1) Vgl. Hahn, O., Art. Sparpolitik, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters, H., Bösch, E., Stuttgart 1966, Sp. 1554

2) Vgl. Geis, H. G., Die Geld- und Banksysteme der Staaten Westafrikas, München 1967, S. 42

3) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 45

Zu diesen Schwierigkeiten im Bankensektor, die beseitigt und gesteuert werden müssen, kommen spezielle Aufgaben bei der Entwicklungsfinanzierung und die im allgemeinen hohen Anforderungen des Staates an die Zentralbank zur Finanzierung des Haushaltsdefizits. Es ist die Aufgabe der Zentralbanken, trotz innerem und äußerem Druck durch wachsende Kreditforderungen des Staates und Verschuldung im Ausland, die innere und äußere Währungsstabilität zu gewährleisten und den Aufbau und Ausbau des Geldwesens und Bankensystems voranzutreiben. Allen diesen Aufgaben gerecht zu werden ist schwierig, zumal die Regierungen eher wachstums- als stabilitätsorientiert sind und Methoden der Abstimmung zwischen der Wirtschaftspolitik der Regierung und der Währungspolitik der Notenbank bislang kaum gefunden wurden.¹⁾

Die Verhältnisse in den Entwicklungsländern sind gänzlich andere, als die in den Industrienationen mit einem ausgebauten Geld- und Kreditwesen. Es können also nicht unesehen die Normen und Methoden, die hier gelten, auf jene übertragen werden²⁾, sondern es müssen Maßnahmen getroffen werden und die Zentralbanken mit Instrumentarien ausgestattet werden, die es ihnen erlauben, mit den besonderen ökonomischen Verhältnissen in ihrem Lande fertig zu werden.

Die Aufzählung all dieser Aufgaben, die eine Zentralbank in einem Entwicklungsland zu bewältigen hat, beantwortet auch die Frage, ob in einem Entwicklungsland eine Zentralbank überhaupt notwendig ist.³⁾ Wir wollen dazu L. Köllner für viele zitieren: "Allgemein läßt sich sagen, trotz der Differenziertheit der Verhältnisse, daß der Aufbau und Ausbau des Bank- und Zentralbanksystems in Entwicklungsländern zu den vordringlichen Aufgaben jeder Entwicklungspolitik gehören sollte. Denn ohne die Möglichkeit einer geld- und kredit-

1) Vgl. Köllner, L., Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern..., a. a. O., S. 91

2) Vgl. Helander, S., Theorie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 33; Nevin, E., a.a.O., S. 30; Salin, E., a. a. O., S. 410

3) Vgl. Steiner, K., Bankpolitik gegenüber unterentwickelten Ländern, Wien 1964, S. 90 ff.

politischen Steuerung bleibt eine erfolgreiche und inflationsfreie Entwicklung undenkbar."¹⁾

Es genügt nicht, die Zentralbanken in den Entwicklungsländern wie Loynes²⁾ nur als Emissionsinstanzen zu sehen und ihnen die Mittel einer aktiven Zentralbankpolitik vorzuenthalten. Diese Auffassung von Loynes "appears to be typical of the attitude of Colonial Governments in much of Africa."³⁾ Loynes ist der Meinung, daß die unterentwickelten Länder gar keine Zentralbanken benötigen, da ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem das Fehlen eines ausgebauten Geld- und Bankenwesens, eine echte Zentralbankpolitik gar nicht zulassen. Das Streben der Entwicklungsländer nach einer eigenen Zentralbank wird daher von ihm nur als Modeerscheinung betrachtet. Nach Meinung von Loynes genügt es, wenn die Zentralbanken von Entwicklungsländern nur mit traditionellen bankmäßigen Mitteln ausgerüstet sind. Damit steht er im Gegensatz zur herrschenden Meinung. Diese⁴⁾ kommt, unter Berücksichtigung der andersartigen Verhältnisse, zu dem Ergebnis, daß die Zentralbanken in Ent-

-
- 1) Köllner, L., Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern als Problem der Währungs- und Finanzpolitik, Baden-Baden 1963, S. 90
 - 2) Vgl. Loynes, J. B., Report on the Establishment of a Nigerian Central Bank, the Introduction of a Nigerian Currency and other Associated Matters, Lagos 1957; ders. Report on the Future of the Currencies of Sierra Leone and the Gambia, Sierra Leone 1961
 - 3) Brown, C. V., The Nigerian Banking System, London 1966, S.138
 - 4) Vgl. Fousek, P. G., Foreign Central Banking: The Instruments of Monetary Credit Control, New York 1957, S. 57; Nevin, E., a. a. O., S. 31 ff.; Salin, E., a. a. O., S. 410 ff.; Köllner, L., Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern..., a. a. O., S. 90 ff.; Jucker-Fleetwood, E., Art.: Geldpolitik in Afrika, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters-Bösch, Stuttgart 1966, Sp. 1167; Hahn, O., Art.: Geldpolitik in Asien, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters-Bösch, Stuttgart 1966, Sp. 1169 ff.; Sayers, R. S., Banking in the British Commonwealth, 2. Aufl., Oxford 1954, S. XIV; Dorrance, G. S., The Instruments of Monetary Policy in Countries without Highly Developed Capital Markets, in: International Monetary Fund "Staff Papers", Vol. XII, 2. July 1965, S. 272 ff.; Winkel, G., Art.: Geldpolitik in Lateinamerika, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg. Besters-Bösch, Stuttgart 1966, Sp. 1172; anderer Meinung aber Röpke, W., Entwicklungsländer..., a. a. O., S. 12 ff.

wicklungsländern, neben einer Reihe unorthodoxer Tätigkeiten, wie etwa der Förderung der bankmäßigen Berufsausbildung¹⁾, vor allem mit unmittelbar wirkenden administrativen Mitteln wie selektiven Kreditkontrollen, Kreditrestriktionen, Mindestreserve- und Liquiditätsauflagen lenkend und fördernd in die Wirtschaft eingreifen müssen.

Ein anderer Weg, wirkungsvoll über die Zentralbankpolitik, bei möglichst großer Währungsstabilität, die Entwicklung eines unterentwickelten Landes auch von der monetären Seite her zu fördern, wird nicht gesehen. Besonders der Offenmarktpolitik und auch der Diskontpolitik werden wenig Bedeutung beigemessen, da die entsprechenden Papiere nicht vorhanden sind und dazugehörige Märkte und Kreditgewohnheiten noch nicht entwickelt sind.²⁾ Sayers beurteilt die Versuche der jungen Zentralbanken, mit den traditionellen bankmäßigen zentralbankpolitischen Mitteln auszukommen wie folgt: "The central banker sat in splendid isolation, twiddling his thumbs."³⁾ Dies muß man sich immer bei der nun folgenden Untersuchung des zentralbankpolitischen Instrumentariums vor Augen halten. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß auch die administrativen Maßnahmen nur dazu dienen sollen, eine arbeitsteilige Marktwirtschaft in den Entwicklungsländern aufzubauen, und daß die überwiegende Anwendung administrativer, manchmal auch dirigistischer Maßnahmen lediglich in der Aufbauphase erfolgen soll, wenn diese auch Jahrzehnte dauern sollte. Der Ausgleich der Pläne der Haushalte und Unternehmungen über den Markt darf aber nicht endgültig verbaut werden.

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 336

2) Vgl. Nevin, E., a. a. O., S. 31

3) Sayers, R. S., Central Banking after Bagehot, Oxford 1957, S. 113

C. Die Entwicklungsländer des Commonwealth of Nations

Das Commonwealth umfaßt nahezu die Hälfte aller nichtkommunistischen Entwicklungsländer. Die Mitglieder dieser Völkerfamilie sind über den ganzen Erdball verstreut. Wir finden Commonwealthländer auf jedem Kontinent. Die Entwicklungsländer darunter sind vor allem auf der südlichen Halbkugel zu finden. Die meisten liegen in Afrika und Asien, einige auch in Mittel- und Südamerika.

Die Commonwealthländer Afrikas sind:¹⁾

in Westafrika: Gambia, Ghana, Nigeria und Sierra Leone;

in Ostafrika: Kenia, Uganda und Tansania;

in Zentralafrika: Malawi, Sambia und Rhodesien;

in Südafrika: Botswana, Lesotho und Swasiland;²⁾

im Indischen Ozean: Mauritius.

Wenn wir vereinfachend das jährliche Pro-Kopf-Einkommen als notwendige und hinreichende Bedingung für die Zugehörigkeit zur dritten Welt der Entwicklungsländer nehmen, wird diese von allen afrikanischen Commonwealthländern erfüllt. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt zwischen ca. DM 150,-- in Malawi und DM 726,-- in Ghana.³⁾

"Die Menschen unterscheiden sich nach Rasse, Hautfarbe, Religion und Kultur, also in allen wichtigen und grundlegenden Dingen, in denen Menschen sich überhaupt unterscheiden können."⁴⁾ Trotz dieser grundlegenden Unterschiede leben alle diese Menschen in einer gemeinsamen politischen Familie, mit dem "Vereinigten Königreich" als Mutter. Verbunden ist diese Völkerfamilie durch

1) Vgl. Übersichtskarte von Afrika

2) Vgl. British Exchange Control Office, The Sheduled Territories, I. M. 197, London 1967

3) Vgl. Tabelle 2

4) Coatman, J., Völkerfamilie Commonwealth, ins Deutsche übertragen von H. Lindemann, Stuttgart 1967, S. 31, Originaltitel: The British Family of Nations, London 1950

vielerlei Bande, die von Land zu Land durchaus verschieden sein können. Im Vordergrund steht bei den "weißen" Commonwealthländern die gemeinsame Tradition, dokumentiert durch die englische Krone als gemeinsame höchste Institution im Staat, bei den farbigen Ländern sind die ökonomischen Vorteile, die eine Mitgliedschaft im Commonwealth mit sich bringt, das stärkste Bindemittel. Nach H. Lindemann¹⁾ genügen aber weder die historischen noch die ökonomischen oder geographischen Gemeinsamkeiten zur Erklärung des Zusammenhalts dieser Vielzahl verschiedener Länder. Hinzu kommt eine Idee, die besagt: "daß es möglich und wünschenswert sei, politische Gemeinwesen, die durch völkische Verwandtschaft, geschichtliches Schicksal, kulturelle Verbundenheit, wirtschaftliche Zweckmäßigkeit oder andere Faktoren miteinander verbunden sind, in einem politischen Verband zusammenzufassen, der jedem Teilhaber seine Freiheit läßt und trotzdem zum gemeinsamen Wohl ein Maß an Zusammenarbeit bewirkt, wie es außerhalb dieses Verbandes nicht anzutreffen ist."¹⁾ Wie bei vielen englisch geprägten Institutionen gibt es keine Verfassung oder Konstitution für den Commonwealth of Nations und auch keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zwischen den beteiligten Ländern.²⁾

Währungspolitisch relevant ist, daß alle Entwicklungsländer des Commonwealth - mit Ausnahme Rhodesiens - Mitglied des Sterling-Blocks sind. Dieser entstand 1931 als eine Zusammenfassung sterling-konvertibler Valuten.

Ursprünglich waren die Währungen sämtlicher Mitgliedsländer in Sterling konvertierbar, und die Zentralbanken der meisten Mitgliedsländer unterhielten ihre Währungsreserven ausschließlich in London.³⁾ "Theoretisch sind auch heute noch alle Valuten der Sterling-Zone in Pfund-Sterling konvertierbar.

1) Lindemann, H., Einleitung zu Coatman, J., Völkerfamilie Commonwealth, Stuttgart o. J., S. 20 f.

2) Vgl. Wiseman, H. V., Britain and the Commonwealth, London 1965, S. 21 ff.

3) Vgl. Hahn, O., Die Währungsbanken der Welt, Bd. I, a. a. O., S. 28

Der erhebliche Unterschied in der Devisenbewirtschaftung innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer hebt jedoch diese Gemeinsamkeit teilweise wieder auf, man hat daher bei der Sterling-Zone zwischen zwei Gruppen von Ländern zu unterscheiden.¹⁾

Von den afrikanischen Commonwealthländern gehören zur Gruppe ohne faktische Sterling-Konvertibilität: Ghana, Nigeria, Rhodesien und Mauritius. Zur Gruppe mit Sterling-Konvertibilität gehören: Gambia, Kenia, Malawi, Sambia, Sierra Leone, Tansania und Uganda.²⁾

In jüngerer Zeit, insbesondere nach der Pfundabwertung vom 18.11.1967 um 14,3 %, läuft der Mechanismus des Sterling-Blocks nicht mehr so reibungslos wie früher.³⁾ Ursprünglich sammelten alle Partner ihre Einkünfte an Gold und Devisen in den zentralen Londoner Reservefonds, aus dem die Defizite weniger erfolgreicher Länder ausgeglichen wurden. Inzwischen haben die meisten Sterling-Länder eigene Gold- und Devisenreserven angesammelt und ihre Sterling-Guthaben in London zum Teil abgebaut.

Trotzdem ist die wirtschafts- und währungspolitische Bindung der Entwicklungsländer des Commonwealth an London noch sehr eng. So waren von den 27 Währungsgebieten, die als Folge der Abwertung des Pfund Sterling abgewertet haben, 20 Entwicklungsländer des Commonwealth, darunter drei afrikanische Länder.⁴⁾ Wenn sich auch Großbritannien bemüht, andere Länder,

1) Vgl. Hahn, O., Die Währungsbanken der Welt, Bd. I, a. a. O., S. 30

2) Vgl. ebenda, S. 30 f.

3) Vgl. Macnut, O., Der Sterling-Block unter der Lupe, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13, 1966, S. 628 ff.; Philip, L., Pfund um 14,3 Prozent abgewertet, in: Süddeutsche Zeitung v. 20.11.1967, 23. Jg., Nr. 277, S. 1 f.; o. V., So gesund, Pfundabwertung in England, in: Der Spiegel, Nr. 49 v. 27.11.1967, S. 178 ff.; o. V., Die Pfundkrise, Weltbankier in Liquidationsnöten, in: Der Volkswirt, Nr. 46 vom 17.11.1967, S. 2516 ff.

4) Vgl. Tabelle 1 auf S. 64 über die nach dem 18.11. abgewerteten Währungen.

vor allem die USA und die sonstigen westlichen Industriena-
tionen, mit in die Verantwortung für die ehemals abhängigen
Gebiete zu nehmen, da es allein nicht mehr in der Lage ist,
diese Länder zu unterstützen, so bedeutet das noch lange
nicht, daß die geschichtlich gewachsenen Bande zwischen Groß-
britannien und seinen früheren Kolonien mit einem Schnitt
getrennt werden können und sollen.

Tabelle 1: Zusammenstellung der seit dem 18.11.1967 abgewer-
teten Währungen der Commonwealthländer
Stand: 30. November 1967

Land	Währung	Abwertungs- satz
a) <u>selbständige Länder</u>		
Großbritannien	Pfund Sterling	14,3 %
Ceylon	Ceylon-Rupie	20 %
Gambia	Gambia-Pfund	14,3 %
Guaayna	Guyana-Dollar	14,3 %
Jamaika	Jamaika-Pfund	14,3 %
Malawi	Malawi-Pfund	14,3 %
Malta	Malta-Pfund	14,3 %
Sierra Leone	Leone	14,3 %
Trinidad u. Tobago	Trinidad- und Tobago-Dollar	14,3 %
Zypern	Zypern-Pfund	14,3 %
b) <u>von Großbritannien</u> <u>abhängige Gebiete</u>		
Bermuda	Bermuda-Pfund	14,3 %
Falklandinseln	Falkland-Pfund	14,3 %
Fidschi-Inseln	Fidschi-Pfund	8,95 % ¹⁾
Gibraltar	Gibraltar-Pfund	14,3 %
Honduras, Britisch-	Britisch-Honduras-Dollar	14,3 %
Hongkong ²⁾	Hongkong-Dollar	5,71 % ¹⁾
Mauritius	Mauritius-Rupie	14,3 %
Seychellen	Seychellen-Rupie	14,3 %
Westindische Staaten, Assoziierte	Ostkaribischer Dollar	14,3 %

- 1) Die ursprünglich angekündigte Abwertung von 14,3 % wurde zu einem Teil wieder rückgängig gemacht.
- 2) Die Währung Macaus, die schon bisher mit dem Hongkong-Dollar wertgleich war, soll nach Pressemeldungen im selben Ausmaß wie der Hongkong-Dollar abgewertet worden sein.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln,
Frankfurt/Main 1967, Nr. 95 ff.

Tabelle 2: Länderübersicht

Land	Haupt- stadt	Größe 1000 qkm	Einwoh- nerzahl in Mio.	Bevölkerungs- dichte, Ein- wohner je qkm	Volksein- kommen pro Jahr in DM	Außenhandel in Mio DM Import	Export
Ghana	Accra	238	7,6	32	726,--	1296	1125
Kenia	Nairobi	583	9,0	15	383,--	780	568
Malawi	Zomba	127	3,5	27	150,--	.	.
Mauritius	Port Louis	2	0,7	330	875,--	270	250
Nigeria	Lagos	923	57,0	61	189,--	2222	1837
Rhodesien	Salisbury	389	4,2	11	600,--	1728	2269
Sambia	Lusaka	746	3,7	5	668,--	1180	2100
Sierra Leone	Freetown	72	2,7	37	250,--	340	324
Tansania	Dares Salam	940	10,3	11	216,--	456	716
Uganda	Entebbe	240	7,4	31	195,--	348	612
zum Vergleich:		244	54,0	221	6000,--	48492	42460
England Bundesrepublik Deutschland		248	57,8	234	6300,--	49498	52975

Quellen: siehe Tab. 2 b)

Tabelle 2 b: Länderübersicht Fortsetzung

Land	Währung	Parität je £ Sterling	Parität je DM	umlaufende Geldmenge in Mio DM	Anzahl der Geschäfts- banken	Gründungs- jahr der Zentralbank
Ghana	New Cedi	1 £ = 2,45 N¢	0,256	746	4	1957
Kenia	Kenya Schilling	1 £ = 17,133 KSh	1,785	210	11	1966
Malawi	Malawi Pound	1 £ = 1 £M	0,102	80	3	1964
Mauritius	Mauritius Rupee	1 £ = 13,33 MR	1,360	56	6	1966
Nigeria	Nigerian Pound	100 £ = 85,143 ₦N	0,089	1200	19	1958
Rhodesien	Rhodesien Pound	100 £ = 85,143 R£	0,089	-	11	1964
Sambia	Zambian Pound	100 £ = 85,143 £Z	0,089	183	6	1964
Sierra Leone	Sierra Leone	1 £ = 2 Le	0,204	91	4	1963
Tansania	Tansania Shilling	1 £ = 17,133 TSh	1,786	302	3 ¹⁾	1965
Uganda	Uganda Shilling	1 £ = 17,133 USh	1,786	157	9	1966
zum Vergleich:						
England	Pound	£	0,0104	29.000	-	1694
B R D	Deutsche Mark	1 £ = 9,60 DM	-	30.000	11.273	1875

1) Bis 1967 waren es 11 Geschäftsbanken

Quellen: Deutsche Bundesbank, Die Währungen der Welt, Frankfurt/M., Ende Juni 1968

Banco Nacional Ultramarino

A Moeda em Africa, Lissabon 1965, Boletim Trimestral, Nr. 63-64 und

dieselbe, Panorama Monetario Africano, Lissabon 1965, Appendice ao Boletim Trimestral Nr. 63-64

Barclays Bank D.C.O., Overseas Survey, London 1967 und 1968

Zentralbankjahresberichte von Ghana (1967), Kenia (1967), Malawi (1967), Nigeria (1967),

Sambia (1967), Sierra Leone (1966), Tansania (1967), Uganda (1967) und Bundesrepublik

Deutschland (1967).

3. Abschnitt: Überblick über die historische Entwicklung des Geldwesens in den afrikanischen Entwicklungsländern des Commonwealth

A. Das System der "Currency Boards"

Das wichtigste Bindeglied der Völkerfamilie Commonwealth mit dem "Vereinigten Königreich" sind nach wie vor die britischen Banken.¹⁾ Dies erklärt sich aus der geschichtlich gewachsenen starken Geschäftstätigkeit der englischen Banken in den ehemaligen britischen Kolonien. Stand früher die Finanzierung des Güterverkehrs im Vordergrund, so ist es heute gezwungenermaßen mehr die Pflege des lokalen Bankgeschäftes. Die ursprüngliche Funktion führte zu der Schaffung der Sterling Currency Boards, die wiederum die Basis für das heutige System der Sterlingzone bildeten.²⁾

Händler und Bankiers suchten Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts nach einer Möglichkeit, den Handel mit den Kolonien zu finanzieren, ohne immer Gold³⁾ transferieren zu müssen. Das Ergebnis war die Schaffung der sogenannten "Currency Boards."⁴⁾ Der erste wurde 1912/13 für Westafrika eingerichtet und bildete damit das Muster für alle folgenden. Einige hatten ihren Sitz in London wie etwa die "Currency Boards" für West- und Ostafrika, während andere in den Gebieten arbeiteten, welche sie zu betreuen hatten, wie etwa der Currency Board von Ma-

1) Vgl. Frowen, S., Britische Banken im Commonwealth, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 14, H. 6, v. 15.3.1961, S. 246

2) Vgl. Frowen, S., a. a. O., S. 246, und Overseas, Development Institute, Hrsg., British Aid, Band Nr. 5: Colonial Development, London 1964, S. 81 f.

3) Vgl. Greaves, J., Colonial Monetary Conditions, H. M. Stationary Office, Colonial Research Studies, No. 10, London 1953, S. 81

4) Vgl. Greaves, J., Colonial Monetary Conditions, H. M. Stationary Office, Colonial Research Studies No. 10, London 1953; Newlyn, W. T., Rowan, D. C., Money and Banking in British Colonial Africa, Oxford 1954; Loynes, S. B., The West African Currency Board 1912 - 1962, London 1962

laya in Singapore.¹⁾ In wirtschaftlich unbedeutenderen Gebieten wurde statt einem "Currency Board" das Amt eines örtlichen "Comissioners of Currency" geschaffen,²⁾ das im allgemeinen von englischen "Kronagenten für Kolonien" verwaltet wird und eine reine Emissionsinstanz darstellt, der jedes Kreditgeschäft verboten ist.³⁾

Das Wesentliche des Systems der Currency Boards ist die Errichtung einer Währungsbehörde in jeder Kolonie, die als Geldwechsler tätig wird. Ihre Aufgabe ist es, die örtliche Währung gegen Pfund Sterling auszugeben und umgekehrt, gegen Zahlung von Sterling die örtliche Währung wieder anzukaufen.⁴⁾ Sie übt damit nur eine passive Funktion aus.⁵⁾ Durch dieses System ist die örtliche Währung in den abhängigen Gebieten automatisch an den Sterling gebunden. Die Fähigkeit der Currency Boards, die Konvertibilität ihrer Währungen zu garantieren und aufrechtzuhalten, ist dadurch begründet, daß die umlaufende Währung immer voll durch Sterling-Guthaben gedeckt sein muß. In manchen Fällen ist die Deckung sogar noch um ein Zehntel höher.⁷⁾ Die anfallenden Sterling-Beträge werden dem Currency Reserve Fund eines jeden Landes gutgeschrieben. Was nicht als Kassenbestand oder in erstrangiger Liquidität gehalten werden muß, kann von dem Currency Reserve Fund in englischen Regierungspapieren ange-⁶⁾

-
- 1) Vgl. Overseas Development Institute, a. a. O., S. 81
 - 2) Vgl. Hahn, O., Die Währungsbanken der Welt, Bd. I, a. a. O., S. 46 ff. Für die Ansicht von Hahn, daß sich die älteren Währungsämter (Currency Boards) von West- und Ostafrika aus einer Dienststelle des Commissioners of Currency entwickelt haben, konnte keine Bestätigung gefunden werden.
 - 3) Vgl. Newlyn, W. T., The Colonial Empire, in: Banking in the British Commonwealth, Hrsg.: R. S. Sayers, Oxford 1954, S. 427
 - 4) Vgl. Bureau, F., The Sterling Area, in: Banking in the British Commonwealth, Hrsg. R. S. Sayers, 2. Aufl., Oxford 1954, S. 462
 - 5) Vgl. Newlyn, W. T., a. a. O., S. 423
 - 6) Vgl. Krämer, L., Banken in Afrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 10, 2. Heft, 1957, S. 68
 - 7) Vgl. Krämer, L., Banken in Afrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 10, 2. Heft, 1957, S. 68. Die Überdeckung resultiert aus den nicht abgeführten Zinsgewinnen, deren Entstehen unten beschrieben wird.

legt werden. Die daraus resultierenden Zinsen sichern den Currency Boards einen ständigen Ertrag, der nach Abzug der Kosten dem Haushalt des jeweiligen Gebietes zufließt. "Die Beträge indessen, die aus Überschüssen dieser Art bisher an die einzelnen Territorien überwiesen wurden, sind - gemessen an den in England gehaltenen Reserven - minimal; Westafrika erhielt beispielshalber von 1912 - 1952/53 insgesamt 10,7 Millionen £, der Notenumlauf dieses Gebietes hingegen belief sich 1950 auf 65,6 Mill. £ und die Reserven in London betrugen im gleichen Jahr 71,7 Mill. £."¹⁾

B. Die Entwicklungsgeschichte der einzelnen Währungsgebiete

I. Westafrika

a) Das "West-African Currency Board"

Dem West African Currency Board gelang es bald nach 1913 in Nigeria, der Goldküste, dem späteren Ghana, Sierra Leone und Gambia, eine einheitliche Währung aufzubauen und die gemischt umlaufenden Geldarten vom Maria-Theresien-Taler bis zum US-Silber-Dollar durch das westafrikanische Pfund (£WA) zu ersetzen.²⁾

Die Geldversorgung Westafrikas wurde vor dem 2. Weltkrieg nur sehr langsam gesteigert. Der Krieg und die Zeit unmittelbar danach brachten bedeutende wirtschaftliche und politische Veränderungen mit sich. Neben Fortschritten in der Selbstverwaltung wurde das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung beschleunigt und die Flexibilität gesteigert. Darüber hinaus bewirkte der zweite Weltkrieg und der anschließende Korea-Boom eine kräftige Ausweitung des umlaufenden Geldes und der Sterling-Reserven. So steigerte sich der Geldumlauf in West-

1) Krämer, L., Banken in Afrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 10, 1957, 2. Heft, S. 68

2) Vgl. o. V., Monetary Systems of the Colonies, a. a. O., S. 6 ff.

afrika von 11,7 Mill. £WA im Jahre 1939 auf 33,8 £WA 1946, 51,5 £WA 1950 und 94,8 £WA 1957.¹⁾ Danach nahmen die Verbindlichkeiten des West African Currency Boards schnell wieder ab, denn ein Land nach dem anderen machte sich auch in Währungsfragen selbständig, gründete eine eigene Zentralbank und schied damit aus dem Currency Board aus. Im Jahre 1958 machte Ghana unter deutscher Leitung²⁾ den Anfang, 1959 folgte Nigeria und Mitte des Jahres 1964 gründete Sierra Leone eine eigene Zentralbank. Die umlaufenden westafrikanischen Pfunde nahmen dadurch von einer Spitze von 125 Millionen im Jahr 1957 auf 15 Millionen³⁾ Ende Juni 1963 ab und wurden durch den Cedi (Ghana) = 100 pesewas, seit Februar 1961 abgelöst durch den Neuen Cedi (1 ₵ = 100 Np), das Nigerian Pound (1 ₦ = 100 sh) und den Leone (1 Le = 100 cents) ersetzt. Im Mai 1964 wurde in dem allein übrig gebliebenen Mitgliedsland des West-African Currency Boards, Gambia, der "Gambia Currency Board" mit Sitz in Bathurst⁴⁾ errichtet, mit der Aufgabe, das Gambian Pound (1 £GA = 20 sh) zu emittieren, "thus clearing the way for the West African Currency Board to wind up its affairs."⁵⁾

Gambias Währungsregelung kann nur als Übergangslösung bis zum notwendigen wirtschaftlichen und eventuell politischen Zusammenschluß des Landes mit Senegal gesehen werden.⁶⁾

1) Bank of England, Quarterly Bulletin, March 1962, S. 27

2) Vgl. o. V., Ghana-Notenbank unter deutscher Leitung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 12, 1959, S. 739

3) Vgl. Crick, W. F., Commonwealth Banking Systems, Oxford 1965, S. 6

4) Vgl. The Gambia Currency Board Regulation, 1964, Ch. 4

5) Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 6

6) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 335

b) Die Gründung von Zentralbanken

1. Ghana

Ghana hat als erste der ehemaligen englischen westafrikanischen Kolonien 1958 eine eigene Zentralbank gegründet und damit die Gründungswelle von Zentralbanken unter den selbstständig werdenden Commonwealthländern eingeleitet. Die "Bank of Ghana" kann dieses Jahr auf eine zehnjährige Geschichte zurückblicken. Das gravierendste Ereignis dieser Zeit war 1963 der Erlass eines neuen Zentralbankgesetzes, des "Bank of Ghana Act, 1963", das die "Bank of Ghana Ordinance, 1957" abgelöst hat. Mit dem neuen Zentralbankgesetz wurde das Instrumentarium der Bank of Ghana, das bis dahin nur mit den traditionellen bankmäßigen Mitteln ausgerüstet war, erheblich erweitert. Unter Berufung auf die Paragraphen 29 und 33 des Zentralbankgesetzes von 1963 wurden 1964 ergänzende administrative Vorschriften zur Kreditkontrolle ("Credit Control Regulations, 1964") erlassen.¹⁾ Für die Zentralbankpolitik relevant ist darüber hinaus noch das 1961 mit englischer Unterstützung zustande gekommene Devisenkontrollgesetz (Exchange Control Act, 1961).

2. Nigeria

Ein Jahr nach Ghana richtete Nigeria 1958/59 eine eigene Zentralbank ein. Das Zentralbankgesetz (Central Bank of Nigeria Act, 1958) wurde durch einen Bericht²⁾ von Mr. J. B. Loynes, einem hohen Beamten der Bank of England, vorbereitet. Da Loynes Zentralbanken in Entwicklungsländern für überflüssig hält,³⁾ zielte sein Entwurf nur auf einen "enlarged"⁴⁾

-
- 1) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, abgedruckt in: Bank of Ghana, Report of the Board for the Financial Year Ended June 1964
 - 2) Vgl. Loynes, J. B., Report of the Establishment of a Nigerian Central Bank, the Introduction of a Nigerian Currency and other Associated Matters, Lagos 1957
 - 3) Vgl. Brown, C. V., The Nigerian Banking System, London 1966, S. 136 ff., siehe auch oben S. 58 ff.
 - 4) Vgl. ebenda, S. 140

Currency-Borad hin. Das Ergebnis ist eine nach dem klassischen Muster der Bank of England ausgerichtete Zentralbank.¹⁾

3. Sierra Leone

Mitte 1964 wurde die Zentralbank von Sierra Leone, "The Bank of Sierra Leone", auf Grund des im Jahr 1963 verabschiedeten "Bank of Sierra Leone Act, 1963" eröffnet. Zwischen ihr und der Central Bank of Nigeria bestehen große Ähnlichkeiten.

"The powers of the Bank of Sierra Leone have been closely modelled on the revised powers of the Central Bank of Nigeria"²⁾.

Dem voraus ging ein viel kritisierter Entwurf von Loynes, der 'im Interesse der Aufrechterhaltung des englischen Einflusses und der Vorrangstellung der englischen Geschäftsbanken' für Sierra Leone eine eigene Zentralbank, aber auch eine einheimische Geschäftsbank mit einer Notenemissionsabteilung ablehnte und stattdessen ein 'einem nationalen Currency Board ähnliches' "Monetary Institute of Sierra Leone" vorschlug.³⁾⁴⁾

Da die Regierung von Sierra Leone mehr für eine Institut mit der Möglichkeit zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Entwicklung eines nationalen Geld- und Kapitalmarktes optierte, konnte Loynes mit seinem Vorschlag nicht durchdringen, und Sierra Leone erhielt eine eigene Zentralbank.

-
- 1) Vgl. Brown, C. V., The Nigerian Banking System, a. a. O.
 - 2) Brown, C. V., Banking in Sierra Leone: A Comparative Survey, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI, 1966, S. 197
 - 3) Vgl. Loynes, J. B., Report of Sierra Leone, a. a. O., S.
 - 4) Vgl. zur Kritik an dem Entwurf von Loynes: Olakanpo, J.O.W., The Loynes Report and Banking in Sierra Leone, in: The Banker's Magazine, Juli 1962, S. 19 ff. Es wird vor allem kritisiert, daß Loynes das Moment der Entwicklungsaufgabe der Währungspolitik vernachlässigt habe. (Vgl. insbesondere S.23 f. und S.27), siehe auch Brown, C. V., The Evolution of Banking, a. a. O., S. 173 und Geis, H. G., a. a. O., S. 183 f.

II. Ostafrika

a) Das "East African Currency Board"

Das "East African Currency Board" war im Dezember 1919 für die Länder Kenia, Uganda und Tanganyika geschaffen worden und löste im Jahr 1920 mit der Emission des ostafrikanischen Schillings die bis dahin geltende Rupienwährung,¹⁾ die unter den Wertschwankungen der indischen Silberrupie litt, ab. 1936 wurde Sansibar und 1951 Aden und die 23 Emirate, Scheichtümer und Sultanate der süd-arabischen Föderation²⁾ dem Zuständigkeitsbereich des East African Currency Board angegliedert. Von 1942 bis 1945 gehörte auch Äthiopien dazu.

Aus den gleichen Gründen wie in Westafrika steigerte sich der Notenumlauf erheblich von 6,5 £EA im Jahr 1939 auf 52,5 £EA im Jahr 1957.³⁾ Mit Ausnahme des West African Currency Board wurden nach 1954 die Rechte der Currency Boards beträchtlich erweitert. Vor allem wurden sie ermächtigt "to make limited fiduciary issues of currency against local securities of government".⁴⁾ Die umlaufende Währung wurde damit erstmals nach der Einführung der Currency Boards von der vollen Pfund-Sterling-Deckung entbunden und durfte gegen Regierungspapiere des eigenen Währungsgebietes Geld in Umlauf bringen. Der "East African Currency Board" durfte 1955 zunächst im Gegenwert von 10 Millionen £ und ab 1957 doppelt soviel Noten und Münzen gegen "fiduciary assets", meist Papiere der jeweiligen Regierungen, emittieren.

- 1) Die Rupie war so gut eingeführt, daß selbst im ehemaligen Deutsch-Ostafrika, dem späteren Tanganyika, eine Rupienwährung, allerdings unterteilt in 100 Heller, emittiert wurde. Vgl. dazu o. V., Monetary Systems of the Colonies, A series of articles from "The Banker", London 1950, S. 13 f.
- 2) Vgl. Hahn, O., Währungen und Zentralbanken in Nahost, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 15, 1966, S. 760 ff.
- 3) Bank of England, Quarterly Bulletin, London, März 1962, S. 27 f.
- 4) Bank of England, Quarterly Bulletin, a. a. O., S. 27

1960 wurde der Sitz des East African Currency Boards von London nach Nairobi verlegt, welches den Currency Board in seinem Bericht für das am 30. Juni 1961 beendete Geschäftsjahr zu der Feststellung veranlaßte, "that contact was made and maintained with governments and banking institutions in East Africa to an extent that would not have been possible under the former system" (para 3)¹⁾.

In Zusammenhang mit der Verlegung des Sitzes nach Ostafrika wurden die Mitgliedsländer in der Leitung des Boards besser repräsentiert und das Filialnetz ausgebaut.

Noch wichtiger aber war, daß im Dezember 1961 der Board ermächtigt wurde, Geld in der Höhe von 5 Millionen £ gegen Wechsel, die im Zusammenhang mit der Erntefinanzierung unter dem sogenannten "Crop Finance Scheme" begeben wurden, in Umlauf zu bringen. Damit wurden zum ersten Mal in der Geschichte der Currency Boards von einem solchen Rechte erworben, die erheblich von der rein automatischen Funktion des alten "Currency Board Systems" abweichen, und dem Board Aufgaben zuweisen, die sonst eigentlich nur von Zentralbanken wahrgenommen werden.

1964 schied die südarabische Föderation aus dem East African Currency Board aus und gründete in Aden die "South Arabian Currence Authority". Dieses Währungsamt hat seitdem den süd-arabischen Dinar mit Sterling-Parität emittiert.²⁾ Im November 1967 wurde die unabhängige Volksrepublik Südjemen gegründet. Die währungspolitische Lage ist seitdem unübersichtlich.

1) Zitiert in: Overseas Development Institute, Hrsg.,
a. a. O., S. 82

2) Vgl. Hahn, O., Währungen und Zentralbanken in Nahost,
a. a. O., S. 760 und 762

b) Die Gründung von Zentralbanken

Während die das frühere Britisch-Ostafrika bildenden Gebiete 1961 (Tanganyika, 1964 Zusammenschluß mit Sansibar zu Tansania), 1962 (Uganda) und 1964 (Kenia) die Unabhängigkeit erlangten, ließ die Gründung von eigenen Zentralbanken noch auf sich warten. Die Forderung nach Aufnahme einer eigenen Zentralbankpolitik wurde bald laut¹⁾ und ging einher mit zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die drei Staaten wollten jedoch nach Möglichkeit eine einheitliche Währung behalten. Das Problem der Gründung einer gemeinsamen ostafrikanischen Zentralbank war stark mit dem der Gründung einer politischen Union in diesem Raum verbunden. Vor allem durch die zeitlich auseinanderliegende Erlangung der Unabhängigkeit konnte der lang währenden wirtschaftlichen und durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit auch auf vielen anderen Gebieten praktizierten Zusammenarbeit nicht der politische Zusammenschluß folgen.²⁾ Ungleichgewichte konnten sich zu deutlich und zu schnell ausprägen. Ein politischer Zusammenschluß kam trotz langer Verhandlungen nicht zustande, damit wurde auch die Gründung einer einheitlichen Zentralbank, wie sie ein Beraterteam der Deutschen Bundesbank vorgeschlagen hatte³⁾, verhindert. 1966 entschloß sich Tansania als erstes der drei Länder, eine eigene Zentralbank zu errichten und den Tansania-Schilling einzuführen.⁴⁾ Darauf folgten Kenia

-
- 1) Schon 1963 hatte sich die Regierung von Tanganyika ein Gutachten über die Errichtung einer Zentralbank machen lassen. Vgl. Blumenthal, E., Tanganyika - East Africa, The Present Monetary System and its Future, Report to the Government of Tanganyika, Dar-es-Salaam 1963
 - 2) Vgl. o. V., Die Neuordnung der Ostafrikanischen Gemeinschaft, in: Mitteilungen der Vereinigten Wirtschaftsdienste GmbH, in Zusammenarbeit mit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 138, 17. Jg., November 1967, S. 2
 - 3) Vgl. dazu Geiler, H. F., Drei neue Zentralbanken in Ostafrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 20. Heft, 1966, S. 1015
 - 4) Vgl. dazu Central Bank of Kenia, First Annual Report Year Ended 30th June 1967, S. 5, es heißt dort u. a.: "It is no secret that the Tanzanian decision came as a surprise to the other two partner states...".

und Uganda noch 1966 mit eigenen Währungsinstituten und der Emission des Kenia- und Uganda-Schillings. Während auf geld- und währungspolitischem Gebiet die Lage durch Einführung einer Devisenkontrolle Tansanias gegenüber Kenia und Uganda noch verschärft wurde, kam es mit Wirkung vom Dezember 1967 zu einer Einigung in zollpolitischen Fragen: Von den drei Staaten wurde die "Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft" gegründet, ein erstes Resultat des von dem dänischen Professor Philip ausgearbeiteten Planes für einen gemeinsamen Markt in Ostafrika.¹⁾

III. Zentralafrika

a) Der "Central Africa Currency Board"

In Zentralafrika, in den Gebieten des früheren Nord- und Südrhodesiens sowie Nyasalands, galten bis zur Schaffung des "Southern Rhodesian Currency Boards" im Jahr 1939, neben englischen und südrhodesischen Münzen, Noten, sowohl der Standard Bank of South Africa Ltd. als auch der Barclays Bank (D.C.O.), als gesetzliche Zahlungsmittel.²⁾ Diese wurden 1939 durch das Southern Rhodesian Pound ersetzt.³⁾ Der Sitz der 1954 in "Central Africa Currency Board" umbenannten Währungsbehörde war von Anfang an Salisbury und nicht London. Schon 1947 durfte der Board bei einer 110%igen Deckungsreserve bis zu 20 % des Reservefonds (Currency Reserve Fund) in Regierungspapieren der drei Territorien halten. De facto wurde von dieser Möglichkeit aber kaum Gebrauch gemacht.⁴⁾ Die leitenden Stellen des Boards konnten weitgehend unabhängig von London besetzt werden.

-
- 1) Vgl. o. V., Die Neuordnung der ostafrikanischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 5. Siehe zu den Anforderungen an die Philip Commission: East African Currency Board, Report for the Year Ended 30th June 1966, Nairobi 1966, S. 108
 - 2) Vgl. Krämer, L., Banken in Afrika, a. a. O., S. 68
 - 3) Vgl. Sayers, R. S., Banking..., a. a. O., S. 425
 - 4) Vgl. Krämer, L., Banken in Afrika, a. a. O., S. 68

Im August 1953 wurde die Föderation von Südrhodesien, Nordrhodesien und Nyasaland gegründet. Bald wurde der Wunsch der Föderation nach einer eigenen Zentralbank laut. Es dauerte aber noch drei Jahre, bis das "Central Africa Currency Board" aufgelöst und als Nachfolgerin die "Bank of Rhodesia and Nyasaland" gegründet wurde.

b) Die "Bank of Rhodesia and Nyasaland" und die Gründung von nationalen Zentralbanken

Die neue Zentralbank der Föderation von Südrhodesien, Nordrhodesien und Nyasaland hatte strenge Reservebestimmungen zu beachten, konnte aber innerhalb der Föderation selbständig tätig werden. Die besonderen Anstrengungen der "Bank of Rhodesia and Nyasaland" galten dem Aufbau eines funktionsfähigen Bankensystems und eines Geld- und Kapitalmarktes, nicht zuletzt, um die von ihr als Agent der Regierung herausgegebenen Schatzanweisungen unterzubringen.¹⁾ Zu diesem Zweck wurden von ihr auch zwei Diskonthäuser gegründet. Die Bank of England schreibt dazu: "The central bank was able to help these houses to lay the foundation of a short-term money market which is now well established."²⁾

Die Föderation wurde Ende 1963 aufgelöst. Das gemeinsame Währungsgebiet bestand aber noch einige Zeit weiter, bis die neu zu gründenden nationalen Zentralbanken die Funktionen und die ihnen zufallenden Aktiva der Bank von Rhodesien und Nyasaland übernehmen konnten. Es war geplant, daß alle an der Föderation beteiligten Staaten nach 1963 unabhängig und selbständig werden sollten. Aus Nyasaland wurde im Juli 1964 der unabhängige Staat Malawi und in Nordrhodesien entstand im Oktober 1964 der unabhängige Staat Sambia. Zugleich wurden die "Reserve Bank of Malawi" und die "Bank of Zambia" gegründet, die, bis zur Pfundabwertung 1967 in Parität zum Pfund Sterling, das Malawi Pound (£M) und das Zambian Pound (£Z), seit Januar

1) Vgl. Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 335 ff. und S. 516

2) Bank of England, Quarterly Bulletin, März 1962, S. 31

1968 abgelöst durch den Kwacha, dem 10 Schilling der bisherigen Valuta entsprechen¹⁾, emittieren. Auch in Südrhodesien wurde 1964 eine neue Zentralbank, die "Reserve Bank of Rhodesia", die das Rhodesian Pund (R£) emittiert, gegründet. Es entstand aber kein unabhängiger Staat, denn im Gegensatz zu allen anderen Ländern hat hier die Parole "one man - one vote" nicht gesiegt, das "Vereinigte Königreich" konnte deswegen mit Rücksicht auf die farbigen Völker im Commonwealth dieses Land nicht in die Unabhängigkeit entlassen. Am 11. November 1965 erklärte daraufhin der weiße Regierungschef Ian Smith in Salisbury die Unabhängigkeit des Staates Rhodesien gegen den ausdrücklichen Widerspruch des "Vereinigten Königreiches". Gegen Rhodesien wurden als Folge der einseitigen Unabhängigkeitserklärung wirtschaftliche Sanktionen durch die UN auf Betreiben des "Vereinigten Königreiches" verhängt. Die Anerkennung des neuen Staates wurde bisher von allen Ländern verweigert. Rhodesien wurde aus dem Sterling Block ausgeschlossen.²⁾

Dennoch werden wir im folgenden uns weiter mit Rhodesien beschäftigen, da es auch heute noch - trotz seiner ungeklärten Lage - sehr eng mit dem Commonwealth zusammenhängt und auch das Bankensystem nicht ohne die historische Entwicklung im Commonwealth und ohne die Verbindung mit dem "Vereinigten Königreich" gesehen werden kann.

Die Zentralbanken von Malawi, Sambia und Rhodesien sind Nachfolgeorganisationen der "Bank of Rhodesia and Nyasaland" und damit als einzige der Zentralbanken in den afrikanischen Commonwealthländern in der glücklichen Lage, nicht unmittelbar das Currency-Board-System abgelöst zu haben, sondern bei ihrer Gründung schon eine an ein Zentralbanksystem gewohnte Wirtschaft, insbesondere Bankwirtschaft, vorgefunden zu haben.

1) Vgl. o. V., Währungswechsel in Sambia, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Nr. 16 v. 18.1.1968, abgedruckt in: Auszüge aus Presseartikeln der Deutschen Bundesbank, Nr. 6, 19.1.1968, S. 10

2) Vgl. hierzu Grubbe, P., Weiße Bastion, wie lange noch?, in: Die Zeit, Nr. 45, v. 10.11.1967, S. 7

IV. Südafrika

Die südafrikanische Union verbinden Geschichte und wirtschaftliche Gegenwart eng mit England und den meisten andern Commonwealthmitgliedern, wenn sie heute auch kein Commonwealthmitglied mehr ist. Sichtbare Bande sind die nach wie vor bestehende Zugehörigkeit zum Sterling Block und der Einbezug der ehemaligen britischen Protektorate Botswana, Lesotho und Swasiland in ihr Währungsgebiet. Die Zugehörigkeit der britischen Protektorate zu dem südafrikanischen Währungsgebiet hat in all den 80 Jahren britischer Herrschaft bestanden und besteht auch jetzt noch weiter, obwohl Botswana am 30. September 1966 zur unabhängigen Republik, Lesotho am 4. Oktober 1966 zu einem unabhängigen demokratischen Königreich wurde und Swasiland im September 1968 die volle Unabhängigkeit erreichte.¹⁾

Diese drei Länder, die auch nach der Unabhängigkeit im Commonwealth verblieben sind, und die im Gegensatz zu Südafrika²⁾ zu den unterentwickelten Ländern gezählt werden müssen, wurden demnach auch von allen währungspolitischen Änderungen in Südafrika betroffen. Dort wurden 1921 die Privatnotenbanken durch die südafrikanische Zentralbank, die "South-African Reserve Bank" in ihrer Emissionstätigkeit abgelöst. Von 1921 bis 1961 emittierte jene meist in Parität zum £ Sterling das südafrikanische Pfund (£ S.A.), dem 1961 der "Rand" (1 R = 100 cents) folgte. Die Parität des Rand zum £ Sterling wurde zunächst auf 2 : 1 festgelegt und nach der Pfundabwertung 1967 auf 1.714 : 1 geändert.

Das Bankwesen in den drei ehemaligen britischen Protektoraten stützt sich ausschließlich auf auch in Südafrika zugelassene Banken. Da die drei Länder bisher keine eigene Emissionsinstanz oder Zentralbank errichten wollen, sind sie

1) Vgl. Barclays Bank, D.C.O., Survey 1967, London 1967, S. 37 ff. und ders., Survey 1968, London 1968, S. 34 ff.

2) Vgl. Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 305

auch weiterhin währungspolitisch mit Südafrika verbunden, obwohl die South African Reserve Bank in diesen Ländern nicht vertreten ist,¹⁾ und werden daher in der weiteren Untersuchung nicht mehr berührt.

V. Mauritius und die Seychellen

Die beiden im Indischen Ozean gelegenen, zum Commonwealth gehörenden Inseln Mauritius und die Seychellen haben eine Rupienwährung. Schon darin wird der Übergang von Afrika nach Asien deutlich.

Bis zur Abwertung der indischen Rupie im Juni 1966 wurde sowohl die Seychellen-Rupie (SR) wie die Mauritius Rupie (MR) mit Parität zur indischen Rupie emittiert, ohne eine feste institutionelle Bindung an diese zu haben. Bis 1934 war jedoch in Mauritius auch die indische Rupie gesetzliches Zahlungsmittel.²⁾ Davor beherrschten bis 1876 unter französischem Einfluß³⁾ Privatnotenbanken das Feld.⁴⁾ Schon früh operierten auf Mauritius auf Grund der Fruchtbarkeit des Landes viele Banken. Doch war das Bankenwesen insgesamt sehr heterogen und für die Entwicklung des Landes ungünstig aufgebaut.⁵⁾ Heute hat sich das geändert, das Bankenwesen ist relativ gut entwickelt und spielt eine wichtige Rolle bei der Vermarktung des Zuckerrohrs, dem wichtigsten Produkt von Mauritius. Seit 1934 ist Mauritius in das Currency-Board-System eingegliedert. 1958 wurden genaue Regelungen für die Überwachung und Zulassung von Banken erlassen. 1966 schließ-

1) Vgl. Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 306

2) Vgl. o. V., Monetary Systems of the Colonies, a. a. O., S. 41 f.

3) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, Bd. I, a. a. O., Länderübersicht, S. 60 ff.

4) Vgl. Hahn, O., Art.: Mauritius, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Bd., 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968, S. 1200

5) Vgl. ebenda

lich wurden in der "Bank of Mauritius Ordinance 1966" die Statuten einer eigenen Zentralbank für Mauritius festgelegt. Noch bevor diese Insel unter schweren Unruhen zu Beginn des Jahres 1968 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, hatte sie damit auf währungspolitischem Gebiet ihr Schicksal in die eigene Hand genommen.

Die Seychellen gehörten bis 1903 zum Verwaltungsbezirk von Mauritius und Ende des 19. Jahrhunderts verdrängte die mauritische auch allmählich die indische Valuta.¹⁾ Später wurde die Mauritius Rupie von der Seychellen Rupie, die von einem örtlichen Commissioner of Currency emittiert wird, abgelöst. Das Bankenwesen ist auf den Seychellen schwach entwickelt, es gibt nur eine Geschäftsbank. 1963 liefen auf den Seychellen 3,5 Millionen Rupien, auf Mauritius 74,5 Millionen Rupien. Dies entspricht einem Verhältnis von 1 : 21, bei einem Verhältnis der Bevölkerungszahl von 1 : 16,5.²⁾ Hauptexportprodukt der Seychellen ist die Kokosnuß.

C. Die jungen Zentralbanken - Ausdruck monetärer Autonomie

Nach diesem kurzen währungs- und zentralbankgeschichtlichen Überblick bietet sich uns folgendes Bild:

Von den 15 betrachteten afrikanischen Commonwealthländern sind zwei (Gambia - Seychellen) noch dem englischen Currency-Board-System angeschlossen, drei (Botswana - Lesotho und Swasiland) sind mit dem südafrikanischen Währungsgebiet verbunden und die folgenden zehn Länder verfügen über eine eigene Zentralbank:

Ghana, Kenia, Malawi, Mauritius, Nigeria, Rhodesien, Sambia, Sierra Leone, Tansania und Uganda.

1) Vgl. Hahn, O., Art.: Seychellen, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Bd., 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968, S. 1496

2) Vgl. Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 501 und 504

Die Zentralbanken dieser Länder entstanden alle zwischen 1957 und 1967, also innerhalb von zehn Jahren. Der Schwerpunkt der Neugründungen liegt in den Jahren 1964 bis 1966. Wie wir wissen, haben die Zentralbanken, die in den Entwicklungsländern, nicht nur in den afrikanischen, in großer Zahl gegründet worden sind,¹⁾ vor allem in der ersten Zeit ihres Bestehens mehr aufbauende Aufgaben, während die klassischen Zentralbanken in einem entwickelten Finanzsystem eher regulierende Funktionen ausüben.²⁾ Das Zentralbankwesen ist damit vielschichtiger und differenzierter geworden, was W. F. Crick zu der folgenden Äußerung veranlaßt: "Central banking has indeed become a much more varied and complex and much more exciting business than it used to be, and it is no longer concentrated within a tight little 'club' of like-minded and comparably-placed institutions."³⁾

Mit der Gründung von eigenen Zentralbanken in den ehemaligen Kolonien Englands beginnen diese Staaten auch auf währungspolitischem Gebiet eigene Wege zu gehen. Die einstmals sehr engen Beziehungen zum Londoner Geldmarkt beginnen sich zu lockern, die zentrale Stellung Londons ist durch zunehmende wirtschaftliche und politische Kontakte der übrigen Commonwealthländer zu anderen Staaten im Schwinden begriffen. Dies zeigt auch ein Vergleich zwischen der Reaktion der Commonwealthländer auf die Sterling-Abwertung im Jahr 1949 mit jener im Jahr 1967. 1949 werteten mit Ausnahme von Pakistan alle Commonwealthländer, wenn auch zum Teil mit einer gewissen Verzögerung, ab.⁴⁾ 1967 werteten noch nicht einmal alle Länder, die noch dem Currency-Board-System angeschlossen sind, ab.

1) Vgl. Hahn, O., Die Währungsbanken, Band I, a. a. O., Einleitung und Vorwort, S. VII

2) Vgl. hierzu Crick, W. F., The Spread of Monetary Autonomy, in: The Banker, Vol CXV (1965), S. 98 ff. und o. V. Comparative Survey of 12 New Central Banks, in: Monthly Review of the Federal Reserve Bank of New York for July 1964, S. 137

3) Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 511

4) Vgl. Sayers, R. S., Hrsg., Banking..., a. a. O., S. 471

Von den 19 unterentwickelten Commonwealthländern mit einer eigenen Zentralbank schlossen sich nur 9 dem britischen Beispiel an.¹⁾²⁾

1) Vgl. Tabelle 1, S. 64

2) Vgl. auch West, P., Das Pfund wird europäisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., Nr. 40, vom 16.2.1968

T e i l I I

Analyse des zentralbankpolitischen Instrumentariums und der Zentralbankpolitik

1. Abschnitt: Die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik

Wie wir oben gesehen haben, ist zwischen endogener und exogener Zielsetzung der Zentralbank zu unterscheiden.¹⁾ In den Zentralbankgesetzen werden den einzelnen Zielsetzungen unterschiedliche Gewichtigkeiten beigemessen. O. Hahn zeigt vier mögliche Konstellationen auf: Zentralbanken ohne Zielsetzung, Zentralbanken mit endogener oder exogener Zielsetzung und Zentralbanken mit kombinierten Zielsetzungen.²⁾

Eine Zentralbank mit ausschließlich exogener Zielsetzung ist in keinem afrikanischen Commonwealthland zu finden. Unter allen Commonwealthländern hat nur Neuseeland eine Zentralbank mit rein wirtschaftspolitischer Zielsetzung.³⁾

A. Zentralbanken ohne Zielsetzung

Von den Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländern hat nur Rhodesien eine Zentralbank, der von den Statuten her keine bestimmte Zielsetzung vorgegeben ist.⁴⁾

In der Präambel des Zentralbankgesetzes von 1964 werden nur Aufgaben der "Reserve Bank of Rhodesia", nicht aber Zielsetzungen genannt. Lediglich aus dem Satz "to provide for matters incidental to the foregoing"⁵⁾ könnte eine exogene Zielsetzung herausgelesen werden.

1) Vgl. oben S.

2) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, Bd. II, a. a. O., S. 155 ff

3) Vgl. ebenda, S. 174

4) Vgl. ebenda, S. 171

5) Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Präambel

B. Zentralbanken mit endogener Zielsetzung

I. Das außenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip

Dieses Prinzip als ausschließliche Zielsetzung ist bei keiner der untersuchten Zentralbanken zu finden. O. Hahn schloß auf Grund der Einlösungsnormen, daß der Zentralbank von Sambia nur das außenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip vorgegeben sei.¹⁾ Aus dem Titel der "Bank of Zambia Ordinance, 1964" geht jedoch hervor, daß die Zentralbank von Sambia beide endogenen Zielsetzungen zu beachten hat.²⁾

II. Das binnenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip

Nach dem Zentralbankgesetz ist die "Bank of Sierra Leone" verpflichtet, "to promote monetary stability and a sound financial structure."³⁾ Außer diesem Ziel der inneren Währungsstabilität, werden keine weiteren Postulate aufgestellt. Aus der Pflicht, die Konvertibilität gegenüber dem Pfund Sterling aufrecht zu erhalten⁴⁾, kann allerdings geschlossen werden, daß auch das außenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip beachtet werden muß.⁵⁾

III. Beide endogenen Postulate als Zielsetzung

Die beiden endogenen Postulate sind den folgenden Zentralbanken gleichrangig vorgegeben: Malawi, Nigeria und Sambia. Malawi und Nigeria haben auch die gleiche Formulierung ge-

1) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, Bd. II, a. a. O., S. 171

2) Vgl. unten und Bank of Zambia Ordinance, 1964, S. 4

3) Bank of Sierra Leone Act, Sect. 5

4) Vgl. ebenda, Sect. 20

5) Vgl. auch Hahn, O., a. a. O., S. 172

wählt: The principal objects of the Bank shall be... to maintain external reserves so as to (in order to) maintain external reserves to safeguard the international value of that currency, to promote monetary stability and a sound financial structure in Malawi (Nigeria)..."¹⁾

Die Formulierung der Ziele im Titel der Bank of Zambia Ordinance lautet: "An Ordinance to impose and confer on the Bank duties and powers for the protection of the internal and external value of the currency..."²⁾

C. Zentralbanken mit kombinierter endogener und exogener Zielsetzung

Die Kombination zwischen endogener und exogener Zielsetzung ist auf dreifache Art und Weise möglich. Entweder einer von beiden Zielsetzungen wird der Vorrang eingeräumt oder beide Zielsetzungen werden gleichrangig aufgeführt (neutrale Zielsetzung³⁾). Die Grenzen sind allerdings fließend und eine Vorrangstellung der einen oder anderen Zielsetzung ist aus dem Gesetzestext allein nur sehr schwer festzustellen.

Als Beispiel möchten wir Ghana aufführen. Die Ziele der Zentralbank werden wie folgt formuliert: The principal objects of the Bank shall be... c) to regulate and direct the credit and banking system in accordance with the economic policy of the Government and the provisions of this Act, d) to promote by monetary measures the stabilization of the value of the currency within and outside Ghana".⁴⁾

1) Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 4, Central Bank of Nigeria Act, 1958 (as amended 1962), Sect. 4 (1)

2) Bank of Zambia Ordinance, 1964, S. 4

3) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 172 f.

4) Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 3

Aus dieser Formulierung könnte herausgelesen werden, daß wie in der Bundesrepublik Deutschland die Zentralbank in Ghana lediglich im Rahmen der endogenen Ziele ("in accordance with the provisions of this Act") die staatliche Wirtschaftspolitik zu unterstützen hat und somit eine Vorrangstellung der endogenen Zielsetzung besteht.¹⁾ Wir sind jedoch der Meinung, daß auf Grund der Reihenfolge, die bei der Aufführung der Zielsetzungen gewählt wurde, und der Präambel zu den "Credit Control Regulations"²⁾ der exogenen Zielsetzung ein Übergewicht vor der endogenen Zielsetzung beizumessen ist.

In den Zentralbankgesetzen von Uganda und Mauritius sind die Ziele gleichrangig aufgeführt, doch läßt die Wortwahl auf ein Übergewicht der endogenen Zielsetzung schließen.

In der Präambel zum Zentralbankgesetz von Uganda werden die Postulate der Bank of Uganda aufgeführt: The Bank shall safeguard the international value of that currency, promote stability and a sound financial structure conducive to a balanced and sustained rate of growth of the economy and other purposes connected therewith.³⁾ Auch Newlyn sieht darin eine Vorrangstellung der endogenen Zielsetzungen, wenn er schreibt: "The words chosen in connection with the rate of growth are such as to minimise any possible conflict between this and the primary objectives."⁴⁾

1) So Hahn, O., a. a. O., S. 172

2) In der Präambel zu den "Credit Control Regulations 1964" heißt es: In exercise of the power vested in the Bank of Ghana - and in accordance with the Government's Policy of evolving a planned economy the Bank of Ghana... has decided..."

3) Bank of Uganda Act, 1966, Präambel

4) Newlyn, W. T., Monetary Developments in East Africa, II, in: The Banker's Magazine, Vol 1967, Heft 4, S. 241 (Professor Newlyn war vor seinem Tod Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung der Zentralbank von Uganda). Vgl. auch die Rede von Präsident M. Obote zur Eröffnung der Bank of Uganda, abgedruckt in: East African Currency Board, Report for the year Enchd. 30th June 1966, Nairobi 1966, S. 122

In den Zielsetzungen der Zentralbank von Mauritius heißt es: "1) The purposes of the Bank shall be to safeguard the internal and external value of the Currency of Mauritius and its international convertibility. 2) The Bank shall further direct its policy towards achieving monetary conditions conducive to strengthening the financial system and increasing the economic activity and the general prosperity of Mauritius".¹⁾

Der Kommentar, der von der "Mauritius Legislative Assembly" dazu herausgegeben wurde, stellt eindeutig fest: "The second objective is an expansion of the first."²⁾

In den Zentralbankstatuten von Kenia wird bei "neutraler Zielsetzung" von den endogenen Zielsetzungen nur das außenwirtschaftliche Liquiditätsprinzip genannt.³⁾ Hier ist die Gleichrangigkeit der Zielsetzungen jedoch eindeutig.⁴⁾

Die Vorrangstellung der exogenen Zielsetzung ist dem Zentralbankgesetz von Tansania zu entnehmen.⁵⁾ Dort heißt es: "Within the context of the economic policy of the Government, the Activities of the Bank shall be directed to the promotion of credit and exchange conditions conducive to the rapid growth of the national economy of Tanzania, due regard being had to the desirability of fostering monetary stability."⁶⁾

1) Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 5

2) Mauritius Legislative Assembly, The Bank of Mauritius, Sessional Paper No. 9 of 1966, Port Louis, Dezember 1966, S. 1

3) Vgl. The Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 4

4) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 173

5) Vgl. Hahn, O., a. a. O., S. 174; siehe auch Newlyn, W. T., Monetary Developments, II, a. a. O., S. 241

6) Bank of Tanzania Act, 1966, Sect. 5

D. Die Rechtsgrundsätze der Zentralbankpolitik

Rechtsgrundsätze¹⁾ sind keiner Zentralbank eines afrikanischen Entwicklungslandes in den Statuten vorgegeben. Vor allem ist das Fehlen von Normen, die die Rechtsstabilität betreffen, zu bedauern, denn die Herstellung und Wahrung der Rechtssicherheit ist, wie wir dargelegt haben,²⁾ eine der wichtigsten Aufgaben eines Entwicklungslandes.

1) Vgl. oben S. 10

2) Vgl. oben S. 54 ff.

2. Abschnitt: Das administrative Instrumentarium

A. Emissionsrechte und Währungshoheit

I. Die Gestaltung des Emissionsrechtes

Wir haben schon oben erwähnt, daß in den meisten Ländern ohne Zentralverwaltungswirtschaft die Zahlungsmittelermission so gestaltet ist, daß der Zentralbank das Bargeldmonopol übertragen ist. Davon machen auch die afrikanischen Commonwealthländer keine Ausnahme.¹⁾ In keinem dieser Länder wird das Bargeldmonopol der Zentralbank durch das Münzregal der Regierung eingeschränkt.²⁾

II. Der Umfang der Währungshoheit

"Die Währungshoheit ist grundsätzlich unbeschränkt; Beschränkungen bestehen erst dann, wenn sich ein Währungsgebiet durch Vereinbarungen gegenüber anderen Gebieten bindet"³⁾. Bei den afrikanischen Commonwealthländern handelt es sich durchweg um Länder mit "Bindungen niederer Ordnung"⁴⁾ mit Vereinbarungen über die Parität (Preis der eigenen Währung) und die Konvertibilität (Grad der Devisenbewirtschaftung). Neben der Mitgliedschaft in der Sterlingzone⁵⁾ wirkt für die meisten afrikanischen Commonwealthländer die Mitgliedschaft im 'Internationalen Währungsfonds' (IWF) einschränkend auf die Währungshoheit. Dane-

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 15 (1)), Kenia (Sect. 22 (1)), Malawi (Sect. 19), Mauritius (Sect. 29 (17)), Nigeria (Sect. 18), Rhodesien (Sect. 11, Sect. 14), Sambia (Sect. 29), Sierra Leone (Sect. 20), Tansania (Sect. 26) und Uganda (Sect. 14 (1))

2) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, I, a. a. O., S. 45 und ders., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 175 f.

3) Hahn, O., Währungsbanken, Bd. I, a. a. O., S. 22

4) Vgl. ebenda, S. 23 ff.

5) Vgl. oben S. 61 f.

ben sind nur noch freiwillige Beschränkungen ohne eine abkommensmäßige Bindung zu berücksichtigen.

Von den zehn afrikanischen Commonwealthländern sind nur zwei Länder nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF). Das eine - Mauritius - hat nach Erlangung der Unabhängigkeit am 12. März 1968 die Mitgliedschaft beantragt¹⁾, ohne daß darüber bisher entschieden wurde, während das andere - Rhodesien - nicht als unabhängiges Land anerkannt wird²⁾ und auch nicht Mitglied des IMF werden kann, da es von der Sicht des IWF wie ein Mitglied des Währungsgebietes "Vereinigtes Königreich (Großbritannien und Nordirland) und überseeische Gebiete" behandelt wird.³⁾ Die acht Mitgliedsländer des IWF haben alle von der Möglichkeit des Artikels XIV des IWF-Abkommens Gebrauch gemacht, der "während der Übergangswirtschaft der Nachkriegszeit... Zahlungs- und Überweisungsbeschränkungen für laufende internationale Transaktionen"⁵⁾ erlaubt.⁴⁾

Auf Grund des Art. XIV des IWF-Abkommens ist es damit auch den Mitgliedsländern des IWF möglich, eine Devisenbewirtschaftung durchzuführen. Sie unterscheiden sich darin nicht von den Ländern ohne IWF-Mitgliedschaft Mauritius und Rho-

-
- 1) Vgl. International Monetary Fund (IMF), 1967, Annual Report, on Exchange Restrictions, Washington 1967, S. 95
 - 2) Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung setzte die britische Regierung im Dezember 1965 das Direktorium der Zentralbank von Rhodesien in Salisbury ab und berief ein neues in London, das von den meisten Ländern als ausführendes Organ und Repräsentation der Zentralbank von Rhodesien anerkannt worden ist. Diese Maßnahme war vor allem darauf gerichtet, die ausländischen Aktiva der Reserve Bank of Rhodesia in die Hand zu bekommen. Vgl. o. V., Sanctions and Rhodesia, in: The Banker's Magazine, I, London 1966, S. 52
 - 3) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, Bd. I, a. a. O., S. 23
 - 4) Vgl. IMF, 1967, Eighteenth Annual Report, a. a. O., und Hahn, O., a. a. O., S. 24 f.
 - 5) Die Statuten des Internationalen Währungsfonds sind abgedruckt im Bundesgesetzblatt 1952, II, S. 637 f.

desien.¹⁾ In allen IWF-Ländern ist die Ausübung der Devisenkontrolle vom Finanzminister der Zentralbank übertragen worden.²⁾ Die Zuständigkeit in Fragen der Devisenkontrolle gibt den Zentralbanken dann die Möglichkeit, funktionelle Zentralbankpolitik zu betreiben, wenn ihnen ein Ermessensspielraum zugestanden wird.

a) Die Festsetzung der Paritäten³⁾

Die Mitglieder des IWF unter den afrikanischen Commonwealthländern haben eine Goldparität⁴⁾ fixiert, die nur im Einvernehmen mit dem Internationalen Währungsfonds geändert werden kann.⁵⁾ Wenn alle Devisentransaktionen zu Kursen innerhalb von zulässigen Bandbreiten abgewickelt werden, so kann mit Hahn von einer "praktisch bedeutsamen IWF-Parität" gesprochen werden. Länder, die dem IWF lediglich ein Wertverhältnis mitteilen, haben eine "Theoretische IWF-Parität". Sie haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich von der Verpflichtung, bestimmte vereinbarte Paritäten einzuhalten, suspendieren zu lassen.⁶⁾ Länder, die nicht Mitglied des IWF sind, haben keine IWF-Parität.

1) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Barclays Overseas Survey 1967, S. 48 (Mauritius) und o. V., Währungsgemeinschaft Zambia - Malawi - Rhodesien aufgehoben, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 18. Jg. (1965), S. 561 f.

2) Vgl. International Monetary Fund, 1967, Exchange Restrictions, a. a. O., S. 244 ff. (Ghana), S. 365 (Kenia), S. 397 ff. (Malawi), S. 466 f. (Nigeria), S. 522 ff. (Sierra Leone), S. 586 ff. (Tansania), S. 628 ff. (Uganda), S. 705 ff. (Sambia)

3) Siehe auch Tab. 2

4) Vgl. dazu, Emminger O., Art.: Internationaler Währungsfonds, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Bd. 2, Frankfurt/M., 1968, S. 828 f.

5) Vgl. IWF, Exchange Restrictions, a. a. O.

6) Vgl. Hahn, O., Währungsbanken, Bd. I, a. a. O., S. 23 ff.

1. Währungsgebiete ohne IWF-Parität

Zu dieser Gruppe gehören Mauritius, bis über den Aufnahmeantrag durch den IWF entschieden ist, und Rhodesien.

Das Zentralbankgesetz von Mauritius schreibt in Anlehnung an die Vorschriften für die IWF-Mitglieder die Festlegung einer Goldparität vor¹⁾. Die Statuten der Reserve Bank of Rhodesia lassen eine Gold- und Sterling-Parität oder entweder eine Gold- oder eine Sterling-Parität für das "Rhodesian Pound" zu.²⁾

Beide Länder orientieren sich bei der Festsetzung der Devisenkurse am Londoner Devisenmarkt, ohne allerdings daran gebunden zu sein.

2. Währungsgebiete mit theoretischer IWF-Parität

Hierunter sind die drei ostafrikanischen Commonwealthländer einzureihen. Die Zentralbanken von Kenia, Tansania und Uganda handeln in keiner anderen ausländischen Währung als in £ Sterling. Dieses wird zur offiziellen IWF-Parität innerhalb einer Bankbreite von 1/16 % notiert.

Die Geschäftsbanken orientieren sich bei den anderen Währungen an den Londoner Kursen.

Die Währungen der drei ostafrikanischen Länder sind untereinander konvertibel und gelten im gemeinsamen Währungsraum nicht als ausländische Währung im Sinne des internationalen Währungsfonds.

1) Vgl. The Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 26

2) Vgl. Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 18 (1)

3. Währungsgebiete mit praktisch bedeutsamer IWF-Parität

Unter diese Gruppe fallen die Länder Ghana, Malawi, Nigeria, Sambia und Sierra Leone. Die Zentralbank von Ghana setzt die Devisenkurse innerhalb einer Bandbreite von 1/2 % beiderseits der festgesetzten Parität fest. Die Zentralbank von Nigeria setzt die Sterling-An- und Verkaufssätze fest und hat auch die Möglichkeit, diese innerhalb einer bestimmten Bandbreite von Zeit zu Zeit zu ändern.¹⁾ Bei der Festsetzung der Kurse anderer Währungen orientiert sich die Central Bank of Nigeria an Mittelkursen des Londoner Marktes. Die Zentralbanken der übrigen Länder setzen alle Devisenkurse in Abhängigkeit von der Entwicklung des Londoner Devisenmarktes fest.

4. Paritätenänderungen

Von den zehn afrikanischen Commonwealthländern mit einer eigenen Zentralbank haben sich bisher vier Länder, das sind Ghana, Malawi, Mauritius und Sierra Leone zu einer Änderung des Wertes ihrer Währung, und zwar jeweils zu einer Abwertung, entschlossen. Davon zu unterscheiden ist die Änderung der Bezeichnung und der Stückelung der Währung. So hat Ghana seit 1965 zweimal die Bezeichnung der Währung, aber nur einmal deren Wert geändert. Im einzelnen wurden folgende Bezeichnungen und Wertverhältnisse festgelegt:²⁾

bis 18.7.1965:	1 Ghana-Pfund	= 1 £ Sterling	= 11,20 DM
ab 19.7.1965:	1 Cedi (C)	= 0,42 £	= 4,68 DM
ab 23.2.1967:	1 Neuer Cedi NC	= 0,833 (alte Cedi)	= 5,60 DM
ab 8.7.1967:	1 Neuer Cedi (nach Abwertung um 30 %)		= 3,92 DM

1) Vgl. Brown, C. V., The Nigerian Banking Systems, a. a. O., S. 177 f.

2) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 7

Bei der Abwertung des New Cedi (N¢) am 8. Juli 1967 wurde die Goldparität von 1,24414 g Feingold auf 0,871925 g Feingold geändert. Es ist noch anzumerken, daß die Wechselkursfestsetzung in Ghana zum Zuständigkeitsbereich des Finanzministers gehört.¹⁾

In den übrigen Ländern wurde die Währung im Zusammenhang mit der Abwertung des £ Sterling am 18.11.1967 um 14,3 % abgewertet.²⁾

Während die Abwertung in Ghana um 30 % auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im Inland zurückzuführen ist,³⁾ liegt der Grund für die Abwertung in den anderen Ländern primär in Datenveränderungen im Ausland, insbesondere in der Abwertung des £ Sterling.

b) Behinderung des kurzfristigen Zahlungsverkehrs mit dem Ausland⁴⁾

1) Zahlungen im Dienstleistungsverkehr

Alle afrikanischen Commonwealthländer haben Zahlungen im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland Beschränkungen unterworfen. Es würde hier zu weit führen, auf die Details einzugehen. Zwei Länder, Nigeria und Sierra Leone, gewähren Freizügigkeit im Verkehr mit der Sterlingzone.⁵⁾ Mauritius belegt mit wenigen Ausnahmen jede Zahlung ins Ausland mit einer 15%igen Steuer.⁶⁾ Deviseneinfuhren aus dem

1) Vgl. Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 25

2) Vgl. Tab. 1, S. 64

3) Vgl. o. V., Wirtschaftliche Konsolidierung in Ghana, in: Außenhandelsblätter der Commerzbank, Nr. 21, 19. Jg., November 1967, S. 1

4) Vgl. IMF, 1967, Exchange Restrictions, a. a. O.

5) Vgl. Pick, F., Pick's Currency Yearbook, 1964/65, New York 1965, S. 368

6) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1967, S. 48

Ausland sind in allen Ländern möglich. Deviseneinnahmen aus vollbrachten Leistungen müssen innerhalb von 6 Monaten an die zugelassenen Geschäftsbanken verkauft werden.

2. Importbeschränkungen

In jedem Land herrschen Importbeschränkungen, allerdings ist der Umfang der Beschränkungen sehr verschieden. Devisen sind nur für zugelassene Importe zu erhalten. Ghana fordert als einziges Land Vorauszahlungen auf Akkreditive und zusätzliche Importgebühren.¹⁾

3. Abgabe der Exporterlöse

In jedem Land besteht die Bestimmung, daß Exportforderungen binnen 6 Monaten einzuziehen und an die zugelassenen Geschäftsbanken gegen die heimische Währung einzutauschen sind.

c) Behinderung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland²⁾

Der Kapitalverkehr mit dem Ausland ist in allen afrikanischen Commonwealthländern erheblich behindert. Als einziges Land gewährt Sierra Leone Freizügigkeit im Kapitalverkehr mit den Mitgliedsländern des Sterling-Blocks. Kapitalausfuhren von Inländern sind in allen Ländern genehmigungspflichtig und auf eine unterschiedliche Höhe begrenzt. Vom Ausland investiertes Kapital kann in allen Ländern mit Ausnahme von Rhodesien repatriiert werden, sofern die Investition genehmigt war. Dies gilt auch für die Gewinne und Dividenden. Rhodesien hat die Auszahlung von Gewinnen, Dividenden und Zinsen an Großbritannien nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung eingestellt.³⁾

1) Vgl. Bank of Ghana, Report 1965/66, S. 5 u. 7; Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 3

2) Vgl. IMF, 1967, Exchange Restrictions, a. a. O.

3) Vgl. Sanctions and Rhodesia, a. a. O., S. 52

d) Die Beurteilung des "Umfanges der Währungshoheit"

Sämtliche afrikanischen Commonwealthländer haben, seit sie ihre Selbständigkeit erlangt haben, ihren relativ hohen Grad der Währungssouveränität nicht verändert. Er liegt näher an dem Punkt "grundsätzliches Verbot des Nebeneinanders privilegierter Währungen verschiedener Gebiete" als an dem Punkt "grundsätzliche Duldung des Nebeneinanders unter Ausschluß zweiseitiger Wertsicherung."¹⁾ Eine Tendenz in Richtung auf den Punkt geringerer Währungshoheit im Interesse eines besseren Welthandels ist bislang nicht zu erkennen.

B. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken

I. Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt

a) Die Einwirkung auf die Zahlungssitten

Mit Ausnahme von Kenia und Sambia ist der Anteil des Bargeldvolumens am gesamten Geldvolumen in den afrikanischen Entwicklungsländern des Commonwealth relativ hoch.²⁾ Damit ist die Giralgeldquote und die Geldschöpfungskapazität der Banken relativ gering. Darunter leidet die Wirksamkeit des Einsatzes von zentralbankpolitischen Mitteln. Dies gibt auch einen hinreichenden Grund dafür ab, warum die Zentralbanken dieser Länder den bargeldlosen Zahlungsverkehr nicht mit administrativen Mitteln zu hemmen versuchen. Sie sind eher daran interessiert, den bargeldlosen Zahlungsverkehr, der unter anderem von der Dichte des Bankstellennetzes abhängig ist, zu fördern. Es würde den Fortschritt im Bankenwesen von Entwicklungsländern entscheidend gefährden, wenn die Zahlungssitten mit administrativen Maßnahmen, wie etwa dem Verbot der bargeldlosen Einkommensvergütung, zum Schaden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beeinflußt werden würden.

1) Vgl. oben S. 19

2) Vgl. Tab. 3 S. 99. Zum Anteil der off. Einlagen bei den Geschäftsbanken. Vgl. Tab. 6 S. 108

Tab. 3 : Zusammensetzung des Geldvolumens in den afrikanischen Commonwealthländern
in Tausend Einh. Landeswährung per 30.6.1967

Länder	Geld- volumen	Bargeld in Händen der Bank- kunden	Kassen- bestand der Banken	Gesamte umlaufen- de Bargeldmenge	Bargeld- Anteil am Geldvolumen in %	Sichteinlagen bei den Geschäftsbanken	Sichtein- Anteil am Geldvolumen in %
Ghana	210.700	83.400	10.300	93.700	40	127.200	60
Kenia	66.060	15.794	2.815	18.609	24	50.256	76
Malawi	13.764	6.806	288	7.094	52	6.368	48
Nigeria	150.309	101.301	4.362	105.663	67	49.080	33
Sambia	113.460	30.938	3.040	33.978	27	82.520	73
Sierra Leone	22.800	15.300	1.600	16.900	66	7.500	34
Tansania	908.600	374600	164.600	539.200	41	534.000	59
Uganda	583.921	256.631	32.970	289.601	44	327.290	56
Zum Vergleich: BR Deutschland	73.900	29.600	1.900	31.500	43	42.400	37

Quellen: Zentralbankberichte von:

Ghana (1966/67/S. 24 ff.), Kenia (1967/S. 26 ff.), Sambia (1967/S. 37 ff.),
Sierra Leone (1967/S. 25 ff.), Uganda (1967/S. 29 ff.),
Nigeria: Economic Review, Dez. 1967, S. 22 f.,
Malawi: Economic Review, Sept. 1968, S. 19,
Tansania: Economic Report, Dez. 1967, S. 24 ff.,
IMF: International Financial Statistics, Vol. XX, Okt. 1967,
IMF: International Financial Statistics, Supplement to 1966/67 Issues

b) Die Einwirkung auf den Marktanteil

Der Marktanteil einer Bank ist, wie wir oben festgestellt haben,¹⁾ abhängig von der Anzahl und der Größe der Banken sowie von der Zusammensetzung des Kundenkreises.

1. Anzahl und Größe der Banken

Die Anzahl und Größe der Banken ist bei gegebenem Markt im wesentlichen eine Funktion des Wettbewerbes. Dieser kann reguliert werden durch Zugangsbeschränkungen und Funktionstrennung im Bankgewerbe sowie durch Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen.

aa) Zugangsbeschränkungen im Bankgewerbe

Da es im Interesse der Entwicklungsländer liegt, ihr Bankwesen zu verbessern und zu vergrößern, finden sich bei den afrikanischen Commonwealthländern keine allzu großen Zugangsbeschränkungen im Bankgewerbe.

Die einzige Ausnahme bildet Tansania. Hier wurden im Februar 1967 alle privaten Geschäftsbanken verstaatlicht und die staatseigene "National Bank of Commerce" gegründet, in welche die Aktiva und Passiva der verstaatlichten privaten Geschäftsbanken eingebracht wurden. Seit dieser Zeit gibt es in Tansania faktisch nur eine staatliche Geschäftsbank²⁾, während der Zugang für private Geschäftsbanken verschlossen ist.

1) Vgl. oben S. 21

2) Neben der "National Bank of Commerce" besteht in Tansania noch die "People's Bank of Zanzibar Limited", die allerdings auf Zansibar beschränkt ist und daher nur einen sehr kleinen Marktanteil hat. Vgl. Bank of Tanzania, Economic Report, December 1967, S. 15

Von dem Zentralbankgouverneur der Bank of Tanzania, Mtei, wird diese Tatsache besonders unter dem Gesichtspunkt des fehlenden Wettbewerbs bedauert: "It is potentially serious when one commercial bank has a de facto monopoly in major sectors of lending. Where there are many commercial banks, there may always be a few among their number who will aggressively pursue every opportunity to expand, due regard being given to the requirements of ordinary prudence. In commercial banking as in most other sectors of business, it is often the enterprising few who lead and spur the many out of the old conventions into new ways of doing things."¹⁾

In den übrigen neun afrikanischen Commonwealthländern wird der Zugang zum Bankgewerbe nur minimal administrativ beschränkt. Die vorhandenen Vorschriften dienen lediglich zur Sicherung gegen ungesunde und spekulative Bankgründungen. In allen neun Ländern müssen sich die Banken bei den Zentralbanken um eine Erlaubnis zum Betreiben des Bankgeschäftes bemühen. Auf die genauen Einzelheiten einzugehen würde hier zu weit führen. In besonderen Bankgesetzen sind die Zulassungsvoraussetzungen in Kenia (Banking Act, 1968), Malawi (Banking Act 1959), Nigeria (Banking Act, 1959), Rhodesien (Banking Act, 1959), Sambia (Banking Act, 1964), Sierra Leone (Banking Act, 1964) und Uganda (Banking Ordinance, 1955) geregelt.

In Ghana ist gemäß § 32 Bank of Ghana Act vor der Gründung, der Liquidation und der Änderung des Grundkapitals oder des Namens einer Bank sowie vor dem Zusammenschluß von mehreren Banken die Bank of Ghana zu konsultieren. Nähere Bestimmungen über die Zugangsvoraussetzungen im Bankengewerbe bestehen nicht.

1) An adress by Governor Mtei to the Economic Society of Tanzania, 13th December, 1967, abgedruckt in: Bank of Tanzania, Economic Report, December 1967, S. 22

Tab. 4: Das Bankstellennetz der afrikanischen Commonwealthländer

Land	Anzahl der Banken	Anzahl der Bankstellen	Einwohner je Bankstelle
Ghana	4	190	40.000
Kenia	11		,
Malawi	3	39	95.000
Mauritius	6	,	,
Nigeria	19	253	225.000
Rhodesien	11	44	,
Sambia	6	51	72.000
Sierra Leone	4	25	110.000
Tansania	3 ¹⁾	7	,
Uganda	9	4	,

1) Bis 1967 waren es 11 Geschäftsbanken

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1966/67/S. 29), Kenia (1967/S. 5 ff), Malawi (1967/S. 7), Nigeria (1966/S. 40), Sambia (1967/S. 23), Sierra Leone: Geis, H. G., a. a. O., S. 186; Banco National Ultramarino, Panorama Monetario Africano, Apendice ao Boletim Trimestral Nr. 63 - 64, Lissabon 1965

- Werte waren nicht zu ermitteln

Die Anzahl der Banken und Bankstellen in den einzelnen Ländern ist, soweit Angaben darüber vorliegen, Tab. 4 zu entnehmen. Der günstige Wert von 40 000 Einwohner je Bankstelle in Ghana ist auf das expansive Vordrängen der staatlichen "Ghana Commercial Bank" zurückzuführen. Diese Bank wurde erst 1960 gegründet und unterhält mittlerweile mehr Zweigstellen als die schon länger dort tätigen zwei britischen Banken.¹⁾

bb) Funktionstrennung im Bankgewerbe

Nur zwei der zehn afrikanischen Commonwealthländer kennen eine Funktionstrennung im Kreditgewerbe: Rhodesien und Sambia: In Anlehnung an die Gegebenheiten in England²⁾ besteht in den beiden Ländern eine Funktionstrennung im kurzfristigen Aktivgeschäft. Neben den "commercial banks" bestehen noch die "accepting houses" und die "discount houses".³⁾ Der Grund dafür liegt in dem Bemühen der "Bank of Rhodesia and Nyasaland" in Zentralafrika einen funktionsfähigen Geldmarkt aufzubauen.⁴⁾

cc) Festlegung und Kontrollen der Bankkonditionen im Passivgeschäft

Wir wollen hier nur die Festlegung der Konditionen im Passivgeschäft analysieren und die Konditionen im Aktivgeschäft der Banken im Rahmen der Einwirkungsmöglichkeiten der Zentralbank durch Beschränkungen behandeln.

In den drei ostafrikanischen Ländern Kenia, Tansania und Uganda kann die Zentralbank den Geschäftsbanken die Zinsen für die Einlagen vorschreiben.⁵⁾ Diese können von Zeit

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 300

2) Vgl. dazu Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, a. a.O., S. 624 ff.

3) Vgl. Government of Zambia, Banking Act. 1964, Sect. 4

4) Vgl. oben S. 93

5) Vgl. Central Bank of Kenya Act., 1966, Sect. 19, Bank of Uganda, Act., 1966, Sect. 32, Bank of Tanzania, Act., Sect. 48

zu Zeit variiert und für verschiedene Arten von Depositen differenziert werden.

In Ghana werden nach Geis die Habenzinsen vom Finanzminister festgelegt.¹⁾ Wir konnten dafür allerdings keine Bestätigung finden.

In allen übrigen Ländern sind die Konditionen der Geschäftsbanken im Passivgeschäft keinen Beschränkungen unterworfen.

Eine Übersicht über die Einlagenzinsen in den einzelnen Ländern zeigt, daß kein wesentlicher Unterschied in der Zinsstruktur zwischen den Ländern mit und ohne Zinskontrolle besteht, weder in der Zinsbewegung noch in der Höhe.²⁾ Lediglich Ghana fällt durch eine andere Zinsstruktur auf. Hier sind die Zinsen für die Spareinlagen relativ hoch, während die Zinsen für die Termineinlagen verschiedener Fristigkeit relativ niedrig sind.

2. Die Steuerung des Kundenkreises

aa) Die Steuerung der öffentlichen Einlagen

Die zentralbankpolitischen Maßnahmen zur Steuerung der öffentlichen Einlagen lassen sich - wie oben dargestellt - in Maßnahmen der funktionellen und institutionellen Einlagenpolitik unterteilen.

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 294

2) Vgl. Tab. 5, S. 105

Tab. 5: Übersicht über die Zinsentwicklung der Termineinlagen bei den Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer

Land	Spareinlagen					Termineinlagen									
						bis 12 Monate und mehr					12 Monate und mehr				
	1965	1966	1967	1965	1966	1965	1966	1967	1965	1966	1965	1966	1967	1965	1967
Ghana	3-3	1/2	3	1/2	3-3	1/2	2	1/2	2	1/2-2	3/4	2	1/2-2	3/4	3-3
Kenia	3	3	3	3	1/2	3	1/2	3	1/2	3	1/2	4	4	4	4
Malawi	3	3	3	3	1/2	3	1/2	3	1/2	3	1/2	4	4	4	4
Mauritius	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nigeria	3	1/2	3	1/2	3	1/2	3	1/2-3	3/4	3	1/2	-	33/4	4	4
Rhodesien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sambia	3	3	3	1/2	3	1/2	3	-	3	1/2	3	1/2-4	4	4	4
Sierra Leone	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tansania	3	3	3	1/2	3	1/2-4	3	1/2-4	3	1/2-4	3	1/2-3	3/4	4	4
Uganda	3	3	3	3	1/2-4	3	1/2-4	3	1/2-4	3	1/2-3	3/4	4	4	4

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1966/67/S. 43), Kenia (1967/S. 31; 1968/S. 41), Malawi (1967/S. 28), Sambia (1965/S. 22; 1966/S. 32; 1967/S. 41), Uganda (1967/S. 38)
 Nigeria: Economic and Financial Review, Dez. 1967, S. 34
 Tansania: Economic Report, Dez. 1967, S. 38

In allen afrikanischen Commonwealthländern hat der Gesetzgeber¹⁾ grundsätzlich die Regierung dazu verpflichtet, die öffentlichen Gelder über die Zentralbank als dem Bankier der Regierung zu leiten, und auch die öffentlichen Einlagen dort zu sammeln (institutionisierende Einlagenpolitik). Eine Ausnahme ist durchweg dort kurzfristig möglich, wo die Zentralbank mit keiner Bankstelle vertreten ist. Die Zentralbank kann an diesen Stellen eine Geschäftsbank beauftragen, als ihr Agent tätig zu werden.

Ausnahmen von dieser grundsätzlichen Einlagenpflicht der öffentlichen Kassenreserven bei der Zentralbank können die Regierungen von Malawi, Mauritius, Nigeria, Sambia und Sierra Leone machen (funktionelle Einlagenpolitik). Dabei hat die Zentralbank in jedem Land die Möglichkeit, diese Politik zu beeinflussen. In Mauritius kann die Regierung nach Befragen (advice) der Zentralbank ihre Kassenreserven so lange wie es der Finanzminister bestimmt, auch bei anderen Banken einlegen.²⁾

In Nigeria, Malawi³⁾ und Sierra Leone⁴⁾ kann die Regierung ihre Kassenreserven bei anderen Banken einlegen "in such cases as may be agreed between the Minister and the Bank."⁵⁾ Darüber hinaus kann die Zentralregierung von Nigeria die lokalen Behörden mit der Verwaltung ihrer

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von: Ghana (Sect. 36 (5)), Kenia (Sect. 44), Malawi (Sect. 35), Nigeria (Sect. 32 (2)), Mauritius (Sect. 15), Rhodesien (Sect. 19), Sambia (Sect. 37), Sierra Leone (Sect. 34), Tansania (Sect. 37 f.), Uganda (Sect. 31), Rhodesien (Sect. 10)

2) Vgl. Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 15 (a)

3) Vgl. Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 35

4) Vgl. Bank of Sierra Leone Act., 1963, Sect. 34

5) Central Bank of Nigeria Act., 1958, Sect. 33 (a)

Gelder beauftragen.¹⁾ Dieser Tatsache kommt insofern Bedeutung zu, als die regionalen Behörden weitgehend mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, weil örtliche Zweigstellen der Zentralbank fehlen.

Geis schreibt dazu: Eine Zentralisierung der Kassenhaltung der Regionalregierungen bei der Zentralbank hätte eine große Schwächung der einheimischen, von den Regionalregierungen kontrollierten Geschäftsbanken bedeutet."²⁾ Die teilweise Dezentralisierung der Kassenhaltung der öffentlichen Hand in Nigeria erklärt auch den relativ hohen Anteil der Geschäftsbanken am Einlagenvolumen der öffentlichen Hand.³⁾ Von ₦ 9,8 Mio. Einlagen der öffentlichen Hand bei den Geschäftsbanken in Nigeria stammen nur ₦ 500.000,-- von der Zentralregierung und der Rest von regionalen und lokalen Regierungsstellen.⁴⁾

In Sambia kann die Regierung nur "in such exceptional cases as the Minister may determine"⁵⁾ Ausnahmen von der Bestimmung, die öffentlichen Einlagen bei der Bank of Zambia zu halten, machen.

Ein Blick auf die Tabelle 6 zeigt, daß bis auf Nigeria in allen anderen afrikanischen Commonwealthländern, von welchen verlässliche Zahlenangaben vorliegen, der größere Teil der öffentlichen Einlagen bei der Zentralbank gehalten wird. In Kenia sind bei den Geschäftsbanken nahezu die Hälfte der öffentlichen Kassenreserven eingelegt. Dort ist die Situation aber ähnlich wie in Nigeria: Von den Regionalregierungen werden 2/3 ihrer öffentlichen Einlagen bei den Geschäftsbanken gehalten.⁶⁾

1) Vgl. Central Bank of Nigeria Act, 1958, Sect. 33 (b)

2) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 148, Fußnote 29

3) Vgl. Tab. 6 S. 108

4) Vgl. Central Bank of Nigeria, Economic Review, 1967, a. a. O., S. 19

5) Bank of Zambia, Ordinance, 1964, Sect. 37 (1)

6) Vgl. Kenia, Report 67, S. 29

Tab. 6: Übersicht über die öffentlichen Einlagen und ihre Verteilung auf Zentralbank und Geschäftsbank² in den afrikanischen Commonwealthländern

in Mio. Landeswährung per 30. 6. 1967

Land	Einlagen der öffentlichen Hand bei der Zentralbank	Einlagen der öffentlichen Hand bei den Geschäftsbanken	Anteil der Zentralbank am Einlagenvolumen der öffentlichen Hand in %	Anteil der Zentralbank am Geschäftsvolumen von Zentralbank und Geschäftsbanken in %
Ghana	15	4	79	51
Kenia	6	5	54	18
Malawi	179	60	75	37
Nigeria	1.600	9.800	14	35
Sambia	25	8	76	36
Sierra Leone	-	-	-	-
Tansania	49	86	36	-
Uganda	0,5	-	-	25

- 108 -

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1967), Kenia (1967), Malawi (1967), Sambia (1967), Uganda (1967).
 Nigeria: Economic Review, Dez. 1967, Tansania: Economic Report, Dez. 1967; Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderbericht Ghana.

- Werte waren nicht zu ermitteln

O. Hahn stellt für die asiatischen Entwicklungsländer fest, daß in der Pflicht der Regierung, ihre Kassenbestände bei der Zentralbank einzulegen, nicht zuletzt der Grund für den starken Anteil der Zentralbank am gesamten Bankgeschäft zu sehen ist.¹⁾ Wenn auch der durchschnittliche Anteil der hier untersuchten Zentralbanken am gesamten Bankgeschäft nicht so hoch ist, wie in Asien, so ist sicher auch hier ein Interdependenz zwischen diesen beiden Größen festzustellen.²⁾

bb) Die Steuerung der Ausländereinlagen

In allen afrikanischen Commonwealthländern sind den Ausländern grundsätzlich unbeschränkt Einlagen bei den Geschäftsbanken möglich.³⁾ Ausgenommen von dieser grundsätzlichen Erlaubnis sind in allen afrikanischen Commonwealthländern mit Ausnahme von Rhodesien die Einlagen von rhodesischen Staatsbürgern. Diese bedürfen einer Ausnahme genehmigung der Regierung. Um einen ungehinderten Rücktransfer der Guthaben von Ausländern zu gewährleisten, ist jedoch in allen Ländern eine Meldung der Ausländereinlagen bei der Devisenkontrollbehörde nötig.

Die Bedeutung der Ausländereinlagen in den afrikanischen Commonwealthländern ist nicht sehr groß. Ihr Anteil an den gesamten Depositen der Geschäftsbanken liegt zwischen 0,02 % und 2,1 %.⁴⁾

1) Vgl. Hahn, O., Geldpolitik in Asien, a. a. O., Sp. 1170

2) Vgl. Tab. 6, S. 108

3) Vgl. International Monetary Fund (IMF), Eighteenth Annual Report, Exchange Restrictions, Ghana, S. 245 f., Kenia S. 367, Malawi S. 402 f., Nigeria S. 467 f., Sambia S. 705 f., Sierra Leone S. 523, Tansania S. 629 f., Uganda S. 629 f.

4) Vgl. Tab. 7 S. 111

II. Die Refinanzierung der Geschäftsbanken über den ausländischen Geldmarkt als Ansatzpunkt

Die Liquiditätsbeschaffung an ausländischen Geldmärkten ist in keinem afrikanischen Commonwealthland einschneidenden Beschränkungen unterworfen. Lediglich in Nigeria ist die vorherige Zustimmung des Finanzministers nötig. Wie bei den Ausländereinlagen müssen jedoch vor Aufnahme der Refinanzierungsmittel Vorkehrungen für den ungehinderten Rücktransfer getroffen werden.

Die Refinanzierung über ausländische Geldmärkte, insbesondere über den Londoner Geldmarkt, ist für die Geschäftsbanken in den afrikanischen Entwicklungsländern des Commonwealth von großer Bedeutung.¹⁾ In Malawi refinanzieren sich die Geschäftsbanken zu 99 % im Ausland.²⁾ Für die hohen Refinanzierungsquoten im Ausland lassen sich folgende Gründe anführen:

1. Die Struktur des Bankensystems: Der überwiegende Teil der Geschäftsbanken sind ausländische, meist englische Bankinstitute mit festen Bindungen an die Mutterinstitute.³⁾
2. Das relativ geringe Einlagenvolumen im Inland⁴⁾
3. Die junge Existenz der Zentralbanken und damit die noch ungewohnte Möglichkeit, sich eines zentralen Refinanzierungsinstitutes im Inland zu bedienen.

1) Vgl. Tab. 7 S. 111

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. historische Entwicklung S. 62 ff.

4) Vgl. Tab. 7 S. 111

Tab. 7: Ausländereinlagen und die Refinanzierung der Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer im Ausland

in Tausend Einh. Landeswährung p. 30.6.67

Land	Ausländer- einlagen	Anteil am ge- samten Einla- gevolumen in %	Refinanzie- rung im Ausland	Anteil an den gesamten auf- genommenen Fremdmitteln in %
Ghana	-	-	-	-
Kenia	596 ¹⁾	0,65	4.310	21
Malawi	100 ²⁾	1,50	2.494	99
Nigeria	1.258 ³⁾	0,95	28.900	90
Sambia	2.652	2,10	2.934	49
Sierra Leone	-	-	-	-
Tansania	-	-	-	-
Uganda	110 ¹⁾	0,02	-	29

Quellen: Kenia: (Report 67, S. 28, Malawi: Economic and Financial Review, Vol. 1, Nr. 1, Sept. 68, S. 12 ff.; Nigeria: Economic and Financial Review, Vo. 4, Nr. 2, Dez. 66, S. 19, Vol. 5 Nr. 2, 28 f.; Sambia: Report 67, S. 42 und 45; Uganda: Report 67, S. 34

- Werte waren nicht zu ermitteln

1) Ohne Verbindlichkeiten gegenüber den beiden anderen ostafrikanischen Ländern

2) geschätzt

3) Dezember 1965

III. Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt

a) Die Einwirkung durch Auflagen

Die Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer haben ausnahmslos die Möglichkeit, mit Mindestreservaufgaben und/oder Liquiditätsauflagen das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken zu beeinflussen.

Die jeweiligen Auflagen können sich hinsichtlich der Bezugsgrundlage, der Auflagesätze, der auflagenfähigen Aktiva und der Verzinsung unterscheiden. Schließlich sind

noch Variationen bei der Ermittlung des Auflagensolls möglich, darauf wollen wir aber hier mangels detaillierter Information nicht näher eingehen.

1. Die Mindestreserveauflagen

Über das Zentralbankpolitische Mittel, den Geschäftsbanken Mindestreserveauflagen zu machen, verfügen die Zentralbanken von acht der zehn hier untersuchten Länder. Die Zentralbanken von Nigeria und Sierra Leone müssen vollständig auf dieses Instrument verzichten.

aa) Die Bezugsgrundlage

In den acht afrikanischen Commonwealthländern, deren Zentralbanken die Kompetenz zu Mindestreserveauflagen haben, bilden Positionen der Passivseite der Bankbilanzen die Bezugsgrundlage für die Ermittlung des Auflagensolls. In drei Ländern, Ghana, Rhodesien und Sambia, wurden zusätzlich noch Positionen der Aktivseite als Bezugsgrundlage gewählt.

i) Positionen der Passivseite

In den einzelnen Zentralbankstatuten wurden zum Teil unterschiedliche Passivpositionen als Bezugsgrundlage gewählt. Sie sind im folgenden entsprechend der Breite der Grundlage aufgeführt.

Die ostafrikanischen Länder Kenia¹⁾, Tansania²⁾ und Uganda³⁾ können sämtliche Verbindlichkeiten in die Bezugsgrundlage mit einbeziehen. In den Zentralbankgesetzen dieser Länder heißt es gleichlautend: "The Bank may, from time to time require specified banks to maintain minimum cash

1) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 38 (1)

2) Vgl. Bank of Tanzania Act, 1966, Sect. 47

3) Vgl. Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 31

balances on deposit with the Bank as reserves against their deposit and other liabilities."

In Mauritius bilden "specified liabilities"¹⁾ die Bezugsgrundlage. Das bedeutet gemäß dem Zentralbankgesetz, daß sämtliche Sichtverbindlichkeiten und andere, von der Bank of Mauritius besonders festzulegende Verbindlichkeiten die Bezugsgrundlage bilden.

Während bisher neben den Depositen auch noch andere Verbindlichkeiten mit in die Bezugsgrundlage einbezogen werden konnten, so geben bei den übrigen Ländern nur die Depositen, wenn auch teilweise in unterschiedlicher Zusammensetzung, die Bezugsgrundlage für die Mindestreservauflagen ab.

In Ghana bilden ohne Variationsmöglichkeit durch die Zentralbank sämtliche Depositen (Total Deposit Liabilities) die Bezugsgrundlage,²⁾ während in den zentralafrikanischen Ländern Malawi³⁾, Rhodesien⁴⁾ und Sambia⁵⁾ jeweils nur die Sicht- und Termineinlagen Bezugsgrundlage für die Mindestreservauflagen sind.

ii. Positionen der Aktivseite

Zusätzlich zu den oben genannten Positionen der Passivseite können, wie oben erwähnt, die Länder Rhodesien, Sambia und Ghana auch noch Positionen der Aktivseite als Bezugsgrundlage wählen.

-
- 1) Vgl. Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 22 (4)
 - 2) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 1 (b)
 - 3) Vgl. Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 42 (2)
 - 4) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia, Act, 1964, Sect. 22 (2) in Verbindung mit Sect. 21
 - 5) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 39 (2)

Die umfassendste Regelung finden wir in Rhodesien. Grundlage für die zusätzlichen Reserven bei der Zentralbank bilden die gesamten Ausleihungen und diskontierten Wechsel der Geschäftsbanken.¹⁾ Zusätzlich kann die monatliche Zunahme an Ausleihungen und diskontierten Wechseln als besonderer Teil zum Bestandteil der Bezugsgrundlage erklärt werden.²⁾ Durch Ausnahmeregelungen und zusätzliche AufLAGENSätze für einzelne Kreditarten können Selektionen durchgeführt werden. In Sambia kann von der Zentralbank nur die Zunahme der Ausleihungen und diskontierten Wechsel als Bezugsgrundlage gewählt werden.³⁾

In Ghana schließlich bilden noch die Sichtguthaben der Geschäftsbanken im Ausland eine Bezugsgrundlage für Einlagen bei der Zentralbank.⁴⁾

Während die übrigen Positionen als Bezugsgrundlage für Auflagen der Zentralbank im Hinblick auf die monetären Mengen im Innern des Landes gewählt wurden, wurde letztere lediglich im Hinblick auf den Devisenvorrat und damit auf den Bestand an monetären Mengen dem Ausland gegenüber gewählt.

bb) Die AufLAGENSätze

Als einziges Land hat Ghana AufLAGENSätze, die nicht variabel, sondern von der Zentralbank mit dem Erlaß der "Credit Control Regulations, 1964" fixiert worden sind. Grundlage für diese Regelung bildet eine Generalvollmacht im Zentralbankgesetz Ghanas von 1963.⁵⁾ Der AufLAGENSatz wurde, bezogen auf die gesamten Einlagen, mit 23 % fest-

1) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 22 (4)

2) Vgl. ebenda, Sect. 22 (5)

3) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 40 (1)

4) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, Sect. 1 (a)

5) Vgl. Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 29

gelegt¹⁾, eine Differenzierung zwischen den einzelnen Einlagen wird nicht gemacht.

Der Satz für die Sichtanlagen im Ausland beträgt 100 %.

Die übrigen 7 Zentralbanken haben Auflagensätze, die sowohl variiert, als auch hinsichtlich der verschiedenen Komponenten der Bezugsgrundlage diversifiziert werden können.²⁾

Ein Mindestauflagensatz ist von keinem Zentralbankgesetz vorgeschrieben.

Höchstsätze fehlen in den Zentralbankgesetzen von Malawi (Sect. 42), Rhodesien (Sect. 22 (2)) und Sambia (Sect. 39 (17 (b))). In Rhodesien ist lediglich der Auflagensatz mit der Zunahme der Ausleihungen und diskontierten Wechsel als Bezugsgrundlage an den Basissatz für die gesamten Ausleihungen und diskontierten Wechsel gekoppelt. Dieser Satz darf höchstens das Dreifache des genannten Basissatzes betragen. (Sect. 22 (5)).

Ein Höchstsatz von 20 % aller Verbindlichkeiten ist in den ostafrikanischen Ländern Kenia (Sect. 38 (1)), Tansania (Sect. 47 (2)) und Uganda (Sect. 31 (1)) vom Gesetzgeber vorgeschrieben.

Der Mindestreservesatz der Zentralbank von Mauritius soll zu keiner Zeit 4 % der "specified liabilities" übersteigen (Sect. 22 (2)). Unter besonderen Umständen darf die Bank of Mauritius diesen Satz jedoch auf 12 % erhöhen.

Außer in Ghana müssen bisher die Geschäftsbanken lediglich in Rhodesien und in Sambia Mindestreserveauflagen Folge leisten. Auf Grund der mangelnden Publizität der

1) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, Sect. 1 (b) (ii) u. (iii)

2) Vgl. zu den gespaltenen Auflagesätzen: Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 160

Zentralbank von Rhodesien sind die Auflagensätze und die Auflagenhöhen aus diesem Land nicht bekannt. Wir wissen nur, daß die Reserve Bank of Rhodesia im Jahr. 1966, im Anschluß an die einseitige Unabhängigkeits-erklärung Rhodesiens und der darauf folgenden Sanktionen Englands, die auch die Kapitalversorgung betrafen, zur Erleichterung der Situation der Geschäftsbanken die Mindestreserveauflagen verringerte.¹⁾

Die Zentralbank von Sambia hat im April 1965 Mindestreserveauflagensätze in Höhe von 8 % der Sichteinlagen und 3 % der Termineinlagen festgelegt. Diese Sätze sind seither unverändert geblieben.

Die tatsächlichen Einlagensätze der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken sind aus Tab. 8²⁾ zu ersehen. Den höchsten Prozentsatz ihrer Einlagen haben die Geschäftsbanken von Ghana bei der Zentralbank deponiert. Er übersteigt noch bei weitem den von der Zentralbank geforderten Satz. Dadurch ist auch der Anteil der Zentralbank am gesamten Einlagevolumen von Zentralbank und Geschäftsbank am größten. Der relativ hohe Anteil der Bank of Zambia am gesamten Einlagevolumen ist dagegen nicht nur auf die Mindestreserveauflagen, sondern vor allem auch auf die hohen Einlagen der öffentlichen Hand bei der Zentralbank zurückzuführen.

Wie Tabelle 3³⁾ über die Zusammensetzung des Geldvolumens zeigt, sind die Voraussetzungen für eine wirksame Mindestreservenpolitik in den Ländern Kenia, Ghana und Sambia auf Grund des hohen Anteils der Sichteinlagen am Geldvolumen am besten. Die Gründe, warum Kenia bisher auf das Instrument der Mindestreservenpolitik verzichtet hat, werden wir später untersuchen.

1) Vgl. o. V., Sanctions and Rhodesia, in: The Banker's Magazine, Nr. 1, 1966, S. 51 f.

2) Vgl. S. 119

3) Vgl. Tab. 3 S. 99

cc) Die auflagefähigen Aktiva

Wie wir wissen, handelt es sich bei der Wahl der auflagefähigen Aktiva zunächst um die Frage, ob Guthaben oder Effekten von den Geschäftsbanken erworben werden müssen.

Als einziges Land hat Ghana den Geschäftsbanken vorge-schrieben, daß neben Guthaben bei der Zentralbank auch noch Effekten erworben werden müssen. In den von der Bank of Ghana erlassenen Credit Control Regulations 1964, wurde den Geschäftsbanken in Ghana zur Auflage gemacht, 5 % ihrer Einlageverbindlichkeiten in Einlagen bei der Zentralbank, den sogenannten "special deposits" und 18 % ihrer Einlageverbindlichkeiten in Regierungspapieren anzulegen. Zusätzlich sind 100 % der Sichtenanlagen im Ausland als Devisen bei der Bank of Ghana einzulegen.

In den übrigen 7 Ländern mit Mindestreservevorschriften ist nur eine Pflichtanlage in Guthaben bei der Zentralbank vorgesehen.

Bei den letzteren dürfte primär die Erzielung eines Abschöpfungseffektes für die Konstruktion der Auflagevorschriften ausschlaggebend gewesen sein. In Ghana spielte zusätzlich der Finanzierungseffekt, genauer gesagt, die Finanzierung des Haushaltsdefizits der Regierung eine wichtige Rolle.¹⁾

dd) Die Verzinsung der Auflagen

Eine grundsätzliche Verzinsung der auf Grund der Mindestreserveauflagen erworbenen Aktiva ist nur in Ghana vorgesehen. Neben der üblichen Verzinsung der zu haltenden Wertpapiere werden auch die bei der Bank of Ghana zu haltenden "special deposits" zu einem Satz, der um $3/4$ % unterhalb der Bankrate liegt, verzinst.²⁾

1) Vgl. auch Geis, H. G., a. a. O., S. 298

2) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 4

Lediglich die Devisenguthaben bei der Zentralbank sind unverzinslich zu halten.

In Mauritius muß die Zentralbank die Mindestreserveeinlagen mit mindestens 1 % und höchstens 5 % verzinsen, die auf Grund eines 4 % übersteigenden Auflagensatzes bei ihr gehalten werden.

In allen übrigen Ländern sind die Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank unverzinslich zu halten. Die Central Bank of Kenya hat allerdings die Möglichkeit, Zinsen für die Mindestreserveeinlagen der Geschäftsbanken zu bezahlen, wenn nach ihrer Meinung außergewöhnliche Umstände es erfordern.¹⁾

2. Die Liquiditätsauflagen

Alle sechs Zentralbanken der west- und zentralafrikanischen Commonwealthländer verfügen über die Möglichkeit, den Geschäftsbanken Liquiditätsauflagen zu machen. In den Zentralbankgesetzen der ostafrikanischen Länder Tansania und Uganda sowie von Mauritius ist dieses Instrument nicht vorgesehen. In Kenia wurde im Juni 1968 ein neues Bankgesetz verabschiedet, das der Zentralbank die bis dahin nicht vorgesehene Möglichkeit einräumt, Liquiditätsauflagen zu erlassen.²⁾ Da uns der Gesetzestext noch nicht zugänglich ist, können wir hier allerdings nicht näher darauf eingehen.

1) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 38 (5)

2) Vgl. Central Bank of Kenya, Second Annual Report Year Ended 30th June, 1968, S. 17; o. V., Konsolidierung des atlantischen Banken- und Währungssystems (II), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Blick durch die Wirtschaft, vom 5.10.1968, S. 2

Tab. 8: Einlagevolumen von Zentralbank und Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer
in Tausend Einh. Landeswährung per 30.6.1967

Land	Einlagevolumen der Geschäftsbanken			Einlagevolumen der Zentralbanken			Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank	Anteil der ZB am ges. Einlagevolumen von ZB und Geschäftsbanken			
	Sicht-einlagen	Termin-einlag.	Spar-einlag.	Gesamt-einlag.	Einlag. d. Geschäftsbanken	Einlag. der öffentl. Hand			Sonst. Einlagen	in % der Sicht-einl.	in % d. ges. einl. vol.
Ghana	127.200	31.400	47.200	205.800	59.400	12.500	36.600	108.500	47	29	35
Kenia	50.256	12.673	18.844	81.773	2.214	6.344	0	8.558	4	3	9
Malawi	6.368	1.690	2.335	10.393	517	179	86	782	8	5	7
Nigeria	52.296	38.957	24.548	115.774	6.867	1.618	960	9.435	13	6	8
Sambia	82.522	21.000	21.806	125.328	9.380	25.116	788	35.212	12	7	22
Sierra Leone ¹⁾	7.400	8.900		16.300	300	-	-	-	4	2	-
Tansania	534.000	221.400		755.400	1.200	48.900	29.962	50.100	.	.	6
Uganda	327.290	145.410	194.160	666.860	23.551	551	30.052	54.064	7	4	7

. = unter 0,5 %

- = Werte waren nicht zu ermitteln

1) per 31.12.66

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1966/67/S. 24 ff.); Kenia (1967/S. 26 ff.); Sambia (1967/S. 39 ff.); Sierra Leone (1966/S. 28 ff.); Uganda (1967/S. 29 ff.); Malawi: Economic Review, Sept. 1968, S. 12; Nigeria: Economic Review, Dez. 1967, S. 20 ff.; Tansania: Economic Report, Dez. 1967, S. 29 ff.

aa) Die Bezugsgrundlage

Wir haben oben schon festgestellt, daß bei Liquiditätsauflagen anders als bei Mindestreserveauflagen nur Positionen der Passivseite der Bankbilanzen als Bezugsgrundlage in Frage kommen.¹⁾

In Ghana war es der Zentralbank im Zentralbankgesetz von 1963 zunächst freigestellt worden, beliebig Verbindlichkeiten aller Art oder nur die Depositionen in variabler Form als Bezugsgrundlage zu wählen.²⁾ Mit dem Erlaß der "Credit Control Regulations, 1964" hat sie sich dann wie bei den Mindestreserveauflagen für sämtliche Einlagen als feste Bezugsgrundlage entschieden.³⁾

Die Bezugsgrundlage der übrigen 5 Länder ist in den Zentralbankgesetzen nahezu gleich definiert: In Rhodesien⁴⁾ und Sambia⁵⁾ sind es die Fremdmittel (liabilities to the public), während es in Nigeria⁶⁾, Sierra Leone⁷⁾ und Malawi⁸⁾ die Sicht- und Terminverbindlichkeiten (demand and time liabilities) sind, die die Bezugsgrundlage für die Liquiditätsauflagen bilden. Im Zentralbankgesetz von Nigeria wurden die "time liabilities" dahingehend erläutert, daß darunter die Termin- und Spareinlagen zu verstehen sind. Die Zentralbanken dieser Länder haben die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Bezugsgrundlage beliebig zu variieren.

1) Vgl. S. 28 f.

2) Vgl. Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 29 (1)

3) Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 1 (b) (i)

4) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia, Act, 1964, Sect. 22 (1)

5) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 39 (1) (a) und Government of Zambia, Banking Act, 1964, Sect. 21 (3)

6) Vgl. Central Bank of Nigeria Act, 1958, Sect. 40 (2)

7) Vgl. Government of Sierra Leone, Banking Act, 1964, Sect. 20 (1)

8) Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 42

bb) Die Auflagensätze

In Rhodesien ist eine Mindesthöhe für die Auflagensätze vorgeschrieben. Der Auflagensatz für die Geschäftsbanken darf 25 % und für die "accepting houses" 20 % nicht unterschreiten.¹⁾ Ausnahmen von dieser Regelung kann der zuständige Minister anordnen, wenn die Zentralbank schlüssig darlegt (certifies), daß dies von öffentlichem Interesse ist.²⁾ Die Auflagensätze können von der Zentralbank von Rhodesien differenziert und variiert werden.

In den übrigen 5 Ländern sind die Auflagensätze vom Gesetzgeber zunächst weder nach oben oder unten noch in der sonstigen Flexibilität begrenzt worden. In keinem der 6 Länder ist ein zwischen den einzelnen Banken unterschiedlicher Auflagensatz erlaubt.

5 Länder haben dieses Instrument bisher genutzt, eines - Malawi - hat es unberührt gelassen.⁴⁾

In Ghana wurde die zunächst weite Rahmenkompetenz wieder durch eine starre Regelung ersetzt. In den "Credit Control Regulations, 1964" legte die Zentralbank fest, daß die Geschäftsbanken zwischen dem 1. März und 31. August 48 % und in der Erntesaison zwischen dem 1. September und 28. Februar 54 % ihrer Depositen in noch näher zu erläuternden "liquiden" Mitteln anzulegen haben.³⁾ Die in Tab. 9 ausgewiesene hohe Liquiditätsquote läßt sich zum Teil daraus erklären, daß zusätzlich zu den Liquiditätsauflagen auch noch die Mindestreserveauflagen zu erfüllen sind, so daß sich ein Sollsatz von 71 % bzw. 77 % ergibt.

1) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 22 (6)

2) Vgl. ebenda, Sect. 22 (7)

3) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 1 (b) (i)

4) Vgl. zur Liquiditätssituation Tab. 9

In Nigeria wurde ein einheitlicher Auflagesatz von 25 % festgelegt, der seit 1962 unverändert besteht.¹⁾

Nach Inkrafttreten des von der Regierung erlassenen Banking Acts im April 1965 setzte die Bank of Zambia gemäß den darin enthaltenen Richtlinien einen Auflagesatz von 25 % für die Geschäftsbanken und von 20 % für die "accepting houses" fest.²⁾ Diese Sätze wurden seither nicht geändert.

Als einzige Zentralbank hat bisher die Bank of Sierra Leone das Instrument der Variation der Auflagesätze etwas variabler gehandhabt. Zwischen November 1966 und Januar 1967 wurde der seit 1964 in Höhe von 15 % bestehende Auflagesatz in drei Etappen um 100 % auf 30 % erhöht. Die einzelnen Stufen waren 20 % im November 1966, 25 % im Dezember 1966 und schließlich 30 % im Januar 1967.³⁾

cc) Die auflagefähigen Aktiva

Zu den auflagefähigen Aktiva gehören in jedem der sechs Länder der Kassenbestand, die Guthaben bei der Zentralbank und der Bestand an Regierungsschatzwechseln. Die Regelungen in den einzelnen Ländern oder Ländergruppen sind jedoch so verschieden, daß wir sie im folgenden gesondert betrachten wollen.

In Ghana wurden die auflagefähigen Aktiva wieder in den "Credit Control Regulations, 1964" festgelegt. Darunter zählen im einzelnen:⁴⁾ 1. Kassenbestand, 2. Nettoguthaben bei anderen Banken in Ghana, 3. Einlagen in laufender Rechnung bei der Bank of Ghana, 4. Regierungsschatzwechsel, 5. Genehmigungspflichtige Darlehen an die Landwirtschaft, 6. Genehmigungspflichtige Darlehen an die

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Annual Report and Statement of Accounts. For the Year Ended 31th Dezember 1966, S. 12

2) Vgl. Bank of Zambia, Report and statement of accounts for the period August 7th 1964 to December 31st 1965, S. 6

3) Vgl. Bank of Sierra Leone, Report 1966, a. a. O., S. 30

4) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 1

Industrie und 7. Guthaben auf Sonderkonto "L" bei der Bank of Ghana.

Die ersten drei Posten müssen mindestens einen Anteil von 8 % der Bezugsgrundlage bilden. Die übrigen Posten sind untereinander vertauschbar. Die Mindestreserven dürfen, wie schon erwähnt, nicht unter die "liquiden Reserven" gerechnet werden.

Auf die Posten 5 und 6 bezogen, haben die Liquiditätsauflagen der Bank of Ghana einen Finanzierungseffekt, der der begünstigenden Kreditselektion gleichkommt.¹⁾ Seit Beginn des Jahres 1967 können die Darlehen an die Landwirtschaft und Industrie ohne vorherige Genehmigung zu den liquiden Mitteln gezählt werden.²⁾ Bei der Betrachtung der auflagenfähigen Aktiva überrascht etwas, daß rediskontfähige Wechsel nicht, wohl aber Schatzwechsel dazu gerechnet werden können. Dies zeigt, daß nicht nur der Liquiditätseffekt, sondern auch der angestrebte Finanzierungseffekt, d. h. die Finanzierung des Staates, bei der Zusammenstellung der auflagefähigen Aktive beachtet wurde.³⁾

Die Bestimmungen bezüglich der auflagefähigen Aktiva von Nigeria⁴⁾ und Sierra Leone⁵⁾ gleichen sich wörtlich. Zu den "liquid assets" zählen: 1. Kassenbestand, 2. Zentralbankguthaben, 3. Nettoguthaben bei anderen Banken im Inland, 4. Regierungsschatzwechsel mit einer Laufzeit bis zu 93 Tagen, 5. Rediskontfähige Wechsel bis zu einem Betrag, der von der Zentralbank variabel festgelegt werden

1) Vgl. hierzu auch Hahn, O., Das Instrumentarium, Heft II, a. a. O., S. 154

2) Vgl. Bank of Ghana, Report 1967, a. a. O., S. 31

3) Vgl. unten S.

4) Vgl. Government of Nigeria, Banking Act, 1958, Sect. 8 bzw. Banking Amendment Act, 1962, Sect. 7

5) Vgl. Government of Sierra Leone, Banking Act, 1964, Sect. 20 (4)

kann, 6. Nettoguthaben bei anderen Banken im Ausland je nach Maßgabe der Zentralbank, und 7. Abrufbare Auslandsguthaben, Auslandswechsel und ausländische Regierungsschatzwechsel mit einer Laufzeit bis zu 184 Tagen nach näherer Maßgabe der Zentralbank wie unter Punkt 6. Die liquiden Aktiva können untereinander ausgetauscht werden.

In Nigeria wurde der erlaubte Anteil der Auslandsanlagen an den liquiden Aktiva von zunächst 7 1/2 % im November 1964 auf 3 % reduziert¹⁾. Im April 1966 wurde die Möglichkeit, Überseeanlagen in die "liquid assets" mit einzubeziehen, gänzlich abgeschafft.²⁾ In Sierra Leone wurde die Möglichkeit, Auslandsguthaben den auflagefähigen Aktiva zuzurechnen, von der Zentralbank nie eröffnet.

Inlandswechsel sind von der Bank of Sierra Leone nur bis zu 2 % zur Anrechnung auf die Liquiditätsquote zugelassen.³⁾ Dadurch werden die Geschäftsbanken dazu angehalten, ihre liquiden Mittel stärker in Schatzwechseln der Regierung anzulegen.

Über die auflagefähigen Aktiva von Malawi und Rhodesien liegen keine genauen Angaben vor. Es kann jedoch angenommen werden, daß sie sich nicht wesentlich von jenen in Sambia unterscheiden. Während in Sambia 1964 ein neues Bankgesetz erlassen wurde, sind für die auflagefähigen monetären Mengen der beiden anderen zentralafrikanischen Commonwealthländer noch die Bestimmungen des früher für alle drei Länder gültigen Bankgesetzes von 1959 für "The Rhodesias and Nyasaland" weitgehend maßgebend.⁴⁾ Das neue Bankgesetz von Sambia baut auf dem Bankgesetz von 1959 auf.

Zu den "liquid assets" der Geschäftsbanken können gemäß dem Bankgesetz von Sambia gerechnet werden:⁵⁾ 1. Goldbe-

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1964, S. 15

2) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1966, S. 12

3) Vgl. Bank of Sierra Leone, Report 1966, S. 30

4) Vgl. Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 42; Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 22 (1), siehe auch Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 340

5) Vgl. Zambia Government, The Banking Act, 1964, Sect. 21 (4)

stand (Münzen oder Barren), 2. Kassenbestand, 3. Zentralbankguthaben, einschließlich der Guthaben auf Grund der Mindestreserveauflagen, 4. Abrufbare Guthaben bei den "accepting houses", 5. Regierungsschatzwechsel, 6. Rediskontfähige Wechsel, 6. Regierungspapiere mit einer Laufzeit bis zu sechs Jahren oder andere vom Finanzminister zugelassene Effekten, 7. Sichtguthaben bei jeder Bank im Vereinigten Königreich, 8. Abrufbare Guthaben im Vereinigten Königreich, 9. Schatzwechsel, die von der Regierung des Vereinigten Königreiches emittiert wurden, 10. Andere Aktiva, die vom Finanzminister von Zeit zu Zeit zugelassen werden. Der Finanzminister kann das Verhältnis der "liquid assets" zueinander in der Weise festlegen, wie er es für richtig hält.¹⁾ Bisher wurde in dieser Richtung noch keine Regelung getroffen.

dd) Die Verzinsung der Auflagen

Von den unter den Liquiditätsauflagen zu haltenden Aktiva wurde nur für die in Ghana auf dem Sonderkonto "L" bei der Zentralbank unterhaltenen Guthaben²⁾ eine spezielle Regelung für die Verzinsung getroffen. Für diese Einlagen zahlt die Bank of Ghana einen Sonderzinssatz, der $3/4$ % unter der von ihr festgelegten Bankrate liegt.³⁾

1) Vgl. Zambia Government, The Banking Act, 1964, Sect. 21 (8)

2) Vgl. S. 122

3) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 4

Tab. 9: Die Aktiva der Geschäftsbanken der afrikanischen Commonwealthländer
in Tausend Einh. Landeswährung per 30.6.1967

	Kasse	Sichtguthaben			Diskon- tierte Wechsel	Schatz- wechsel	Regie- rungs- anleih.	Auslei- hungen an Priv.	Sonst. Aktiva	Summe
		Zentral- bank	Inland	Ausland						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	1-9
Ghana	10.600	29.600	10.100	1.600	3.200	71.500	51.300	93.100	43.300	314.300
Kenia	2.815	2.231	704	13.395	1)	805 ²⁾		60.369 ¹⁾	33.435	113.741
Malawi	324	517	669	64	2.281	700	884	8.250	80	13.770
Nigeria	4.362	6.867	2.646	24.641	18.070	21.075	711	91.552	35.773	206.246
Sambia	3.122	9.308	8.970	3.246	36.800	3.390	10.014	50.798	9.268	134.914
Sierra Leone	1.600	300	2.800	-	1.800	1.700	1.200	15.600	-	-
Tansania	164.600	1.200	-	-	1)	40.700	-	714.500 ¹⁾	-	-
Uganda	32.970	12.360	208.110	32.110	1)	2.510 ²⁾		598.940 ¹⁾	249.310	1.136.310

1) Pos. 5 + 8

2) Pos. 6 + 7

- Werte waren nicht zu ermitteln

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1966/67), Kenia (1968), Sambia (1967),
Sierra Leone (1966), Uganda (1967);
Malawi: Economic Review, Sept. 1968,
Nigeria: Economic Review, Dez. 1967;
Tansania: Economic Report, Dez. 1967

Tab. 10: Übersicht über die Liquiditätssituation der Geschäftsbanken
der afrikanischen Commonwealthländer
in Tausend Einh. Landeswährung per 30.6.1967

	Liquide Mittel I. Ordnung (Pos. 1 - 4, Tab. 9)		Liquide Mittel II. Ordnung (Pos. 1 - 5 Tab. 9)		Liquiditätsquote gemäß der individuellen Re- gelungen in den ein- zelnen Ländern 2)
	Liquide Mittel	in % der Einlagen	Liquide Mittel	in % der Einlagen	
Ghana	51.900	25	55.100	27	94
Kenia	19.145	23	-	-	26
Malawi	15.74	15	3.855	37	37
Nigeria	38.516	38	56.568	48	46
Sambia	25.646	26	62.446	50	38
Sierra Leone	-	-	-	-	39
Tansania	-	-	-	-	-
Uganda	285.550	43	-	-	39

1) Vgl. Tab. 8

2) Vgl. oben S. 118 ff.

- Werte waren nicht zu ermitteln

Quellen: Vgl. Tab. 8 und Tab. 9

b) Die Einwirkung durch Beschränkungen

1. Die quantitativen Beschränkungen

aa) Die Kreditrichtsätze

Beschränkungen, die bestimmte Bilanzpositionen der Geschäftsbanken als Bezugsgrundlage haben, sind gemäß der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Nigeria und Sambia möglich.

In Nigeria wurden solche Beschränkungen 1961 mit einer Änderung des Bankgesetzes eingeführt. Danach dürfen die in Nigeria operierenden Geschäftsbanken nicht mehr als 25 % ihres haftenden Eigenkapitals an einen Kreditnehmer ausleihen.¹⁾ Ausgenommen von dieser Beschränkung sind die Finanzierung von Exportgeschäften und Kredite an die "Marketing Boards", über die in Nigeria ein Großteil der Erntefinanzierung läuft.²⁾

In Sambia besteht eine Rahmenkompetenz, die es der Zentralbank erlaubt, mit Zustimmung des Finanzministers den Geschäftsbanken Kreditrichtsätze vorzuschreiben.³⁾ Diese müssen innerhalb von sechs Monaten nach dem Erlass befolgt werden. Änderungen der Kreditrichtsätze dürfen sich nur innerhalb von 5 % in einer Periode von 6 Monaten bewegen. Bisher wurde von dieser Kompetenz noch kein Gebrauch gemacht.

bb) Die Kreditrestriktionen

Von den zehn afrikanischen Entwicklungsländern im Commonwealth fehlen in den zentralbankpolitischen Instrumenta-

1) Vgl. Government of Nigeria, Banking Act, 1958, As amended 1961/62, Sect. 7 (1)

2) Vgl. Brown, C. V., The Nigerian Banking System, a. a. O., S. 200 ff.

3) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 42

rien von 4 Ländern, das sind Malawi, Mauritius, Nigeria und Rhodesien, statutarische Möglichkeiten, um den Geschäftsbanken Kreditrestriktionen vorzuschreiben. In diesen Ländern können solche von der Zentralbank nur kraft ihrer Autorität bewirkt werden.

In den Zentralbankgesetzen von Sambia¹⁾ und Uganda²⁾ sind die Möglichkeiten zur Krediteinschränkung, zum Kreditstopp und zum Kreditstopp mit Rückführungsaufgabe vorgesehen.

Die Zentralbanken von Ghana³⁾, Kenia⁴⁾, Sierra Leone⁵⁾ und Tansania⁶⁾ haben nur die Möglichkeit, eine Krediteinschränkung und einen Kreditstopp zu verfügen.

Von der Möglichkeit, den Banken restriktive Kreditbeschränkungen aufzuerlegen, haben bisher nur die Zentralbanken von Ghana und Uganda Gebrauch gemacht.

In Ghana wurde im Zusammenhang mit einem "Stand-by"-Kredit des International Monetary Fund in Höhe von 34 Mio. US \$ mit der Laufzeit von einem Jahr im März 1966 die Kreditausweitung der Geschäftsbanken sowohl an private wie an öffentliche Haushalte plafondiert.⁷⁾ Im Januar 1967 wurde diese Regelung durch eine neue Verordnung ergänzt, die eine Begrenzung des Kreditzuwachses für das Jahr 1967 auf 10 % festlegte.⁸⁾ Diese beiden von der Bank of Ghana vorgenommenen quantitativen Beschränkungen waren mit selektiven Maßnahmen kombiniert. Darauf wird weiter unten einzugehen sein.

1) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 40 (2)

2) Vgl. Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 32

3) Vgl. Bank of Ghana Act, 1966, Sect. 33

4) Vgl. Sierra Leone Banking Act, 1964, Sect. 21

5) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1964, Sect. 21

6) Vgl. Bank of Tansania Act 1966, Sect. 32

7) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 5 u. S. 37

8) Vgl. Bank of Ghana, Report 1967, S. 23 u. S. 31

In Uganda wurden die Geschäftsbanken im Juni 1967 angewiesen, ihr Kreditvolumen um 5 % zurückzuführen.¹⁾ Auch dieser Kreditstop mit Rückführungsaufgabe wurde durch selektive Maßnahmen gelockert.

2. Die Kreditselektionen

Die Kreditrestriktionen und die Kreditselektionen sind eng miteinander gekoppelt. Daher haben alle Zentralbanken der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth, die Kreditrestriktionen anordnen können, auch die Möglichkeit, Kreditselektionen durchzuführen. Die Zentralbanken dagegen, die nicht mit quantitativen Beschränkungen auf Grund einer statischen Bezugsgrundlage arbeiten können, verfügen auch nicht über die Möglichkeit, selektiv-quantitative Beschränkungen, die die gleiche Bezugsgrundlage haben, vorzunehmen.

Im Hinblick auf die Kreditselektion hat die Zentralbank von Sambia die allgemeinsten Vorschriften und damit die am weitesten reichenden Eingriffsmöglichkeiten. Der die Kreditrestriktionen und die Kreditselektionen betreffende Absatz im Zentralbankgesetz von Sambia lautet: "The Bank may prescribe a maximum of the loans and advances which may be granted by any commercial bank for any period, either generally or in relation to any class of loan or advance which the Bank may specify."²⁾ Die Bank of Zambia kann mit Hilfe dieser Bestimmung nicht nur sämtliche Kreditarten, sondern auch die Kreditvergabe der einzelnen Banken selektiv beeinflussen. Außerdem deckt dieser Paragraph sowohl die selektive Begrenzung des Kreditzuwachses und den selektiven Kreditstop als auch den selektiven Kreditstop mit Rückführungsaufgabe.

1) Vgl. Bank of Uganda, Report 1967, S. 18

2) Bank of Zambia Ordinance, 1964, Sect. 40 (2)

Bis auf die unterschiedliche Behandlung von einzelnen Bankinstituten hat die Zentralbank von Uganda die gleichen selektiven Möglichkeiten wie jene von Sambia. Die Bestimmungen sind allerdings detaillierter gehalten und engen daher den Spielraum der Bank of Uganda mehr ein.¹⁾ In Section 32 Abs. 1 des Zentralbankgesetzes von Uganda heißt es im einzelnen:

"The Bank may by statutory instrument, prescribe:

- a) the maximum amounts of investments, loans, advances and bills and promissory notes discounted whether applied in total or to any specified class or classes of such investments, loans, advances and bills and promissory notes discounted which each banking institution may have outstanding during such period as may be specified by the Bank,
- b) the purpose for which loans and advances may be granted and the class of business underlying investments and bills and promissory notes discounted."²⁾

Die Zentralbankgesetze von Ghana,³⁾ Kenia,⁴⁾ Sierra Leone⁵⁾ und Tansania⁶⁾ erlauben für alle Kreditarten nur die selektive Anordnung der Krediteinschränkung und des Kreditstops. Ausdrücklich verboten ist den Zentralbanken dagegen, den Kreditstop mit einer Rückführungsauflage zu verbinden oder die einzelnen Banken unterschiedlich zu behandeln. So heißt es im Zentralbankgesetz von Kenia: bezüglich der Kreditselektionen: "Instructions issued under this section shall not have retrospective effect (and) shall apply uniformly to all specified banks."⁷⁾

1) Vgl. dazu Newlyn, W. T., Monetary Developments in East Africa, III, a. a. O., S. 313

2) Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 32(1)

3) Vgl. Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 33

4) Vgl. Central Bank of Kenya, Act, 1966, Sect. 40 (1)

5) Vgl. Sierra Leone Banking Act, 1964, Sect. 21

6) Vgl. Bank of Tanzania, Act. 1966, Sect. 49

7) Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 40 (2)

Wie Kreditrestriktionen wurden Kreditselektionen bisher nur in Ghana und Uganda administrativ durchgeführt.

In Ghana wurden im Zusammenhang mit den Kreditrestriktionen im März 1966¹⁾ selektive Erleichterungen für den produktiven Sektor der Wirtschaft gewährt.²⁾ Diese eher allgemeine Regelung wurde im Januar 1967 durch differenziertere Bestimmungen ersetzt. Die auf 10 % begrenzte Kreditausweitung für das Jahr 1967 sollte vor allem der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft, dem Bergbau und dem Export zugeführt werden, während die Geschäftsbanken angehalten wurden, die Kredite für Importe, technische Entwicklung (construction activity), Dienstleistungen und den individuellen Konsum zu stoppen und, wenn möglich, um 10 % zurückzuführen.³⁾ Für die letzte Anweisung mangelt es allerdings an der gesetzlichen Grundlage.

Von den im Juni 1967 in Uganda durchgeführten Kreditrestriktionen⁴⁾ wurden die Kredite für die Landwirtschaft, den Bergbau, die Versorgungsbetriebe, die Transportleistungen, das Bauwesen und die industrielle Fertigung ausgenommen.⁵⁾ Der produktive Sektor der Wirtschaft von Uganda war damit selektiv begünstigt gegenüber dem konsumptiven Sektor.

3. Die Beschränkung der Konditionen

Die Möglichkeit, auf die Geschäftsbedingungen der Geschäftsbanken einzuwirken, haben die Zentralbanken der westafrikanischen Länder Ghana und Nigeria und die drei ostafrikanischen Länder Kenia, Tansania und Uganda. Wäh-

1) Vgl. oben S. 129

2) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 5

3) Vgl. Bank of Ghana, Report 1967, S. 31

4) Vgl. oben S. 129

5) Vgl. Bank of Uganda, Report 1967, S. 18

rend in den ostafrikanischen Ländern den Zentralbanken umfassende Rahmenvollmachten gegeben wurden, ist die Einwirkungsmöglichkeit der Zentralbanken der beiden westafrikanischen Länder auf die Konditionen der Geschäftsbanken genau umgrenzt.

Die Zentralbanken der drei ostafrikanischen Länder können auf die Kreditlaufzeit und die Beleihungsgrenzen der Geschäftsbanken einwirken,¹⁾ die Zentralbanken von Tansania und Uganda darüber hinaus auf die Kreditzinsen.

Im Zentralbankgesetz von Tansania wurde ganz allgemein festgelegt: "The Bank may, when it considers such action necessary, issue orders to control... the terms and conditions of credit extended by banks and, in the transaction of their business in Tanzania, the banks shall comply with such orders."²⁾

Ausführlicher sind dagegen die Normen im Zentralbankgesetz von Uganda. Dort heißt es: "The Bank may by statutory instrument prescribe: c) the maximum period of loans and advances and the type and minimum of security which shall be required, and the maximum tenor of bills and promissory notes discounted. d) the maximum or minimum rates of interest and other charges which in the transaction of their business banking institutions may... impose on credit extended in any form."³⁾

Die Zentralbank von Nigeria hat die Möglichkeit, über den Diskontsatz auf die Sollzinsen der Geschäftsbanken einzuwirken, da diese an jenen gekoppelt sein müssen. Außerdem bedarf die Zinsstruktur der Sollzinsen jeder einzelnen Bank der Zustimmung der Zentralbank, wobei der Mindestsollzinsatz für alle Geschäftsbanken gleich sein muß.⁴⁾

1) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 40 (1) (b)

2) Bank of Tanzania Act, 1966, Sect. 49 (1)

3) Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 32 (1) (c, d)

4) Vgl. Nigerian Banking Act, 1958, As amended 1962, Sect. 7 (2)

In Ghana wurde in den "Credit Control Regulations" festgelegt, daß jede Geschäftsbank vor der Eröffnung eines Importakkreditives für Konsumgüter von ihren Kunden eine Einlage von 15 % der Akkreditivsumme zu verlangen habe.¹⁾

Im Januar 1966 wurde ohne gesetzliche Basis über diese Regelung hinaus von der Zentralbank verfügt, daß ein bestimmter Prozentsatz aller Importakkreditive und Importakzepte auf einem Sonderkonto bei ihr zu hinterlegen sind.²⁾ Über den hinterlegten Betrag konnte erst bei Fälligkeit des verbrieften Betrages verfügt werden. Dabei wurde für Konsumgüter eine Einlage von 15 %, für Rohstoffe von 5 % und für Investitionsgüter von 1 % verlangt. Nach dem Sturz Nkrumahs wurden diese zusätzlichen Bestimmungen für die Importfinanzierungen wesentlich erleichtert. Die Zentralbankeinlagen für den Import von Rohstoffen und Investitionsgütern wurden im März 1966 ganz abgeschafft.³⁾

Als einzige der ostafrikanischen Zentralbanken hat bisher die Bank of Uganda von der Möglichkeit, die Konditionen der Geschäftsbanken zu beschränken, Gebrauch gemacht. Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten anderen Beschränkungen verfügte sie im Juni 1967, daß:

1. Kredite für Import nur 75 % des Warenwertes betragen dürfen und
2. die Geschäftsbanken bei Importakkreditiven nur 80 % des ausmachenden Betrages finanzieren dürfen, während 20 % vom Bankkunden vor Eröffnung des Akkreditives in bar eingezahlt werden muß.⁴⁾

1) Vgl. Credit Control Regulations, 1964, Sect. 3

2) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 5

3) Vgl. ebenda, S. 40 f.

4) Vgl. Bank of Uganda, Report 1967, S. 18

C. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden

Als einzige der hier untersuchten Zentralbanken hat die Bank of Ghana kraft ihres zentralbankpolitischen Instrumentariums die Möglichkeit, die monetären Mengen der Bankkunden zu beeinflussen.

Mit dem Erlaß der "Credit Control Regulations, 1964" durch die Bank of Ghana wurden alle Kredite ab 5.000 £ G = 10.000 Nø der Genehmigungspflicht durch die Zentralbank unterworfen.¹⁾ Diese Bestimmung wurde allerdings Anfang des Jahres 1967 suspendiert "thus the commercial banks were to use their own discretion in all cases."²⁾

Damit hat die Zentralbank von Ghana zunächst darauf verzichtet, über die Kreditaufnahme als Ansatzpunkt die monetären Mengen der Bankkunden zu beeinflussen. Schon im Jahr 1963 hatte die Regierung von Ghana ein Zwangssparsystem abgeschafft, das die Kassenbestände der Bankkunden verringern sollte. Im Jahr 1966 wurden allerdings von der Zentralbank von den unter dem "Compulsory Savings Scheme" abgeschöpften Mitteln noch 26,2 Mio. als Einlagen gehalten.³⁾

1) Vgl. Bank of Ghana, Credit Control Regulations, 1964, Sect. 2

2) Bank of Ghana, Report 1967, S. 23

3) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 6 f.

3. Abschnitt: Das bankmäßige Instrumentarium

A. Die Gestaltung des Aktivgeschäftes der Zentralbank

I. Die "Bank der Banken"

Wie schon oben festgestellt, können die Aktivgeschäfte der Zentralbank mit den Geschäftsbanken in ihrer Funktion als "Bank der Banken" in Refinanzierungsgeschäfte und in Handelsgeschäfte eingeteilt werden. Die daraus abgeleiteten zentralbankpolitischen Maßnahmen stellen die Refinanzierungspolitik und die Handelspolitik der Zentralbank dar.

a) Die Refinanzierungspolitik

Jeder der hier besprochenen Zentralbanken ist es erlaubt, den Geschäftsbanken in ihrem Lande Refinanzierungskredite zu gewähren. Im Rahmen der Refinanzierungspolitik der Zentralbanken wird zwischen quantitativen, qualitativen und preispolitischen Maßnahmen differenziert.

1) Quantitative Maßnahmen

In keinem der zehn untersuchten Zentralbankgesetze sind quantitative Maßnahmen wie die Festsetzung und Änderung von Refinanzierungskontingenten oder die Möglichkeit zum Erlass eines Refinanzierungsstops¹⁾ vorgesehen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Zentralbanken nicht verpflichtet sind, Refinanzierungskredite an die Geschäftsbanken auszulegen. Die entsprechenden Bestimmungen in den Zentralbankstatuten sind "Kann-Bestimmungen", d. h. es bleibt den Zentralbanken überlassen, in welchem Umfang sie Refinanzierungskredite gewähren. Eine unterschiedliche

1) Vgl. hierzu Graebner, W., a. a. O., S. 44 ff.

Behandlung der Refinanzierungsgesuche der einzelnen Geschäftsbanken ist in keinem Land erlaubt.

Beleihungsgrenzen bei der Lombardierung von Wertpapieren sind in den Statuten der Zentralbanken von Malawi, Mauritius, Nigeria, Sambia, Sierra Leone und Uganda festgelegt.¹⁾ In diesen Ländern liegen die Beleihungsgrenzen bei Regierungspapieren bei 75 % des Marktwertes, bei zentralbankfähigen Wechseln bei 75 % des Nominalwertes und bei Warenscheinen bei 60 % des jeweiligen Marktwertes.

Als einzige der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer setzte bisher die Bank of Uganda im Rahmen ihrer Zentralbankpolitik quantitative Refinanzierungsbeschränkungen fest. Nach der Gründung im August 1966 lehnte es die Zentralbank von Uganda zunächst ab, die Geschäftsbanken zu refinanzieren. Dies betraf insbesondere auch die Rediskontierung von Erntewechseln. Stattdessen forderte die Bank of Uganda die Geschäftsbanken auf, sich die für die Erntefinanzierung benötigten Mittel durch den Verkauf ihrer Devisen an die Zentralbank zu beschaffen. Erst im Januar 1967 räumte die Zentralbank den Geschäftsbanken geringe Rediskontkontingente ein, die sie wenig später noch etwas erhöhte.²⁾ Die Zentralbankkredite an die Geschäftsbanken erreichten im Juni 1967 eine Höhe von US\$ 24,6 Mio.³⁾ Die genaue Höhe der Rediskontingente wurde nicht veröffentlicht.

Die höchsten Refinanzierungsquoten in Prozent zu den gesamten Ausleihungen der Geschäftsbanken sind in Nigeria und Ghana mit 19 % und 16 % festzustellen, während die

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 31 (k)), Mauritius (Sect. 12 (1)), Nigeria (S. 29 (1)), Sambia (S. 23 (h)), Sierra Leone (Sect. 31 (k)), Uganda (Sect. 21 (e))

2) Vgl. Bank of Uganda, Report 1967, S. 18

3) Vgl. ebenda, S. 29, Tab. 1, siehe auch Tab. 11 S. 139

Zahlen in den anderen Ländern zwischen 0 % und 7 % liegen.¹⁾

Den höchsten Anteil der Refinanzierungskredite an die Geschäftsbanken in % der Bilanzsumme weist die Zentralbank von Nigeria mit 17 % auf, dann folgt Sambia mit 8 %, sowie Ghana und Malawi mit je 5 %. Die Werte der übrigen Zentralbanken liegen darunter.²⁾

2) Qualitative Maßnahmen

Wie in jedem Zentralbankgesetz, so werden auch in den Statuten der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealth-Länder gewisse Mindestanforderungen an das der Refinanzierung zugrunde liegende Material gestellt.³⁾

In allen Ländern können Handelswechsel zum Rediskont eingereicht werden, die mindestens zwei gute Unterschriften aufweisen. 8 der 10 Zentralbanken - ausgenommen sind die Zentralbanken von Kenia und Tansania - gewähren den Geschäftsbanken Kredite gegen Schatzwechsel der Regierung. Wechsel zur Finanzierung des Handels, der Industrie (Produktionswechsel) und der Landwirtschaft werden in den sechs ost- und zentralafrikanischen Ländern rediskontiert, während in den drei westafrikanischen Ländern und in Mauritius nur Erntefinanzierungswechsel zum Rediskont zugelassen sind. Ausländische Handels- und Schatzwechsel werden von den Zentralbanken von Malawi, Mauritius und Sambia zum Rediskont angenommen.

1) Vgl. Tab. 11 u. 13

2) Vgl. Tab. 13

3) Vgl. die Zentralbankgesetze der einzelnen Länder: Ghana (Sect. 28), Kenia (Sect. 35), Malawi (Sect. 31), Mauritius (Sect. 12), Nigeria (Sect. 29), Rhodesien (Sect. 9), Sambia (Sect. 25), Sierra Leone (Sect. 31), Tansania (Sect. 44 f.), Uganda (Sect. 21 (1))

Tab. 11: Refinanzierung der Geschäftsbanken in den afrikanischen Commonwealthländern durch die Zentralbank
in Mio. Einh. Landeswährung per 30.6.1967

Land	Ausleihungen der Zentralbank an Geschäftsbanken	in % der Ausleihungen der Geschäftsbanken 1) an Private
Ghana	15,0	16
Kenia	-	0
Malawi	0,5	5
Nigeria	20,5	19
Sambia	6,1	7
Sierra Leone	1,0 ²⁾	6
Tansania	8,9	1
Uganda	24,6	4

1) Vgl. Tab. 9

2) geschätzt

- = Betrag 0

Quellen: Zentralbankberichte von Ghana (1966/67), Kenia (1967), Sambia (1967), Sierra Leone (1966), Uganda (1967);
Malawi: Economic Review, Sept. 1968;
Nigeria: Economic Review, Dez. 1967;
Tansania: Economic Report, Dez. 1967

Die Restlaufzeit der eingereichten Handels- und Finanzwechsel (im weiteren Sinne) darf in den westafrikanischen Ländern sowie in Mauritius und Uganda 90 Tage und in Kenia und Tansania 180 Tage nicht überschreiten. In der ersten Ländergruppe darf die Restlaufzeit für Agrarhandelswechsel und Erntefinanzierungswechsel 180 und in der zweiten Gruppe 270 Tage betragen. In Kenia und Tansania dürfen zusätzlich Produktionswechsel mit der längeren Restlaufzeit von 270 Tagen zum Rediskont bei der Zentralbank eingereicht werden. In den zentralafrikanischen Ländern ist für die rediskontfähigen Wechsel keine maximale Restlauf-

zeit statuarisch fixiert. Durch die Differenzierung der qualitativen Anforderungen an das der Refinanzierung zugrunde liegende Wechselmaterial wird in allen 10 Ländern die Landwirtschaft selektiv begünstigt. In den 6 ost- und zentralafrikanischen Commonwealthländern wird darüber hinaus auch der industrielle Sektor durch günstigere Konditionen gefördert.

Die Restlaufzeit der zum Rediskont hereingenommenen Schatzwechsel darf in den westafrikanischen Ländern sowie in Malawi, Mauritius und Uganda höchstens 93 Tage betragen, während sie in Rhodesien und Sambia nicht vom Gesetzgeber begrenzt ist. Die Restlaufzeit der ausländischen Handels- und Schatzwechsel, die zum Rediskont eingereicht werden, darf in Mauritius 90 Tage, in Sambia 180 Tage und in Malawi 184 Tage nicht überschreiten.

Neben dem Rediskont von Wechseln können die Zentralbanken der 10 Länder den Geschäftsbanken Lombardkredite gewähren. In den westafrikanischen Ländern sowie in Malawi, Mauritius, Sambia und Uganda können Gold, rediskontfähige Wechsel, mittel- und langfristige Regierungspapiere und Warenscheine beliehen werden. Die Laufzeit der Regierungspapiere darf in Ghana und Mauritius nicht mehr als 20 Jahre, in den übrigen nicht mehr als 25 Jahre betragen. In Kenia und Tansania dürfen Lombardkredite gegen die Verpfändung zentralbankfähiger Wechsel oder kurz-, mittel- und langfristiger Regierungspapiere gewährt werden. Die Laufzeit der Regierungspapiere ist dabei nicht begrenzt. Die Bestimmungen in Rhodesien sind sehr allgemein gehalten. Im Zentralbankgesetz von 1964 ist nur die allgemeine Formel zu finden: "The Bank may grant loans and advances"¹⁾. Irgendwelche qualitativen Vorschriften in Bezug auf die Sicherheiten bestehen nicht.

Aktien dürfen in keinem Land beliehen werden.

1) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 9 (c)

3) Preispolitische Maßnahmen

Jede der hier behandelten Zentralbanken hat die Möglichkeit, die Refinanzierungssätze festzulegen und zu variieren und damit die gewährten Refinanzierungskredite zu verbilligen oder zu verteuern. Als Basissatz gilt in allen Ländern der Rediskontsatz für normale Handelswechsel. Der Lombardsatz liegt darüber. In den Zentralbankgesetzen von Nigeria¹⁾, Mauritius³⁾, Sierra Leone²⁾ und Uganda⁴⁾ ist festgehalten, daß der Lombardsatz mindestens 1 % über dem Diskontsatz liegen muß. In Kenia⁵⁾ und Tansania⁶⁾ sind die Zentralbanken ausdrücklich vom Gesetzgeber ermächtigt worden, gespaltene Diskontsätze in Anrechnung zu bringen. Von dieser Ermächtigung haben die Zentralbanken auch Gebrauch gemacht.⁷⁾ De facto gespaltenen Diskontsätze haben darüber hinaus die Zentralbanken von Ghana, Nigeria und Uganda.⁸⁾

Diskontsatzänderungen haben bisher nur die Zentralbanken von Ghana, Malawi, Nigeria und Sambia durchgeführt.

In Ghana wurde im Januar 1966 kurz vor dem Sturz Nkrumahs der bis dahin unveränderte Diskontsatz für Handelswechsel von 4,5 % um 2,5 % auf 7 % heraufgesetzt. Um den gleichen Satz wurde der Diskontsatz für Erntefinanzierungswechsel von 5,5 % auf 8 % erhöht.⁹⁾ Im Mai 1967 wurden diese Sätze wieder um jeweils 1 % ermäßigt.¹⁰⁾ Die Diskontsätze von 6 bzw. 7 % bestehen seitdem in Ghana unverändert.

1) Vgl. Central Bank of Nigeria Act, 1958, Sect. 29 (1) (k)

2) Bank of Sierra Leone Act, 1963, Sect. 31 (k)

3) Vgl. Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 12 (1)

4) Vgl. Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 21 (1) (e)

5) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 37

6) Vgl. Bank of Tanzania Act, 1966, Sect. 46

7) Vgl. Tab. 12

8) Vgl. ebenda

9) Vgl. Bank of Ghana, Report 1966, S. 5 und 1967, S. 23

10) Vgl. Bank of Ghana, Report 1967, S. 24

In Nigeria wurde im Dezember 1964 der seit Anfang des Jahres 1963 auf 4 % stehende Diskontsatz für Handelswechsel um 1 % auf 5 % heraufgesetzt. Davor war der Diskontsatz in meist kleinen Schritten von 1/4 % und weniger insgesamt 13 mal zwischen 4 % und 6 1/4 % geändert worden. Der höchste Satz von 6 1/4 % wurde im August 1960 festgelegt und nur einen Monat beibehalten. Der seit Mitte des Jahres 1962 bestehende Sondersatz für Erntefinanzierungswechsel in Höhe von zunächst 3 % und ab Mai 1963 von 2 3/4 % wurde ebenfalls im Dezember 1964 um 1 3/4 % auf 4 1/2 % erhöht. Mitte des Jahres 1965 wurde dieser Satz um weitere 1/2 % heraufgesetzt. Seitdem besteht in Nigeria ein einheitlicher Diskontsatz von 5 %.¹⁾

In Malawi und Sambia wurde der Diskontsatz bisher jeweils nur einmal geändert. Im Januar 1967 hat die Bank of Zambia²⁾ den Diskontsatz von 4 1/2 % auf 5 % und im August 1968 die Reserve Bank of Malawi³⁾ von 4 1/2 auf 5 1/2 % erhöht.

Insgesamt wurde der Diskontsatz geändert:⁵⁾

14 mal in Nigeria

2 mal in Ghana

1 mal in Malawi und Sambia.

In den übrigen afrikanischen Commonwealthländern wurde der Diskontsatz von der Zentralbank bei Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit festgesetzt und besteht seitdem unverändert in gleicher Höhe.⁴⁾

b) Die Handelspolitik

Wie wir oben gesehen haben, treten die Zentralbanken vor allem an den Effekten- und Devisenmärkten als Handelspart-

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1966, S. 66

2) Vgl. Bank of Zambia, Report 1966, S. 8

3) Vgl. Reserve Bank of Malawi, Economic and Financial Review, Vol. Nr. 1, Sept. 1968, S. 3

4) Vgl. Tab. 12

5) Vgl. Schaubild nächste Seite

DISKONTSATZÄNDERUNGEN

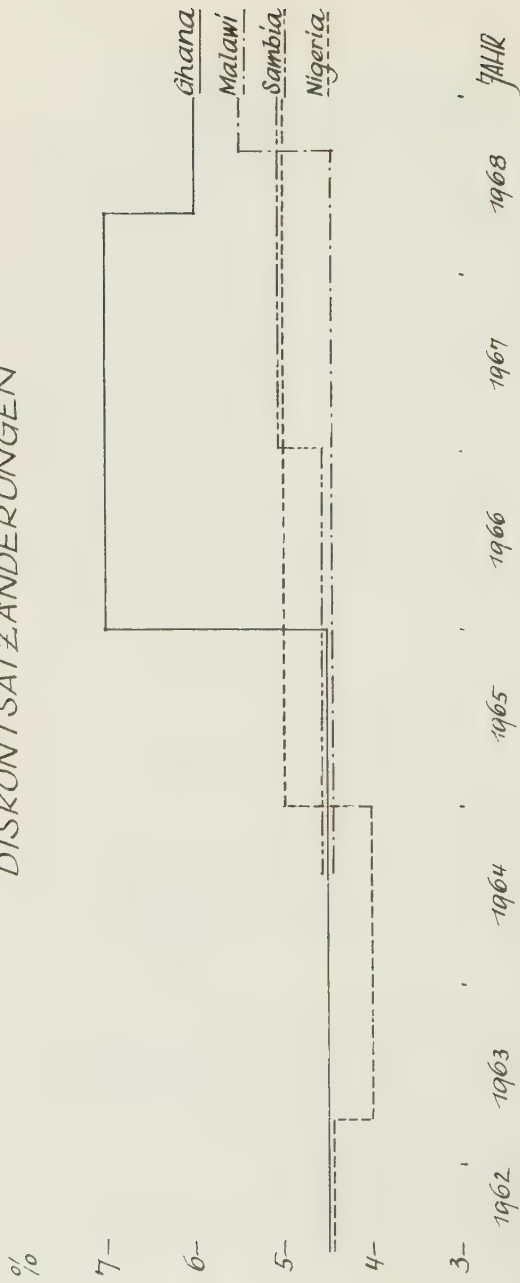


Tabelle 12: Refinanzierungssätze und Sollzinsen
in den afrikanischen Commonwealthländern
per 30.6.1967

Zentral- bank von	Rediskontsätze der Zentralbank			Sollzinsen der Ge- schäfts- banken
	Normalsatz f. Handels- wechsel	Satz f. Ern- tefinanzie- rungswechsel	Satz f. Wechsel mit Lauf- zeit üb. 90 Tage	
Ghana	5	7	-	7 - 10
Kenia	5 1/2	5	-	7 - 10
Malawi	5 1/2	5 1/2	-	7 - 10
Nigeria	5	5	-	7 - 10
Sambia	5	5	-	6 1/2 - 9 1/2
Sierra Leone	-	-	-	-
Tansania ¹⁾	5 1/4 - 6	5	5 1/2 - 6 1/2	7 min.
Uganda	5	5	-	7 - 10

1) Der effektive Diskontsatz richtet sich nach dem Zweck, für den der Wechsel gezogen wurde. Vgl. Bank of Tanzania Economic Report, Dez. 1967, S. 28
- Werte waren nicht zu ermitteln

Quellen: Zusammengestellt aus den Jahresberichten für das Jahr 1967 der Zentralbanken von Ghana, Kenia, Malawi, Sambia und Uganda, sowie aus dem Economic Report per 31.12.1967 der Zentralbanken von Nigeria und Tansania

ner auf, um mit Hilfe von Preis- oder Mengenvariationen die monetären Mengen zu beeinflussen.

1. Preismanipulationen an den Effektenmärkten

Über dieses meist als "Offenmarktpolitik" bezeichnete Instrument verfügen sämtliche zehn hier untersuchten Zentralbanken.¹⁾ "Handelsprodukt" sind in jedem Land Schatzwechsel

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 35), Kenia (Sect. 47), Malawi (Sect. 31 (f. u. g)), Mauritius (Sect. 12 (h)), Nigeria (Sect. 29), Rhodesien (Sect. 9 (1) (d)), Sambia (Sect. 23 (e)), Sierra Leone (Sect. 31 (f. u. g)), Tansania (Sect. 40), Uganda (Sect. 21)

der Regierung und langfristige Regierungsobligationen. Die Laufzeit der langfristigen Staatstitel ist in Mauritius und Sierra Leone auf 20 Jahre, in Malawi, Nigeria, Sambia und Uganda auf 25 Jahre begrenzt.

Als einzige Zentralbank hat die Bank of Ghana zusätzlich die Möglichkeit, private Obligationen, welche in Ghana zahlbar gestellt sind,¹⁾ und eigene Emissionen²⁾ im Rahmen der Offenmarktpolitik zu kaufen und zu verkaufen.

Einigen Zentralbanken ist es erlaubt, sich im Aktienneugeschäft zu engagieren, "for the purpose of promoting the development of a money market or securities market... or of improving the financial machinery for the financing of economic development"³⁾. Wie dieser Passus im Zentralbankgesetz von Nigeria lauten sinngemäß gleiche, nur im Wortlaut zum Teil etwas abweichende Regelungen in den Zentralbankgesetzen von Malawi, Mauritius, Sambia, Sierra Leone und Uganda.⁴⁾ Das Engagement im Aktienneugeschäft bedeutet in allen Fällen, daß die Zentralbanken Aktien zeichnen, halten und verkaufen, nicht aber kaufen dürfen. Der Wert des Aktienbestandes darf einen bestimmten Prozentsatz des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Dieser Satz ist in den einzelnen Ländern wie folgt festgelegt:

50 %	Nigeria
25 %	Sambia
	Uganda
20 %	Mauritius
	Sierra Leone
10 %	Malawi

1) Vgl. Bank of Ghana, Act, Sect. 35 (1)

2) Vgl. ebenda, Sect. 35 (3)

3) Central Bank of Nigeria Act, 1958, Sect. 29 (1) (i)

4) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 31 (i)), Mauritius (Sect. 12 (j)), Sambia (Sect. 23 (f)), Sierra Leone (Sect. 31 (i)), Uganda (Sect. 21 (2) d))

Vorschriften über die Durchführung der Preismanipulationen werden in keinem Zentralbankgesetz erhoben. Es wird offengelassen, welcher der beiden Faktoren Preis und Menge als Aktionsparameter und welcher als Erwartungsparameter dienen soll. In den Zentralbankgesetzen wird nur gesagt, daß die jeweilige Zentralbank die Offenmarktpapiere kaufen und verkaufen darf, d. h. sie darf zumindest die Quantitäten" als Aktionsparameter einsetzen. Es wird nichts darüber erwähnt, ob auch der Preis als Aktionsparameter genommen werden darf. Weder unter den erlaubten noch unter den verbotenen Tätigkeiten der Zentralbank ist etwas darüber aufgeführt. Lediglich im Zentralbankgesetz von Ghana sind gewisse Angaben über den Preis der Offenmarkt-titel gemacht. So heißt es im Sect. 35 des Zentralbankge-setzes von Ghana: "The Bank may purchase and sell securi-ties... which bear interest at a fixed rate." 3) The Bank may... issue securities of its own prescribe conditions therefor and sell or purchase them."¹⁾ Daraus kann einmal geschlossen werden, daß zumindest der Zins der Regierungs-titel nicht als Aktionsparameter genommen werden kann und zum anderen, daß bei den Eigenemissionen sowohl der Preis als auch die Menge variiert werden können.

Preismanipulationen an den Effektenmärkten im Rahmen der Handelspolitik wurden bisher von keiner Zentralbank in den afrikanischen Commonwealthländern in nennenswertem Umfang durchgeführt. Die Bestände der Geschäftsbanken an Offenmarkt-titeln²⁾ sind vor allem auf die administrativen Auflagen zurückzuführen und die der Zentralbanken auf die Kreditwünsche der öffentlichen Hand.³⁾

Die Geldmärkte sind in den einzelnen Ländern noch nicht so entwickelt, daß eine nennenswerte Offenmarktpolitik

1) Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 35 (1) u. (3)

2) Vgl. Tab. 9

3) Vgl. Tab. 13

möglich wäre.¹⁾

Erst wenn sich ein integriertes Bankensystem²⁾ gebildet hat, mit einem ausgebauten Geld- und Kapitalmarkt und gefestigten Kreditgewohnheiten, wird eine erfolgreiche Offenmarktpolitik in den Entwicklungsländern möglich sein. Mit ersten Erfolgen bemühen sich vor allem die Zentralbanken von Kenia, Mauritius und Rhodesien um die Entwicklung eines nationalen Geld- und Kapitalmarktes. Sehr problematisch ist die Situation dagegen in Malawi, Sambia, Sierra Leone und Uganda, da in diesen Ländern der Bedarf an kurz- und längerfristigen Mitteln überwiegend aus eigenen Quellen, also aus Steuern und Gewinnen, und aus Auslandsanleihen, insbesondere gespeist durch den Londoner Kapitalmarkt, gedeckt wird. Damit müssen die Umsätze in den Märkten noch auf lange Sicht gering bleiben, da sowohl Anbieter als auch Nachfrager fehlen.

2) Preismanipulationen an den Devisenmärkten

Wir haben oben den hohen Grad der Devisenbewirtschaftung in den einzelnen Ländern aufgezeigt³⁾ und dabei festgestellt, daß es in dieser Beziehung nur geringfügige Unterschiede in den einzelnen Ländern gibt. Lediglich im Zahlungsverkehr mit der Sterlingzone treten in manchen Ländern einige Erleichterungen auf. Daraus folgt, daß es in den afrikanischen Commonwealthländern keine freien Devisenmärkte gibt. Zwar verfügen alle Zentralbanken über die Möglichkeit, das Angebot an oder die Nachfrage nach

- 1) Vgl. zur Situation in den einzelnen Ländern: Ghana: Geis, H. G., a. a. O., S. 297 f.; Kenia: Report 1966/67, S. 12; Malawi: Economic and Financial Review, Vol. I, Nr. 1, Sept. 1968, S. 7; Mauritius: Legislative Assembly, The Bank of Mauritius, Sessional Paper No. 9, 1966, Port Louis, S. 5; Nigeria: Brown, C. V., The Nigerian Banking System, a. a. O., S. 174; Sambia: Report 1966, S. 2, Report 1967, S. 2 u. S. 22; Sierra Leone: Report 1966, S. 28; Tansania: Economic Report, Dez. 1967, a. a. O., S. 22; Uganda: Report, 1966/67, S. 13
- 2) Vgl. Sayers, R. S., Modern Banking, 4. Aufl., London 1958, S. 294 f.
- 3) Vgl. oben S. 93 ff.

Devisenmengen zu variieren, doch ist ein Einsatz dieses Instruments im Rahmen der Devisenpolitik überflüssig, da die Zentralbanken über die Devisenbewirtschaftung die Devisenmengen und den Devisenkurs ohnehin kontrollieren. Lediglich in Nigeria und Sierra Leone hat es auf Grund der relativen Freizügigkeit im Devisenverkehr mit der Sterlingzone einen Sinn, auf den entsprechenden Devisenteilmärkten zu intervenieren.¹⁾ Neben quantitativen Maßnahmen hat die Zentralbank von Nigeria noch - wie schon erwähnt - die Möglichkeit, die Sterling- An- und Verkaufssätze innerhalb einer schmalen Spanne zu variieren.²⁾ Von dieser Möglichkeit hat sie im Oktober 1964 Gebrauch gemacht, als sie die Sterling-Verkaufssätze von 1/4 auf 1/2 % erhöht hat.³⁾

Der Bestand an Devisenreserven ist bei den meisten Zentralbanken relativ hoch.⁴⁾ Die höchsten Werte in Prozent der gesamten Bilanzsumme weisen die Bilanzen der Zentralbanken von Malawi mit 85 %, Kenia mit 84 % und Sambia mit 78 % auf. Auch in Tansania dürfte der Wert der Devisenreserven über 80 % der Bilanzsumme ausmachen. Es fällt auf, daß die ältesten Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer über die kleinsten Devisenreserven verfügen. So beträgt der Bestand an Gold- und Devisen bei Ghana 14 % und bei Nigeria 39 % der Bilanzsumme. Bei dem von Ghana ausgewiesenen Wert ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Bilanzsumme durch hohe Eventualverbindlichkeiten aufgebläht ist.⁵⁾ Der Bilanzanteil der Devisenreserven der übrigen Länder liegt bei ca. 50 %.

-
- 1) Vgl. Brown, C. V., The Nigerian Banking System, a. a. O., S. 177 f.; ders., Banking in Sierra Leone: A Comparative Survey, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI (1966), S. 193 ff.
 - 2) Vgl. hierzu Brown, C. V., The Nigerian Banking System, a. a. O., S. 177 f.
 - 3) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1964, S. 15
 - 4) Vgl. Tab. 13
 - 5) Vgl. dazu Bank of Ghana, Report 1965/66, S. 37. Ende Juni 1965 waren in der Bilanzsumme ca. 45 % Eventualverbindlichkeiten enthalten, neue Werte waren nicht zu ermitteln. Siehe auch Geis, H. G., a. a. O., S. 395

Tab. 13: Die Aktiva der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer
in Tausend Einh. Landeswährung per 30.6.1967

Zentral- banken von	Bilanz- summe (BS)	Gold und Devisen		Refinanzierungen der Geschäfts- banken (Redis- konte u. Ausl.)		Staatskredite (incl. Schatz- wechsel und Obligationen)		Sonstige Aktiva	
		absolut	in % BS	absolut	in % BS	absolut	in % BS	absolut	in % BS
Ghana	329.400 ¹⁾	45.000	14	15.000	5	141.500	43	127.900 ¹⁾	38
Kenia	28.381	23.876	84	—	0	3.676	13	829	3
Malawi	9.211	7.803	85	500	5	808	9	100	1
Nigeria	126.007	48.710	39	21.459	17	54.740	43	1.098	1
Sambia	75.674	58.944	78	6.100	8	10.556	14	72	•
Sierra Leone	20.000 ²⁾	9.400	48	1.000 ²⁾	4	9.500	48	100 ²⁾	•
Tansania	476.000 ²⁾	420.800	88	8.900	2	47.900	10	400 ²⁾	•
Uganda	373.417	180.753	50	24.644	6	148.131	39	19.889	5

• = unter 0,5 %

-- = Betrag 0

1) In der Bilanzsumme (Sonst. Aktiva) sind hohe Eventualverbindlichkeiten enthalten,
darunter leidet die Vergleichbarkeit.

2) geschätzt (auf Grund der vorhandenen Quellen)

Quellen: Zentralbankberichte von: Ghana (1966/67/S. 15), Kenia (1967/S. 26),
Malawi (1966/67/S. 15), Sambia (1967/S. 36), Sierra Leone (1966/S. 25),
Uganda (1967/S. 29); Nigeria: Economic Review, Dez. 1967, S. 15 F.;
Tansania: Economic Report, Dez. 1967, S. 29

II. Die "Haus- und Geschäftsbank"

a) Direktgeschäfte mit dem Staat

1. Art und Umfang der Kreditgewährung

In allen afrikanischen Commonwealthländern ist den Zentralbanken die Möglichkeit eröffnet, den Staat durch Buchkredite oder den Ankauf von Staatstiteln zu finanzieren. Wie wir oben gesehen haben, tritt der Staat in keinem Land als Münzherr auf,¹⁾ eine Staatsfinanzierung durch Übernahme von Scheidemünzen scheidet daher aus.

Die Statuten der Bank of Kenya schreiben für die Vergabe von Buchkrediten an den Staat weder bestimmten Verwendungszweck noch eine bestimmte Laufzeit vor.²⁾

In den übrigen 9 Ländern dürfen von der Zentralbank Buchkredite an den Staat nur zur Überbrückung eines Haushaltsdefizits gewährt werden. Konsequenterweise ist in den Zentralbankgesetzen dieser Länder auch die Laufzeit dieser Kredite begrenzt worden. Werden die Tilgungsfristen nicht eingehalten, so dürfen die Zentralbanken keine neuen Buchkredite an den Staat gewähren. Die Kredite müssen zurückbezahlt sein:

- bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres, für das sie gewährt wurden in Mauritius³⁾, Nigeria⁴⁾, Sierra Leone⁵⁾ und Uganda⁶⁾,
- 3 Monate nach Ende des laufenden Haushaltsjahres, für das sie gewährt wurden, in Ghana⁷⁾, Rhodesien⁸⁾ und

1) Vgl. oben S. 91

2) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 46 (1)

3) Bank of Mauritius Ordinance, 1966, Sect. 17 (1)

4) Bank of Nigeria Act, 1958, Sect. 34 (1)

5) Bank of Sierra Leone Act, 1963, Sect. 35 (1)

6) Bank of Uganda Act, 1966, Sect. 26

7) Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 37

8) Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 9 (2) (b)

Sambia¹⁾,

- 4 Monate nach Ende des laufenden Haushaltsjahres, für das sie gewährt wurden, in Malawi ²⁾
- 10 Monate nach Ende des laufenden Haushaltsjahres, für das sie gewährt wurden, in Tansania.³⁾

Die Kredite müssen in Tansania und in Kenia mit mindestens 3 % verzinst werden, in den übrigen Ländern steht die Zinshöhe im Ermessen der Zentralbanken. Die entsprechende Formel in den Gesetzestexten lautet übereinstimmend: "The Bank may grant advances... at such rates of interest as the Bank may determine."

Die Finanzierung des Staates über Titelkauf ist gleichfalls allen hier behandelten Zentralbanken erlaubt.⁴⁾ Die Befugnis erstreckt sich sowohl auf die Übernahme von kurzfristigen wie von langfristigen Titeln. Die zulässige maximale Laufzeit der langfristigen Titel ist dieselbe wie bei der Offenmarktpolitik.⁵⁾

Der Umfang der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Er bewegt sich zwischen 9 % d/es Bilanzvolumens der Zentralbank in Malawi und annähernd 50 % in Sierra Leone.⁶⁾ Die Vergleichbarkeit des Wertes von Ghana leidet wieder darunter, daß die Bilanzsumme der Bank of Ghana durch hohe Eventualverbindlichkeiten aufgebläht ist.⁷⁾

1) Bank of Zambia Ordinance, 1965, Sect. 38 (1)

2) Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964, Sect. 36 (1)

3) Bank of Tanzania Act. 1966, Sect. 39 (1)

4) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 28), Kenia (Sect. 47), Malawi (Sect. 31 (g)), Mauritius (Sect. 12 (h)), Nigeria (Sect. 29 (f)), Rhodesien (Sect. 31 (e)), Sambia (Sect. 23 (d)), Sierra Leone (Sect. 31 (f, g)), Tansania (Sect. 40(1)) und Uganda (Sect. 24 (1))

5) Vgl. oben S. 143

6) Vgl. Tab. 12, S. 143

7) Vgl. oben S. 147

Auffallend ist, daß bei den ältesten der hier untersuchten Zentralbanken, das sind die der westafrikanischen Commonwealthländer, der Anteil der Staatsfinanzierung an der Bilanzsumme am höchsten ist.

2. Die Begrenzung des Staatskredits¹⁾

aa) Die direkte Begrenzung

Die direkte Begrenzung des Staatskredits ist durch das Setzen von absoluten oder relativen Limits möglich. Als einziges der zehn afrikanischen Commonwealthländer hat Kenia in den Zentralbankstatuten ein absolutes Limit für die Staatsfinanzierung errichtet. Es beträgt 240 Mio. K.Sh., wobei der Bestand an Staatstiteln mit einer längeren Laufzeit als 12 Monaten 60 Mio. K.Sh. nicht überschreiten darf.²⁾ Das Limit gilt also für die Summe aus Buchkreditgewährung und Staatstitelkauf.

Die übrigen neun Zentralbanken kennen nur relative Kontingente. In Ghana sind nur die Buchkredite der Zentralbank an den Staat limitiert. Sie dürfen 10 %, in besonderen Fällen 15 % der budgetierten Einnahmen des laufenden Haushaltsjahres nicht überschreiten.³⁾

Bei den Zentralbanken der folgenden sechs Länder ist sowohl die Buchkreditgewährung an den Staat als auch der Bestand und die Beleihung von Staatsobligationen kontingentiert, nicht aber der Ankauf von Schatzwechseln: Malawi, Mauritius, Nigeria, Sambia, Sierra Leone und

1) Vgl. dazu Hahn, O., Währungsbanken II, a. a. O., S. 176 ff. Hahn ist auf die Möglichkeiten der Zentralbank zur Begrenzung des Staatskredits unter dem Blickpunkt der Abhängigkeiten der Zentralbankleitung ausführlich eingegangen.

2) Vgl. Central Bank of Kenya Act, 1966, Sect. 48

3) Vgl. Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 37 (1) (2)

Uganda.¹⁾ Basis für die Begrenzung der Buchkreditgewährung sind in allen Ländern die budgetierten Einnahmen des laufenden Haushaltsjahres und für die Begrenzung der Bestände und Beleihungen der Staatsobligationen die gesamten Sichtverbindlichkeiten.

Im einzelnen werden die folgenden Prozentsätze zugrundegelegt:

bei der Buchkreditgewährung:²⁾

- 5 % Sierra Leone
- 10 % Malawi, Mauritius
- 12 % Nigeria
- 15 % Uganda
- 25 % Sambia

bei den Beständen und der Beleihung von Staatsobligationen:³⁾

- 20 % Malawi, Sierra Leone
- 25 % Sambia
- 30 % Mauritius, Uganda
- 33 1/3 % Nigeria

Die Statuten der Zentralbanken von Rhodesien und Tansania sehen nicht nur Kontingente für Kassenkredite an den

-
- 1) Abweichend hiervon hat O. Hahn für die Länder Malawi, Nigeria und Sambia nur Kontingente für die Buchkreditgewährung der Zentralbank an den Staat (vgl. Hahn, O., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 179), nicht aber für den Bestand und die Beleihung von Staatsobligationen, und bei den Ländern Sierra Leone und Uganda nur solche für den Bestand, nicht aber auch für die Beleihung von Staatsobligationen festgestellt. (Vgl. ebenda, S. 184). Vgl. zur Richtigkeit unserer Darstellung die unten bei der Angabe der Prozentsätze zitierten Sect. der entsprechenden Zentralbankgesetze
 - 2) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 36 (2)), Mauritius (Sect. 17 (2)), Nigeria (Sect. 34 (2)), Sambia (Sect. 38 (1)), Sierra Leone (Sect. 35 (2)) und Uganda (Sect. 26 (a))
 - 3) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 31 (h)), Mauritius (Sect. 12 (h)), Nigeria (Sect. 29 (g) (1)), Sambia (Sect. 23 (h)), Sierra Leone (Sect. 31 (g)), und Uganda (Sect. 21 (4))

Staat und für den Bestand an Staatsobligationen, sondern auch für den Ankauf von Schatzwechseln vor. In Tansania ist auch die Beleihung von Staatspapieren in die Kontingente mit einzubeziehen.

In Rhodesien dürfen die Kassen- und Schatzwechselkredite der Zentralbank an den Staat 20 % der geschätzten Einnahmen des laufenden Haushaltsjahres nicht überschreiten.¹⁾ Der Bestand an Staatspapieren mit einer längeren Laufzeit als sechs Monate darf nicht höher sein als das Eigenkapital der Reserve Bank of Rhodesia zuzüglich 20 % ihrer Verbindlichkeiten gegenüber der Wirtschaft und Privaten.²⁾

In Tansania sind die Buchkredite der Zentralbank an den Staat auf 20 %³⁾, der Bestand an Schatzwechseln auf 25 % und der Bestand an sonstigen Staatspapieren auf 10 % der durchschnittlichen jährlichen Staatseinnahmen begrenzt.⁴⁾ In den Bestand sind auch die lombardierte Werte mit einzubeziehen.

bb) Die indirekte Begrenzung

In den Statuten von acht der zehn Zentralbanken der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth sind quantitative Grenzen für die Geldemission festgelegt. Nur die Zentralbanken von Kenia und Tansania müssen keine Emissionsbegrenzung beachten. In diesen Ländern gibt es daher zusätzlich zu der direkten keine indirekte Begrenzung für die Staatsfinanzierung durch die Zentralbank.

In den Statuten der übrigen acht Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer sind quantitative Grenzen für die Geldemission in Form von Deckungsnormen festgelegt. Damit ist auch indirekt der Staatskredit der Zen-

1) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 9 (2) (a)

2) Vgl. ebenda, Sect. 9 (2) (b)

3) Vgl. Bank of Tansania Act, 1966, Sect. 39 (2)

4) Vgl. ebenda, Sect. 40 (2)

tralbank begrenzt. Deckungsmasse für den Zahlungsmittel-
umlauf sind in allen acht Ländern die Bestände der Zen-
tralbank an Gold und Devisen, ohne Berücksichtigung der
Währungsverbindlichkeiten. Es handelt sich dabei nach O.
Hahn um "reine Deckungsnormen ohne Berücksichtigung von
Währungsverbindlichkeiten."¹⁾

Deckungspflichtige Verbindlichkeiten sind in Sierra Leone
der Banknoten- und Münzumlauf, d. h. der Bargeldumlauf
und in Ghana der Banknotenumlauf und die Sichteinlagen.
In den übrigen sechs Ländern bilden das umlaufende Bar-
geld und die Sichteinlagen die deckungspflichtigen Ver-
bindlichkeiten. Die Deckungssätze gelten einheitlich für
die Summe der deckungspflichtigen Verbindlichkeiten, sie
sind im folgenden aufgeführt:²⁾

25 % Rhodesien

40 % Nigeria, Uganda

50 % Malawi, Mauritius, Sambia

60 % Ghana,³⁾ Sierra Leone.

4)

5)

In Rhodesien und Sambia ist jeweils eine bis zu höchstens
6 Monaten begrenzte Deckungsunterschreitung möglich.

1) Vgl. dazu Hahn, O., Währungsbanken, II, a. a. O., S. 69
ff. u. S. 190 ff.

2) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 15 (3)),
Malawi (Sect. 30), Mauritius (Sect. 27), Nigeria (Sect.
26 - 28, Sect. 4, Amendment Act 1962), Rhodesien (Sect.
17 (2)), Sambia (Sect. 28 (2)), Sierra Leone (Sect. 28
(b)), Uganda (Sect. 24 (2))

3) Der Satz von Ghana errechnet sich indirekt aus dem
höchstöglichen Anteil der Staatstitel an der Noten-
deckung. In besonderen Fällen kann der Satz von dem
Finanzminister von 60 % auf 40 % ermäßigt und der
Anteil der Staatstitel an der Notendeckung entspre-
chend erhöht werden.
Vgl. Bank of Ghana Act 1963, Sect. 15 (3)

4) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 17 (3)

5) Vgl. Bank of Zambia Ordinance, 1965, Sect. 28 (3)

b) Direktgeschäfte mit den "Bankkunden"

Ausdrücklich verboten sind solche Geschäfte den Zentralbanken von Kenia, Malawi, Mauritius, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Tansania und Uganda. In den Zentralbankgesetzen steht der sinngemäß übereinstimmende und auch wörtlich nahezu gleichlautende Satz: "The Bank may not engage in trade or otherwise have a direct interest in any commercial, agricultural, industrial, or any other undertaking, except such interests as the Bank may in any way acquire in the course of the satisfaction of debts, due to it, and provided that all such interests so acquired shall be disposed of at the earliest suitable moment."¹⁾

Nicht verboten sind Direktgeschäfte mit den "Bankkunden" der Zentralbank von Rhodesien und ausdrücklich erlaubt sind sie der Bank of Ghana. In den Statuten der Zentralbank von Ghana heißt es: "Within the limits of its policy, the Bank may undertake... credit operations with individuals, public institutions or bodies corporate whether private or public..."²⁾

Über den Umfang der Direktgeschäfte der Zentralbanken mit den "Bankkunden" in Ghana und Rhodesien liegen keine Zahlen vor.

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 52 (a)), Malawi (Sect. 32 (a)), Mauritius (Sect. 13 (a)), Nigeria (Sect. 30 (a)), Sambia (Sect. 21 (a)), Sierra Leone (Sect. 32 (a)), Tansania (Sect. 62 (a)), Uganda (Sect. 21 (3) (a))

2) Bank of Ghana Act, 1963, Sect. 28

III. Die Einordnung der Zentralbanken unter die "Rittershausenschen Idealtypen"

Wir haben oben festgestellt, daß sich die Aktivgeschäfte der Zentralbanken in der Bilanz niederschlagen. Der Anteil der einzelnen Aktivposten an der Bilanzsumme ist demnach abhängig von der Geschäftstätigkeit der Zentralbank. Rittershausen hat entsprechend der Zusammensetzung der Aktivseite der Bilanzen die Zentralbanken unter dem Blickpunkt der Deckung des Notenumlaufs typisiert, indem er "die im älteren Bankgeschäft unterschiedlichen Bezeichnungen"¹⁾ wieder eingeführt hat. Er unterscheidet dabei vier Grundtypen:²⁾

1. Schottische oder Handelswechsel-Notenbank
2. Investitionsbank
3. Goldbank
4. Staatshauptkasse.

O. Hahn hat diesen Gedankengang wieder aufgenommen und unterscheidet zwischen drei Grundtypen und vier Mischtypen:³⁾

1. Handelswechsel-Bank
2. Gold- und Devisen-Bank
3. Staatskredit-Bank
4. Handelswechsel- und Gold- und Devisenbank
5. Handelswechsel- und Staatskredit-Bank
6. Staatskredit- und Gold- und Devisen-Bank
7. Neutraler Typ (Kombination von Typ 1, 2 und 3)

Entsprechend der in Tab. 13 ausgewiesenen Zusammensetzung der Aktiva können wir die Zentralbanken der afrikanischen

-
- 1) Rittershausen, H., Internationale Handels- und Devisenpolitik, Frankfurt/M. 1952, S. 181
 - 2) Vgl. ebenda, S. 181 ff.
 - 3) Vgl. Hahn, O., Die Schwächen des Handelswechsels, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 1963, S. 183 ff.

Commonwealthländer wie folgt, den einzelnen Typen zu-rechnen:

Typ 2 (Gold- und Devisen-Bank):	Central Bank of Kenya Reserve Bank of Malawi Bank of Zambia
Typ 3 (Staatskredit-Bank):	Bank of Tanzania Bank of Ghana
Typ 6 (Staatskredit- und Gold- und Devisen-Bank):	Bank of Sierra Leone Bank of Uganda
Typ 7 (Neutraler Typ):	Central Bank of Nigeria

Zwischen den einzelnen Typen sind die Grenzen fließend. So tendieren die Zentralbanken von Kenia und Sambia vom Typ 2 zum Typ 6. Ghana hat sich im Laufe der Jahre vom Typ 6 zum Typ 3 entwickelt. Bei dieser Einteilung der einzelnen Zentralbanken wird deutlich, daß bei den ältesten Zentralbanken¹⁾ der afrikanischen Commonwealthländer, das sind die westafrikanischen Zentralbanken, die Staatsfinanzierung vorherrscht, während die jüngeren Zentralbanken aus der Zeit der Currency Boards noch über einen relativ großen Vorrat an Gold und Devisen verfügen. In 5 bis 10 Jahren wird sich bei gleichbleibender Tendenz das Bild zugunsten von Typ 6 verschoben haben, d. h. die Staatsfinanzierung wird zu Lasten der Gold- und Devisenvorräte ausgedehnt werden.

Nur die Bilanz der Zentralbank von Nigeria weist unter der Position "Refinanzierung der Geschäftsbanken"²⁾ einen größeren Posten auf. Diesem Wert liegt vor allem die Rediskontierung von Handelswechseln zugrunde. Letzteres ist, wie O. Hahn in einer Studie nachweist, die "gesamtwirt-

1) Vgl. Tab. 2

2) Vgl. Tab. 13

wirtschaftlich optimale Basis der Geldschöpfung".¹⁾ Die meisten afrikanischen Commonwealthländer sind bisher nicht über die Grundsteinlegung für diese Basis, in Form der Gründung einer eigenen Zentralbank, hinausgekommen.

B. Die Gestaltung des Dienstleistungsgeschäftes der Zentralbank

I. Die Dienstleistungen für die Banken

In acht der zehn untersuchten Zentralbankgesetze ist der Passus aufgenommen, daß die Zentralbank "Bank der Banken" sein solle.²⁾ Das bedeutet, daß sie auch alle banküblichen Dienstleistungen, insbesondere die des Zahlungs- und Inkassoverkehrs, zu übernehmen hat. Ein besonderer Paragraph erlaubt diesen Zentralbanken auch das Tresorgegeschäft.³⁾ In den Zentralbankgesetzen von Ghana und Rhodesien sind diese besonderen Bestimmungen nicht aufgenommen. Statt dessen gibt es darin allgemeinere Formulierungen, die den beiden Zentralbanken sonstige Bankgeschäfte erlauben, die nicht ausdrücklich im Gesetz verboten sind.⁴⁾ Dienstleistungsgeschäfte der oben erwähnten Art aber fallen nicht unter die verbotenen Aktivitäten.

1) Vgl. Hahn, O., Die Schwächen des Handelswechsels, a. a. O., S. 185

2) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 34 (1)), Malawi (Sect. 39), Mauritius (Sect. 12 (c)), Nigeria (Sect. 38), Sambia (Sect. 23 (4)), Sierra Leone (Sect. 31 (s)), Tansania (Sect. 43 (1)), Uganda (Sect. 21 (2) (e))

3) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 34 (2)), Malawi (Sect. 21 (p)), Mauritius (Sect. 12 (p)), Nigeria (Sect. 29 (1) (q)), Sambia (Sect. 23 (o)), Sierra Leone (Sect. 31 (p)), Tansania (Sect. 43 (2)), Uganda (Sect. 21 (2) (f))

4) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 45) und Rhodesien (Sect. 9 (1) (s))

Zusätzlich zu den banküblichen Dienstleistungen im Zahlungsverkehr ist allen Zentralbanken der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth die Errichtung eines Clearingverkehrs in der Hauptstadt und in Orten, an welchen sie es für richtig halten, erlaubt.¹⁾ Von dieser Befugnis haben alle Zentralbanken kurz nach ihrer Gründung Gebrauch gemacht. Lediglich die Zentralbank von Nigeria unterhält außer in der Hauptstadt noch an 5 weiteren Orten eine Clearing-Stelle.

Die Zentralbanken von Malawi, Mauritius, Nigeria und Sierra Leone werden im Interesse der Entwicklung des Bankenwesens in ihren Ländern zu einer möglichst weitgehenden Unterstützung der Geschäftsbanken angehalten. In den Zentralbankgesetzen dieser Länder heißt es einheitlich:²⁾

"The Bank shall wherever necessary seek the cooperation of, and cooperate with, other banks

- a) to promote and maintain adequate and reasonable banking services to the public,
- b) to ensure high standards of conduct and management throughout the banking system."

Dieser Passus, der in den übrigen 6 Zentralbankgesetzen nicht zu finden ist, leitet über zu dem im nächsten Abschnitt behandelten Auftreten der Zentralbank als Währungsautorität, denn gerade dort spielt die Zusammenarbeit zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken eine entscheidende Rolle.

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 43), Kenia (Sect. 34 (2)), Malawi (Sect. 31 (r)), Mauritius (Sect. 21), Nigeria (Sect. 42), Rhodesien (Sect. 9 (1) (q)), Sambia (Sect. 23 (q)), Sierra Leone (Sect. 31 (r) u. 39), Tansania (Sect. 43 (2)), Uganda (Sect. 24)

2) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 40), Mauritius (Sect. 20), Nigeria (Sect. 39), Sierra Leone (Sect. 37)

II. Die Dienstleistungen für den Staat

Die Zentralbank ist in allen 10 hier untersuchten Ländern die Hausbank der Regierung¹⁾ und hat als solche auch alle banküblichen Dienstleistungen des Zahlungs- und Inkassoverkehrs einschließlich der Kassenverwaltung und der Vermögensverwaltung einschließlich des Depotgeschäftes zu übernehmen. Dazu kommen noch Dienstleistungen im Staatsschuldenwesen, wozu auch die Emission und die Verwaltung von Regierungsanleihen gehört.²⁾

Zusätzlich als Agent der Regierung in finanziellen Angelegenheiten können die Zentralbanken von Kenia, Mauritius, Nigeria, Rhodesien, Sambia, Sierra Leone und Tansania³⁾ herangezogen werden.

Den Zentralbanken von Kenia, Malawi, Sambia und Tansania⁴⁾ wird ausdrücklich im Gesetz die Funktion eines Beraters der Regierung in monetären Fragen zugewiesen.

Die Dienstleistungen für die Regierung sind von den Zentralbanken in Ghana, Nigeria und Tansania gebührenfrei durchzuführen,⁵⁾ während die Zentralbanken von Kenia,

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 36 (1)), Kenia (Sect. 44 (1)), Malawi (Sect. 35), Mauritius (Sect. 15), Nigeria (Sect. 32 (1)), Rhodesien (Sect. 10 (1)), Sambia (Sect. 37 (1)), Sierra Leone (Sect. 34), Tansania (Sect. 37 (1)), Uganda (Sect. 21 (1) (b))

2) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 36 (e) u. 38), Kenia (Sect. 45 (c)), Malawi (Sect. 31 (o) u. 37), Mauritius (Sect. 16), Nigeria (Sect. 35), Rhodesien (Sect. 9 (1) (o)), Sambia (Sect. 23 (n)), Sierra Leone (Sect. 31 (o)), Tansania (Sect. 38 (1) (a-d)), Uganda (Sect. 27)

3) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 44 (1)), Mauritius (Sect. 18), Nigeria (Sect. 37), Rhodesien (Sect. 10 (3)), Sambia (Sect. 37 (2)), Sierra Leone (Sect. 36), Tansania (Sect. 37 (1))

4) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 50), Malawi (Sect. 35), Sambia (Sect. 37 (2)), Tansania (Sect. 61)

5) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 36 (2)), Nigeria (Sect. 32 (2)), Tansania (Sect. 38 (2))

Malawi, Mauritius und Sierra Leone mit der Regierung über die Konditionen verhandeln können.¹⁾ Keine Angaben über den Kostenersatz für die Dienstleistungen für die Regierung sind in den Zentralbankgesetzen von Rhodesien, Sambia und Uganda enthalten.

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 44 (2)), Malawi (Sect. 37), Mauritius (Sect. 18), Sierra Leone (Sect. 36 (b))

4. Abschnitt: Die Zentralbank als Währungsautorität

A. Information

9 von 10 Zentralbanken in den afrikanischen Commonwealth-Ländern sind verpflichtet, eine Jahresbilanz und einen Jahresbericht über ihre Tätigkeit zu publizieren.¹⁾ In sieben Zentralbankgesetzen ist eine Frist für das Erscheinen des Jahresberichtes nach dem Ende des Geschäftsjahres gesetzt. Sie beträgt in den einzelnen Ländern:

2 Monate in: Nigeria, Sierra Leone

3 Monate in: Ghana, Kenia, Sambia, Tansania

7 Monate in: Uganda

In 2 Ländern, das sind Malawi und Mauritius, sollen die Jahresberichte der Zentralbank "as soon as possible" erscheinen. Die Zentralbanken haben hier also einen etwas weiteren Spielraum.

Die Zentralbank von Rhodesien ist nur verpflichtet, innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres dem Parlament die Jahresbilanz vorzulegen.²⁾ Eine Publikation derselben ist nicht im Zentralbankgesetz vorgesehen.

Einen Wochen-, 14-Tage- oder Monatsausweis müssen die folgenden 8 Zentralbanken publizieren:³⁾

Wochenausweis: Zentralbank von Rhodesien

14-Tage-Ausweis: Zentralbanken von Ghana und Nigeria

Monatsausweis: Zentralbanken von Malawi, Mauritius, Rhodesien, Sambia, Sierra Leone und Uganda.

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Ghana (Sect. 41 (1)), Kenia (Sect. 55 (1)), Malawi (Sect. 45 (1)), Mauritius (Sect. 45 & 1)), Nigeria (Sect. 45 (2)), Sambia (Sect. 18 (3)), Sierra Leone (Sect. 42 (1)), Tansania (Sect. 18 (1)), Uganda (Sect. 46)

2) Vgl. Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964, Sect. 20 (3)

3) Vgl. die Zentralbankberichte von Ghana (Sect. 41 (3)), Malawi (Sect. 45 (3)), Mauritius (Sect. 45 (3)), Nigeria (Sect. 45 (2)), Rhodesien (Sect. 20 (1) (a) u. 2)), Sambia (Sect. 19), Sierra Leone (Sect. 42 (3)), Uganda (Sect. 37)

Als einzige Zentralbank muß ~~demnach~~ nur die Reserve Bank of Rhodesia einen Wochen- und Monatsausweis veröffentlichen.

Die Zentralbanken von Kenia und Tansania sind nicht verpflichtet, solche relativ kurzfristigen Veröffentlichungen ihrer Zahlen vorzunehmen, in ihren Statuten steht lediglich der Satz: "The Bank may also issue such other publications as it considers to be in the public interest."¹⁾

Die Bank of Tanzania ist allerdings verpflichtet, jedes halbe Jahr einen Bericht über die wirtschaftliche Lage ihres Landes zu veröffentlichen.²⁾

Eine relativ gute Informationspolitik betreiben vor allem die Zentralbank von Nigeria und die Zentralbanken von Malawi, Kenia und Sambia.

B. Nachdrückliche Empfehlungen und freiwillige Vereinbarungen

Ein solches Vorgehen der Zentralbank, das auf die Mitarbeit der Wirtschaftssubjekte und insbesondere der Wirtschaftsgruppen angewiesen ist, kann nur vage in Rechtsnormen angesprochen werden.

So finden wir auch nur in 4 der 10 hier behandelten Länder einen Hinweis darauf, daß die Zentralbank auch ihre Stellung als Währungsautorität im Interesse der Währungspolitik einsetzen soll. In den Zentralbankgesetzen von Malawi, Mauritius, Nigeria und Sierra Leone ist jeweils der folgende Passus aufgeführt: "The Bank shall wherever necessary seek the cooperation of, and cooperate with, other banks... to further such policies not inconsistent with

1) Zentralbankgesetze von Kenia (Sect. 55 (2)) und Tansania (Sect. 18 (3))

2) Bank of Tanzania Act, 1966, Sect. 18 (2)

this Act as shall be in the national interest.¹⁾ Die gesetzgebende Versammlung von Mauritius unterstreicht diesen Passus in der "Bank of Mauritius Ordinance" noch durch den folgenden Kommentar: "In the first instance... the monetary and credit control exercised by the Bank of Mauritius will mainly be carried out by persuasion and cooperation rather than by coercion".²⁾

Die Zentralbanken von Sierra Leone, Malawi und Nigeria haben von dieser Möglichkeit des Einsatzes ihrer Währungsautorität im Rahmen ihrer Zentralbankpolitik Gebrauch gemacht:

Die Zentralbank von Sierra Leone forderte die Geschäftsbanken im Jahr 1966 nachdrücklich auf, mehr Mittel aus Übersee zu mobilisieren, um eine Verbesserung der defizitären Zahlungsbilanz zu erreichen.³⁾

In Malawi forderte die Zentralbank im zweiten Halbjahr 1967 die Geschäftsbanken zu einer Ausweitung des landwirtschaftlichen Kredits auf und sicherte dafür auch eine großzügige Refinanzierung zu.⁴⁾

In Nigeria forderte der Zentralbankgouverneur im Oktober 1964 die Geschäftsbanken in einem Brief auf, bei der Kreditexpansion ein Limit von 15 % zu beachten, die Konsumfinanzierung einzuschränken und weniger wichtige Importe

1) Vgl. die Zentralbankgesetze von Malawi (Sect. 40 (c)), Mauritius (Sect. 20 (c)), Nigeria (Sect. 39 (c)), Sierra Leone (Sect. 37 (c)).

Es handelt sich hier um die Fortsetzung des Paragraphen, welchen wir oben als Beleg für eine verstärkte Unterstützung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank im Rahmen ihrer Dienstleistungen angeführt haben. Vgl. oben S. 160

2) Mauritius Legislative Assembly, The Bank of Mauritius, Sessional Paper No. 9 1966, Port Louis, Dezember 1966, S.6

3) Vgl. Bank of Sierra Leone, Report 1966, S. 35

4) Vgl. Reserve Bank of Malawi, Annual Report and Statement of Accounts, 1967, S. 6

sowie Teilzahlungskäufe nicht mehr zu finanzieren.¹⁾ Im April 1966 wurden die Geschäftsbanken aufgefordert, statt bisher 15 % ein Limit von 13 % jährlich bei der Kreditexpansion zu beachten. Mit besonderem Nachdruck wurden sie gleichzeitig dazu angehalten, Zurückhaltung bei Krediten für reine Konsumausgaben zu üben. Für Kredite an Finanzinstitute - gemeint sind vor allem Teilzahlungsinstitute -, Importeure von Konsumgütern und für private Konsumausgaben wurde innerhalb des Limits von 13 % eine Höchstgrenze von 4 % gefordert. Die Central Bank of Nigeria hoffte, durch die Beschränkung der Konsumentenkredite eine Kreditexpansion in Richtung auf die produktiven Wirtschaftszweige zu erreichen.²⁾ Im November 1966 wurden diese Empfehlungen von der Zentralbank wieder aufgehoben.

Daneben haben noch die Reserve Bank of Rhodesia und die Bank of Ghana ihre Autorität nachdrücklich im Dienste der Währungspolitik eingesetzt: Die Zentralbank von Rhodesien empfahl im Jahr 1966 im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Maßnahmen den Geschäftsbanken, bei der Erntefinanzierung sehr vorsichtig zu verfahren. Als Begründung gab sie an, daß jede längerfristige Refinanzierung bei der Zentralbank, die ausdrücklich zugesagt wurde, inflationäre Wirkungen haben würde.³⁾

In Ghana wurden die Geschäftsbanken im Zusammenhang mit der drastischen Diskonterhöhung um 2,5 % aufgefordert, die Kredite für weniger produktive und wichtige Zweige der Volkswirtschaft ^{um} zwischen 10 % und 50 % zu reduzieren.⁴⁾ Diese Maßnahmen stellten den letzten Versuch der Regierung Nkrumah dar, den wachsenden inflationären Tendenzen zu begegnen.

1) Central Bank of Nigeria, Report 1966, S. 12; Banco Nacional Ultramarino, Boletim Trimestral, No. 63 - 64, Lisbon 1965, S. 91 u. 145

2) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1966, S. 12

3) Vgl. o. V., Sanctions and Rhodesia, in: The Banker's Magazine, I, London 1966, S. 52

4) Vgl. Bank of Ghana, Report 1965/66, S. 37

5. Abschnitt: Charakterisierung der Zentralbanken

Gemäß unserer Einteilung des zentralbankpolitischen Instrumentariums mit der Quelle der Machtausübung" als Einteilungskriterium¹⁾ lassen sich, abhängig von der Zusammensetzung des Instrumentariums, die folgenden sieben Zentralbanktypen bilden:

- A. Die "Währungsbehörde"
- B. Die "Zentralbank" ("Bank der Banken" und/oder "Hausbank des Staates")
- C. Die "Währungsautorität"
- D. Die "Währungsbehörde und Zentralbank"
- E. Die "Zentralbank und Währungsautorität"
- F. Die "Währungsbehörde und Währungsautorität"
- G. Die "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungsautorität"

Wie wir sehen, handelt es sich bei dieser Einteilung um drei Grundtypen und vier Mischtypen. Die Mischtypen setzen sich abhängig davon zusammen, welche in den Grundtypen angesprochene Funktionen in der Zusammensetzung des zentralbankpolitischen Instrumentariums und der Zentralbankpolitik das Übergewicht behält. Ist allen drei Funktionen gleichermaßen Rechnung getragen, so handelt es sich um den Typ G.

Zwischen den einzelnen Typen sind die Übergänge fließend. Die Einordnung wird dadurch erschwert, daß die einzelnen Instrumente zum einen nicht quantifizierbar sind, und zum anderen erst ihre Anwendung den Charakter der Zentralbank endgültig bestimmt. Dennoch lassen sich, wie die Analyse des zentralbankpolitischen Instrumentariums und der Zentralbankpolitik zeigt, eindeutige Schwerpunkte in der Funktion der Zentralbanken erkennen, was eine Typisierung innerhalb eines breiten Rahmens ermöglicht.

1) Vgl. oben S. 12 ff.

Da die Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer noch sehr jung sind, kann unsere Aussage durch Entwicklungen in der Zukunft schnell korrigiert werden.

In den afrikanischen Commonwealthländern kommen ausschließlich Zentralbanken, die unter einem der Mischtypen D, E und G einzureihen sind, vor. Es gibt also keine Zentralbank, die einem der Grundtypen oder dem Mischtyp "Währungsbehörde und Währungsautorität" entsprechen würde.

Das bankmäßige Instrumentarium der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer weist, wie wir gesehen haben, weder in der Konstruktion noch in der Anwendung gravierende Unterschiede auf. Wir können daher bei der Betrachtung der Zentralbanktypen davon ausgehen, daß der Faktor "Zentralbank" in allen Ländern gleich groß ist. Wir brauchen daher auch die einzelnen Typen nur hinsichtlich der Unterschiede in ihrer Funktion als "Währungsautorität" bzw. als "Währungsbehörde" zu untersuchen. Durch die von uns im folgenden gewählte Reihenfolge der Typen und die Reihenfolge der Zentralbanken innerhalb der einzelnen Typengruppen wird eine Abnahme der administrativen Mittel innerhalb des zentralbankpolitischen Instrumentariums gekennzeichnet.

Zur Untersuchung der Beziehung zwischen der zentralbankpolitischen Zielsetzung und dem Zentralbanktyp haben wir bei der einzelnen Zentralbank die zentralbankpolitische Zielsetzung aufgeführt. Bei Zentralbanken mit kombinierten Zielsetzungen wurde in den Tabellen die jeweils dominierende unterstrichen.

A. Die "Währungsbehörde und Zentralbank"

Zentralbanken, welche dieser Gruppe angehören, verfügen sowohl über ein bankmäßiges wie administratives Instrumentarium, während sich ihre Rolle als Währungsautorität im wesentlichen auf die Information der Öffentlichkeit beschränkt. Diese ist jedoch in keinem Land so groß, daß sie hier besonders ins Gewicht fallen würde.

Tab. 14: Zentralbanktyp D "Währungsbehörde und Zentralbank"

Reihenfolge	Zentralbank von	Zielsetzung
1	Ghana	<u>endogen-exogen</u>
2	Tansania	<u>endogen-exogen</u>
3	Sambia	endogen
4	Rhodesien	keine
5	Uganda	<u>endogen-exogen</u>
6	Kenia	neutral

=====

Da sich die von uns gewählte Reihenfolge hinsichtlich der Bedeutung des administrativen Instrumentariums nicht einfach durch Addition der gegebenen Instrumente und der damit betriebenen Zentralbankpolitik ergibt, wollen wir im folgenden die von uns vorgenommene Einteilung begründen. Dabei berufen wir uns auf die bei der Analyse gewonnenen Erkenntnisse.

Die Zentralbank von Ghana verfügt über ein gut ausgebauten administratives Instrumentarium, welches das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt hat. Darüber hinaus kann sie als einzige der hier besprochenen Zentralbanken Einfluß auf die monetären Mengen der Bankkunden nehmen. Der größte Teil dieses administrativen Instrumentariums

wurde von ihr bereits angewandt. Wir können daraus schließen, daß die Bank of Ghana auch gewillt ist, die ihr zur Verfügung stehenden administrativen Mittel einzusetzen. Als besonders einschneidend beurteilen wir die hohen Auflagesätze.

Die Zentralbank von Tansania verfügt nicht über so gut entwickelte, gesetzlich fixierte, administrative Mittel wie die Bank of Ghana. Vor allem fehlt ihr die Möglichkeit, den Geschäftsbanken Liquiditätsauflagen zu machen. Dafür kann die Bank of Tansania administrativ auf die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung einwirken. Insbesondere die Verstaatlichung der Geschäftsbanken im Jahr 1967 ist bei der Beurteilung der Bank of Tanzania als Währungsbehörde hoch zu veranschlagen, wenn dies auch nicht unmittelbar aus dem Instrumentarium abzulesen ist.

Die "Bank of Zambia" hat nahezu die gleichen administrativen Instrumente, die das Geldschöpfungspotential der Banken als Ansatzpunkt haben, wie die Bank of Ghana. Ihr fehlt lediglich die Möglichkeit zur Beschränkung der Bankkonditionen. Dafür kann sie im Gegensatz zur Zentralbank von Ghana Positionen der Aktivseite als Bezugsgrundlage für ihre Mindestreserveauflagen heranziehen. Auf Grund der fehlenden Möglichkeit, direkt die monetären Mengen der Bankkunden zu beeinflussen, und der niedrigen Auflagesätze ist die Funktion der Bank of Zambia als Währungsbehörde geringer als die der Zentralbanken von Ghana und Tansania zu werten.

Abweichend von dem Instrumentarium der Bank of Zambia fehlt der Zentralbank von Rhodesien die Kompetenz durch Beschränkungen auf die Geschäftsbanken einzuwirken. Dafür hat sie jedoch die Möglichkeit, als einzige der hier untersuchten Zentralbanken, die gesamten Ausleihungen und diskontierten Wechsel als Bezugsgrundlage für Mindestreserveauflagen zu nehmen. Die Bedeutung des admi-

nistrativen Instrumentariums der Reserve Bank of Rhodesia ist daher nur knapp hinter dem der Zentralbank von Sambia einzustufen.

Das zentralbankpolitische Instrumentarium von Uganda und Kenia zeigt nur wenig Unterschiede. Das administrative Instrumentarium der Zentralbanken beider Länder ist gut entwickelt. Bei den Instrumenten, die das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkte haben, fehlt der Zentralbank von Uganda die Möglichkeit, Liquiditätsauflagen vorzuschreiben, während Kenia keine Möglichkeit hat, einen Kreditstop mit Rückführungsaufgabe anzuordnen. Bei den Mindestreserveauflagen fällt auf, daß der Auftragesatz auf maximal 20 % begrenzt ist. Auf Grund der stärkeren Anwendung des administrativen Instrumentariums, insbesondere des scharfen Mittels der Beschränkungen, haben wir den Charakter der Bank of Uganda als Währungsautorität höher eingestuft, als den der Central Bank of Kenya.

B. Die "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungsautorität"

Bei Zentralbanken dieses Typs ist sowohl das bankmäßige wie das administrative Instrumentarium gleichermaßen gut entwickelt. Daneben wird aber auch noch dem Vorgehen der Zentralbank kraft ihrer Währungsautorität Bedeutung beigemessen. Oder anders ausgedrückt: Der Währungsautorität wird durch das Vorhandensein administrativer Mittel größerer Nachdruck verliehen.

Unter den 10 Zentralbanken der afrikanischen Commonwealth-ländern verfügt nur die Zentralbank von Sierra Leone über ein derart ausgeglichenes Instrumentarium. Während das bankmäßige Instrumentarium und der Auftrag zum Einsatz ihrer Währungsautorität schon im Zentralbankgesetz von

1963 zu finden sind, wurden die administrativen Mittel der Bank of Sierra Leone erst in einem Bankgesetz 1964 zur Verfügung gestellt. Das schärfste administrative Instrument ist die Einwirkungsmöglichkeit durch Beschränkungen. Bisher hat die Zentralbank von Sierra Leone jedoch nur von der Möglichkeit zum Erlaß und zur Variation von Liquiditätsauflagen Gebrauch gemacht.

Tab. 15: Zentralbanktyp G "Währungsbehörde, Zentralbank und Währungsautorität"

Zentralbank von	Zielsetzung
Sierra Leone	endogen

C. Die "Zentralbank und Währungsautorität"

Zentralbanken dieses Typs bedienen sich einmal des bankmäßigen Instrumentariums und zum anderen ihrer Währungsautorität zur Erreichung der ihr vorgegebenen zentralbankpolitischen Ziele. Die Bedeutung der administrativen Mittel dieser Zentralbanken ist gering. Auch hier kann das bankmäßige Instrumentarium als für alle Zentralbanken gleichgewichtiger Faktor in die Betrachtung mit einbezogen werden. In der folgenden Tabelle wird durch die Reihenfolge, in welcher die Zentralbanken aufgeführt werden, der weiteren Abnahme des ohnehin nur wenig ausgebauten administrativen Instrumentariums und der damit verbundenen Zunahme der Bedeutung der Währungsautorität als Mittel zur Beeinflussung der Giralgeldschöpfung der Banken und der monetären Mengen der Bankkunden Rechnung getragen.

Tab. 16: Zentralbanktyp F "Zentralbank und Währungs-
autorität"

Reihenfolge	Zentralbank von	Zielsetzung
1	Malawi	endogen
2	Nigeria	endogen
3	Mauritius	<u>endogen-exogen</u>
=====		

Alle drei in der Tabelle aufgeführten Zentralbanken sind verpflichtet, die Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken zu pflegen und zu suchen, d. h. die Währungsautorität im Dienste der Zentralbankpolitik einzusetzen. Der dafür gewählte Passus lautet, wie wir gesehen haben,¹⁾ für jede der drei Zentralbanken gleich. Abstufungen ergeben sich daher lediglich durch die administrativen Mittel und durch den bisherigen Einsatz des gegebenen zentralbankpolitischen Instrumentariums.

Die Zentralbank von Malawi hat die Möglichkeit, den Geschäftsbanken sowohl Mindestreserve- wie Liquiditätsauflagen zu machen. Bisher hat sie allerdings von diesen administrativen Mitteln noch keinen Gebrauch gemacht und hat nur das bankmäßige Instrumentarium und ihre Währungsautorität eingesetzt.

Die Zentralbank von Nigeria hat nur die administrativen Möglichkeiten, Liquiditätsauflagen zu verfügen und die Bankkonditionen im Aktivgeschäft zu beeinflussen. Darüber hinaus muß sie sich aber ganz auf ihre Stellung als Währungsautorität und auf ihr bankmäßiges Instrumentarium verlassen. Bisher hat sie alle drei möglichen Instrumentengruppen eingesetzt. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem Vorgehen mit Hilfe von nachdrücklichen Empfeh-

1) Vgl. oben S. 163 f.

lungen an die Geschäftsbanken zu, da die Central Bank of Nigeria damit versuchte, einschneidende Kreditrestriktionen und Kreditselektionen zu bewirken.

Die Zentralbank von Mauritius hat als einziges administratives Mittel die Möglichkeit, den Geschäftsbanken Mindestreserveauflagen bei einem maximalen Auflagensatz von 4 % zu machen. Darüber hinaus muß sie sich bezüglich ihres unmittelbaren Einflusses auf die Geschäftsbanken und die Bankkunden auf ihre Währungsautorität verlassen. Dies zwingt die Zentralbank von Mauritius zu einem guten Kontakt mit den Geschäftsbanken und zu einer Pflege ihrer Stellung als Währungsautorität, wenn sie nicht allein auf ihr bankmäßiges Instrumentarium angewiesen sein will.

D. Der Zentralbankcharakter und die Zielsetzungen der Zentralbankpolitik

In der Gruppe "Währungsbehörde und Zentralbank" (Typ D) ist die exogene Zielsetzung unter den Zentralbanken viermal vertreten. Das bedeutet, daß 2/3 dieser Zentralbanken unter anderem eine exogene Zielsetzung haben. Die endogene Zielsetzung ist in dieser Gruppe fünfmal vertreten. Keine Zielsetzung hat nur eine Zentralbank.

Nehmen wir die beiden anderen Gruppen wegen der geringen Zahl zusammen, so erreicht die endogene Zielsetzung einen Satz von 100 % und die exogene Zielsetzung einen Satz von 25 %.

Ein etwas verfeinertes, aber in der Tendenz gleiches Bild kann gewonnen werden, wenn zusätzlich versucht wird, die Zielsetzungen entsprechend ihrer Bedeutung in den einzelnen Zentralbankgesetzen zu gewichten. Wenn die zentralbankpolitischen Zielsetzungen jeder Zentralbank mit 3

Punkten versehen werden und diese bei zwei Zielsetzungen so aufgeteilt werden, daß die überwiegende Zielsetzung zwei Punkte, und die weniger betonte 1 Punkt erhält, so ergibt sich das in Tab. 17 wiedergegebene Bild.

Tab. 17: Der Zentralbankcharakter und die zentralbankpolitische Zielsetzung in den afrikanischen Commonwealthländern

Zentralbanktyp	1	2	3		4	
	gesamte Punktzahl	endogen absolut	in % von 1	exogen absolut	in % von 1	keine Absolut in % von 1
D	18	8,5	4	6,5	36	3,0 17
F und G	12	11,0	92	1,0	8	- -
G	9	8,0	89	1,0	11	- -

Gemäß den ermittelten Werten kann für die afrikanischen Länder im Commonwealth aus der Gegenüberstellung von Zentralbanktyp und zentralbankpolitischer Zielsetzung die folgende Tendenz herausgelesen werden:

Je mehr die Zentralbankpolitik auf exogene Ziele, d. h. auf eine Unterstützung der Wirtschaftspolitik festgelegt wird, um so eher ist der Gesetzgeber bereit, die Zentralbank mit gut greifenden administrativen Mitteln auszurüsten.

Teil III

Die Beurteilung der Zentralbankpolitik im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang

1. Abschnitt: Die Zentralbankpolitik in den einzelnen Ländern

A. Länder mit einer Zentralbank vom Typ "Währungsbehörde und Zentralbank"

Wir haben oben festgestellt,¹⁾ daß zu dieser Gruppe die Zentralbanken von Ghana, Tansania, Sambia, Rhodesien, Uganda und Kenia gehören. Die Reihenfolge der Aufzählung ergibt sich aus der abnehmenden Bedeutung des administrativen Instrumentariums.

I. Ghana

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Ghana ist ein Agrarland. Das wichtigste Erzeugnis des Landes ist Kakao, dessen Export etwa dreifünftel sämtlicher Ausfuhrerlöse erbringt.²⁾ Weitere Exportgüter sind Holz, Gold und Diamanten.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1957 wurden in Ghana große Anstrengungen unternommen, um im Lande bodenständige Industriezweige aufzubauen und damit die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Die erste Phase der Unabhängigkeit war auch durch eine kräftige wirtschaftliche Expansion gekennzeichnet. Das Brutto-Sozialprodukt nahm real um fast 6 % jährlich zu³⁾. In den Jahren nach 1961 schwächten sich die Wachstumsten-

1) Vgl. oben S. 168 ff.

2) Vgl. Crick, W. F., Hrsg., Banking Systems, a. a. O., S. 370 f.

3) Vgl. o. V., Wirtschaftliche Konsolidierung in Ghana, in: Außenhandelsblätter der Commerzbank, Nr. 21, Jg. 19, 2. November-Ausgabe 1967, S. 1

denzen ab. Das Brutto-Sozialprodukt nahm real nur noch um 3,5 % jährlich zu. Bei einer Wachstumsrate der Bevölkerung von 2,7 % erhöhte sich das Pro-Kopf-Einkommen damit nur sehr mäßig.¹⁾ Als großes Hindernis in der Ansiedlung neuer Industrien stellt sich das Fehlen der wichtigsten Rohstoffe heraus.

Insbesondere ab 1964 versuchte Nkrumah, der Staatspräsident Ghanas von der Unabhängigkeit bis zum Beginn des Jahres 1966,³⁾ mit der Einführung von planwirtschaftlichen Methoden die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Ergebnisse waren ein immer schneller voranschreitender Währungsschwund²⁾ und größer werdende Zahlungsbilanzdefizite, da lebenswichtige nationale Wirtschaftszweige⁴⁾ hinter Prestigeinvestitionen in zunächst unwesentlichen Bereichen - wie etwa dem Aufbau einer eigenen Luftflotte - zurückstehen mußten.

b) Zentralbankpolitik

Eine der ersten Aufgaben der Bank of Ghana nach ihrer Gründung war es, ein nationales Finanzierungsprogramm für die Kakaovermarktung zu entwickeln. Die früher über London durchgeführte Finanzierung der Kakaoernte wurde problematisch, als 1961 die ausländischen Handelshäuser von der Regierung zurückgedrängt, die Überseeguthaben des "Cocoa Marketing Board" repatriiert und für Entwicklungszwecke verbraucht wurden und sich außerdem das Zinsniveau Londons erhöhte.⁵⁾ Nach einer durch Improvisation überbrückten Phase wird nun die Erntefinanzierung in Ghana

1) Vgl. o. V., Wirtschaftliche Konsolidierung..., S. 1

2) Vgl. Tab. 18

3) Anfang des Jahres 1966 wurde Nkrumah von der "Nationalen Befreiungsfront" unter Generalleutnant Ankrah gestürzt.

4) Vor allem die Landwirtschaft wurde vernachlässigt.

5) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 295 ff.

ähnlich wie in Nigeria und Ostafrika mit Inlandswechseln des Marketing Board, die von den Geschäftsbanken diskontiert und von der Bank of Ghana unlimitiert rediskontiert werden, durchgeführt. In den Deckungsvorschriften der Bank of Ghana sind die Inlandswechsel nicht erwähnt, so daß der durch ihren Rediskont erhöhte Zahlungsmittelumlauf das Limit für die Aufnahme von Regierungspapieren erhöhen kann, wenn die Erntewechsel nicht zum Kontingent der "fiduciary issue" gezählt werden.¹⁾ Im Jahr 1963 wurde in Ghana ein neues Zentralbankgesetz erlassen, welches der Bank of Ghana ein umfangreiches administratives Instrumentarium zur Verfügung stellte. Die Zentralbank von Ghana füllte den ihr vom Gesetzgeber bereitgestellten Rahmen aus und erließ bald nach dem Inkrafttreten des neuen Zentralbankgesetzes die "Credit Control Regulations, 1964", die mit Hilfe von Mindestreserven- und Liquiditätsauflagen den Geschäftsbanken die Anlage von 71 %, bzw. 77 % in der Erntesaison, ihrer Einlagen bindend vorschreiben. Begünstigt durch diese Vorschriften wurde die Anlage in Regierungspapieren²⁾, allein 18 % der Depositen müßten als Pflichtanlage in Regierungspapieren angelegt werden. Die Bank of Ghana betreibt damit so eine Art Kreditvermittlung für die Regierung.

Der Geld- und Kapitalmarkt wird in Ghana seit 1960 von Schatzwechseln der Regierung und längerfristigen Regierungsanleihen beherrscht. Die Bank of Ghana tritt dabei für die Regierung als Erfüllungsgehilfe auf und besorgt die Emission der Anleihen und Schatzwechsel. Obwohl aber die Geschäftsbanken durch die Pflichtanlagesätze gezwungen sind, Regierungsanleihen und Schatzwechsel zu erwerben, muß ein Teil der Emissionen von der Bank of Ghana übernommen werden, da das breitere Publikum noch

1) Vgl. dazu S. 153

2) Vgl. oben S. 111 ff.

nicht aufnahmebereit ist.¹⁾ Die inländische Regierungsschuld stieg bis Anfang 1966 schätzungsweise auf 200 Mill. LG, während die Auslandsschulden etwa noch einmal soviel betrugen. Einen wachsenden Teil dieser Defizitfinanzierung mußten die Geschäftsbanken übernehmen.²⁾

Um den durch die staatliche Defizitfinanzierung über das Bankwesen heraufbeschworenen Verfall der Währung zu bremsen, wurden kurz vor dem Sturz Nkrumahs die folgenden zentralbankpolitischen Maßnahmen getroffen: Der Diskontsatz wurde um 2,5 auf 7 % heraufgesetzt. Für die Erntefinanzierungswechsel erhöhte sich damit der Diskontsatz von 5,5 auf 8 %³⁾. Diese drastische Diskonterhöhung war verbunden mit der Auflage an die Banken, ihr Kreditvolumen im Jahr 1966 selektiv um 10 - 50 % abzubauen.⁴⁾ Zusätzlich mußten Importakkreditive von der Bank of Ghana vor der Eröffnung genehmigt werden und Deckungsreserven zwischen 1 und 15 % für die Laufzeit der Importwechsel bei der Zentralbank hinterlegt werden⁵⁾. Dabei wurden 15 % für Konsum-Güter, 5 % für Rohstoffe und 1 % für Investitionsgüter verlangt.

Schon bald nach dem Sturz Nkrumahs im Februar 1966 wurden die Bestimmungen für die Importfinanzierungen wieder erleichtert. Die Genehmigungspflicht für Akkreditive fiel weg und nur für weniger wichtige Importkonsumgüter mußten noch Deckungsreserven bei der Zentralbank hinterlegt werden. Die Kreditausweitung der Geschäftsbanken sowohl an

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 298

2) Vgl. Tab. 19

3) Vgl. Bank of Ghana, Report of the Board for the Financial Year, Ended June 1966, S. 7

4) Vgl. ebenda, S. 37

5) Vgl. ebenda und o. V., Recent Trends in Ghana, a. a. O., S. 191

Private wie an die Regierung wurde jedoch begrenzt, wobei allerdings selektiv den Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftszweige Rechnung getragen wurde.¹⁾

Diese restriktive Zentralbankpolitik mittels administrativer Mittel wurde 1967 im wesentlichen fortgesetzt, unter verstärkter selektiver Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.

Analog zu der Zentralbankpolitik mittels administrativer Maßnahmen wurde die Diskontpolitik gestaltet, die wie schon erwähnt, vor allem die Kakaoerntefinanzierung betrifft. Zunächst wurde hier der noch unter Nkrumah eingeführte hohe Diskontsatz von 7 % beibehalten. Im Mai 1967 wurde dieser Satz um 1 % ermäßigt, um im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes des Nationalen Befreiungsrates den produktiven Wirtschaftszweigen billigeren Kredit zukommen zu lassen. Die Banken wurden dazu angehalten, die Rediskontverbilligung voll weiterzugeben. Zum anderen sollte die Signalfunktion einer Diskontsatzänderung ausgenutzt und der Wirtschaft angekündigt werden, daß sich unter der neuen Regierung die monetären Bedingungen gebessert haben und eine expansivere Wirtschaftstätigkeit eingeschlagen werden könne.²⁾ Der Ankurbelung der Wirtschaft sollte auch eine im Juli 1967 vorgenommene Abwertung des "NewCedis" dienen.

Im übrigen wurden die mit den "Credit Control Regulations" im Jahr 1964 eingeführten Bestimmungen beibehalten und die hohen Sätze von 72 % bzw. 77 % für die Mindestliquiditätsrate nicht geändert. Eine kleine Erleichterung bedeutet, daß seit Beginn des Jahres 1967 mittelfristige Darlehen an die Industrie und Landwirtschaft nicht mehr genehmigungspflichtig sind, aber weiterhin zu den liquiden Mitteln gezählt werden dürfen.³⁾

1) Vgl. Bank of Ghana, Report of the Board for the Financial Year, Ended June 1966, S. 5 u. S. 37

2) Vgl. Bank of Ghana, Report 1967, S. 23 f.

3) Vgl. ebenda, S. 31

Tab. 18: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Ghana

	Brutto-Sozial- produkt in Mio N¢	Devisenre- serven in Mio US-¢	Lebenshal- tungskosten 1958 = 100
1958	776	---	100
1959	884	---	103
1960	945	272	107
1961	1.008	150	116
1962	1.084	160	120
1963	1.190	122	136
1964	1.345	122	153
1965	1.571	131	195
1966	1.779	126	172

Quellen: Außenhandelsblätter der Commerzbank, Nr. 21/67, 19. Jg., S. 1

IMF, International Financial Statistics,
Dezember 1967, Vol. XX, Nr. 12, S. 33

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1960 hatte die 1957 gegründete Bank of Ghana Muße, sich zu konstituieren. In der Phase der konjunkturellen Stagnation kamen vor allem zwei wichtige Aufgaben auf sie zu: Erstens die währungspolitische und finanzielle Bewältigung von Kakao-Erntevermarktung und -export und zweitens die Finanzierung einer Regierung mit einem sehr ehrgeizigen Wirtschafts- und Entwicklungsprogramm.¹⁾

Vier Jahre benötigte die Zentralbank von Ghana, bis sie eine praktikable Methode für die Finanzierung der Ernte

1) Vgl. dazu Geis, H. G., a. a. O., S. 295

entwickelt hatte. Die zweite Aufgabe gelang ihr mit Hilfe von Schatzwechselemissionen schneller, doch mußte sie in zunehmendem Umfang das Geschäftsbankenwesen zur Finanzierung der öffentlichen Hand mit heranziehen.

Eine ständige Finanzierung des Haushaltsdefizits durch Zentralbank und Geschäftsbanken muß zu einem Verfall der Währung führen. Dies blieb auch der Währung von Ghana nicht erspart. So setzte in den Jahren nach 1961 eine ständig wachsende inflationäre Entwicklung ein, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1964/65 hatte.¹⁾

Die im Jahre 1966 kurz vor dem Sturz Nkrumahs eingeleiteten Maßnahmen stellten einen letzten Versuch der alten Regierung dar, die inflationäre Entwicklung zu bremsen und das Zahlungsbilanzungleichgewicht zu beseitigen. Da sie aber nicht die eigentliche Ursache der negativen Entwicklung - die überhöhten Staatsausgaben - bekämpften, konnte sich nicht allzu viel ändern.

Die Bank of Ghana versucht nun seit Februar 1966 mit administrativen Mitteln, ergänzt durch die Diskontpolitik, die Stabilität der Währung wiederherzustellen. Dabei werden die notwendigen restriktiven Maßnahmen durch selektive Vergünstigungen, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen, aufgelockert.

Endlich wurde auch Hand an die Regierungsausgaben gelegt. "After the Revolution of the 24th February, 1966, the monetary measures were modified with greater emphasis on restriction of government expenditure and relaxation of credit to the productive sectors of the economy".²⁾

1) Vgl. Tab. 18

2) Bank of Ghana, Report 1966, a. a. O., S. 5

Der Erfolg blieb dieser konsequenten Stabilisierungspolitik unter Berücksichtigung der strukturellen Notwendigkeiten nicht versagt. Die inflationäre Entwicklung konnte gebremst werden¹⁾, was vor allem durch eine Verringerung der Geldmenge erreicht wurde. Das Geldvolumen war schon im Finanzjahr 1965 - 66 um 20,8 Mio N $\text{\textcircled{L}}$ gesunken und nahm 1966 - 67 um weitere 8,2 Mio N $\text{\textcircled{L}}$ ab²⁾. Das Sinken der Geldmenge ist vor allem auf beträchtliche Zurrücknahme des Geschäftsbankenkredits an öffentliche Institutionen, den privaten Sektor und für die Kakaoernte-Finanzierung zurückzuführen. Daß der Wechselkredit für die Kakaoernte zurückgegangen ist, ist neben dem hohen Rediskontsatz eine Folge der beträchtlichen Verbesserung des Weltpreinsniveaus für Kakao, da die verbesserten Erlöse den "Cocoa Marketing Board" in die Lage versetzen, sowohl seine Verbindlichkeiten dem Bankensystem gegenüber abzubauen, als auch einen höheren Erzeugerpreis zu bezahlen³⁾. Der Gesamtwechselkredit nahm im Jahr 1966 - 67 um 24,8 N $\text{\textcircled{L}}$ auf 9,8 N $\text{\textcircled{L}}$ (Mio.) ab, darunter gingen allein die Wechsel für die Finanzierung der Kakao-Ernte um 23,5 Mio. N $\text{\textcircled{L}}$ auf 4,0 Mio. N $\text{\textcircled{L}}$ zurück. Wechsel, die am Ende des vorangegangenen Finanzjahres noch nicht eingelöst waren, wurden durch ein mittelfristiges Darlehen an den "Marketing Board" abgelöst.⁴⁾

Eine Betrachtung der Zentralbankpolitik Ghanas in den letzten Jahren zeigt, daß sich die verantwortlichen Kräfte im wesentlichen auf zwei Mittel gestützt haben, um ihre Ziele Zahlungsbilanzgleichgewicht und Abbremsen der Inflation, wobei das letztere Ziel die Priorität gehabt ha-

1) Vgl. Tab. 18

2) Vgl. Tab. 19 und Bank of Ghana, Report 1967, a. a. O., S. 24 und Tab. 3

3) Vgl. ebenda, S. 24

4) Vgl. ebenda, S. 30

ben dürfte, zu erreichen. Auf dem Boden der mit den "Credit Control Regulations" eingeführten Auflagen wie Mindestreserve- und Liquiditätsreservevorschriften, die in den Sätzen nicht verändert wurden, wurde mit administrativen Beschränkungen und mit der Diskontpolitik operiert.

Die inflationäre Entwicklung in Ghana zwang zu einer restriktiven Kreditpolitik. Daher war es kaum möglich, die Mindestreserve- und Liquiditätsreservevorschriften zu verändern, weil hier bei den hohen Sätzen - will man das Bankensystem nicht vollkommen knebeln - nur noch ein Bewegungsspielraum nach unten besteht. So blieb der Zentralbank kaum eine andere Wahl, als mit Hilfe der Kreditrestriktion auf die Liquiditätsentwicklung einzuwirken und den produktiven und lebenswichtigen Wirtschaftszweigen selektive Vergünstigungen zu gewähren. Damit ist auch unter dem neuen Regime nach Nkrumah eine sehr weitgehende Kreditlenkung betrieben worden, doch haben die verantwortlichen Kräfte aus der Vergangenheit gelernt und sowohl die Kreditgewährung an den Staat gebremst¹⁾ als auch die für das Land wichtigen Wirtschaftszweige, wie etwa die Landwirtschaft, mit zusätzlichen Krediten unterstützt, um so die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern und die Abhängigkeit vom Import lebenswichtiger Güter zu mindern. Dies kann sich dann auch auf die Zahlungsbilanzentwicklung positiv auswirken. Richtig war auch, daß allzu hemmende Einzelvorschriften wie etwa die Genehmigungspflicht für Großkredite abgebaut worden sind.

1) Vgl. Tab. 19

Tab. 19: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Ghana
per 30.6. eines jeden Jahres in Mio ₵

A. Liquiditätsentwicklung	1964	1965	1966	1967
I. Geldvolumen	<u>175,8</u>	<u>239,7</u>	<u>219,0</u>	<u>210,9</u>
a) Bargeldvolumen in Händen der Nicht- banken	90,8	117,5	101,0	84,0
b) Sichteinlagen	85,0	122,2	118,0	126,9
II. Sonstige weniger liquide Einlagen (Quasi-Money)	<u>47,9</u>	<u>60,9</u>	<u>64,3</u>	<u>74,8</u>
B. Ursachen				
I. Auslandsanlagen (net)	<u>74,9</u>	<u>60,2</u>	- <u>4,1</u>	- <u>13,0</u>
II. Inlandskredite	153,0	277,4	361,7	319,5
a) an die Regierung (net)	<u>67,1</u>	<u>134,0</u>	<u>211,8</u>	<u>260,0</u>
1. von der Zentral- bank (net)	17,7	49,5	132,7	145,4
2. von den Geschäfts- banken (net)	49,4	84,5	79,1	114,6
b) an den privaten Sektor	<u>85,9</u>	<u>143,4</u>	<u>149,9</u>	<u>134,5</u>
(davon für die kakao- erntefinanzierung) (...)		(78,2)	(51,1)	(46,0)
III. Sonst. Geldanlagen (net)	<u>17,5</u>	<u>37,0</u>	<u>74,3</u>	<u>77,5</u>

Quellen: Bank of Ghana, Report for the Yeyr. Ended June 1967, S. 24.
IMF, International Financial Statistics, Dezember 1967,
Vol. XX, Nr. 12, S. 144 f.

II. Tansania

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Tansania ist ein Agrarland mit noch überwiegend substanzialen Wirtschaftsformen. Hauptexportgüter sind Baumwolle, Sisal und Kaffee. Bis auf Diamanten gibt es keine Bodenschätze. Tansania ist das am wenigsten entwickelte Land in Ostafrika.¹⁾

Es ist natürlich, daß dieses Land schnell aus seiner schlechten Position heraus will.²⁾

Tansanias wirtschaftliche Entwicklung machte im Jahr 1966 einen Sprung nach vorne. Die ersten Erfolge eines Fünf-Jahres-Entwicklungsplanes der sozialistischen Regierung stellten sich ein. Daneben wirkte sich die Dezentralisierung im ostafrikanischen Wirtschaftsraum günstig für Tansania aus, da viele Unternehmen, die schon länger in Tansania aktiv sind, nun auch dort eigene Gesellschaften gegründet haben. Zusammen mit dem Aufbau neuer lokaler Verarbeitungsbetriebe bewirkte diese Entwicklung, daß Tansania weniger abhängig von Kenia in bezug auf Konsumgüter wurde.³⁾ Das reale Wachstum des Sozialprodukts in Tansania betrug 1966 7 %. Für 1967 liegen noch keine genauen Zahlen vor, doch wird mit einer abgeschwächten Entwicklung gerechnet.

b) Die Zentralbankpolitik

Das bedeutendste Ereignis in der jungen Geschichte der Bank of Tanzania war die Verstaatlichung der privaten Geschäftsbanken im Februar 1967 und die Gründung einer

1) Vgl. Geiler, H. F., Drei neue Zentralbanken in Ostafrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19. Jg., 1966, S. 1015

2) Vgl. Newlyn, W. T., Monetary Developments, II, a. a. O., S. 241

3) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1967, a. a. O., S. 79

staatseigenen Geschäftsbank, der "National Bank of Commerce", in welche die Aktiva und Passiva der verstaatlichten Geschäftsbanken eingebracht wurden.

Neben dieser Verstaatlichung der Geschäftsbanken im ersten Jahr ihres Bestehens konnte die "Bank of Tanzania" noch keine allzu große Aktivität entwickeln. Sie trachtete vor allem danach, die Kreditausweitung anzuregen. Da die Erntefinanzierung einschließlich der Finanzierung des entsprechenden Handels 70 %¹⁾ des gesamten Finanzierungsvolumens der Geschäftsbanken ausmacht, schaltete sie sich in diese ein und refinanziert die von den Geschäftsbanken diskontierten Erntewechsel. Während früher zur Erntefinanzierung in Tansania ausländische Mittel benötigt wurden, so können jetzt mit Hilfe der Zentralbank die nötigen Gelder im Inland mobilisiert werden.³⁾ Entsprechend übersteigen auch die von der Bank of Tanzania zur Refinanzierung der Ernte die früher vom East Africa Currency Board bereitgestellten Beträge.

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Die Verstaatlichung der Geschäftsbanken in Tansania kam für alle Beteiligten überraschend und hatte eine gewisse Verwirrung und Unsicherheit im Lande zur Folge. Sie ist eine Folge des Bemühens der Regierung von Tansania, möglichst schnell das Land auch zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu führen und über den verstärkten Einfluß auf die wirtschaftlichen Schlüsselinstitutionen im Lande das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Ob die Verstaatlichung des Bankenwesens der richtige Weg dazu ist,

- 1) Vgl. hierzu und zum folgenden Bank of Tanzania, Economic Report, a. a. O., S. 18 ff.
- 2) Neben der "National Bank of Commerce" besteht in Tansania noch die "Peoples Bank of Zanzibar Limited", die allerdings auf Sansibar beschränkt ist.
- 3) Vgl. Bank of Tanzania, Economic Report, a. a. O., S. 18

muß bezweifelt werden. Mit einer Rede des Zentralbankgouverneurs, im Dezember 1967 vor Wirtschaftsfachleuten gehalten, wurden auch schon innerhalb Tansanias Bedenken gegen die Verstaatlichung der Banken laut. Der Zentralbankgouverneur Mtei bedauerte, daß durch die Aufhebung des Wettbewerbs unter den Banken auch der impulsive unternehmerische Drang nach Expansion und die Suche nach neuen Wegen unterbleibt. Er führte wörtlich aus: "It is potentially serious when one commercial bank has a de facto monopoly in major sectors of lending. Where there are many commercial banks, there may always be a few among their number who will aggressively pursue every opportunity to expand, due regard being given to the requirements of ordinary prudence. In Commercial banking as in most other sectors of business, it is often the enterprising few who lead and spur the many out of the old conventions and into new ways of doing things."¹⁾

Für ein Agrarland wie Tansania ist eine reibungslose Finanzierung der Ernte sehr wichtig. Hier scheint die Zentralbank von Tansania auf dem richtigen Weg zu sein. Trotz einer dadurch bedingten erheblichen Ausweitung der Geldmenge²⁾ kam es in Tansania bisher nicht zu einer bedrohlichen inflationären Entwicklung und auch nicht zu einer Abnahme der Devisenreserven.³⁾ Auf Grund der Agrarexporte konnte Tansania im Jahr 1967 sogar einen mit den steigenden Weltmarktpreisen gewachsenen Handelsbilanzüberschuß verzeichnen.⁴⁾

1) An adress by Governor Mtei to the Economic Society of Tanzania, 13th December 1967, abgedruckt in: Bank of Tanzania, Economic Report, December 1967, S. 22

2) Vgl. Tab. 20

3) Vgl. Tab. 20

4) Vgl. hierzu auch Bank of Tanzania, Economic Report, December 1967, S. 19 ff.

Tab. 20: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung
in Tansania

	Brutto- sozial- produkt in Mio TSh	Lebens- haltungs- kosten 1958=100	Devisen- reserven in Mio TSh	Zentral- bankkre- dite an die Ge- schäfts- banken in Mio TSh	Geld- umlauf in Mio TSh
1960	3.920	99	...	...	...
1961	4.100	100	...	...	...
1962	4.460	100	...	...	...
1963	4.920	97	...	...	...
1964	5.220	98	...	...	...
1965	5.200	105	160,1	...	...
1966	...	110	389,7	87,9	431,5
1967	...	114	397,7	53,6	439,2

Quellen: Bank of Tanzania, Economic Report, December 1967;
IMF, International Financial Statistics, December
1967, Vol. XX, Nr. 12, S. 106 f.

III. Sambia

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Sambia befindet sich seit Dezember 1965, dem Ausbruch der Rhodesienkrise, in einer schwierigen außen- und innenpolitischen Situation.¹⁾ Auf der einen Seite lehnt Sambia die Regierung Smith in Rhodesien und dessen Vorgehen scharf ab, auf der anderen Seite ist es wirtschaftlich - vor allem in der Energieversorgung und im Verkehrswesen - weitgehend auf Rhodesien angewiesen. Von dieser politischen Zwangslage abgesehen, ist die wirtschaftliche Situation Sambias sehr günstig zu beurtei-

1) Vgl. dazu Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderbericht Republik Sambia, Frankfurt/M., 28. Nov. 1966, S. 2

len, da es wegen seiner reichhaltigen Kupfererzvorkommen zu den bedeutendsten Kupferproduzenten der Welt gehört. Über 50 % des Bruttosozialprodukts sowie 90 % der Exporterlöse entfallen auf den Kupferbergbau.¹⁾ Die Zahlungsbilanz Sambias ist seit Jahren positiv und weist einen durchschnittlichen Überschuß von ca. 300 Mio DM auf.²⁾ Die wirtschaftliche Situation Sambias ist allerdings in doppelter Hinsicht auch problematisch. Einmal ist die wirtschaftliche Entwicklung abhängig von den stark schwankenden Kupferpreisen auf dem Weltmarkt, was einen unangenehmen Unsicherheitsfaktor in der ehrgeizigen Entwicklungsplanung darstellt, und zum anderen werden die Erzvorkommen in ca. 25 Jahren erschöpft sein.³⁾ Damit wird auch die Quelle des relativen Wohlstandes in Sambia⁴⁾ versiegen.

Die wirtschaftlichen Anstrengungen Sambias sind wegen der oben geschilderten Lage kurzfristig darauf gerichtet, Sambia von Eisenbahnnetz und vom Energiewesen Rhodesiens unabhängig zu machen und langfristig die Wirtschaftsstruktur des Landes zu verbreitern und vor allem den Entwicklungsstand der Landwirtschaft, in welcher 75 % der Bevölkerung tätig sind, zu verbessern. Bis heute ist in Sambia fast ausschließlich die Substistenzlandwirtschaft zu finden. 1967 hat Sambia offizielle Verhandlungen um die Aufnahme in die "Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft" geführt und Anfang des Jahres 1968 einen Handelsvertrag mit der Demokratischen Republik Kongo unterzeichnet. Mit dem Abschluß dieser Wirtschaftsverträge soll der Ausfall der wirtschaftlichen Partnerschaft Rhodesiens nach dessen einseitiger Unabhängigkeitserklärung wieder wettgemacht werden.

- 1) Vgl. dazu Kreditanstalt für Wiederaufbau, Sambia, a. a. O., S. 3; Bank of Zambia, Report and Statement of Accounts for the Year Ended December 31st 1966, S. 9
- 2) Vgl. ebenda, S. 4
- 3) Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Sambia, a. a. O., S. 3
- 4) Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 600,-- DM im Jahr gehört Sambia zu den reichen Ländern Afrikas.
Vgl. Tabelle 2

b) Zentralbankpolitik

Die im Jahr 1965 eingerichtete Zentralbank von Sambia war bis Anfang des Jahres 1967 weitgehend damit beschäftigt, sich zu etablieren und die alten Noten der Bank of Rhodesia und Nyasaland einzuziehen und gegen neu emittierte eigene Noten umzutauschen. Nach Inkrafttreten des von der Regierung erlassenen Banking Acts im April 1965, setzte die Bank of Zambia gemäß den darin enthaltenen Richtlinien eine Mindestliquiditätsrate von 25 % für Banken und 20 % für "accepting houses" und Mindestreservesätze in Höhe von 8 % der Sichteinlagen und 3 % der Termineinlagen fest.¹⁾ Diese Sätze wurden seither nicht geändert. Die Geschäftsbanken, die vor allem in der Abwicklung von Auslandstransaktionen engagiert sind, wurden von dieser Maßnahme wenig getroffen, da sie ohnehin nur etwa 30 % ihrer Einlagen ausgeliehen haben, und den Rest in liquiden Mitteln 1. und 2. Ordnung halten.¹⁾

Im Zusammenhang mit einer Reihe fiskalischer Maßnahmen zur Bekämpfung der inflationären Entwicklung in Zambia,²⁾ in deren Mittelpunkt die Anhebung der Importzölle stand, erhöhte die Bank of Zambia im Januar 1967 den Diskontsatz von 4 1/2 % auf 5 %. Die Diskonterhöhung wurde mehr in der Absicht erlassen, der Wirtschaft ein Zeichen zu geben, als in der Hoffnung, dadurch eine tatsächliche Besserung der Lage zu erreichen. Die Zentralbank von Sambia schreibt dazu: "Monetary measures in the context of the Zambian economy can have only a limited effect and are slow to act..."³⁾ Zum gleichen Zeitpunkt und mit dem gleichen Ziel wurde eine Aktion zur Anregung der Sparneigung gestartet. Über die Auswirkungen liegen noch keine Zahlen vor.

1) Vgl. Tab. 9 und Tab. 10 sowie Bank of Zambia, Report and statement of accounts for the period August 7th 1964 to December 31st 1965, S. 6

2) Vgl. Tab. 21

3) Vgl. Bank of Zambia, Report 1966, a. a. O., S. 12 f.

Bemühungen um den Aufbau eines inländischen Geld- und Kapitalmarktes mit einer Börse als Zentrum führten dazu, daß darüber ein Gutachten des englischen Commonwealth-spezialisten Griffin eingeholt wurde. Dieser empfiehlt die Einrichtung einer Börse in Sambia und ist auch davon überzeugt, daß eine solche ausreichend beschäftigt werden könnte.¹⁾

Tab. 21: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung
in Sambia

	Brutto-Sozial- produkt in Mio Zt	Lebenshal- tungskosten 1958 = 100	Devisen- reserven in Mio US\$
1960	213,0	103	...
1961	207,0	104	...
1962	204,0	105	...
1963	214,2	104	...
1964	252,1	108	...
1965	305,5	116	73,5
1966	388,8	128	83,6
1967	...	134	83,9

Quellen: Bank of Zambia, Report 1965,
Report 1966;

IMF, International Financial Statistics, De-
cember 1967, Vol. XX, Nr. 12, S. 348 ff.

=====

1) Vgl. Bank of Zambia, Report 1966, a. a. O., S. 3;
anderer Meinung ist hier die Kreditanstalt für Wieder-
aufbau, die die Ansicht vertritt, daß bei dem geringen
Engagement der Banken im Inlandskreditgeschäft auch an
der Börse keine nennenswerten Transaktionen zustande-
kommen. Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Sambia,
a. a. O., S. 17

c) Bewertung der Zentralbankpolitik

Wie die gesamte wirtschaftspolitische Lage Sambias, so ist auch die währungspolitische Lage abhängig von der Entwicklung auf dem Kupferweltmarkt. Trotz eines ausgeglichenen oder leicht positiven Regierungshaushalts¹⁾ ist in Sambia seit 1963 eine zunehmend inflationäre Entwicklung zu beobachten. Die Ursache dafür liegt - nach Angaben der Zentralbank von Sambia - in den entsprechenden steigenden Weltmarktpreisen höheren Exporterlösen für Kupfer. Diese lösen wiederum gewerkschaftlichen Druck und damit ein Steigen der Lohnkosten aus, was sich über die kaufkräftigere Nachfrage verteuern auf das ganze Inlandspreisniveau auswirkt.²⁾ Seit 1964 sind die Preise um durchschnittlich 6 Punkte jährlich gestiegen.³⁾

Es ist schwierig, bei einem Bankenwesen mit einer so hohen Liquiditätsquote⁴⁾ Ansatzpunkte selbst für ein so gut ausgebautes administratives Instrumentarium wie jenes der Bank of Zambia zu finden. Es wäre jetzt die Aufgabe der Zentralbankpolitik, mit Hilfe von selektiven Maßnahmen die flüssigen Gelder in strukturell vorrangigen Objekten zu beschäftigen und über eine weitere Verbreitung der Geldwirtschaft im Innern des Landes auf eine Normalisierung des Geldwesens hinzuwirken. Erst dann werden sich auch Ansatzpunkte für das zentralbankpolitische Instrumentarium ergeben. In der gegenwärtigen Lage jedoch steht die Zentralbank dem schleichenden Verfall der Währung machtlos gegenüber.

1) Vgl. zur Verschuldung des Staates gegenüber dem Bankenwesen, Tab.

2) Vgl. Bank of Zambia, Report 1966, a. a. O., S. 4; Barclays Bank, Survey 1967, a. a. O., S. 75

3) Vgl. ebenda, S. 8 u. Tab. 22

4) Vgl. Tab. 10

Tab. 22: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Sambia
in Mio Zt per 30.6. eines jeden Jahres

	1965	1966	1967
A. Liquiditätsentwicklung			
I. Geldvolumen	33,96	46,88	56,73
a) Bargeldvolumen in Händen der Nichtbanken	7,93	10,77	15,47
b) Sichteinlagen	26,03	36,12	41,26
II. Sonstige wenige liquide Einlagen (Quasi-Money)	14,74	16,64	21,40
B. Ursachen			
I. Auslandsanlagen (net)	30,34	34,63	30,83
II. Inlandskredite	15,24	16,21	44,93
a) an die Regierung (net)	- 1,12	4,01	- 1,22
1. von der Zentralbank (net)	10,66	- 7,56	- 8,62
2. von den Geschäftsbanken (net)	9,47	11,57	6,70
b) an den privaten Sektor	16,43	22,21	46,85
III. Sonstige Geldanlagen (net)	- 3,12	- 2,68	- 2,37

Quellen: Bank of Zambia, Report 1965, Report 1966;
IMF, International Financial Statistics, Vol. XX, Nr. 12, S. 348 ff.,
December 1967

IV. Rhodesien

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Informationen aus Rhodesien sind äußerst lückenhaft. Genaue Zahlen über die wirtschaftliche Lage und Politik im allgemeinen und die Zentralbankpolitik im besonderen sind nicht zu erhalten. Ein jährlicher Zentralbankbericht der Reserve Bank of Rhodesia wird nicht publiziert, ebenso wenig wie wöchentliche Bilanzzahlen, Berichte oder Statistiken.¹⁾ Nach den vorliegenden Informationen hat Rhodesien trotz der Isolierung eine wirtschaftlich stabile Lage bewahren können. Der Regierungshaushalt 1966/67 schloß mit einem Überschuß von 3,8 Mio R£ ab.²⁾ Bei den intensiven Anstrengungen, den Export zu steigern, die Industrialisierung voranzutreiben und den Subsistenzcharakter in großen Teilen der Landwirtschaft zu überwinden, zeichnen sich Erfolge ab. Trotz des Aufrufes der UNO zum wirtschaftlichen Boykott fanden sich ausländische Abnehmer für die Hauptexportgüter Tabak, Mais und Baumwolle. Lediglich der Tabakexport ging spürbar zurück. Es sind Bemühungen im Gange, diese Exportlücke mit anderen Agrarprodukten zu schließen.³⁾

b) Zentralbankpolitik

Nachdem London eine weitere Kapitalversorgung Rhodesiens unterbunden hatte, ging die Reserve Bank of Rhodesia im Jahr 1966 daran, die Lage der Geschäftsbanken zu erleichtern, indem sie die Mindestreserveanforderungen verringerte. Gleichzeitig führte sie Kreditselektionen ein. Die Banken wurden angewiesen, den Kredit für den privaten

1) Vgl. o. V., Sanctions and Rhodesia, a. a. O., S. 52; vgl. oben S. 162 f. Es besteht hier eine Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Vorschriften und der tatsächlichen Praxis.

2) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1968, a. a. O., S. 65

3) Vgl. ebenda, S. 60

Sektor, insbesondere für konsumptive Zwecke und für den Handel einzuschränken und stattdessen Kreditanträge von Exporteuren und für Exportprodukte der Landwirtschaft bevorzugt zu behandeln.¹⁾ Auch für die Finanzierung der Tabak-Ernte wurde Vorsorge getroffen. Die Zentralbank von Rhodesien wies jedoch die Geschäftsbanken an, bei der Erntefinanzierung für Tabak sehr vorsichtig zu verfahren, da jede längerfristige Refinanzierung bei der Zentralbank, die zugesagt wurde, inflationäre Wirkungen haben würde.²⁾

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Über das Ergebnis dieser zentralbankpolitischen Schritte fehlen die Zahlen. Es kann aber gesagt werden, daß die Zentralbank von Rhodesien um die Stabilität der Währung im Innern des Landes besorgt ist und den ihr vom Gesetzgeber geschneiderten weiten Spielraum auch für solche administrative Maßnahmen ausnützt, die im Gründungsgesetz nicht ausdrücklich als erlaubte Mittel der Zentralbankpolitik genannt sind, die aber auch nicht ausdrücklich verboten sind.

V. Uganda

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Etwa zwei Drittel des Sozialprodukts³⁾ Ugandas werden im Agrarsektor erzielt, während der industrielle Bereich der Wirtschaft nur mit 7 % zur inländischen Wertschöpfung beiträgt.⁴⁾ Die Hauptexportgüter Ugandas sind Kaffee, Baumwolle, Tee und Kupfer. Bei einem Bevölkerungszuwachs von

1) Vgl. o. V., Sanctions and Rhodesia, a. a. O., S. 53

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. Tab. 23

4) Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderbericht Uganda, Frankfurt/M., 30. März 1966, S. 2

ca. 2,5 % im Jahr¹⁾ ergab sich 1965 ein reales Wachstum von 4,8 %, 1966 von 6,4 % und für 1967 wurde ein Zuwachs des Bruttosozialprodukts zu Faktorkosten von 2,6 % geschätzt.²⁾ Der Lebensstandard der Ugander hat sich damit in den letzten Jahren leicht erhöht, für 1967 muß allerdings mit einer Stagnation gerechnet werden.

Die allgemeine politische Lage ist angespannt; nur die starke Persönlichkeit des Präsidenten, Dr. Milton Obote, hat bisher schwerwiegendere Unruhen verhindert. Im Jahr 1966 wurde von Obote nach schweren innenpolitischen Unruhen das Parlament aufgelöst und in 1967 eine neue Verfassung durchgesetzt. Diese erklärte Uganda zu einer Republik unter einem Präsidenten mit sehr weitreichenden Exekutivrechten.³⁾ Während bis 1966 die Wirtschaftspolitik mehr privatwirtschaftlich orientiert war, hat sich seit diesem Zeitpunkt ein mehr planwirtschaftlicher Charakter durchgesetzt. China gibt großzügig Kredite und hat einen starken Einfluß in Uganda.⁴⁾

b) Zentralbankpolitik

Im Mittelpunkt der Zentralbankpolitik der Bank of Uganda stand im ersten Jahr ihres Bestehens das Problem der Devisenreserven.⁵⁾ Die Zentralbank schreibt dazu: "The level of the reserves has dictated a monetary and credit policy aimed at avoiding any unnecessary increase in demand not matched by receipts of exchange."⁶⁾

1) Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderbericht Uganda, Frankfurt/M., 30. März 1966, S. 2

2) Vgl. Bank of Uganda, First Report for the Year 1966 - 1967, S. 39, Tab. 11

3) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1968, a.a.O., S. 84

4) Vgl. Geiler, H. F., Drei neue Zentralbanken in Afrika, a. a. O., S. 1015

5) Vgl. zur Entwicklung der Devisenreserven Tab.

6) Vgl. Bank of Uganda, First Report for the Year 1966 - 1967, S. 17

Die Zentralbank trachtete danach, daß die Kreditvergabe im Lande nur in dem Maße ausgeweitet werde, wie dies die Zahlungsbilanzentwicklung zuläßt. Bis zur Auflösung des ostafrikanischen Währungsgebietes in die drei Teilräume refinanzierten sich die Banken Ugandas bei ihren Zentralen in London und Nairobi. Ihre Ausleihungen überstiegen durch diese Rückendeckung die Einlagen. Zweifel in die währungspolitische Zukunft Ugandas und hohe Zinsen in London veranlaßten die Geschäftsbanken, sich während der durch die Erntezeit saisonal bedingten Steigerung der Kreditnachfrage um Rückfinanzierungsmöglichkeiten bei der neugegründeten Zentralbank zu bemühen und ihre Überziehungen in London so klein wie möglich zu halten. Um ein zu starkes Ansteigen der Geldmenge und damit der Importe zu vermeiden, lehnte die Zentralbank Ugandas zunächst jede Rediskontierung der Erntewechsel ab und forderte die Banken auf, sich die nötigen Mittel durch einen Verkauf ihrer Devisen an die Zentralbank zu besorgen. Ab Januar 1967 verbesserten sich die Devisenreserven Ugandas so stark,¹⁾ daß die Zentralbank den Geschäftsbanken Rediskontkontingente einräumte.²⁾ Der Rediskontsatz beträgt seither unverändert 5 % für die ersten 5 Mio US\$ und für weitere Rediskontkredite 6 %.

Trotz einer Zunahme der Devisenreserven im ersten Halbjahr des Jahres 1967, schien der Regierung von Uganda ein weiteres Anwachsen wünschenswert. Der Finanzminister wies daher die Bank of Uganda an, die folgenden restriktiven Maßnahmen durchzuführen:³⁾

1) Vgl. Tab. 23

2) ebenda

3) Vgl. Bank of Uganda, Report 1966/67, a. a. O., S. 18

Tab. 23: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung
in Uganda

	Brutto-Sozial- produkt in Mio USh	Lebenshal- tungskosten 1958=100	Devisen- reserven in Mio USh
1960	3.042	95	...
1961	3.128	110	...
1962	3.134	95	...
1963	3.516	97	...
1964	3.900	105	...
1965	4.460	123	...
1966	4.860	117	68,7
1967	...	128	180,8

Quelle: Bank of Uganda, Report 1966/67, S. 28 ff.

IMF, International Financial Statistics,
December 1967, Voll. XX, Nr. 12, S. 198 ff.

- =====
1. Die Geschäftsbanken sollten angewiesen werden, ihre Kredite für weniger wichtige Projekte um 5 % zurückzuführen. Davon nicht betroffen sind Kredite für die Landwirtschaft, den Bergbau, die Versorgungsbetriebe, die Transportleistungen, das Bauwesen und die industrielle Fertigung.
 2. Kredite für zollpflichtige Importwaren sollen auf Grund einer Anweisung der Bank of Uganda auf 75 % des Wertes dieser Waren limitiert werden.
 3. Die Geschäftsbanken sollen angehalten werden, Importakkreditive nur bis zu 80 % des ausmachenden Betrages zu beleihen, unter der Voraussetzung, daß der Bankkunde vor Eröffnung des Akkreditivs 20 % der Rechnungssumme in bar hinterlegt.

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit wandte die Zentralbank von Uganda ihre harten administrativen Mittel mehr oder weniger unter dem Druck der Regierung an. Wenn auch das Ziel, ein Zahlungsbilanzgleichgewicht aufrecht zu erhalten, richtig ist,¹⁾ so erscheint es doch nicht ganz gerechtfertigt, daß ausgerechnet die Erntefinanzierung als Druckmittel gebraucht wird, um die Geschäftsbanken zur Abgabe ihrer Devisen zu zwingen. Dabei ist zu bedenken, daß es der Export der landwirtschaftlichen Produkte war, der bei steigenden Weltmarktpreisen in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße dazu beigetragen hat, daß die Handelsbilanz stark positiv wurde und der verhindert hat, daß die Zahlungsbilanz schon vor 1964 defizitär wurde.

Diese im Jahr 1967 ergriffenen Maßnahmen zielen gegen die Konsum- und Importfinanzierung und sind damit begründet, daß der mögliche saisonale Abfluß von Devisen schon im Keim erstickt werden soll. Der Verdacht, daß durch diese Maßnahmen eher die zunehmende Auslandsverschuldung der Regierung²⁾ kompensiert werden soll, läßt sich dabei nicht ganz unterdrücken. Leider kann diese These mit keinen exakten neuen Zahlen belegt werden.

VI. Kenia

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Kenias Wirtschaft ist weitgehend abhängig von der landwirtschaftlichen Produktion. Hauptanbauprodukte sind Kaffee, Tee und Sisal. Die Landwirtschaft ist relativ gut entwickelt. Moderne Bebauungsmethoden haben schon

1) Vgl. dazu auch o. V., East African Currency Board vor der Liquidation, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19. Jg., 1966, S. 154

2) Vgl. Barclays Bank, C.D.O., Survey 1968, a. a. O., S. 88 f.

Ende der 50er Jahre die Subsistenzwirtschaft abgelöst.¹⁾ Durch das starke europäische Element in Kenia ist der Entwicklungsstand dieses marktwirtschaftlich orientierten Landes relativ hoch und Kenia hat vor allem auf die ostafrikanischen Staaten Uganda und Tansania eine starke wirtschaftliche Ausstrahlungskraft.²⁾

Begünstigt durch das Wetter und eine gute Ernte wuchs das Brutto-Sozialprodukt im Jahr 1966 um ca. 11 %, gegenüber einem Anstieg von nur ca. 2,5 % im Jahr 1965.³⁾ Für das Jahr 1967 wurde ein weiteres Anwachsen um ca. 6 % erwartet.⁴⁾ Da die Lebenshaltungskosten in dem gleichen Zeitraum nur mit einer jährlichen Rate von ca. 3 % stiegen⁵⁾, hat sich das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 1966 und 1967 beträchtlich erhöht.

Tab. 24: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Kenia

	Brutto-Sozial- produkt in Mio KSh	Lebenshal- tungskosten 1958=100	Devisen- reserven in Mio KSh
1960	4.510	102	...
1961	4.494	104	...
1962	4.882	107	...
1963	6.580	109	...
1964	7.040	107	...
1965	7.220	113	...
1966	7.960	117	477
1967	...	121	588

Quellen: Central Bank of Kenya, Report 1968;
IMF, International Financial Statistics,
December 1967, Vo. XX, Nr. 12, S. 106 ff.

- =====
- 1) Vgl. Crick, W. F., Hrsg. Banking Systems, a. a. O., S. 386 f.
 - 2) Vgl. Jantzen, D., Das letzte Kapitel in Afrika, in Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 5, Mai 1962, S. 280; o. V., Die Neuordnung der Ostafrikanischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 2
 - 3) Vgl. Tab. 24
 - 4) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1967, a. a. O., S. 92 und Survey 1968, a. a. O., S. 77
 - 5) Vgl. Tab. 24

b) Zentralbankpolitik

Als bisher wichtigste zentralbankpolitische Maßnahme führte die Central Bank of Kenya im Dezember 1966 ein Rückfinanzierungsprogramm für Erntewechsel ein, welches das "Crop Finance Scheme" des East African Currency Boards ersetzte und ausbaute. Für die Erntewechsel ist ein seit-her unveränderter Rediskontsatz von 5 % festgelegt worden. Der Satz für die sonstigen Wechsel liegt um ein halbes Prozent höher. Von den Möglichkeiten, welches dieses Erntefinanzierungsprogramm den Banken bietet, wurde bisher entsprechend der sehr liquiden Lage der Banken nur in bescheidenem Umfang Gebrauch gemacht. Im Januar 1967 erreichte die Inanspruchnahme der Zentralbank einen Höchststand von 450.000 K£, um danach wieder ständig abzunehmen und im Juni 1967 ganz auszulaufen.

Für die Zukunft hat sich Kenias Zentralbank vorgenommen, den durch die zunehmende Aktivität der Börse von Nairobi sich herausbildenden Kapitalmarkt durch eine Aufklärungsaktion für die Anlagemöglichkeiten zu unterstützen.¹⁾ Durch die Ausstrahlungskraft eines leistungsfähigen Kapitalmarktes könnte sich Nairobi in der 1967 gegründeten "Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft" zu einem Finanzzentrum entwickeln.²⁾

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Im ersten Jahr ihres Bestehens (1966) konnte sich die Zentralbank Kenias noch ganz ihrem eigenen Aufbau widmen. Die günstige allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Landes förderte eine Expansion des Bankenwesens auch oh-

1) Vgl. Central Bank of Kenya, Report 1966/67, S. 12

2) Vgl. o. V., Die Neuordnung der Ostafrikanischen Gemeinschaft, in: Mitteilungen der Vereinigten Wirtschaftsdienste GmbH, in Zusammenarbeit mit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 138, 17. Jg., Nov. 1967, S. 6; o. V., Afrikanischer Dreibund, Die EWG macht Schule, in: Die Zeit, Nr. 49 v. 8.12.1967, S. 8

ne die Hilfestellung der Zentralbank. Das private Einlagenaufkommen stieg bis zum Juni 1967 um 9 Mio. K£, während die Ausleihungen nur um 6 Mio. K£ anwuchsen. Dadurch sank das Verhältnis der privaten Ausleihungen zu den privaten Einlagen von 89 % auf 86 %.¹⁾ Hier mußten Regierung und Zentralbank strukturell tätig werden und neue Anlagemöglichkeiten für die flüssigen Gelder der Geschäftsbanken schaffen. Dieses Problem scheint auch von der Zentralbank Kenias erkannt zu sein.²⁾ Für politische Maßnahmen in dieser Richtung ist freilich ein längerer Zeitraum als ein Jahr nötig.

1) Vgl. CentralBank of Kenya, Report 1967, S. 11

2) Vgl. ebenda

B. Sierra Leone mit einer Zentralbank vom Typ
"Währungsbehörde, Zentralbank und Währungs-
autorität"

Sierra Leone ist das einzige Land der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth, welches über eine Zentralbank von diesem Typ verfügt.

I. Wirtschaftliche Verhältnisse

Sierra Leone ist hauptsächlich ein Agrarland. Vier Fünftel der Bevölkerung ist direkt von der Landwirtschaft abhängig.¹⁾ Hauptanbauprodukt ist Reis. Die Landwirtschaft befindet sich jedoch noch im subsistenzuellen Bereich und ist noch kaum in dem monetären Bereich vorgedrungen. Agrarprodukte werden kaum exportiert. Deshalb war Sierra Leone - anders als die meisten übrigen afrikanischen Commonwealthländer - bisher auch noch nicht gezwungen, ein Finanzierungsprogramm etwa auf Wechselbasis für die Ernte und Ausfuhr des Überschusses der Agrarproduktion zu entwickeln. Der Export des Landes beruht überwiegend auf Diamanten und Eisenerzen.

Die Abhängigkeit Sierra Leones von London ist auch heute noch sehr groß. Etwa Vierfünftel des Exports gehen in das Vereinigte Königreich²⁾ und etwa die Hälfte der Importe werden von dort bezogen²⁾.

Sowohl die bedeutenderen Unternehmen wie auch die drei Geschäftsbanken refinanzieren sich in London und nicht in Sierra Leone. Die Gesamtverbindlichkeiten gegenüber London betrugen gegen Ende des Jahres 1966 5,9 Mio. Le bei einem absoluten Höchststand von 7,0 Mio Le im Dezember 1964.³⁾ Die Bank of Sierra Leone schreibt dazu: "Although

1) Vgl. Crick, W. F., Hrsg., Banking Systems, a. a. O., S. 382

2) Vgl. ebenda, S. 382

3) Vgl. Bank of Sierra Leone, Annual Report for the Year Ended December 1966, Freetown 1967, S. 28

facilities exist for commercial banks to re-discount Government and other securities with the Central Bank so far the commercial banks have elected to supplement their credit operations by borrowing from their head offices overseas."¹⁾

II. Zentralbankpolitik

Hauptziel der Bank of Sierra Leone ist es, eine weitere Verringerung der ausländischen Währungsreserven zu verhindern und die monetäre Abhängigkeit gegenüber London durch eine zunehmende Integration des Geld- und Kreditwesens im Inland zu beseitigen.²⁾ Von 1963 bis 1966 dauerte die Aufbauphase der Bank of Sierra Leone, in welcher sie keine bemerkenswerte zentralbankpolitische Aktivität zeigte.

Im Jahr 1966 stieg das gesamte Kreditvolumen in Sierra Leone um 22,5 %.³⁾ Die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für zusätzlichen Kredit war jedoch relativ gering. Die Kreditausweitung, die damit vor allem zu Lasten des Staates ging,⁴⁾ war durch eine Abnahme der Devisenreserven um 1,4 Mio Le und einem Währungsverfall von ca. 5 % begleitet.⁵⁾

In dieser Situation bediente sich die Bank of Sierra Leone des Instruments der Variation der Mindestliquiditätsrate. In drei Etappen wurde der Satz um 100 % von 15 % auf 30 % heraufgesetzt. Die stufenweise Anhebung erfolgte in der Zeit zwischen dem 30. November 1966 und dem 31. Januar 1967.

1) Vgl. Bank of Sierra Leone, Annual Report for the Year Ended December 1966, Freetown 1967, S. 28

2) In dem Bemühen, die einheimischen Kapitalquellen zu mobilisieren, und um die Vormachtstellung der "expatriate banks" zu brechen, wurde 1967 eine nationale Entwicklungsbank gegründet mit über 50%iger Beteiligung der Bank of Sierra Leone. Vgl. Barclays Bank, Survey 1968, a. a. O., S. 122

3) Vgl. Tab. 26

4) Vgl. ebenda

5) Vgl. Tab. 25

Tab. 25: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung
in Sierra Leone

	Brutto-Sozial- produkt in Mio Le	Lebenshal- tungskosten 1958 = 100	Devisen- reserven in Mio US\$
1960	...	102	13,6
1961	...	107	13,9
1962	...	106	14,6
1963	216	107	14,9
1964	245	119	19,1
1965	261	124	21,3
11966	...	130	19,2
1967	...	138	17,1

Quellen: Bank of Sierra Leone, Annual Report for the
Year Ended December 1966;

IMF, International Financial Statistics,
December 1967, Vol. XX, Nr. 12, S. 266 ff.

Da die Schatzwechsel unter den liquiden Mitteln am besten verzinst werden, wurden sie von den Banken als Folge der Anhebung der Liquiditätsrate in verstärktem Maße gekauft. In den letzten fünf Monaten des Jahres 1966 stieg der Bestand der Geschäftsbanken an Schatzwechseln von 0,5 Mio Le auf 1,6 Mio Le.¹⁾ Die Geschäftsbanken haben damit in steigendem Maße zur Defizitfinanzierung der Regierung beigetragen, statt vorher 10 %, hielten sie Anfang 1967 28 % sämtlicher umlaufenden Schatzwechsel in ihrem Portefeuille.²⁾

1) Vgl. Bank of Sierra Leone, Report 1966, a. a. O., S. 32

2) Vgl. ebenda, S. 35

III. Beurteilung der Zentralbankpolitik

Neben der stärkeren Beteiligung der Banken an der Regierungsfinanzierung¹⁾ sollten die Geschäftsbanken 1966/67 durch eine Abschöpfung ihrer flüssigen Mittel dazu gezwungen werden, ihre Ausleihungen durch eine verstärkte Kapitaleinfuhr aus Übersee zu finanzieren. Ebenso sollten die Industrie- und Handelsfirmen dazu veranlaßt werden, mehr Mittel aus Übersee zu mobilisieren. Ob die Heraussetzung der Mindestliquiditätsrate einen Erfolg im Hinblick auf die Devisenreserven gebracht haben, kann noch nicht beurteilt werden, da noch keine neuen Zahlen vorliegen. Bisher kann mit dem "Overseas Survey" der Barclays Bank nur gesagt werden, daß sich im Jahr 1967 die Handelsbilanz Sierra Leones leicht verbessert hat, und die Regierung daher auf einschneidendere Maßnahmen zur Devisenkontrolle verzichtet hat.²⁾

Festzustellen ist jedoch, daß die Abhängigkeit Sierra Leones vom Londoner Geld- und Kapitalmarkt auch heute noch sehr groß ist. Sowohl die bedeutenderen Unternehmen wie auch die drei Geschäftsbanken refinanzieren sich zu einem großen Teil in London und nicht in Sierra Leone. Die Gesamtverbindlichkeiten London gegenüber betrugen gegen Ende des Jahres 1966 5,9 Mio. Le bei einem absoluten Höchststand von 7,0 Mio Le im Dezember 1964.³⁾

Damit ist der Zentralbank bisher noch nicht gelungen, das Bankenwesen in Sierra Leone durch den Aufbau eines eigenen Geld- und Kapitalmarktes vom Londoner Kreditmarkt unabhängig zu machen und im Inland Ansatzpunkte für ihre bankmäßigen zentralbankpolitischen Mittel zu schaffen.

1) Vgl. Tab. 26

2) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1968, a. a. O., S. 118

3) Vgl. Bank of Sierra Leone, Report 1966, S. 28

Tab. 26: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Sierra Leone
per 30.6. eines jeden Jahres, in Mio Le.

	1964	1965	1966	1967
A. Liquiditätsentwicklung	<u>20,32</u>	<u>24,18</u>	<u>22,95</u>	<u>22,96</u>
I. Geldvolumen				
a) Bargeldvolumen in Händen der Nichtbanken	12,31	14,54	15,55	15,32
b) Sichteinlagen	8,01	7,87	7,17	7,05
II. Sonstige weniger liquide Einlagen (Quasi-Money)	<u>6,54</u>	<u>7,33</u>	<u>8,44</u>	<u>9,36</u>
B. Ursachen				
I. Auslandsanlagen (net)	7,24	<u>11,09</u>	<u>10,50</u>	<u>6,72</u>
II. Inlandskredite	<u>19,37</u>	<u>18,33</u>	<u>20,46</u>	<u>25,81</u>
a) an die Regierung (net)	<u>3,04</u>	<u>2,15</u>	<u>4,98</u>	<u>11,42</u>
1. von den Zentralbanken (net)	3,04	2,65	4,87	9,51
2. von den Geschäftsban- ken (net)		- -,50	-,11	1,91
b) an den privaten Sektor	<u>16,33</u>	<u>16,68</u>	<u>15,48</u>	<u>14,39</u>
III. Sonstige Geldanlagen (net)	<u>- 0,25</u>	<u>- 1,58</u>	<u>- -,43</u>	<u>- -,21</u>

Quellen: Bank of Sierra Leone, Annual Report for the Year Ended December 1966;
IMF, International Financial Statistics, December 1967, Vo. XX,
Nr. 12, S. 266 ff.

Die alleinige Anwendung des Mittels der Variation der Mindestliquiditätsrate und die damit verbundenen Empfehlungen der Zentralbank an die Geschäftsbanken zeigen, wie sehr das Bankwesen in Sierra Leone noch in den Kinderschuhen steckt und wie abhängig es noch von dem Geschehen in London ist.

Es wird wohl noch lange dauern, bis sich in diesem Land ein eigenständiges Geld- und Kreditwesen entwickelt hat und die Zentralbank ihr ganzes Instrumentarium ausspielen kann. Selbst für die ihr zur Verfügung stehenden administrativen Mittel fanden sich bisher noch keine rechten Ansatzpunkte. Geis bezweifelt die Wirksamkeit der selektiven Mittel, da durch die mehrstufigen Kreditbeziehungen außerhalb des organisierten Bankenwesens in Sierra Leone jedes administrative Vorgehen der Zentralbank umgangen werden kann.¹⁾

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 189

C. Länder mit einer Zentralbank vom Typ
"Zentralbank und Währungsautorität"

Diese Gruppe wird von den drei Ländern Malawi, Nigeria und Mauritius gebildet.¹⁾ Die Reihenfolge, in welcher diese Länder aufgeführt sind, spiegelt die zunehmende Bedeutung der Währungsautorität als zentralbankpolitisches Mittel und die entsprechende Abnahme der übrigen Mittel wieder. Die Zentralbank von Mauritius hat erst am 14. August 1967 ihre Geschäfte aufgenommen und wird auch noch einige Zeit benötigen, bis sie sich voll etabliert hat.²⁾ Über die Politik der Bank of Mauritius läßt sich daher noch nichts sagen.

I. Malawi

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Malawi ist eines der ärmsten Länder in ganz Afrika und das absolut ärmste der hier behandelten Commonwealth-Länder, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr. Der Durchschnittsbürger in Malawi muß mit umgerechnet etwa DM 150,-- im Jahr auskommen.³⁾ Malawi ist ein Agrarstaat, in welchem der überwiegende Teil der Bevölkerung von der Subsistenzwirtschaft lebt. Die wichtigsten Ausfuhr Güter sind Tabak, Tee, Erdnüsse und Baumwolle. Die Ausfuhr reicht nicht aus, um die vor allem aus industriell gefertigten Konsumgütern bestehenden Einfuhren zu decken. Die Konsumquote übersteigt seit Jahren das Bruttoinlandsprodukt.⁴⁾ Der Regierungshaushalt ist ebenfalls seit Jahren defizitär, für das Jahr 1967 wurde ein Defizit von 4,6 Mio £ bei einem Gesamtvolumen von 18,8 Mio £ errech-

1) Vgl. oben S. 170

2) Vgl. hierzu Mauritius Legislative Assembly, a. a. O., S. 5

3) Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderbericht Malawi, Frankfurt/M., 16. Dezember 1964, S. 2

4) Vgl. ebenda, S. 3

net.¹⁾ Ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm für die Jahre 1968/70 ist mit über 40 Mio £ veranschlagt.²⁾ Haupt-handelspartner und Gläubigerland ist England. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer politisch gespannten Lage ist Malawi zuversichtlich für die Zukunft und vertraut auf die Hilfe der Industrieländer bei der Verwirklichung des Entwicklungsplanes, um von einer bisher stagnierenden Wirtschaftsentwicklung zu einem realen Wirtschaftswachstum zu gelangen.

b) Die Zentralbankpolitik

Bis zur Mitte des Jahres 1967 war die Zentralbank von Malawi primär damit beschäftigt, sich selbst zu etablieren, während die Geschäftsbanken sich weiterhin im wesentlichen nur auf die Finanzierung des Auslandsgeschäftes beschränkten und in London refinanzierten. Erst im Jahr 1967 beteiligten sie sich auf Bitten der Zentralbank hin stärker an der Finanzierung des "Marketing Boards". Als im Verlauf des Jahres 1967 die Rediskontrate in London einen Höchststand von 8 % erreichte, erhöhten die Geschäftsbanken in Malawi ihren Soll-Zinssatz von 6 1/2 auf 7 % und refinanzierten sich stärker bei der Reserve Bank of Malawi, welche die eingereichten Erntewechsel mit 4 1/2 % rediskontierte.³⁾ Damit wurde die Zentralbank Malawis zum ersten Mal stärker von den Geschäftsbanken in Anspruch genommen. Bei einem Höchststand der Ausleihungen der Geschäftsbanken von 10,4 Mio £M wurde die Zentralbank mit 1,9 Mio £M zur Refinanzierung herangezogen.⁴⁾

1) Vgl. Barclays Bank D.C.O., Survey 1968, a. a. O., S. 59

2) Vgl. ebenda, S. 51

3) Vgl. Reserve Bank of Malawi, Annual Report and Statement of Accounts 1967, S. 6

4) Vgl. ebenda, S. 14 ff., Tab. 2 und Tab. 3

Im November 1967 zog Malawi bei der Abwertung des £ Sterling mit.¹⁾ Seit dieser Zeit besteht keine Parität mehr mit den früheren Föderationsländern Rhodesien und Sambia.³⁾

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Außer dem Einsatz der Währungsautorität, um die Ausweitung der landwirtschaftlichen Kredite zu erreichen, ist die Zentralbank von Malawi bisher noch nicht nennenswert zentralbankpolitisch aktiv geworden. Diese Aktion war jedoch einigermaßen erfolgreich. Einschränkend ist zu sagen, daß der Zinsanstieg in London sicher nicht unwesentlich zum Erfolg beigetragen hat. Auch auf dem gewerblichen Sektor, der bisher nur zu ca. 10 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt,³⁾ wären zusätzliche Investitionen notwendig. Eine gezielte Kreditlenkung könnte hier weiterhelfen. Bei der starken Orientierung der Geschäftsbanken auf London und der schwachen Inanspruchnahme der Reserve Bank of Malawi⁴⁾ ist eine solche Politik jedoch nur schwer zu verwirklichen. Auch das gute Einvernehmen der Zentralbank mit den Geschäftsbanken wird diese Aufgabe nicht sehr viel leichter gestalten.

Tab. 27: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Malawi in Mio Mt

	Bruttosozial- produkt	Devisen- reserven	Geldvolumen
1964	58,1	...	...
1965	68,9	9,1	10,0
1966	76,4	6,8	11,2
1967	83,4	6,8	12,8

Quelle: Reserve Bank of Malawi, Economic and Financial Review, Vol. 1, Nr. 1, September 1968

1) Vgl. Tab. 1

2) Vgl. Tab. 2

3) Vgl. Barclays Bank, D.C.O., Survey 1968, a.a.O., S. 51 ff.

4) Vgl. Tab. 13 und Reserve Bank of Malawi, Report 1967, S. 6 ff.

II. Nigeria

a) Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Föderation von Nigeria, mit den drei teilweise autonomen Mitgliedstaaten Nord-, Ost- und West-Nigeria, wurde 1960 unabhängig. Nigeria ist vor allem ein Agrarstaat. Die Landwirtschaft trägt zu mehr als 50 % zum nationalen Einkommen bei und bestreitet ca. 85 % der gesamten Exporte Nigerias.¹⁾ Die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind Kakao, Palmenkerne und Palmenöl, Gummi und Baumwolle. Bodenständige Industrien sollen entwickelt werden, bisher ist ihr Beitrag zum nationalen Einkommen jedoch noch sehr gering. Im Jahre 1958 wurden in Nigeria Mineralölvorkommen entdeckt. Deren Abbau ist von ständig steigender Bedeutung für das Land. Er scheint auch in dem noch anhaltenden Krieg zwischen Nigeria und der ehemaligen Ostregion, die sich am 30. Mai 1967 unabhängig erklärt hat²⁾, eine Rolle zu spielen. Dieser Krieg wirkt sich äußerst negativ auf die gesamte wirtschaftliche - einschließlich der monetären - Lage aus. So sind, wie Tab. 28 zeigt, allein im Jahr 1967 die Devisenreserven Nigerias um 76 Mio N£ = 38 % gesunken.

b) Zentralbankpolitik

Die Central Bank of Nigeria mußte sich nach ihrer Gründung zunächst darum bemühen, Ansatzpunkte für ihr zentralbankpolitisches Instrumentarium, in welchem nahezu keine administrativen Mittel enthalten sind, zu schaffen. Dazu war es notwendig, einen funktionsfähigen in-

1) Vgl. Crick, W. F., Banking Systems, a. a. O., S. 359

2) Vgl. Holzer, W., Biafra fühlt sich von Afrika verraten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, vom 31.1.1968, S. 7

ländischen Geld- und Kapitalmarkt aufzubauen. Dieser sollte zugleich auch die Finanzierung der öffentlichen Hand und der Marketing Boards erleichtern.¹⁾ Die Zentralbank von Nigeria trachtete daher am Anfang vor allem danach, Handels- und Schatzwechsel als Finanzierungs- und Anlageinstrument in Nigeria attraktiv zu machen, um so die Überseeanlagen und die Refinanzierung in London allmählich abbauen zu können.

Erst 1962/63 begann ein zögernder Rediskont von Handelswechseln, nachdem die Zentralbank zusammen mit den Marketing Boards ("Western" und "Northern") ein Wechselfinanzierungsprogramm für die Erntefinanzierung eingeführt und den Geschäftsbanken dabei sehr verbilligte Rediskontmöglichkeiten ($2 \frac{3}{4} \%$ gegenüber normal $5 \frac{1}{2} \%$) eröffnet hat.²⁾ Bis zu diesem Zeitpunkt finanzierten sich die Marketing Boards durch Überbrückungskredite bei ihren Londoner Hausbanken.

Seit ihrem Bestehen sieht sich die Central Bank of Nigeria einem ständigen Zahlungsbilanzungleichgewicht gegenüber.³⁾ Doch erst gegen Ende des Jahres 1964 beschloß sie, mit einer restriktiven Zentralbankpolitik dagegen vorzugehen, nachdem Staatsverschuldung, Kreditausweitung, steigende Preise und Löhne die Lage verschärft hatten. "Under the stimulus of rising wages, accelerated government deficit financing, and expanding credit to the private sector, a balance of payment crisis was no longer a potential, but a real threat."⁴⁾⁵⁾

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 150 f.

2) Vgl. ebenda, S. 151

3) Vgl. Tab. 28 und Central Bank of Nigeria, Annual Report and Statement of Accounts, for the Year Ended 31st December 1965, S. 10

4) Ebenda

5) Vgl. Tab. 28

Wie die Tabelle 29 zeigt, stiegen sowohl die private wie die öffentliche Inlandsverschuldung und damit die Geldversorgung bis Ende 1964 stark an, während die konsolidierten Auslandsguthaben sanken. Im Zusammenhang damit verschlechterte sich die Zahlungsbilanz gegen Ende 1964 überproportional. Hatte Nigeria Ende des zweiten Quartals 1964 einen Handelsbilanzdefizit von nur 8,3 Mio £N, so wuchs dieser bis Ende September 1964 auf 21,4 Mio £N an.¹⁾

In dieser Situation versuchte die Central Bank of Nigeria vor allem mit bankmäßigen Maßnahmen und dem Einsatz ihrer Währungsautorität den Schwierigkeiten zu begegnen.

Der Diskontsatz wurde im Dezember 1964 um 1 % auf 5 % heraufgesetzt. Dies wirkte sich bei der Bindung der Sollzinsen der Geschäftsbanken an den Zentralbanksatz auch auf die Geschäftsbankenkredite verteuernd aus. Obwohl die Habenzinsen der Geschäftsbanken nicht an den Diskontsatz gebunden sind, wurden auch diese angehoben, um die allgemeine Spartätigkeit anzuregen.²⁾ Der Diskontsatz für Agrarwechsel wurde um $1\frac{3}{4}$ % auf $4\frac{1}{2}$ %, der Satz für Handelswechsel um $\frac{1}{2}$ % auf 6 % und der Ausgabesatz für Schatzwechsel um 1 % auf $4\frac{1}{2}$ % erhöht. Mitte des Jahres 1965 wurde der Rediskontsatz für Agrarwechsel weiter auf 5 % erhöht. Diese Sätze gelten heute noch. Als Folge der Diskonterhöhung wurden nur noch zögernd Wechsel zum Rediskont eingereicht. Erst Mitte des Jahres 1967 erreichte der Wechselbestand der Zentralbank von Nigeria wieder den vor der Diskonterhöhung registrierten Spitzenwert von über 14 Mio £N.³⁾

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1965, S. 10

2) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1965, S. 10 ff.

3) Vgl. Central Bank of Nigeria, Economic and Financial Review, Vol. 5, Nr. 2, Dezember 1967, S. 19 f.

Der Gouverneur der Zentralbank von Nigeria forderte die Geschäftsbanken im Oktober 1964 in einem Brief auf, bei der gesamten Kreditausweitung eine Höchstgrenze von 15 % jährlich nicht zu überschreiten und insbesondere Zurückhaltung bei der Gewährung von Krediten zur Konsumfinanzierung zu üben. Vor allem Kredite für weniger wichtige Importe, für Teilzahlungsinstitute und für Private sollten beschränkt werden.

Diese Politik der Kreditrestriktion und Kreditselektion mit Hilfe der Währungsautorität wurde bei Fortgang der oben geschilderten wirtschaftlichen Entwicklung das ganze Jahr 1965 über fortgesetzt und im April 1966 sogar noch etwas verschärft. Die Höchstgrenze für die Kreditexpansion der Geschäftsbanken wurde auf 13 % jährlich gesenkt, während sich die Zentralbank selbst ein Limit von 17,6 % jährlich setzte. Mit besonderem Nachdruck wurden die Geschäftsbanken angehalten, Zurückhaltung bei Krediten für reine Konsumausgaben zu üben. Für Kredite an Finanzinstitute - gemeint sind vor allem Teilzahlungsinstitute -, Importeure von Konsumgütern und für private Konsumausgaben wurde innerhalb des Limits von 13 % eine Höchstgrenze von 4 % gefordert. Die Central Bank of Nigeria hoffte, durch die Beschränkung der Konsumentenkredite eine Kreditexpansion in Richtung auf die produktiven Wirtschaftszweige zu erreichen.¹⁾

Erst im November 1966, als die rezessive Tendenz deutlicher sichtbar wurde, hob die Zentralbank von Nigeria die Kreditlinie für die Geschäftsbanken auf und verzichtete auch auf spezielle restriktive Selektionen. Sie ermahnte lediglich die Geschäftsbanken, bei der Finanzierung von weniger wichtigen Importen und des konsumtiven Verbrauchs im allgemeinen etwas zurückhalten-

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1966, a. a. O., S. 12

der zu sein und dafür den produktiven Sektor, einschließlich der Landwirtschaft, großzügiger mit Krediten zu unterstützen.

Als einzige administrative Maßnahme wurde 1964 eine Änderung in der Zusammensetzung der zu haltenden liquiden Mittel verfügt. In der Liquiditätsrate von gleichbleibend 25 % durften ab diesem Zeitpunkt statt bisher 7 1/2 % nur noch 3 % der Depositen als Überseeanlagen gehalten werden. Im April 1966 wurde die Möglichkeit, Überseeanlagen in die vorgeschriebene Mindestliquiditätsrate einzubeziehen, gänzlich abgeschafft. Die Mindestliquiditätsrate blieb bei 25 %.

Tab. 28: Ausgesuchte Zahlen zur monetären Entwicklung in Nigeria

	Brutto-Sozial- produkt in Mio N£	Lebenshal- tungskosten 1958 = 100	Devisen- reserven in Mio US\$
1960	919	111	434
1961	1.049	117	370
1962	1.148	122	318
1963	1.154	122	207
1964	...	124	220
1965	...	130	221
1966	...	144	199
1967	...	141	121

Quellen: Central Bank of Nigeria, Report 1966, Economic and Financial Review, June 1967, December 1967; IMF, International Financial Statistics, December 1967, Vol. XX, Nr. 12, S. 234 ff.

=====

c) Beurteilung der Zentralbankpolitik

Der Erfolg der wegen des ungenügend ausgebauten Instrumentariums recht milden zentralbankpolitischen Maßnahmen ließ zunächst auf sich warten, so daß ein im August 1965 gegründeter Ausschuß für Zahlungsbilanzfragen (Official Committee on Balance of Payments) zusätzliche fiskalische und außermonetäre administrative Maßnahmen anordnete.¹⁾ Während sich die Zahlungsbilanzdefizite allmählich verringerten und die Zahlungsbilanz bis zum Ende des Jahres 1965 sogar einen Überschuß von 11,9 Mio £N aufwies,²⁾ nahm der inflationäre Druck im Inland immer mehr zu. Der durchschnittliche Preisindex ist im Jahr 1965 um 6 Punkte auf 130 (1958 = 100) gestiegen, während er sich in den vorhergehenden 8 Jahren jeweils nur um 2,6 Punkte erhöht hat.³⁾ Hier wirkte sich zum einen noch die relativ starke Geldausweitung in den vorangegangenen Jahren und zum anderen die ständig steigenden Haushaltsdefizite der Regierung aus. Die Zentralbank von Nigeria mußte dabei eine Erfahrung machen, die wohl keiner jungen Zentralbank erspart bleibt: Alle Kreditrestriktionen im privaten Bereich nützen nichts, wenn die Regierung keine antizyklische Ausgabenpolitik betreibt. In ihrem Bericht für das Jahr 1965 schreibt die Central Bank of Nigeria dazu: "The Bank's experience has clearly demonstrated the difficulty of administering a policy of credit restraint in the face of expanding government deficits. For while the Bank was endeavouring to restrain credit in the private sector, credit to the public sector, in its potentially inflationary form, was on the increase."⁴⁾⁵⁾

1) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1965, S. 11. Diese Maßnahmen umfaßten Zollerhöhungen bis zu 150 % für weniger wichtige Importe und Importbeschränkungen, insbesondere für Waren aus Japan und Hong-Kong.

2) Vgl. Central Bank of Nigeria, Report 1966, S. 11

3) Vgl. ebenda und Tab. 28

4) Central Bank of Nigeria, Report 1965, S. 13

5) Vgl. dazu Tab. 29

Tab. 29: Die Geldversorgung und darauf einwirkende Faktoren in Nigeria,
per 30.6. eines jeden Jahres in Mio ₦

	1964	1965	1966	1967
<u>A. Liquiditätsentwicklung</u>				
I. Geldvolumen	<u>123,9</u>	<u>137,5</u>	<u>150,6</u>	<u>169,2</u>
a) Bargeldvolumen in Händen der Nichtbanken	72,0	81,5	90,2	98,2
b) Sichteinlagen	51,9	56,0	60,4	71,0
II. Sonstige weniger liquide Einlagen (Quasi-Money)	<u>57,0</u>	<u>66,7</u>	<u>80,1</u>	<u>198,0</u>
<u>B. Ursachen</u>				
I. Auslandsanlagen (net)	<u>69,2</u>	<u>63,9</u>	<u>78,2</u>	<u>57,9</u>
II. Inlandskredite	<u>123,4</u>	<u>151,4</u>	<u>172,6</u>	<u>236,1</u>
a) an die Regierung (net)	<u>27,0</u>	<u>39,0</u>	<u>47,7</u>	<u>80,2</u>
1. von der Zentralbank (net)	11,9	23,3	30,2	49,1
2. von den Geschäfts- banken (net)	15,1	15,7	17,5	31,1
b) an den privaten Sektor	<u>96,4</u>	<u>112,4</u>	<u>124,9</u>	<u>155,9</u>
III. Sonstige Geldanlagen	<u>11,8</u>	<u>11,1</u>	<u>20,1</u>	<u>26,8</u>

Quellen: Central Bank of Nigeria, Annual Report, and Statement of
Accounts for the Year Ended 31st December 1964 - 66;

IMF, International Financial Statistics, December 1967,
Vol. XX, Nr. 12, S. 234 ff.

Im Verlauf des Jahres 1966 haben sich neben den wirtschaftlichen schon jene politischen und sozialen Schwierigkeiten bemerkbar gemacht, die sich im Jahr darauf zu dem noch andauernden fürchterlichen Bürgerkrieg ausweiten sollten. Dadurch wurde die allgemeine ökonomische Aktivität gehemmt, was zu geringeren Einnahmen der Regierung führte und so die ohnehin bestehende Lücke zwischen dem Haushaltsaufkommen und den geschätzten Ausgaben noch vergrößerte. Diese Faktoren zusammen ergaben im Verlauf des Jahres 1966 eine rezessive Tendenz in der Wirtschaftsentwicklung. Als konsequente Reaktion der Regierung und der Zentralbank darauf sind die seit Ende 1964 laufenden, restriktiven monetären und fiskalischen Maßnahmen gelockert und zum Teil aufgehoben worden. Dadurch war allerdings wieder erhöhte Gefahr für das Zahlungsbilanzgleichgewicht gegeben.

Für eine Zentralbank ist es nahezu unmöglich, auch wenn sie über mehr administrative Mittel als die Central Bank of Nigeria verfügt, in einer Kriegssituation die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Erst nach einer Normalisierung der allgemeinen politischen Verhältnisse besteht in Nigeria auch die Möglichkeit zu einer Normalisierung der monetären Verhältnisse.

2. Abschnitt: Probleme bei der Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

Die meisten Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer sind so jung, daß sie noch mitten in der eigenen Aufbauphase stecken. Diese Zentralbanken sind daher über Zentralbankpolitische Einzelaktionen noch nicht hinausgekommen. Lediglich die schon Ende der 50er Jahre ins Leben gerufenen Zentralbanken von Ghana und Nigeria haben die erste Konsolidierungsphase überwunden und bemühen sich mit einer umfassenden Zentralbankpolitik im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, die anstehenden Probleme zu lösen.

Die wichtigsten zentralbankpolitischen Probleme, denen sich die verantwortlichen Kräfte in den afrikanischen Commonwealthländern gegenübersehen, sind:

- A. Einseitigkeit des organisierten Kreditsektors,
- B. Rückständigkeit der finanziellen Infrastruktur,
- C. "Deficit Spending" des Staates und
- D. Anhaltendes Zahlungsbilanzdefizit.

Im folgenden wollen wir noch einmal in einem zusammenfassenden Überblick auf diese Probleme eingehen.

A. Einseitigkeit des organisierten Kreditsektors

Diese äußert sich in zweifacher Weise: 1. In der Bezo-genheit des Bankenwesens auf London und - teilweise dadurch bedingt - 2. in der Beschränkung der Kreditgewährung der Geschäftsbanken an den Staat und an den modernen Wirtschaftssektor, der überwiegend mit dem Außenhandelssektor identisch ist.

I. Bezogenheit des Geschäftsbankenwesens auf London

Der Banken- und Kreditsektor in den Commonwealthländern wird überwiegend von Geschäftsbanken beherrscht, die ihre Zentrale in London haben. Wenn auch diese durch die Auflösung der kolonialen Wirtschafts- und Währungsordnung zum Umdenken und zur verstärkten Anpassung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Länder, in welchen sie operieren, gezwungen wurden¹⁾, so ist doch ihre Machtposition durch den finanziellen Rückhalt bei den Muttergesellschaften noch sehr groß. Die Zentralbanken müssen daher bei ihren Maßnahmen die engen finanziellen Bindungen der Geschäftsbanken an das "Vereinigte Königreich" berücksichtigen. Dies erschwert ihre Aufgabe, da die Geschäftspolitik der ausländischen Banken durch bankmäßige zentralbankpolitische Maßnahmen kaum nachhaltig beeinflusst werden kann.

Es gibt nur sehr wenig einheimische Geschäftsbanken. Diese sind ohne eine kapitalstarke Zentrale im Ausland zwangsläufig abhängiger von den Zentralbanken und deren Politik als die ausländischen Geschäftsbanken. Wollen die Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer ihren Einfluß auf das Bankenwesen vergrößern und damit ihrer Geld- und Kreditpolitik eine größere Durchschlagskraft verleihen, so muß es ihr Bestreben sein, den Aufbau und die Entwicklung von einheimischen Banken zu fördern.

1) Vgl. Geis, H. G., a. a. O., S. 340 ff.; Nevin, a. a. O., S. 58 ff. und Jucker-Fleetwood, E. E., Money and Finance in Africa. The Experience of Ghana, Marocco, Nigeria, the Rhodesias and Nyasaland, the Sudan and Tunisia. From the Establishing of Their Central Banks Until 1962, London 1964, S. 128 ff.

II. Beschränkung bei der Kreditgewährung

In den untersuchten Ländern fällt auch die relativ hohe Liquidität des Bankensystems auf.¹⁾ Sie lag per 30.6.1967 einschließlich der Anlage in Handelswechseln zwischen 23 % und 50 %. In der Bundesrepublik Deutschland lag die Liquiditätsquote der Geschäftsbanken per 30.6.1967 einschließlich der Anlage in Handelswechseln bei ca. 11 %.²⁾ In einer solchen Situation ist es sehr schwer, eine erfolgreiche Zentralbankpolitik zu betreiben. Die Bemühungen der Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer (insbesondere Malawis, Sambias und Kenias), die Geschäftsbanken stärker zur Kreditierung inländischer Projekte zu bewegen, sind bisher weitgehend gescheitert. Die ausländischen Geschäftsbanken betätigen sich weiterhin vor allem in der immer schwieriger werdenden Außenhandelsfinanzierung. Unsichere politische Verhältnisse und das hohe Kreditrisiko³⁾ schrecken die Banken ab. Zunehmende Einlagen finden keine Anlage. Von den aufgezeigten Mitteln der Zentralbankpolitik können nur die "Währungsautorität" und gegebenenfalls die administrative Kreditselektion mit der Aussicht, die Geschäftsbanken zu einer positiven Änderung ihrer Kreditpolitik zu bewegen, eingesetzt werden. Hier müßten neue Mittel gefunden werden, wie etwa die Übernahme eines Teils des Kreditrisikos durch die Zentralbank, die Schaffung geeigneter Anlage- und Kreditsicherungsinstrumente oder die Förderung des Geschäftsbankensystems durch Subventionen oder/und großzügige Refinanzierungsmöglichkeiten.

1) Vgl. Tab. 10, S. 127

2) Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1967, S. 47

3) Vgl. zu den finanziellen Risiken in Entwicklungsländern Hahn, O., Probleme der Kapitalerhaltung in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftlichkeit - Wettbewerb - Werterhaltung, Vorträge des 19. Deutschen Betriebswirtschaftler Tages, Berlin 1966

Eine Möglichkeit, die Geschäftsbanken zu einer verstärkten Finanzierung von Inlandsobjekten zu bewegen, wäre eine gute Gewinnaussicht. Als in London gegen Ende des Jahres 1967 die Bankrate auf 8 % angehoben wurde, war in keinem afrikanischen Commonwealthland ein höherer Zins als 10 % für Ausleihungen zu erreichen¹⁾. Während das Zinsniveau in London, wo sich die meisten Geschäftsbanken primär refinanzieren, traditionell hoch ist, ist der für die Geschäftsbanken in den Commonwealthstaaten Afrikas zu erreichende Sollzins relativ niedrig. Daraus resultiert eine enge, oft ungenügende Zinsspanne. Der Grund dafür liegt in den durchweg niedrigen Diskontsätzen²⁾, die in den meisten Ländern das Zinsniveau bestimmen³⁾, sei es de facto oder de jure.

Das niedere Zinsniveau führt zu einer Spaltung des Kreditmarktes in einen organisierten und in einen unorganisierten Sektor.⁴⁾ In letzterem sind vor allem einheimische Kreditvermittler tätig. Während die Geschäftsbanken nur einwandfrei abgesicherte Kredite vergeben, geht der Kreditvermittler ein höheres Risiko ein, das er sich über einen entsprechenden Zinssatz gut honorieren läßt. Besonders betroffen von dieser Situation sind die Unternehmen des Zwischensektors, die zwar kreditwürdig sind und auch gute Gewinne erzielen, die aber nicht genügend Sicherheiten stellen können und daher von den Geschäftsbanken nicht bedient werden. Vom relativ niedrigen Zinsniveau dagegen profitieren der moderne Sektor der Wirtschaft, das ist vor allem der Außenhandel, und der Staat.⁵⁾

1) Vgl. Tabelle 12

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. dazu S. 132 ff.

4) Vgl. dazu Geis, H. G., a. a. O., S. 359

5) Vgl. ebenda

Es wäre nun die Aufgabe der Zentralbanken, die Gewinnmöglichkeiten den Kreditrisiken anzugleichen, um so die flüssigen Mittel in die produktiven Bereiche der Wirtschaft zu lenken. Mit diesem Problem sind die Zentralbanken der afrikanischen Commonwealthländer bislang noch nicht fertig geworden und es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß sich die Situation in naher Zukunft ändern könnte.

B. Rückständigkeit der finanziellen Infrastruktur

Die Anwendbarkeit der zentralbankpolitischen Mittel ist durch die Rückständigkeit der finanziellen Infrastruktur¹⁾, die durch einen relativ hohen Bargeldumlauf gekennzeichnet ist, begrenzt. Der Giralgeldschöpfungsmultiplikator ist niedrig. Bankmäßige zentralbankpolitische Mittel stehen zwar zur Verfügung, aber die Märkte, über welche interveniert werden könnte, fehlen.

Die Zentralbanken müssen diese erst aufbauen. Durch Werbung, Unterweisung und Aufklärung muß zuvor das Verständnis für das Geld- und Kreditwesen im Lande geweckt werden. Dies reicht von der Erziehung zum geldwirtschaftlichen Denken über die Anregung und Lenkung der Sparwilligkeit bis zum Ausbau der Kreditbeziehungen.

Von den bankmäßigen Mitteln kommt lediglich der Diskontopolitik eine gewisse Bedeutung zu, die auf der von den Marketing Boards übernommenen Erntefinanzierung mit Wechseln beruht. Bei restriktiver Politik können jedoch damit der Wirtschaft der afrikanischen Commonwealthländer große Schäden zugefügt werden, da diese in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor primär von der Landwirtschaft und der Bewältigung der Ernte abhängen.

1) Vgl. Tab. 10

Eine spürbare Geldmengenveränderung kann daher nur über unmittelbar wirkende zentralbankpolitische Mittel erfolgen, die allerdings bis auf gewisse selektive Vergünstigungen nur in restriktiver Richtung anwendbar sind. Dazu fehlen dann entweder die administrativen Instrumente wie in Nigeria oder in Malawi oder sie können (noch) nicht eingesetzt werden wie in Sambia oder in Sierra Leone.

C. "Deficit Spending" des Staates

Auch administrative Maßnahmen erzielen dann nicht den gewünschten Erfolg, wenn die Regierung sich in ihrer Haushaltspolitik nicht antizyklisch verhält, sondern im Gegenteil ihre Machtposition dazu ausnützt, unabhängig von den währungspolitischen Notwendigkeiten, Zentralbank und Geschäftsbanken zur Finanzierung ihrer egoistischen Ziele heranzuziehen.¹⁾ Hier ist besonders das Beispiel Ghanas zu nennen, wo eine solche Politik zu einer Inflation führte.²⁾

Wie Tab. 30 zeigt, hat sich die Verschuldung der öffentlichen Hand beim Bankenwesen insbesondere ab dem Jahr 1964 in den Ländern Ghana, Nigeria und Sierra Leone - in dieser Reihenfolge - ständig erhöht. Aus Tab. 31 ist ersichtlich, daß dies auch zugleich die afrikanischen Commonwealthländer sind, deren Lebenshaltungskosten seit 1958 am stärksten gestiegen sind. Es liegt also der Schluß nahe, daß in diesen Ländern die hohe Regierungsverschuldung beim Bankenwesen eine wesentliche Ursache für die mangelnde Stabilität der Lebenshaltungskosten gebildet hat. Obwohl Sambia einen überwiegend ausgeglichenen Haushalt aufweist, ist es das Land mit der viertgrößten Steigerung der Lebenshaltungskosten seit 1956. Sambia nimmt hier jedoch auf Grund seiner Kupfervorkommen und der mit dem expansiven Abbau gestiegenen Einkommen der öffentlichen und privaten Haushalte eine Sonderstellung ein.

1) Vgl. Tab. 13 und Tab. 30

2) Vgl. Tab. 31

Dieser Konflikt zwischen ehrgeiziger staatlicher Wachstumspolitik, die auch vor hoher in- und ausländischer Verschuldung nur schwer halt macht und schnell zu einer inflationären Entwicklung führt, und stabilitätsbetonter Zentralbankpolitik besteht in der Mehrzahl der Entwicklungsländer und bricht auch in Industrienationen immer wieder aus.

**Tab. 30: Entwicklung der Regierungsverschuldung beim Bankenwesen
in den afrikanischen Commonwealthländern
in Mio. Einheiten Landeswährung**

Länder	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Ghana	- 91,4	1,8	39,0	52,7	111,7	168,1	228,2	260,0
Kenia	...	...	...	...	...	...	...	...
Malawi	...	...	...	...	...	- 1,1	1,2	1,2
Nigeria	- 27,1	- 10,0	- 10,7	15,4	29,2	41,0	63,4	86,5
Rhodesien	...	...	...	...	...	...	...	...
Sambia	...	...	...	...	...	- 0,1	1,4	- 1,9
Sierra Leone	4,0	4,0	4,0	4,0	1,8	3,9	7,8	11,4
Tansania	...	...	...	...	...	...	...	...
Uganda	...	...	...	...	...	...	...	...

Quellen: IMF, International Financial Statistics, Vol. XX, No. 12;

Jahresberichte der Zentralbanken von: Ghana (1966/67), Kenia (1967, 1968), Malawi (1966/67), Sambia (1967), Sierra Leone (1966), Uganda (1967); Nigeria: Economic Review, Dez. 1967; Tansania: Economic Report, Dez. 1967

Tab. 31: Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den afrikanischen
Commonwealthländern 1958 = 100

Länder	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Ghana	104	110	120	126	139	174	185	177
Kenia	102	104	107	109	107	113	117	120
Malawi	...	...	...	...	...	...	...	...
Nigeria	111	117	122	122	124	130	144	139
Rhodesien	...	...	...	...	...	...	...	...
Sambia	103	104	105	104	108	116	128	132
Sierra Leone	102	107	106	107	119	124	130	138
Tansania	99	100	100	97	98	105	110	114
Uganda	95	110	95	97	105	123	117	126

Quellen: IMF, International Financial Statistics, Vol. XX, Nr. 12

Tab. 32: Entwicklung der Devisenreserven in den afrikanischen
Commonwealthländern in Mio US\$

Länder	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Ghana	272,4	150,4	159,6	122,1	122,7	130,6	126,1	110,7
Kenia	...	...	...	...	...	...	47,5	66,9
Malawi	...	...	...	...	...	23,8	20,0	23,0
Nigeria	434,0	370,0	318,0	207,0	220,0	221,0	199,0	133,0
Rhodesien	...	...	...	...	...	...	...	...
Sambia	...	...	...	...	...	73,5	83,6	76,7
Sierra Leone	13,6	13,9	14,6	14,9	17,7	19,9	18,4	17,1
Tansania	...	...	...	...	...	...	54,7	58,9
Uganda	...	...	...	...	...	...	17,6	25,3

Quellen: IMF, International Financial Statistics, Vol. XX, Nr. 12

D. Anhaltendes Zahlungsbilanzdefizit

Wie die Entwicklung in Ghana und Nigeria zeigt,¹⁾ besteht in den afrikanischen Commonwealthländern wie in jedem Entwicklungsland latent die Gefahr, daß der "International Demonstration Effect"²⁾ einen Importsog und damit Zahlungsbilanzdefizit und Verlust der Devisenreserven verursacht. Sie versuchen nun, den anwachsenden Importen, die meist konsumptiven Zwecken dienen, und dem privaten Kapitalexport mit behördlichen Maßnahmen wie Devisenkontrollbestimmungen und Importsperrern zu begegnen. Da alle diese Länder stark vom Außenhandel abhängen, sind dies zweischneidige Maßnahmen, weil eigene Exporte und der Import lebenswichtiger Güter darunter leiden können. Die Zentralbanken von Ghana, Nigeria und Uganda begannen daher, wenn auch zögernd, durch Kreditrestriktionen und einseitig den Konsum betreffende selektive Maßnahmen eine zahlungsbilanzkonforme Zentralbankpolitik zu betreiben, um so die Devisenbewirtschaftung langsam abbauen zu können.

Eine endgültige Lösung des Problems ist jedoch nur über die Stärkung der inneren Wirtschaftskraft durch die gezielte Entwicklung neuer Wirtschaftszweige möglich. Dies aber können die Entwicklungsländer nur mit Hilfe der Industrienationen schaffen.³⁾

1) Vgl. Tab.

2) Vgl. oben S. 54

3) Vgl. dazu Jucker-Fleetwood, E. E., Money and Finance, a. a. O., S. 233 ff.

Literaturverzeichnis

Bücher:

- Bank for International Settlements, Hrsg. Changes in Central Bank Legislation in the Sterling Area since 1939, Basel 1959
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Hrsg. Acht europäische Zentralbanken, Frankfurt 1963
- Beck, H. Kommentar zum Bundesbankgesetz vom 20. Juli 1957, Mainz 1959
- Beckhart, B. H. Banking Systems, New York 1956
- Brehmer, E. Struktur und Wirkungsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik nach 1948, Tübingen 1956, Nr. 1 der Reihe: Beiträge zur reinen und angewandten Wirtschaftstheorie aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Seminar der Universität Kiel, hrsg. v. E. Schneider
- Brown, C. V. The Nigerian Banking System, London 1966
- Coatman, J. The British Family of Nations, deutsch: Völkerfamilie Commonwealth, übersetzt v. H. Lindemann, Stuttgart 1957
- Crick, W. F., Hrsg. Commonwealth Banking Systems, Oxford 1965
- Dermitzel, G.,
Damm, W.
Richebächer, K. Das Bankwesen im Gemeinsamen Markt, Baden Baden 1962
- Dürr, E. Wirkungsanalysen der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt 1966
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Hrsg. Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962
- Eucken, W. Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Aufl., Berlin - Göttingen 1950

- Fettel, J.,
Linhardt, H., Hrsg. Der Betrieb in der Unternehmung.
Festschrift für Wilhelm Rieger,
Stuttgart 1963
- Forstmann, A. Geld und Kredit, Band I, Göttingen
1952
- Fousek, P. G. Foreign Central Banking: The In-
struments of Monetary Policy, New
York 1957
- Friedman, M. A Program for Monetary Stability,
New York 1960
- Geis, H. G. Die Geld- und Bankensysteme der
Staaten Westafrikas, München 1967
- Graebner, W. Direkte Kontrollen als Mittel der
Geldpolitik, Köln - Opladen 1966
- Greaves, L. Colonial Monetary Conditions,
H. M. Stationary Office, Colonial
Research Studies, No. 10, London 1953
- Haase, H. Die Lombardpolitik der Zentralno-
tenbanken, Berlin 1962
- Hagenmüller, K. F. Der Bankbetrieb, Band I, Wiesbaden
1964
- Hahn, O. Die Möglichkeiten einer Förderung
des Scheckverkehrs, Frankfurt/M 1962
- Hahn, O., Das Instrumentarium der Währungsbank,
Heft I, Rückersdorf 1968
Heft II, Rückersdorf 1968
- Hahn, O. Bankbetriebslehre, Schaeffers Grund-
riß des Rechts und der Wirtschaft,
Bd. 85, Stuttgart 1967
- Hahn, O. Die Währungsbanken der Welt, Band I:
Institutionen und Organe, Stuttgart
1968; Band II: Die Abhängigkeiten,
Stuttgart 1968
- Heubaum, H. Das kreditpolitische Instrumentarium
der Deutschen Bundesbank unter dem
Gesichtspunkt seiner Auswirkungen
auf den Wettbewerb im Kreditgewerbe,
Diss. Aachen 1964
- Hunold, A., Hrsg. Entwicklungsländer, Wahn und Wirk-
lichkeit, Erlenbach - Zürich 1961

- Jucker-Fleetwood, E.E. Money and Finance in Africa,
London 1964
- Keynes, J. M. A Treatise on Money, deutsch: Vom
Gelde, München - Leipzig 1932
- Klein, K. Die Kreditplafondierung - eine
geld- und kreditpolitische Notwen-
digkeit, Berlin 1967
- Köhler, C. Orientierungshilfen für die Kre-
ditpolitik, Berlin 1968
- Köllner, L. Die Inflationsgefahr in Entwick-
lungsländern als Problem der Wäh-
rungs- und Finanzpolitik, Baden
Baden 1963
- Küng, E. Zahlungsbilanzpolitik, Tübingen -
Zürich 1959
- Linhardt, H. Bankbetriebslehre, Band I: Bank-
betrieb und Bankpolitik, Köln -
Opladen 1957
- Linhardt, H. Kreditkontrolle, Essen 1954
- Linhardt, H. Kritik der Währungs- und Bankpo-
litik, Köln - Opladen 1963
- Lipfert, H. Einführung in die Währungspolitik,
3. Aufl., München 1967
- Loynes, J. B. The West African Currency Board
1912 - 1962, London 1962
- Lutz, F. A. Geld und Währung, Tübingen 1962
- Lutz, F. A. Readings in Monetary Theory,
Mints, L. W., Hrsg. London 1962
- Nevin, E. Capital Funds in Underdeveloped
Countries, The Role of Financial
Institutions, London 1961
- Newlyn, W. T. Money and Banking in British Colonial
Rowan, D. C. Africa, Oxford 1954
- Nurske, R. Some aspects of capital accumulation
in underdeveloped countries, Cairo
1952
- Obst, G. Geld-, Bank- und Börsenwesen,
Hintner, O. 35. Aufl., Stuttgart 1963

- o. V. Monetary Systems of the Colonies, A Series of Articles from "The Banker", London 1950
- Overseas Development Institute, Hrsg. British Aid, Colonial Development, Band 5, London 1964
- Plenge, J. Von der Diskontpolitik bis zur Herrschaft über den Geldmarkt, Berlin 1913
- Rieger, W. Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl., Erlangen 1959
- Rittershausen, H. Bankpolitik, Frankfurt/M. 1956
- Rittershausen, H. Internationale Handels- und Devisenpolitik, Frankfurt/M. 1952
- Rittershausen, H. Die Zentralnotenbank, Frankfurt 1962
- Röpke, W. Die Lehre von der Wirtschaft, 10. Aufl., Erlenbach - Zürich 1965
- Samuelson, P. A. Economics, An Introductory Analysis, Deutsche Übersetzung: Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1965
- Sayers, R. S., Hrsg. Banking in the British Commonwealth, 2. Aufl., Oxford 1954
- Sayers, R. S., Hrsg. Banking in Western Europe, Oxford 1962
- Sayers, R. S. Central Banking after Bagehot, Oxford 1957
- Sayers, R. S. Modern Banking, 4. Aufl., London 1958 (1. Aufl. 1938)
- Schmölders, G. Geldpolitik, Tübingen - Zürich 1962
- Schmölders, G. Von der Quantitätstheorie zur Liquiditätstheorie des Geldes, Mainz 1960
- Schneider, E. Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 9. Aufl., Tübingen 1965

- Schuster, L. Zentralbankpolitik und Geschäftsbankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln - Opladen 1967
- Sen, S. N. Central Banking in Underdeveloped Money Markets, Calcutta 1952
- Sieber, E., Hrsg. Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Hochschulwoche 27. - 30. Nov. 1962, Nürnberger Abhandlungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 21, Berlin 1963
- Siegert, W. Währungspolitik durch Seelenmassage?, Frankfurt/M. 1963
- Somary, F. Bankpolitik, 3. Aufl., Tübingen 1934 (1. Aufl. 1915)
- von Spindler, J.
Becker, H.
Starke, O. Kommentar zum Bundesbankgesetz, 2. Aufl., Stuttgart 1960
- Steiner, K. Bankpolitik gegenüber unterentwickelten Ländern, Wien 1964
- Stucken, R. Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1963, 3. Aufl., Tübingen 1964
- Stucken, R. Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957
- Stützel, W. Bankpolitik - heute und morgen, Frankfurt 1964
- Veit, O. Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt 1961
- Veit, O. Der Wert unseres Geldes, Frankfurt 1958
- Wallich, H. C. Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955
- Wisemann, H. V. Britain and the Commonwealth, London 1965
- Worret, F. Die Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955
- Zottmann, A. Allgemeine Volkswirtschaftslehre IV, Geld und Kredit, Schäffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Band 64, Stuttgart 1965

Aufsätze:

- Ansperger, F. Wege der Unabhängigkeit, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, S. 106 ff.
- Bareau, P. The Sterling Area, in: Banking in the British Commonwealth, Hrsg.: R. S. Sayers, Oxford 1954
- Bauer, P. T. Entwicklungsländer, Ökonomische Problematik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Band, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1960, S. 242 ff.
- Bergsträsser, A. Neue Völker und Neue Staaten, in: Führung in der modernen Welt, Freiburg, o. J. (Verlag Rombach), abgedruckt in: Für Sie gelesen. Aus deutschen Büchern und Zeitschriften. Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heft Nr. 26, Sept. 1965, S. 6 - 11
- Besters, H. Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, S. 297 ff.
- Brown, C. V. Banking in Sierra Leone: A Comparative Survey, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI, 1966, S. 193 - 199
- Brown, C. V. Sierra Leone in Difficulties, in: The Banker's Magazine, Vol. CCIII, 1967, S. 111 - 112
- Brown, C. V. The Evolution of Banking Power in West Africa, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI, 1966, S. 171 - 174
- Crick, W. F. The Spread of Monetary Autonomy, in: The Banker, Vol. XV, 1965, S. 98 - 104
- Dorrance, G. S. The Instruments of Monetary Policy in Countries without Highly Developed Capital Markets, in: International Monetary Fund "Staff Papers", Vol. XII, No. 2, July 1965, S. 272 - 298

- Dürr, E. Zur Konjunkturlage und zu den konjunkturpolitischen Programmen der Bundesregierung und des Sachverständigenrates, in: verbraucher politische korrespondenz, 14. Jg., Sonderausgabe, Jan. 1967, S. 1 - 13
- Duncan, G. A. Grundsätzliches zum Problem der Unterentwicklung, in: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Hrsg.: A. Hunold, Erlendbach - Zürich 1961, S. 205 ff.
- Ehrlicher, W. Finanzierung des Wachstums in Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Hrsg.: E. Sieber, Berlin 1963, S. 101 ff.
- Eisfeld, C. Art: Kreditrestriktion, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Band 2, 3. Aufl., Stuttgart 1960
- Emminger, O. Art.: Internationaler Währungsfonds, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968, S. 828 f.
- Friedman, M. A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability, in: Readings in Monetary Theory, Hrsg.: Lutz, F. A., Mints, L. W., London 1962, S. 372 ff.
- Frowen, S. Britische Banken im Commonwealth, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 14. Jg., Heft 6, März 1961, S. 246
- Frowen, S. Art.: Bank of England, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., Band 1, Frankfurt/Main 1958, S. 518 ff.
- Geiler, H. F. Drei neue Zentralbanken in Ostafrika, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19. Jg., 1966, S. 1015 f.

- Gleske, L. Art.: Notenbankpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Band 2, Frankfurt/Main 1957, S. 1221 ff.
- Greaves, I., Central Banks for New Dominions, in: The Banker, Vol. 107, Nr. 379, Aug. 1957, S. 510 - 516
- Grubbe, P. Weiße Bastion, wie lange noch?, in: Die Zeit, Nr. 45 vom 10.11. 1967, S. 7
- Hahn, O. Die Auswirkungen einer Diskonterhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, Nr. 1, 1967, S. 1 - 11
- Hahn, O. Probleme der Kapitalerhaltung in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftlichkeit - Wettbewerb - Werterhaltung, Vortrag des 19. Deutschen Betriebswirtschaftertages, Berlin 1966
- Hahn, O. Art.: Geldpolitik in Asien, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, Sp. 1169 ff.
- Hahn, O. Art.: Sparpolitik, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, Sp. 1169
- Hahn, O. Die Schwächen des Handelswechsels, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 5, 1963, S. 183 - 185
- Hahn, O. Art.: Mauritius, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968, S. 1200
- Hahn, O. Art.: Seychellen, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968, S. 1496
- Hahn, O. Währungen und Zentralbanken in Nahost, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 15, 1966, S. 760 - 763

- elander, S. Theorie der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Hochschulwoche, 27. - 30. Nov. 1962, Hrsg.: E. Sieber, Berlin 1963, S. 30 ff.
- Helander, S. Das Kreditproblem in unterentwickelten Ländern, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 11, 1961, S. 514 - 519
- Hintner, O. Ausländische Notenbanken, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Band 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, S. 4125 ff.
- Holzer, W. Biafra fühlt sich von Afrika verraten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, vom 31. 1. 1968, S. 7
- Hunold, A. Geleitwort zu: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Hrsg.: A. Hunold, Erlench - Zürich 1961
- Jantzen, D. Das letzte Kapitel in Afrika, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 5, Mai 1962, S. 279 - 281
- Jucker-Fleetwood, E. E. Art.: Geldpolitik in Afrika, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, Sp. 1167
- Kohlhoff, H. Entwicklungshilfe - ein Faß ohne Boden?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 4, 1966, S. 145 f.
- Köllner, L. Banken in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 3, 1962, S. 117 - 120
- Köllner, L. Art.: Geldwirtschaft, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, Sp. 11 74 ff.
- Kraus, W. Entwicklung der Wirtschaft, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, S. 498 ff.

- Krämer, L. Banken in Afrika, in: Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen, Jg. 1 1957, Teil I: Heft 2, S. 68 f., Teil II: Heft 3, S. 104 f.
- Lindemann, H. Einleitung zu: Völkerfamilie Commonwealth, von J. Coatman, Stuttgart 1957
- Linhardt, H. Gesetzliche Regelung der Bankenliquidität und Bankprüfung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Mai 1960, S. 281 - 292
- Linhardt, H. Der unlösliche Widerspruch zwischen der qualitativen Kreditkontrolle der Geschäftsbanken und den quantitativen Kreditnormen der staatlichen Bankenaufsicht, in: Österreichisches Bankarchiv, 11. Jg., 1963, Heft I, S. 2 - 18
- Lipfert, H. Kurssicherung - ein Währungsinstrument?, in: Handelsblatt, Nr. 70, vom 20. 5. 1959
- Lutz, V. C. The Central Bank and the System of Credit Control in Italy, in: Banking in Western Europe, Hrsg.: R. S. Sayers, Oxford 1962
- Macnut, O. Der Sterling Block unter der Lupe, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 19, 1966, Heft 13, S. 629 - 631
- Narasimham, M. The Instruments of Monetary Control - The Indian Experience, in: The Banker's Magazine, London 1966, S. 41 - 46
- Newlyn, W. T. Monetary Developments in East Africa, in: The Banker's Magazine, Vol. CCIII, 1967, Teil I: S. 171 - 177, Teil II: S. 240 - 244, Teil III: S. 310 - 315
- Newlyn, W. T. The Colonial Empire, in: Banking in the British Commonwealth, Hrsg.: R. S. Sayers, Oxford 1954

- Nowak, R. System und Abgrenzung der direkten Kreditkontrolle im Rahmen der Währungspolitik, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg.: J. Fettel und H. Linhardt, Stuttgart 1963, S. 433 ff.
- Olakanpo, J. O. W. The Loynes Report and Banking in Sierra Leone, in: The Banker's Magazine, Juli 1962, S. 19 - 27
- o. V. Afrikanischer Dreibund - Die EWG macht Schule, in: Die Zeit, Nr. 49 vom 8. Dez. 1967, S. 8
- o. V. Die Pfundkrise - Weltbankier in Liquiditätsnöten, in: Der Volkswirt, Nr. 46, vom 17. Nov. 1967, S. 2516 - 2519
- o. V. Die Neuordnung der Ostafrikanischen Gemeinschaft, in: Mitteilungen der Vereinigten Wirtschaftsdienste GmbH, in Zusammenarbeit mit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 138, 17. Jg., Nov. 1967, S. 2 - 10
- o. V. East African Currency Board vor der Liquidation, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19. Jg. 1966, S. 154
- o. V. Großbritannien und das Commonwealth, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Jg. 17, Heft 5, Mai 1962, S. 279 - 284
- o. V. Konsolidierung des atlantischen Banken- und Währungssystems, II, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Blick durch die Wirtschaft, vom 5. 10. 1968
- o. V. London schickt Truppen nach Mauritius, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Jg., Nr. 21, vom 24. Jan. 1968, S. 5
- o. V. Mehr Banken in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 9, 1966, S. 391
- o. V. Nebelhafte Bankennationalisierung in Tansania, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 20. Jg., 1967, S. 261

- o. V. Neue Notenbanken im Commonwealth, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 12. Jg., 1959, Heft 15, S. 680
- o. V. Recent Trends in Ghana, in: The Banker's Magazine, Vol. CCI, 1966, S. 187 - 193
- o. V. Ghana - Notenbank unter deutscher Leitung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 12, 1959, S. 739
- o. V. Sanctions and Rhodesia, in: The Banker's Magazine, Heft 1, 1966, S. 51 f.
- o. V. So gesund, Pfundabwertung in England, in: Der Spiegel, Nr. 49 vom 27. Nov. 1967, S. 148 - 161
- o. V. Währungsgemeinschaft Zambia - Malawi - Rhodesien aufgehoben, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 18. Jg., 1965, S. 561 - 562
- o. V. Währungswechsel in Sambia, in: Neue Züricher Zeitung, Nr. 16, vom 18. Jan. 1968, S. 10
- o. V. Wirtschaftliche Konsolidierung in Ghana, in: Außenhandelsblätter der Commerzbank, 19. Jg., Nr. 21, Nov. 1967, S. 1 - 4
- Pfleiderer, O. Art.: Mindestreservenpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 7, Tübingen 1961, S. 356 ff.
- Phillip, L. Pfund um 14,3 % abgewertet, in: Süddeutsche Zeitung, 23. Jg., Nr. 272, vom 20. Nov. 1967, S. 1
- Richebächer, K. Mindestreservenpolitik im Ausland, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 13, 1960, Heft 12, S. 537 - 539
- Ringer, K. E. Zur Begriffsbestimmung der Entwicklungsländer, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, S. 2 - 20

- Röpke, W. Die unterentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem, in: Entwicklungsländer, Wahn und Wirklichkeit, Hrsg.: A. Hunold, Erlenbach - Zürich 1961, S. 12 ff.
- Rowan, D. Central Banking in the Commonwealth, in: Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, Nr. 25, April - Juni 1953, S. 130
- Salin, E. Unterentwickelte Länder, Begriff und Wirklichkeit, in: Kyklos, 1959, S. 402 ff.
- Schiller, K. Art.: Wirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 12, Tübingen - Stuttgart - Göttingen 1965, S. 210 ff.
- Simons, H. Rules Versus Authorities in Monetary Policy, in: Readings in Monetary Theory, Hrsg.: Lutz, F. W., Mints, L. W., London 1962, S. 356 ff.
- Simmons, E. G. The Role of Selective Credit Control in Monetary Management, in: The American Economic Review, Sept. 1947, S. 635 ff.
- Thalheim, K. C. Zum Problem der Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik, in: Festgabe für Georg Jahn, Hrsg.: Karl Muhs, Berlin 1955
- Tuchtfeldt, E. "Gentlemen's Agreements" als Instrument der schweizerischen Geldpolitik. Vortrag, gehalten am 11. Juni 1968 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen - Nürnberg.
- Tuchtfeldt, E. Zur Frage der Systemkonformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen, in: Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, Hrsg.: H. J. Seraphim, Berlin 1960
- Veit, O. Art.: Zentralbankpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 12, Tübingen - Stuttgart Göttingen, 1962, S. 432 ff.

- Voigt, F. Art.: Währungspolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Band 4, 3. Aufl., Stuttgart 1962, Sp. 6123 ff.
- Wendt, S. Art.: Notenbankpolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Band 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4148 ff.
- West, P. Das Pfund wird europäisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 40 vom 16. Febr. 1968
- Winkel, G. Art.: Geldpolitik in Latein-Amerika, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E. E., Stuttgart 1966, Sp. 1172 f.

Berichte, Gesetze, Gutachten und Sammelwerke:

- Banco National Ultramarino A Moeda em Africa, Boletim Trimestral, Nr. 63 - 64, Lissabon 1965
- Banco National Ultramarino Panorama Monetario Africano, Apendice ao Boletim Trimestral, Nr. 63 - 64, Lissabon 1965
- Bank of England, Hrsg. Currency and Banking Developments in Certain Countries During the Past Ten Years, in: Quarterly Bulletin, Vol. 2, Nr. 1, März 1962, S. 25 - 36
- Barclays Bank, Hrsg. Barclays Overseas Survey, 1967 und 1968, A Survey of Trade and Economic Conditions During 1967 (1968) in the Territories in which the Bank is Represented.
- Besters, H., Bösch, E. E., Hrsg. Handbuch der Entwicklungspolitik, Stuttgart 1966
- Blumenthal, F. Tanganyika - East Africa, The Present Monetary System and its Future. Report to the Government of Tanganyika, Dar-es-Salaam 1963
- Britisch Exchange Control Office The Scheduled Territories, I.M./97, London 1964

Commonwealth Secretariat Act, London 1966

Deutsche Bundesbank Hrsg., Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 95 und 96, Frankfurt/M. 1967

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, 1957

Deutsche Bundesbank Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1967, Frankfurt/M. 1968

East African Currency Board, Report for the Year Ended 30th June 1966, Nairobi 1966

Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., Frankfurt/M., 1958 u. 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968

Federal Reserve Bank of New York, Hrsg. Comparative Survey of 12 New Central Banks, in: Monthly Review of the Federal Reserve Bank of New York for July 1964, Vol. 46, Nr. 7, S. 133 - 137

Gambia The Gambia Currency Board Regulation, 1964

Ghana The Bank of Ghana Act, 1963, Amendment Act 1965, Amendment Decree 1967, Exchange Control Act, 1961

Bank of Ghana Report of the Board for the Financial Year Ended 30th June 1964, 1965, 1966, 1967

Kreditanstalt für Wiederaufbau Länderbericht Ghana, Frankfurt/M. 15. März 1966

Bank of Ghana Credit Control Regulations, 1964

Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1960

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1960/61

International Monetary Fund Eighteenth Annual Report on Exchange Restrictions, Washington 1967

International Monetary Fund International Financial Statistics, Vol. XX, Nr. 12

International Monetary Fund International Financial Statistics, Supplement to 1966/67 Issues

Statuten des Internationalen Währungsfond, in: Bundesgesetzblatt, Nr. 11, 1952, S. 637 ff.

- | | |
|---|--|
| <u>Kenia</u> | The Central Bank of Kenya Act, 1966 |
| Central Bank of Kenya | First Annual Report Year Ended 30th June, 1967 |
| Central Bank of Kenya | Second Annual Report Year Ended 30th June, 1968 |
| Loynes, J. B. | Report on the Establishment of a Nigerian Central Bank, the Introduction of a Nigerian Currency and other Associated Matters, Lagos 1957 |
| Loynes, J. B. | Report on the Future of the Currencies of Sierra Leone and the Gambia, Sierra Leone, 1961 |
| <u>Malawi</u> | Reserve Bank of Malawi Ordinance, 1964 |
| Reserve Bank of Malawi | Annual Report and Statement of Accounts, 1967 |
| Reserve Bank of Malawi | Economic and Financial Review, Vo. 1, Nr. 1, Sept. 1968 |
| Kreditanstalt für Wiederaufbau | Länderbericht Malawi, Frankfurt/M. 16. Dez. 1964 |
| Malawi Government Information Department, Hrsg. | Malawi: Land of Promise, A Comprehensive Survey, Zomba 1967 |
| <u>Mauritius</u> | Bank of Mauritius Ordinance, 1966 |
| Mauritius Legislative Assembly, Hrsg. | The Bank of Mauritius, in: Sessional Paper Nr. 9 of 1966, Port Louis, Dezember 1966 |
| <u>Nigeria</u> | Central Bank of Nigeria Act, 1958 (as amended 1962)
Nigerian Banking Act, 1958
Banking Amendment Act |
| Central Bank of Nigeria | Annual Report and Statement of Accounts, For the Year Ended 31st December 1964, 1965, 1966 |
| Central Bank of Nigeria | Economic and Financial Review, Vol. 5, No. 2, December 1967 |

Patman Report	Joint Committee on the Economic Report. Deutsche Übersetzung: Auszüge aus dem "Douglas Report" und aus der Enquete des Untersuchungsausschusses für allgemeine Kredit- und Staatsschuldenpolitik (Patman-Ausschuß) des amerikanischen Kongresses, hrsg. von: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, o. J. (Der "Patman-Report" wurde zum ersten Mal 1952 in Washington veröffentlicht.)
Pick, F.	Pick's Currency Yearbook 1964/65, New York 1965
Radcliffe Report	Report of the Committee on the Working of the Monetary System, London 1959
<u>Rhodesien</u>	Reserve Bank of Rhodesia Act, 1964
<u>Sambia</u>	Bank of Zambia Ordinance, 1965 Banking Act, 1964
Bank of Zambia	Report and Statement of Accounts for the Period August 7th, 1964 to December 31st, 1964
Bank of Zambia	Report and Statement of Accounts for the Year Ended December 31st 1966
Bank of Zambia	Report and Statement of Accounts for the Year Ended December 31st 1967
Kreditanstalt für Wiederaufbau	Länderbericht Republik Sambia, Frankfurt/M., 28. Nov. 1966
<u>Sierra Leone</u>	Bank of Sierra Leone Act, 1963 Sierra Leone Banking Act, 1964
Bank of Sierra Leone	Annual Report for the Year Ended December 1966
Regierungsentwurf	zum "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (Stabilitätsgesetz)
<u>Tansania</u>	Bank of Tanzania Act, 1966

Bank of Tanzania	Economic Report, Dezember 1967
Bank of Tanzania Hrsg.	An Address by Governor Mtei to the Economic Society of Tanzania, 13th December 1967, in: Economic Report, December 1967
<u>Uganda</u>	Bank of Uganda Act, 1966
Bank of Uganda	First Report for the Year 1966 - 1967
Kreditanstalt für Wiederaufbau	Länderbericht Uganda, Frankfurt/M., 30. März 1966
Wirtschaftlichkeit - Wettbewerb - Werterhaltung.	Vorträge des 19. Deutschen Betriebswirt- schafter Tages, Berlin 1966

L e b e n s l a u f

Am 19. Juni 1941 wurde ich in Neustettin/Pom. als Sohn des Regierungslandwirtschaftsdirektors Erich Klein und seiner Ehefrau Charlotte, geb. von Gaudecker, geboren. Im Jahr 1945 wurde meine Familie aus Pommern vertrieben und siedelte nach Schwäbisch Gmünd über. Dort absolvierte ich auch meine ersten Volksschuljahre. Den überwiegenden Teil meiner Schulzeit aber verbrachte ich in Stuttgart und legte im Frühjahr 1961 am dortigen Dillmann-Gymnasium die Reifeprüfung ab.

Meine Berufsausbildung begann mit einer zweijährigen Banklehre bei der Südwestbank GmbH in Stuttgart. Im Frühjahr 1963 beendete ich die Lehrzeit mit dem Ablegen der Kaufmannsgehilfenprüfung. Im SS 1963 nahm ich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg das Studium der Betriebswirtschaftslehre auf. Vom WS 1963/64 bis zum WS 1964/65 studierte ich an der Technischen Universität Berlin. Im SS 1965 immatrikulierte ich mich wieder an der Universität Erlangen-Nürnberg und bestand dort im Frühjahr 1967 das Examen für Diplom-Kaufleute.

Im September 1967 wurde mir das Thema der vorliegenden Dissertation von Prof. Dr. Oswald Hahn anvertraut, in dessen Händen die Betreuung der Arbeit auch seither lag.

Nürnberg, im Juni 1969

